

DAS ARGUMENT 111

A 22352 F

Methodenprobleme der Sozialwissenschaften

Frigga Haug Dialektische Theorie und empirische Methodik	644
H. Reinhard Koch Methodologie der Erziehungswissenschaften. Literaturbericht	657

Psychiatrie und Herrschaft

Erich Wulff Politische Indienstnahme der Psychiatrie in West und Ost (II)	672
--	-----

Stalinismus-Forschung

Gert Meyer Sowjetische Sozialgeschichte bis 1927. Literaturbericht	703
---	-----

Aktuelle Analyse

Wolfgang Abendroth Dissidentenprozesse, Protestpropaganda und westdeutsche Linke	716
---	-----

<u>Replik:</u> Gefälligkeitsrezensionen (SK, C. Butterwegge, H. Geil)	719
---	-----

Kongreßberichte

Kongreß „Mittlere Technologie“ des VDI; Deutsche Gesellschaft für Arbeitsmedizin	722
--	-----

<u>Dokumentation:</u> Erklärung gegen Sozialbiologie	728
--	-----

Besprechungen

Philosophie der Naturwissenschaften; Sprachpsychologie; Literatur 20. Jh.; Stadtsoziologie; Sozialarbeit; Methoden der Erziehungswissenschaften; Sozialgeschichte; Deutsche Nachkriegsentwicklung; Ökologie	730
---	-----

<u>Zeitschriftenschau</u>	I
---------------------------	---

<u>Über die Autoren</u>	XIII
-------------------------	------

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Reinhard Opitz (Köln), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Karl-Ernst Lohmann, Prof. Dr. Thomas Metscher, Rolf Nemitz, Prof. Dr. Friedrich Tomberg

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag und Redaktion:

Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33, Telefon 030 / 8 31 49 15

► Auslieferung und Anzeigen:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030 / 4 61 90 61 ◀

Besprechungen

Philosophie

<i>Achard, Pierre, u. a.: Discours biologique et ordre social (H.-J. Rheinberger)</i>	730
<i>Kanitscheider, Bernulf: Philosophisch-historische Grundlagen der physikalischen Kosmologie (K. Bayertz)</i>	731
<i>Hörz, Herbert: Physik und Weltanschauung (J. Forsthe)</i>	733
<i>Weizenbaum, Joseph: Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft (W. Kunstmann)</i>	734
<i>Thiel, Rainer: Mathematik – Sprache – Dialektik (Jens Frommhold)</i>	735



ISSN 0004-1157

(Fortsetzung auf Seite X)

Das Argument erscheint 1978 in 6 Heften (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von insgesamt 924 Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. – Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,– DM; im Abonnement 7,50 DM bzw. 6,– DM, + Versandkosten. – Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. – Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. – Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Berliner Disconto Bank 721/7722, Postscheckkonto Berlin West 5745-108. – Satz: Hellmich KG, Berlin; Herstellung: Oktoberdruck, Berlin. 1.-10. Tausend Oktober 1978

Beilagenhinweis: Diese Ausgabe enthält eine Bestellkarte des Argument-Verlages, einen Prospekt des Luchterhand-Verlages, Darmstadt, und der Wohlthatschen Buchhandlung, Berlin.

Frigga Haug

Dialektische Theorie und empirische Methodik*

1

Ich möchte anknüpfen an die Diskussion um das Verhältnis von Theorie und Empirie, die – unter dem Namen »Positivismusstreit« bekanntgeworden – die theoretische Auseinandersetzung in den Sozialwissenschaften seit Ende der 50er Jahre bestimmte. Der Streit wurde vorgetragen als einer zwischen Marxismus und Positivismus, wobei auf der Seite des historischen Materialismus als prominenteste Vertreter Adorno und Habermas auftraten, auf der Seite der Positivisten Popper und Albert.

Im Kern ging es um die Erforschung der Wirklichkeit, wobei die Frankfurter »Kritische Theorie« den Positivisten jede Möglichkeit, mit ihren Methoden Wirklichkeit zu erkennen, absprach, die Positivisten im Gegenangriff den Frankfurtern Unfähigkeit vorwarfen, mit ihren Ansprüchen und Theorien Wirklichkeit überhaupt jemals zu erreichen.

Der überlieferte Eindruck aus dem Positivismusstreit blieb der einer Konkurrenz zweier alternativer Theorien, die allerdings, wie u. a. Dahrendorf beklagte, gar nicht erst zum Gegenstand ihrer Auseinandersetzung, zu Fragen der Methode der Datenerfassung, vorgedrungen waren. Zweifellos ist diese Einschätzung zu pauschal, kann man doch insbesondere den Beiträgen von Adorno viele – zwar eher aphoristische, gleichwohl orientierende – Bemerkungen entnehmen, die die herkömmlichen Methoden der Datenerfassung und -aufbereitung betreffen und sie als Instrumente auffassen, die der Wirklichkeit Gewalt antun. (Ich komme darauf zurück.) Solche Äußerungen werden bei Adorno allerdings überlagert von dem insgesamt vorherrschenden Tenor, die Fakten, die es zu erheben gälte, seien nicht nur bloß die Erscheinung eines unsichtbaren Wesens, mithin also irreführend, sie seien darüber hinaus allesamt wie Eisenfeilspäne ausgerichtet im deformierenden Kraftfeld spätkapitalistischer Verhältnisse. Erhebe man sie in dieser Zugerichtetheit, so verfestigten die so gewonnenen Daten noch einmal die sie erzeugenden Verhältnisse.

Übrigens kam die etwa zur gleichen Zeit in den Vereinigten Staaten im Umkreis von Schütz und Garfinkel geführte Debatte um die Methoden in den Sozialwissenschaften, deren Ergebnisse wohl am prägnantesten von Cicourel formuliert wurden, einerseits zu dem klaren Ergebnis, für die Komplexität von Gesellschaft seien die vorliegenden formalisierten Methoden unangemessen, andererseits formulierte Cicourel – hierin durchaus Adorno verwandt –, die statistischen Verfahren seien Resultat von Bürokratisierung und trügen solcherart noch einmal zur Verfestigung bürokratischer Strukturen bei.

Hinterläßt Adorno den Eindruck, die spezifisch zugerichtete Erscheinung eines verursachenden Wesens verbiete die empirische Erhebung, von daher sei also die Frage nach den Methoden einer historisch-materialistischen Herangehensweise unter Verweis auf die »Totalität« zurückzuweisen, so reagiert Habermas auf diese, ihm von Albert ironisierend vorgeworfene »Frankfurter Totalität« (Adorno u. a. 1969,

* Habilitationsvortrag, gehalten am 13. 7. 1978 vor dem Fachbereich für Philosophie und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin.

S. 198 ff.) mit dem Verzicht auf irgendeine Problematisierung positivistischer Methoden (Adorno u. a. 1969, S. 236). Nicht sie seien zu erneuern oder zu verwerfen; es gehe ihm nur um die Anerkennung zusätzlicher Elemente vorwissenschaftlich akkumulierter Erfahrung bei der Beurteilung sozialer Phänomene (ebenda, S. 246).

Die Hörer und Leser jener zum Teil in öffentlichen Veranstaltungen durchgeführten wissenschaftstheoretischen Diskussionen waren am Ende kaum klüger als vor Beginn. Bestätigt hatte sich das Vorwissen, daß die Marxisten, als deren Vertreter die »Frankfurter« galten, zwar eine umfassende Gesellschaftstheorie entwarfen, empirisch allerdings nicht arbeiten wollten oder konnten, also die Anweisungen für exakte empirische Wissenschaft aus dem Lager der Positivisten zu holen seien. Dieses historische Resümee gilt bis heute und führt uns damit zur Ausgangsfrage des sogenannten Positivismusstreits zurück, zu deren Beantwortung ich im folgenden beitragen möchte: Braucht eine historisch-materialistische Sozialwissenschaft eine eigene Methode der Datenerfassung und Aufbereitung? Oder umgekehrt: sind die herkömmlichen Methoden in den Sozialwissenschaften angemessene Instrumente für eine historisch-materialistisch vorgehende Sozialwissenschaft?

II

Eindeutige Antwort sollte dort zu finden sein, wo marxistische Gesellschaftstheorie und Empirie ganz offiziell zusammen vorkommen: in den methodologischen Überlegungen zur empirischen Sozialforschung in den sozialistischen Ländern.

Nach Lektüre vor allem der in der DDR erschienenen Handbücher und Forschungsberichte – andere waren mir aufgrund der Sprachbarrieren kaum zugänglich – erhärtet sich der von positivistischer Seite nahegelegte Verdacht, daß es sich bei dem Zusammenhang von Empirie und historisch-materialistischer Theorie vornehmlich um ein Anerkennungsproblem handele. Nach vielen starken Worten über den ideologischen, herrschaftsverfestigenden Charakter positivistischer Methoden in der bürgerlichen Sozialforschung und der Versicherung, daß die eigenen Untersuchungen im Gegensatz dazu von marxistisch-leninistischen Grundannahmen ausgingen, folgen Ausführungen zum Vorgehen, die allesamt aus dem Handbuch für empirische Sozialforschung von René König stammen könnten, ja dies zum Teil auch explizit tun.

Auch erstaunt es, daß Begriffe, die in der positivistischen Theorie entwickelt wurden, ohne Kommentar empfohlen werden. Da gibt es »Sollsätze« und »Allaussagen« (Berger u. Jetzschmann 1973, S. 55 f.), »Hypothesen« werden zugunsten von »Gegenhypothesen« verworfen, nachdem die entsprechende »Signifikanzprüfung« durchgeführt wurde (Vetter in Friedrich u. Hennig 1975, S. 764 ff.). Ein Autor wirt der bürgerlichen Sozialforschung vor, sie verkenne das Wesen der von ihr beobachteten Erscheinungen, schlägt aber selber nach einer sowjetischen Quelle vor, aus »methodologischen« Gründen eben die Phänomene, die gemessen werden, als das Wesen des Menschen zu behaupten (Vetter, a. a. O., S. 761 Fn.). Ergänzend wird vorgeschlagen, das »Wesen« so zu ermitteln, daß »Unwesentliches« ausgesondert werde (ebenda, S. 762). Die Formulierung erscheint tautologisch. Die Tautologie verdankt sich dem vorgeschlagenen Verfahren, mittels einer Häufigkeitsverteilung zu bestimmen, was als unwesentlich zu gelten habe. In einem anderen Handbuch wird vorgeschlagen, das gesuchte Allgemeine durch Ordnen von Daten zu gewinnen. Den Positivisten wird vorgeworfen, sie hätten die Theorie von der »Herausreißung der Einzel-

erscheinungen« (Berger u. Jetzschmann 1973, S. 22 f.); wenig erfährt man über den Zusammenhang, der, der Logik des Gegenteils folgend, die Theorie der Marxisten sein müßte. Zwischen Empirie und Theorie, so heißt es, gebe es einen qualitativen Sprung, den es interpretierend zu überwinden gelte (ebenda, S. 19). Die Kritik der Methoden, zu der die Forscher sich durch einen viel zitierten Satz von Kurt Hager angehalten sahen (Stoljarow 1966, S. 43)¹, reduziert sich im Prinzip auf die Anerkennung der richtigen Theorie für die Interpretation der Daten. Nach einer in den sechziger Jahren geführten Methodendebatte (vgl. dazu Haug, F. Berlin und Karlsruhe 1969; Koch, U. Frankfurt/Main 1976) scheint man sich jetzt darauf geeinigt zu haben, die üblichen Methoden positivistischer Sozialforschung zu empfehlen, allenfalls mit solch zusätzlichen Wertungen versehen wie: die Skalierungsverfahren von E. Scheuch seien wegen ihrer guten Mathematisierbarkeit besonders zu befürworten (Berger u. Jetzschmann 1973, S. 76).²

Das Fazit der Indifferenz der Methoden ist innerhalb der in den sozialistischen Ländern praktizierten Sozialforschung zweifellos ein Fortschritt gegenüber der vorhergehenden Annahme einer »proletarischen Wissenschaft«, die, solange sie nicht entfaltet war, zur Untätigkeit verdammt. Nach dem Studium marxistischer Sozialforschung bleibt neben der Aufforderung, die merkwürdige Übernahme positivistischer Begriffe zu reflektieren, nachdem die Theorie zuvor verdammt wurde, die Frage: stimmt es, daß die Methoden indifferent sind, bloße Instrumente für jedwede Praxis?

III

Ausgestattet mit der Empfehlung zur gewissermaßen theorieunabhängigen Befürwortung der von der positivistischen Wissenschaft vorgeschlagenen Methoden, wenden wir uns diesen Methoden selbst zu, konkreter: ihrer Anwendung in einem Bereich von Sozialforschung. – Ich setze voraus, daß allgemein bekannt ist, daß es sich bei den umstrittenen Methoden um mathematisch-statistische Verfahren handelt, die u. a. mit solchen Begriffen wie Repräsentativität, Signifikanz, Varianz usw. die Menge der Untersuchungsobjekte, die Wahrscheinlichkeit einer Beobachtung in einer angenommenen Verteilung, die Streubreite um einen Durchschnittswert etc. nach mathematisch abgeleiteten Formeln zu berechnen erlauben. – Die Proteste der Frankfurter im Positivismusstreit richteten sich zunächst gegen die Legitimität, überhaupt statistische Methoden zur Erkenntnis von Wirklichkeit anzuwenden, beließen aber die Empiriker ohne jede Alternative oder empfahlen ihnen sogar, wie letztlich Habermas – nach vorhergehender theoretischer Reflexion und Hereinnahme subjektiver Erfahrungen –, die zunächst inkriminierten Instrumente, als wären sie durch den Zweifel selber schon andere geworden. Diese Empfehlung wurde von den Sozialwissenschaftlern aus der DDR unterstützt und wird selbstverständlich von den Empirikern der Bundesrepublik akzeptiert, soweit sie sich mit solchen Fragen überhaupt beschäftigen.

Ein Blick in die Werkstatt der sozialwissenschaftlichen Forscher müßte eigentlich das Leistungsvermögen der Methoden für die angezielte Erkenntnis dokumentieren:

Eine nahezu vollständige Überprüfung der empirischen Untersuchungen zu den Folgen der Automation auf die Arbeitenden (ca. 70) zeigt, wie diese Forscher sich bei expliziter Anerkennung der gängigen statistischen Methoden höchst unbekümmert

den Zwängen entziehen, die diese Methoden den Erhebungen auferlegen. Die wenigsten Untersuchungen berücksichtigen Regeln der Repräsentativität – wo dies geschah, sind die Ergebnisse besonders mager –, in einigen Erhebungen wird Repräsentativität einfach behauptet, ohne daß die Auswahl auch nur im entferntesten nachprüfbar den Kriterien genügt; die meisten entziehen sich einem solchen Zwang durch Verweise auf die Komplexität des Forschungsgegenstandes, seine Neuartigkeit, auf die notwendige Forschungsökonomie hinsichtlich Zeit und Geld oder durch die lakonische positive Feststellung, sie zögen für ihren Gegenstand eine »qualitative Analyse« vor. Noch seltener werden statistische Prüfverfahren, mathematisch-statistische Berechnungen angewandt. Die allgemeine Zurückhaltung wird nicht einmal als problematisch empfunden. So trifft die ständige Verfeinerung der statistischen Rechenverfahren auf weitgehende Uninteressiertheit eben derjenigen Forscher, die von ihrem Selbstverständnis her durchweg Befürworter mathematisch-statistischer Verfahren sind. In der Praxis lassen sie diese Verfahren links liegen.

IV

Berechtigt könnte hier eingewandt werden, es seien die Untersuchungen über Automationsfolgen – wie überhaupt alle über soziale Prozesse – in der Tat zu »komplex« oder zu »differenziert« für mathematisch-statistische Verfahren, die ihre Stärke an ganz anderen Gegenständen erwiesen. Befragen wir die Statistiker selber über die Anwendungsgebiete, die sie für ihre Methoden geeignet finden. Neurath etwa gibt zur Veranschaulichung der Methoden wie zur Demonstration ihrer Leistung bei der Diskussion der Streuungsmaße und Variationskoeffizienten folgendes Beispiel:

»In einer Arbeit über Unterschiede zwischen verschiedenen menschlichen Gruppen vergleicht G. M. Morant . . . die Körpergrößen von . . . Kongo Pygmäen, die zu den kleinsten, und von . . . Sudanesischen Dinkas, die zu den größten Menschengruppen gehören.« Er kam zu dem Ergebnis: »Obwohl die Durchschnitte und auch die Standardabweichungen beträchtlich voneinander differieren, variieren offenbar die sehr kleinen Pygmäen relativ zu ihrer Durchschnittsgröße ungefähr ebenso voneinander wie die sehr großen Dinkas.« (Neurath 1974, S. 52 f.)

Der Beweis der Leistungsfähigkeit statistischer Methoden bei der Erzielung eines solchen Ergebnisses braucht kaum erst erbracht zu werden. Die Stimmigkeit von Methode und Ergebnis ist auf eine Weise zwingend, daß man vergessen kann, Zweifel am Sinn der zugrundeliegenden Fragestellung für sozialwissenschaftliche Erkenntnis anzumelden. Gleiches gilt für mathematische Verfahren, mit denen man errechnen kann, wie groß das Streuungsmaß – auf einige Stellen hinter dem Komma genau – in einer Zufallsstichprobe von Menschen um das Durchschnittsalter von 42 Jahren ist. Das Unbehagen an solchen Verfahren und Ergebnissen³ richtete sich auf die Diskrepanz zwischen der Genauigkeit solcher Daten und ihrer Aussagekraft, löste, etwa in den USA, eine Debatte aus über subjektives Zeitgefühl und subjektive Bedeutungen von Größe, Anzahl etc., und führte schließlich – wie bei Schütz – zur Vorstellung, sinnvoll sei im Grunde nur eine Psychologisierung der Soziologie, um aus der Dürre jener Zahlenlandschaften herauszukommen (vgl. u. a. Schütz u. Luckmann 1975).

Hinter dem Unbehagen steckt die bei Cicourel explizierte Einsicht, daß die statistischen Verfahren sich auf quantifizierbare Eigenschaften der Objekte beziehen, die ihnen zuvor erst zum Zwecke der Messung zugeschrieben wurden, wie z. B. Meter,

Jahr oder Stunde etc. Sie sind den Objekten äußerlich, sind das vergleichende Dritte, das von jeder spezifischen Qualität absieht wie Geld vom Gebrauchswert der Dinge. Sie sagen zwar nicht nichts aus über die Objekte, aber nur das Unbesondere. Sie beziehen sich auf eine bestimmte Form des Umgangs mit den Objekten. So mag es z. B. für einen Hemdenhersteller von Bedeutung sein, welchen Durchschnittsumfang die Hälse haben, damit er seine Quantitäten richtig festlegen kann. Diese statistischen Methoden sind also für die Planung und Verteilung von Produktmengen von hoher Bedeutung; wie aber verhalten sie sich zum Gegenstand der Sozialwissenschaften?

Cicourel hat das Verdienst, darauf hingewiesen zu haben, daß die Beziehungen in den Systemen – dem zu untersuchenden und dem Messungssystem – übereinstimmen müssen (Cicourel 1970, S. 11 ff.).

Adorno formulierte – sich polemisch in die positivistische Denkweise einfühlend –, daß die Fakten, die die Positivisten messen, zuvor »von aller windigen begrifflichen Zutat gesäubert« (Adorno u. a. 1969, S. 48) seien, und fügte das Urteil hinzu, daß ihnen das Entscheidende entgehe. Er leitete seinen Verdacht, daß statistische Methoden Herrschaft reproduzierten, davon ab, daß sie eben nur solche gleichgültigen Aspekte am Subjekt wie Größe etc. zu messen in der Lage seien. Wo sie Meinungen mit den gleichen Methoden messen, müßten diese zuvor auf so anorganische Fixiertheiten wie Meter usw. heruntergebracht, eben verdinglicht sein. Diese Verdinglichungen stellte er sich vor als gesellschaftliche Tat, vollendet durch die Methoden der Messung, ermöglicht durch die Produktionsverhältnisse, ihre verdinglichende Gewalt. Insofern sei der Positivismus »begriffslose Erscheinung der negativen Gesellschaft in der Gesellschaftswissenschaft« (ebenda, S. 77). Anstelle der Dignität der zu untersuchenden Gegenstände trete die Objektivität der Methoden.

Die Diskussion zwischen positivistischer und marxistischer Gesellschaftstheorie, die sich darstellte als eine zwischen einer Theoriepartei und einer Methodenpartei und als solche unbegreifbar war, gelangt nach den Exkursen in die Praxis der Sozialwissenschaftler und die Methoden der Statistiker zu der Feststellung: die Methoden müssen den Gegenständen angemessen sein.

Die Aussage klingt banal, außerdem tautologisch, und dennoch eröffnet die Beschäftigung mit diesem Postulat eine bessere Aussicht auf die Probleme, deren Lösung erarbeitet werden soll. Wie ermittle ich, welche Methoden »angemessen« sind, wenn ich über den Gegenstand noch nichts weiß, den ich mit diesen Methoden erforschen will? Die Frage scheint übertrieben. Immerhin weiß ich vom Gegenstand, warum ich ihn erforschen will, welche Fragen ich an ihn habe, welchen Umgang ich also mit ihm haben will. Z. B. weiß ich in Morants Beispiel über die Größenverteilung bei den Dinkas, mit welchen Variationen und Quantitäten eine Kleiderfabrik zu rechnen hätte. Was also für einen Gegenstand angemessen wäre, bestimmt sich danach, was ich mit dem Gegenstand zu tun haben will, ist mithin eine Frage nach der Praxis. Der Satz über die Angemessenheit der Methoden an ihren Gegenstand scheint jetzt vollends der subjektiven Willkür des Forschers Tür und Tor zu öffnen. Wie ich mit meinem Gegenstand verfare – heißt es jetzt übersetzt –, bestimmt sich danach, wie ich mit ihm verfahren will. Einen Apfel, den ich essen möchte, werde ich kaum vergraben, für meine Zwecke wende ich vielmehr verschiedene Methoden an, mit denen ich das gesteckte Ziel erreichen kann. Methodenauswahl bestimmt sich also aus dem praktischen Umgang mit den Dingen, die Methoden werden entwickelt und verfeinert bei

der Anwendung.

Fragen wir also, welchen Umgang die Sozialwissenschaftler mit ihren Forschungsgegenständen haben wollen, wie sie verfahren wollen. Zu dieser Frage gehört das im Positivismusstreit vielfach angesprochene Problem der Moral. Bestimmt der Forscher nach seinem Gewissen, ob er »instrumentell« oder »manipulativ« – oder wie sonst? – mit den Objekten seiner Forschung verfährt?

Wenden wir uns noch einmal dem Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung zu. In der hier notwendigen Kürze läßt sich formulieren: der Sozialwissenschaftler hat es mit Menschen und von Menschen gestifteten Zusammenhängen zu tun. Sein Gegenstand ist also selber schon Praxis, noch bevor der einzelne Forscher sich ihm im praktischen Interesse nähert. Sein Interesse ist es, vorhandene Praxisstrukturen zu begreifen. Im Begreifen ist der Anspruch enthalten, praktisch eingreifen zu können. Sozialwissenschaftliche Forschung sucht also Erkenntnis, um in menschliche Praxis eingreifen zu können. Nehmen wir an, und hier stellt sich dann die Moralfrage, sie sucht einzugreifen mit dem Ziel der Verbesserung.

Wir sahen, daß die Methodenwahl bestimmt war durch den praktischen Zweck. Sie schien damit allein ins Belieben des Forschers gestellt. Die Besonderheit sozialer Gegenstände, wie die Wissenschaftlichkeit des Anspruchs sind allerdings für den Sozialwissenschaftler vorgegeben. Daher ist subjektive Willkür des Forschers für seine Art des Umgangs mit seinem Gegenstand ausgeschaltet. Als Wissenschaftler begreift der Forscher seinen Gegenstand, indem er zugleich untersucht, wie er geworden ist, als auch, wie er sich zusammensetzt. Dieses doppelte Vorgehen ist ein strukturell-genetisches. Der Forscher läßt sich also ein auf die Entwicklung, die sein Forschungsobjekt selber durchläuft. In der Frage der Entwicklung der gesellschaftlichen Menschen und der menschlichen Gesellschaft, den Gegenständen der Sozialforschung, braucht er also eine Theorie über die Bewegungsweise menschlicher Entwicklung, wenn er sich ihren Erscheinungsformen begreifend nähern will.

Die Frage nach der Angemessenheit der Methoden an ihren Gegenstand läßt sich jetzt umformulieren: Lassen sich die unterschiedlichen menschlichen Praxisfelder in ihrem Zusammenhang begreifen und abbilden mit Methoden, die ausdrücklich einer bestimmten Praxis sich verdanken? Die Frage scheint versimplifiziert. Sie beantwortet sich selber, das läßt sie als Nicht-Frage erscheinen. Und doch impliziert die Anwendung statistischer Methoden auf soziale Gegenstände eben jene Merkwürdigkeit.

V

Vorläufiges Ergebnis der bisherigen Ausführungen war die Auffassung, daß die Methoden zum einen abhängig sind vom praktischen Zweck, zum anderen – beim Gegenstand der Sozialwissenschaften – von der Praxisform des Objekts selber. In beiden Fällen – so spitzt sich der noch einzulösende Verdacht auf unsere Eingangsfrage zu – kann die historisch-materialistische Auffassung von der widersprüchlichen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft nicht ohne Einfluß auf die Methoden der Erfassung gesellschaftlicher Tatbestände sein.

Der Widerspruch muß durchschlagen auf jede Erscheinung. Die Bewegung bedeutet, daß nichts bleibt, wie es ist, daß also jede Erscheinung auch in ihrem Nicht-mehr und im Noch-nicht aufzufassen ist, in gerichteter Bewegung. Die Richtung der Bewe-

gung ist dabei bestimmbar und muß bestimmt werden aus dem Kampf, den die treibenden Kräfte gegen die sie beengenden Umstände in der Geschichte führen müssen. Dabei tritt die Entwicklung in den Erscheinungen nicht eindeutig zutage, sondern als Krise, als Gewalt, gar als Zurück – eindeutig bleibt die Tendenz. Tendenzaussagen oder Tendenzgesetze haben demnach einen prognostischen Wert, wiewohl sie nicht zuverlässig sind in bezug auf den Zeitpunkt des Eintretens bestimmter Erscheinungen, noch darüber, ob sie überhaupt eintreffen.

So sind etwa Aussagen über Persönlichkeitsentwicklungen aufgrund veränderter Arbeitsanforderungen Aussagen über Entfaltungsmöglichkeiten und ihre Bedingungen. Ob aber die mit Bewußtsein begabten Menschen bewußt zu handeln beginnen, ist eine Frage, die einer Ja-Nein-Logik sich entzieht. Sie ist dennoch auch eine Frage der Empirie.

Der Verweis auf die Bewegungsform des Widerspruchs für die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft deutet nicht allein auf den Kern der historisch-materialistischen Theorie; offenkundig wird auch sofort die Schwierigkeit, mit mathematisch-statistischen Verfahren eben jene Bewegung zu erkennen oder zu formulieren.

Daß die Widerspruchsfreiheit der statistischen Verfahren, benutzt man sie zur Erkenntnis, etwas mit der Leugnung der Realwidersprüche in der Gesellschaft zu tun hat, findet sich als Andeutung in vielen Reflexionen über die Methodologie in den Sozialwissenschaften.

Adorno kritisiert, daß Widerstreitendes durch Klassifikation auf den gleichen Begriff gebracht werde; er formuliert: »Die Reflexion auf den Stellenwert gesellschaftlicher Erkenntnis innerhalb des von ihr Erkannten drängt über diese einfache Widerspruchslosigkeit hinaus.« (Adorno u. a. 1969, S. 28)

Antagonistisches lasse sich nicht nach dem Gesetz der Großen Zahl quantifizieren (ebenda, S. 91); und deutlicher: »... aber das Erkenntnisideal der einstimmigen, möglichst einfachen, mathematisch eleganten Erklärung versagt, wo die Sache selbst: die Gesellschaft nicht einstimmig, nicht einfach ist, auch nicht neutral dem Belieben kategorialer Formung anheimgegeben, sondern anders, als das Kategoriensystem der diskursiven Logik von seinen Objekten vorweg erwartet. Die Gesellschaft ist widerspruchsvoll und doch bestimmbar; rational und irrational in eins, System und brüchig, blinde Natur und durch Bewußtsein vermittelt. Dem muß die Verfahrungsweise der Soziologie sich beugen.« (ebenda, S. 126)

Paul Neurath schreibt in seinem statistischen Lehrbuch: »Technisch handelt es sich hierbei (bei der Berechnung von Abweichungen, F. H.) um das Studium der Variation – sei es Variation der individuellen Beobachtungswerte untereinander, sei es Variation oder Streuung um irgendwelche Bezugspunkte (wie z. B. den Durchschnitt) oder um gewisse Bezugslinien...« (Neurath 1974, S. 1). Der Anspruch gilt also der Erforschung der Streubreite eines als gleich und unbeweglich Angenommenen; man bezieht sich nicht auf Wirklichkeit, sondern auf Werte, auf Maßzahlen. Herman Weyl schrieb in seiner »Philosophie der Mathematik«, jeder Wissenschaftsbereich führe seine eigene Logik mit sich, es sei noch offen, wie eine symbolische Logik der Geschichte aussehen würde (nach Cicourel 1970, S. 55). Und Cicourel schließlich formuliert: »Es mag angemessen sein, zu fragen, ob es eine größere Klasse von Messungssystemen gibt, die ihre Basis nicht in logischen oder mengentheoretischen Operationen haben würden, bei denen aber diese letzteren Arten deterministischer Bedin-

gungen eine Teilmenge irgendeiner mehr allgemeinen Konzeption von Messungen wäre.« (ebenda, S. 53)

Leiser hat der Frage der adäquaten Praxis mathematisch-statistischer Verfahren zwei umfangreiche Untersuchungen gewidmet (Leiser 1978, a u. b). Ich muß mich an dieser Stelle auf wenige resultathafte Bemerkungen beschränken: aus der Einsicht, daß soziale Prozesse prinzipiell widersprüchlich sind, folgt, daß die empirischen Methoden, die ausdrücklich dem Ausschluß von Widersprüchlichkeit sich verdanken, nicht umstandslos zur Messung, auf keinen Fall zur Erkenntnis angewandt werden können, da sie die wesentlichen Momente sozialer Tatbestände – nämlich alle, die die Selbstbewegung des Objekts betreffen – verfehlen müssen.

VI

Was aber folgt positiv aus der Erkenntnis der Widersprüchlichkeit von Gesellschaft für die Erfassung relevanter Wirklichkeitsbereiche? Die bisher als Zeugen und Beiträger in der Diskussion bemühten Autoren schweigen dazu oder übernehmen die bekannten gebräuchlichen Verfahren.

Ich werde abschließend einige vorläufige Thesen zum empirischen Vorgehen vortragen sowie – daraus folgend – die Brauchbarkeit des statistischen Mittelwertdenkens in Frage stellen. Ich beziehe mich dabei im Besonderen auf den eingangs angeführten Bereich der Automationsfolgen für die Produzenten.

Das theoretische Vorverständnis über den Untersuchungsgegenstand besagt: In der widersprüchlichen gesellschaftlichen Entwicklung, deren Hauptmoment die Produktivkräfte in ihrer Rebellion gegen die sie einengenden Produktionsverhältnisse sind, von denen sie wiederum selber vorangetrieben werden, ist die Tendenz der Entwicklung zu ermitteln, ferner ihre Erscheinungsformen, Zuspitzungen von Widersprüchen, Lösungsformen in der Gestalt des Fortschritts wie auch in der Gestalt der zeitweiligen Sistierung des Konflikts und Strategien, die, durch den Druck der Bewegung hervorgerufen, Gegendruck erzeugen; sie bringen so bei oberflächlicher Betrachtung die Erscheinungsform der Bewegungslosigkeit hervor wie die eingangs erwähnten Eisenfeilspäne im doppelt bestimmten Kräftefeld.

Adorno warnte insbesondere davor, daß die formalisierten Methoden in ihrer gleichmacherischen Art die wesentlichen Elemente und Formen übersähen, ein gleichgültiges Einerlei herstellten. Was also wäre wesentlich am Untersuchungsgegenstand »Folgen der Automation für die Arbeitenden« und wie wäre es als Wesentliches zu begründen?

In den einschlägigen Untersuchungen finden wir ein breites Spektrum von Merkmalen, die dann jeweils Grundlage für Tendenzaussagen werden. Da geht es um die Einstellung der Arbeiter zur technischen Veränderung, den Grad ihrer Informiertheit darüber, ihre Einstellung zu Schichtarbeit, ihr Verhältnis zu den Vorgesetzten, über Bewußtsein ganz allgemein, über Entfremdung und Autonomie am Arbeitsplatz, über Qualifikationen und Facharbeiteranteil, um Konflikte, um die Anzahl von Augenbewegungen bei Bildschirmarbeiten usw. (Projekt Automation . . . 1979)

Wie vermeidet man in solcher Vielfalt die Fixierung auf unwesentliche Elemente?

Für die Ermittlung der widersprüchlichen Bewegung sind die Formen herauszuarbeiten, in denen diese Bewegung wirklich erscheint. In der Geschichte der arbeitenden Menschen müssen Zusammenhänge sein, in denen die beengenden Verhältnisse

sich ebenso ausdrücken, wie die sie in Frage stellenden Keimformen der neuen gesellschaftlichen Formation. Die historische Analyse ergab, daß unter den vielen Gesichtspunkten, unter denen man die arbeitenden Menschen betrachten mag, es fünf Hauptformen sind, in denen sich die widersprüchliche Bewegung vor allem vollzieht. Vereinfacht ausgedrückt: Im Bereich der *Motivation*, der Handlungsbereitschaft gibt die Art und Weise zu produzieren an, wie sehr die Qualität des Produkts der Hinwendung der Produzenten bedarf, während die Eigentumsverhältnisse die Bereitschaft zu dieser Hinwendung bestimmen. In der Form der *Arbeitsteilung* findet sich das Kampffeld zwischen der Fortgeschrittenheit der Arbeit und der Beengung und Einschnürung der einzelnen Produzenten. Im spiegelbildlichen Bereich der *Kooperation* zeigt sich das produktivkraftgemäße Dennoch gegen die isolierenden Verhältnisse, solange sie auf dem Eigentum an Produktionsmitteln beruhen. Im *Denken*, welches aus der Arbeit resultiert, bzw. beim Arbeiten auch gebraucht wird, äußern sich der Grad der Einsicht in natürliche und gesellschaftliche Zusammenhänge, das Ausmaß an Kontrolle über die Lebensbedingungen zumindest der Möglichkeit nach. Die Verweigerung der Kontrolle durch die Verhältnisse, manifestiert in der Art der Arbeitsteilung, zeigt die Fessel, welche die Entwicklung prägt, ihre Widersprüchlichkeit bestimmt. Die Art der *Aneignung* des akkumulierten Wissens der Menschheit, also wie gelernt wird, ist im Ausmaß bestimmt durch die Art der Arbeit, die Form der Verhältnisse. Inwieweit auch im Lernbereich die Widersprüchlichkeit der Entwicklung in der rebellischen Form verläuft wie in den übrigen vier Bereichen, wäre Resultat einer noch zu erarbeitenden Lerntheorie – wie sich überhaupt zeigt, daß eine Theorie der Entwicklung der verschiedenen menschlichen Aspekte wie Motivation, Kognition etc. und ihres Zusammenhangs Voraussetzung der empirischen Arbeit ist. Die einzige Methode also, die wesentlichen Elemente aus der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen festzuhalten – in unserem Fall des menschlichen Arbeitshandelns –, ist das Studium der Baugesetze im Doppelsinn des Sich-Aufbauens und des Aufgebautseins.

Wie nun aber an diese Bereiche empirisch herangehen? Gesucht wird die einfache Fragestellung, die eine logisch widerspruchsfreie und also mathematisch-statistischen Verfahren unterwerfbare Erfassung der Wirklichkeit überhaupt erst erlauben würde. Dabei richtet sich das empirische Augenmerk auf das Sich-Entwickelnde, also auf die Seite der Produktivkräfte – der gegenständlichen wie der subjekthaften –, die gegen die Fesselung durch die Produktionsverhältnisse hier und heute konkret rebellieren. Ein strukturell-genetisches Verfahren wird so angewandt auf den aktuellen Moment. Im Widerstreit der Elemente ist die Geschichte selber enthalten, wird die Einbeziehung der vergänglichen Seite Voraussetzung der Einsicht in das Zukünftige. Für die Analyse der Automationsfolgen in den 5 Hauptbewegungsformen bedeutet dies: Herausarbeiten, welches die bestimmenden Merkmale des Alten sind, in ihrer konkreten Gestalt hervorgebracht durch die Verhältnisse und die ihnen gemäßen Produktivkräfte. Verkürzt zwar und vereinfacht vorgestellt heißt dies im vorliegenden Fall: die Arbeit ist in ihrer wesentlichen Gestalt geteilt in Kopf- und Handarbeit, ein Verhältnis, das noch einmal nach außen tritt als Arbeitsteilung zwischen Vorgesetzten und Untergebenen; die Arbeitsvollzüge sind partialisiert, so daß die notwendigen gedanklichen Operationen auf ein Minimum beschränkt sind; entsprechend muß *für die* Arbeit wenig, *in ihr* noch weniger gelernt werden; Motivation zur Arbeit ist schon aus

diesen Gründen, darüber hinaus wegen des Lohnarbeiterstatus (Nicht-Eigentum an Produktionsmitteln) nur durch den Lohn aufrechterhaltbar. Zusammenarbeit geschieht bei gleichzeitigem Gegeneinander im Kampf um Arbeitsplätze. Die spezifizierte Frage also lautet: negieren die durch die neuen Produktionsmittel verlangten Anforderungen an Denken, Fühlen, Wollen, Zusammenwirken, Entwicklung der Arbeiter eine oder mehrere Bestimmungen, die aus der bisherigen, den kapitalistischen Produktionsverhältnissen gemäßen Weise zu produzieren resultieren?

Die Frage ist jetzt für empirische Zwecke vereinfacht und kann übersetzt werden in eine Anzahl von Einzelfragen etwa über das Ausmaß an Verantwortung, das der Lohnarbeiter tragen soll für ihm nicht gehörende Produktionsmittel; über die Überschreitung herkömmlicher Arbeitsteilung zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, zwischen Maschinenbedienern und Konstrukteuren usw.

Der Widerspruch, der statistische Verfahren ausschloß, der zur Problemformulierung aber nicht ausgeschlossen werden konnte, ist für die empirische Herangehensweise herausgenommen, indem die Seite theoretisch sistiert wurde, die, wiewohl vergänglich, selber das Sistierende in dieser Gesellschaft ist. Indem konstant gesetzt wird, was selber zum Bleiben auffordert, gewinnt man erst die Möglichkeit, die Veränderung auch als Veränderung wahrzunehmen. Die solcherart logisch widerspruchsfrei formulierten empirischen Fragen erlauben jetzt hypothetisch durchaus die Anwendung der herkömmlichen statistischen Methoden mit ihrem Herzstück der Überprüfung von Häufigkeiten, ihren Verteilungen, Abweichungen, Streubreiten, Wahrscheinlichkeitsfehlern etc. Sie erlauben dies allerdings *nur* auf der fixierten Seite, auf der Seite also des sistierten Alten. Das Neue, indem es eben jenes Alte negiert, träte im gleichen Verfahren auf als Zufall, als Abweichung, als Verzerrung, als – je nach gewähltem Verfahren – mehr oder weniger eliminiertes Extremwert, allenfalls als Größe, die den Gesamtdurchschnitt hebt, wie eine Steigerung der Unternehmer-einkommen im statistischen Abbild das Durchschnittseinkommen der Arbeiter heben wird.

Das Neue tritt ja nicht sogleich auf als Massenerscheinung, als Durchschnitt. Es ist nicht schon allgemein durchgesetztes Resultat, sondern selber Beginn. Dabei werden die Bestimmtheiten durch die Verhältnisse, bzw. wird die Form, die Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse zusammen vorstellen, im sistierten Moment ihrer Adäquanz als vollständig und absolut angenommen. Jedes Dagegen ist ein Phänomen, welches Erklärung verlangt. Ob es das Neue ist, entscheidet die Geschichtlichkeit der Kategorien, unter denen es geprüft wird.

Jedes einzelne Neue kann also über das Wesen des Prozesses mehr aussagen als die Ermittlung des gegenwärtigen Durchschnitts. So wie ein einziger Mensch, der als nicht käuflich erfahren wird, mehr über die Wesenskräfte des Menschen aussagt als die Statistik über die Käuflichkeit der anderen.

Diese Herangehensweise erlaubt es, die *allgemeine* Entwicklung in den Einzeler-scheinungen herauszufinden, den Vorboten als solchen zu erkennen und z. B. nicht gleichermaßen als Skurrilität zu verbuchen, ob ein Meßwart seinen Helm mit Abziehbildern beklebt, ob er Vergleichskurven über verschiedene Fahrweisen zeichnet oder gar die Konstruktionspläne heimlich entwendet, um sie in seiner Freizeit zu studieren, weil er sonst mit der Anlage nicht klar kommt.

Die Aufgabe des empirischen Forschers erschöpft sich dabei nicht darin, das Neue

zu finden in den unterschiedlichen Erscheinungsformen: als Aufbruch, als Protest, als Gegenkraft. Wesentlich wird die Erforschung der Bedingungen, die die erscheinende Entwicklung hervorbrachten, bzw. möglich machten. Sie gilt es zu verallgemeinern. Ihre Verallgemeinerung selber aber ist praktische Tat, nicht eine Frage der Theorie.

So wird man z. B. feststellen, daß die verbreitetste Form, die Qualifikationen für die neuen Maschinen und Anlagen zu vermitteln und sich anzueignen, die Beteiligung der späteren Automationsarbeiter beim Aufbau der Anlagen ist. Das erworbene Konstruktionswissen als Grundlage für den Vollzug des abstrakten Umgangs mit dem Produktionsprozeß ist nicht formalisiert. Es ist demnach weder vermittelbar an die nächste Arbeitergeneration, nicht Bestandteil der Berufsbildung und findet auch nicht Eingang in die Lohnleitlinien. Ebenso viele Probleme wie Aufgaben für die Sozialwissenschaftler.

Es könnte so aussehen, als sei hier plädiert für eine Empirie, die ausschließlich auf Einzelphänomene sich beschränken solle, der Massenhaftigkeit der Erscheinungen von vornherein mißtraue, wie man das z. B. in vielen Formulierungen Adornos lesen kann. Das mag richtig sein bezogen auf Erscheinungsformen, die Gesamttendenz kann nur als allgemeine auftreten: So wie – in unserem Beispiel – die Produktivkraftentwicklung voranschreitet, muß auch die Bewegung der subjektiven Produktivkräfte in den untersuchten Bewegungsformen voranschreiten. Dieser Prozeß geschieht *massenhaft*.

Nicht massenhaft, weil nicht gleichartig, sind die Erscheinungsformen dieser Entwicklung. Ebenso wie die fesselnden Produktionsverhältnisse für die Gleichartigkeit der von ihnen Gefesselten sorgen, verbieten sie auf der anderen Seite die Entwicklung, verhindern damit die Gleichartigkeit der von Entwicklung betroffenen Erscheinungen. Solange die Produktionsverhältnisse beibehalten werden, tritt Entwicklung auf als ein bestimmtes Dennoch, als unterschiedliche Grade und Formen von Negation. In der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen wird man natürlich Häufungen finden. Sie zeigen an, wo die Kraft am größten und/oder der Widerstand am geringsten ist. Sie bezeichnen damit Felder, in denen die Verallgemeinerung der Bedingungen für die Entwicklung leichter fällt, in unserem Fall u. a. praktisch erreichbare Ziele gewerkschaftlichen Kampfes heute. Daß solche Phänomene gehäuft auftreten, scheint ihre Abbildung in eine statistische Häufigkeitsverteilung nahezuliegen. Tatsächlich würde aber ein solcher Versuch die Aussagefähigkeit der Phänomene ganz und gar verfehlen. – Die Nennung der Anzahl der betroffenen Fälle hat zudem den eigentümlichen Effekt, unter den Sozialwissenschaftlern Enttäuschung auszulösen. Denn obzwar sie die statistischen Methoden für die Analyse sozialer Prozesse durchweg nicht anwenden – wie weiter oben angeführt –, prägen die mathematisch-statistischen Erwartungen entscheidend die Auswertung und Bewertung ihrer Befunde. Sie können bei diesen Bewertungen zudem auf unmittelbares Einverständnis mit den Lesern rechnen, da auch der Alltagsverstand die gleiche Formung erfahren hat. So kann man in der neuesten Untersuchung aus dem Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen »Produktion und Qualifikation« lesen, es könne keine Rede davon sein, daß zunehmend Instandhaltungsarbeiten wesentlich würden, mithin konstruktives strategisches Wissen zu den geforderten Qualifikationen gehören müsse. In einem von ihnen untersuchten Hüttenwerk hätte der Anteil der Instandhaltungsarbeiter an allen gewerblichen Beschäftigten *nur* 18–25% ausgemacht (SOFI 1977, Teil II, S. 508)⁴. Marx schrieb das

Kapital, in dem von der Arbeiterklasse als der wesentlichen historischen Kraft ausgegangen wird, zu einer Zeit, als der Anteil der in der Industrie Beschäftigten (einschließlich Kapitalisten) an der Bevölkerung in England und Wales 8% ausmachte (berechnet nach Marx, *Das Kapital*, Bd. 1, S. 469 f.), nur wenig mehr als der Anteil der Dienstmoten. Ein Jahr nach der Entstehung des Kommunistischen Manifests betrug der Anteil der Arbeiter in Preußen sogar nur zwischen 2 und 3%. (Becker 1960, S. 212 f.).

Indem es also die Sozialforschung mit widersprüchlicher Bewegung zu tun hat, ist ihre Praxis mit der, die den statistischen Verfahren zugrundeliegt, ebensowenig identisch, wie ihr praktisches Interesse der Praxis der statistischen Methoden entspricht. Sie ist allerdings auch nicht mißzuverstehen als Fanatikerin von Raritäten. In der logisch-historischen Herangehensweise arbeitet sie das neue Element der Bewegung heraus. Sie bedarf der empirischen Forschung, um aus dem Vorhandensein der neuen Praxis den Zeitpunkt ihrer allgemeinen historischen Möglichkeit zu bestimmen. Aus der Analyse der Bedingungen für die entwickeltsten Formen menschlicher Praxis verhilft sozialwissenschaftliche Forschung dazu, die Punkte für praktische Eingriffe zu erkennen, die die Entwicklung voranbringen können. Aus der Quantifizierung der Phänomene gewinnt sie dabei Kenntnis über die gehbaren Wege. Aus der Kombination der unterschiedlichen Erscheinungsformen des Aufbruchs gewinnt sie Einsicht in seine Fortgeschrittenheit. Aus der ebenso empirischen Beobachtung der zusätzlichen Fesselungsbemühungen der Agenten der herrschenden Verhältnisse sowie ihrer neuen Angebote für die zeitweilige Sistierung des Konflikts sind konkrete Hindernisse zu benennen, die der Entwicklung entgegengebaut werden. Sie sind ein Beweis für die Bewußtheit der sistierenden Kräfte. Ihr empirischer Aufweis ist notwendig für die wissenschaftlich erarbeitete Möglichkeit, den Fortschritt der Bewegung ebenso bewußt voranzutreiben.

Anmerkungen

1 Kurt Hager forderte auf dem 9. Plenum des ZK der SED: »Die kritische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Soziologie der Gegenwart muß auch die Kritik ihrer Kategorien und Begriffe umfassen, wobei natürlich rationale Elemente der Methoden und Techniken der bürgerlichen Soziologie für unsere Forschungen nutzbar gemacht werden sollen.«

2 Die Kritik richtet sich hier nicht auf die Ausführungen zur marxistischen Methode überhaupt, sondern lediglich auf das Verhältnis zu den mathematisch-statistischen Verfahren.

3 Vgl. hierzu auch Holzkamps Überlegungen zum Experiment in der Psychologie und zur Pseudogenauigkeit der dort ermittelten Ergebnisse (Holzkamp 1977).

4 Zur Diskussion der Hauptstudie des Göttinger Forschungsinstituts vgl. unseren Beitrag in *Projekt Automation . . . 1978*, Argument-Sonderband 31.

Literaturverzeichnis

- Adorno, Th. W. u. a.: *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*, Darmstadt 1969, ©1978.
- Becker, W.: *Die Bedeutung der nichtagrarischen Wanderungen für die Herausbildung des industriellen Proletariats in Deutschland, unter besonderer Berücksichtigung von Preußen 1850–1870*. In: Mottek, H. u. a., *Studien zur Geschichte der industriellen Revolution in Deutschland*, Berlin/DDR 1960.
- Berger, H. u. H. Jetzschmann: *Der soziologische Forschungsprozeß (Methodologische und methodische Aspekte)*, Berlin/DDR 1973.

- Bollhagen, P.: Gesetzmäßigkeit und Gesellschaft. Zur Theorie gesellschaftlicher Gesetze, Berlin/DDR 1967.
- Brentano, M.: Die unbescheidene Philosophie. Der Streit um die Theorie der Sozialwissenschaften. In: *Das Argument* 43/1970.
- Cicourel, A. V.: Methode und Messung in der Soziologie, Frankfurt/Main 1970. (Original: *Method and Measurement in Sociology*, 1964)
- Cornforth, M.: Marxistische Wissenschaft und antimarxistisches Dogma, Frankfurt/Main 1970.
- Friedrich, W. u. W. Hennig (Hrsg.): Der sozialwissenschaftliche Forschungsprozeß. Zur Methodologie, Methodik und Organisation der marxistisch-leninistischen Sozialforschung, Berlin/DDR 1975.
- Hahn, E.: Historischer Materialismus und marxistische Soziologie. Studien zu methodologischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen der soziologischen Forschung, Berlin/DDR 1968.
- Haug, F.: Soziologie in der DDR. In: *Das Argument* 50, Kritik der bürgerlichen Sozialwissenschaften, Berlin/West 1969.
- Haug, W. F.: Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«, Köln 1976².
- Holzkamp, K.: Die Überwindung der wissenschaftlichen Beliebigkeit psychologischer Theorien durch die Kritische Psychologie, in: *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 8, S. 1–22 (Teil 1), S. 78–97 (Teil 2) 1977.
- Jaeggi, U. u. H. Wiedemann: Der Angestellte im automatisierten Büro. Betriebssoziologische Untersuchung über die Auswirkung elektronischer Datenverarbeitung auf die Angestellten und ihre Funktionen, Stuttgart 1963.
- Klimaszewsky, G. (Hrsg.): Weltanschauliche und methodologische Probleme der materialistischen Dialektik, Berlin/DDR 1976.
- Klofác, J. u. V. Tlustý: Empirische Soziologie, Berlin/DDR 1964.
- Koch, U.: Bürgerliche und sozialistische Forschungsmethoden? Zur Rezeption empirischer Sozialforschung in der DDR, Frankfurt/Main 1976.
- König, R. (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung. Stuttgart ³1974.
- Leiser, E.: Methodische Grundlagen der Kritischen Psychologie I. Widerspiegelungscharakter von Logik und Mathematik, Frankfurt/Main 1978 a.
- Leiser, E.: Einführung in die statistischen Methoden der Erkenntnisgewinnung, Köln 1978 b.
- Marx, K.: Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie, 1. Bd., MEW Bd. 23, Berlin/DDR 1968.
- Maschewsky, W.: Das Experiment in der Psychologie, Frankfurt/Main 1977.
- Neurath, P.: Grundlegende Methoden und Techniken der empirischen Sozialforschung, in: König, R. (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 3b, Stuttgart ³1974.
- Projekt Automation und Qualifikation: vgl. u. a. Automation in der BRD. Berlin/West 1976; Entwicklung der Arbeitstätigkeiten und die Methode ihrer Erfassung. Berlin/West 1978; Theorien über Automationsarbeit Berlin/West 1978 (*Argument-Sonderbände* 7, 19 und 31); 1979 erscheint: Automationsarbeit: Empirie (AS 43).
- Roede, H.: Befragter und Befragte. Probleme der Durchführung des soziologischen Interviews, Berlin/DDR 1968.
- Schütz, A. u. T. Luckmann: Strukturen der Lebenswelt, Neuwied und Darmstadt 1975.
- SOFI (Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen): Produktion und Qualifikation. Bericht über die Hauptstudie im Rahmen der Untersuchungen von Planungsprozessen im System der beruflichen Bildung – eine empirische Untersuchung zur Entwicklung von Qualifikationsanforderungen in der industriellen Produktion und deren Ursachen, 2 Bde., Teil I und II Göttingen 1977.
- Stoljarow, V. (Hrsg.): Zur Technik und Methodologie einiger quantifizierender Methoden der soziologischen Forschung, Berlin/DDR 1966.

H. Reinhard Koch

Methodologie der Erziehungswissenschaften oder Die Kontrolle der Höllenmaschine findet nicht statt.

Ein Literaturbericht

Argumente, die sich der analytischen Wissenschaftstheorie anvertrauen, ohne auf deren Axiomata einzugehen, ... geraten in die logische Höllenmaschine (T. W. Adorno).

Die Metamorphose der Pädagogik von der Geistes- zur Sozialwissenschaft hat ihr nicht nur ein neues Etikett – Erziehungswissenschaft – und zunehmende scientistische Reputation eingebracht, sondern auch methodologische Kontroversen ausgelöst. Die dabei vertretenen Positionen sind weitgehend aus dem »Positivismusstreit« der Soziologie und Psychologie bekannt; »genuin pädagogisch« war allenfalls die zusätzliche Auseinandersetzung mit Vertretern der traditionellen Geisteswissenschaft.

Eine zentrale Frage der Kontroverse war die wissenschafts-theoretische Bewertung empirisch-statistischer Verfahren für die erziehungswissenschaftliche Forschung. Dieser Aspekt der methodologischen Diskussion wird im folgenden anhand der in den Jahren 1975–1977 dazu erschienenen einführenden Buchpublikationen zusammenfassend gesichtet. Gemessen an der elaborierten Diskussion methodologischer Teilspezialisten (Wissenschaftstheoretiker, Empiriker, Statistiker, Informatiker) konnten wir häufig nur wenig angemessen auf Detailprobleme eingehen. Es erschien wichtiger, in den Besprechungen möglichst alle Seiten des empirischen Forschungsprozesses zu berücksichtigen. Die daraus resultierende Oberflächlichkeit haben wir in Kauf genommen, um den potentiellen Abnehmern einführender Literatur zur Methodologie der Erziehungswissenschaft einen praktisch brauchbaren, vergleichenden Überblick zu vermitteln.

Die rezensierten Titel behandeln jeweils zumindest einen Aspekt empirischer Untersuchungstätigkeit:

- Wissenschaftstheorie
- empirische Verfahren
- statistische Verfahren
- technische Verfahren.

Damit sind zugleich die zentralen Kategorien genannt, die zusammen mit den Aspekten:

- mathematische Grundlagen und Modelle,
 - didaktische Konzeption und
 - allgemeine Kennzeichnung des jeweiligen Titels
- das Raster der nachfolgenden Rezension bilden.

Die Rezensionskategorien

Mit den nachfolgenden Erläuterungen sind keine trennscharfen Definitionen, sondern nur grobe inhaltliche Abgrenzungen der Rezensionskategorien beabsichtigt. Zusätzlich werden in den nachfolgenden Erläuterungen Probleme bei der Anwendung der Kategorien auf die hier rezensierte Literatur benannt.

Wissenschaftstheorie

Die Mehrzahl der Autoren vermeidet, eine eindeutige wissenschaftstheoretische Position anzugeben bzw. dieses Thema explizit anzusprechen. Wir gehen jedoch davon aus, daß die Beschäftigung mit irgendeinem Teil empirischer Untersuchungstätigkeit eine explizite oder implizite Orientierung an wissenschaftstheoretischen Grundpositionen voraussetzt. Daher haben wir versucht, die jeweilige wissenschaftstheoretische Basis der Autoren aufzuspüren. In Anlehnung an Holzkamps Systematik positivistischer Positionen (Holzkamp 1972, S. 80 ff.) und die Darstellung des sozialwissenschaftlichen Forschungsprozesses im Handbuch von Friedrich und Hennig (Friedrich/Hennig 1975) schien es sinnvoll, Aussagen der Autoren zum Entdeckungs- und Verwertungszusammenhang von Untersuchungen, zur Funktion von Hypothesen und von Signifikanzprüfungen zu verwenden. Entsprechende, zum Teil allerdings sehr knappe Abschnitte finden sich in fast allen der rezensierten Titel. Bei der Analyse haben wir den Autoren keine semantischen Nachlässigkeiten unterstellt. Wurde z. B. behauptet, daß nach der Zurückweisung einer Nullhypothese die alternative Hypothese angenommen werden könne, wurde dies als Darstellung des Verifikationsprinzips interpretiert; die Formulierung »In der Forschung analysieren wir Kennwerte von Stichproben, um Aussagen über die Parameter der Population machen zu können« wurde als Beschreibung eines naiv empiristischen Forschungsprozesses gewertet. – Man mag diesem Vorgehen kleinmeisterliche Beckmesserei unterstellen. Die vielfach beklagte Naivität bei der Planung und Rezeption empirischer Untersuchungen, nicht nur in der Erziehungswissenschaft, ist aber unseres Erachtens nur dann zu überwinden, wenn auch die Autoren einfacher statistischer Basistexte die wissenschaftstheoretischen Implikationen ihrer Darstellung genauso wichtig nehmen wie die korrekte Wiedergabe der Formel zur Berechnung des Mittelwerts.

Empirische Verfahren

Mit dieser Kategorie werden Strategien und Instrumente zur Abbildung von Objektrelationen in Datenrelationen erfaßt:

- Forschungsinstrumente,
- Quantifizierung und Operationalisierung (Hypothese, Signifikanz),
- experimentelle und deskriptive Designs
- Stichprobentechnik.

Die von den Autoren behandelten Bereiche werden aufgelistet, krasse Fehlstellen werden angemerkt (wenn z. B. in einem Statistik-Lehrbuch kein Hinweis auf Skalenniveaus zu finden ist).

Statistische Verfahren

Den Autoren wurde unterstellt, daß sie das jeweils zitierte Repertoire statistischer Verfahren richtig wiedergegeben haben, so daß wir auf die Kontrolle mathematischer Ableitungen, der Formeln und Tabellen, auf das Nachrechnen der Beispiele verzichten haben. Für einen Überblick erschien es uns ausreichend, die Quantität und Intensität festzustellen, mit der die Dimensionen des Spektrums statistischer Verfahren:

- deskriptive und inferenzstatistische Verfahren,
 - parametrische und nonparametrische Verfahren und
 - bivariate und multivariate Verfahren
- berücksichtigt wurden.

Mathematischer Aspekt

In Vorworten und Klappentexten der hier behandelten Literatur wird zum Teil versichert, mathematische Kenntnisse seien für das Verständnis unerheblich bzw. würden im erforderlichen Umfang – leicht nachvollziehbar – ergänzend vermittelt. Die Autoren und Verlage antizipieren damit möglicherweise die im Verlauf schulischer Sozialisation zumeist gründlich erworbene Aversion des Lesers gegen die Mathematik. Andererseits ist aber die Abbildung von Objektrelationen in mathematischen Modellen die Grundlage des Begründungszusammenhangs empirisch-statistischer Argumentation. Wir haben daher den Umfang des jeweils verwendeten mathematischen Apparats

- grundlegende mathematische Inhalte (z. B. Mengenlehre, Kombinatorik, Wahrscheinlichkeitstheorie)
- mathematisch-statistische Inhalte (z. B. Axiomatik des Messens, Verteilungstheorie)
- Ableitung statistischer Funktionen

festgestellt. Diese Einschätzungen sollen nicht die Intensität der mathematischen Behandlung empirisch-statistischer Verfahren beschreiben, sondern den Adressaten Hinweise zum Umfang notwendiger Kenntnisse für das Verständnis der jeweiligen Publikation vermitteln.

Technische Verfahren

Diese Kategorie meint den Prozeß der Manipulation der Daten einer Untersuchung, z. B. die Ermittlung von Häufigkeitsverteilungen und statistischen Kennwerten. Für diese Tätigkeiten wurden bis vor einigen Jahren ausgeklügelte Rechenschemata benutzt. Inzwischen sind für statistische Rechenoperationen sehr viele Computerprogramme vorhanden, so daß auch für kleinere empirische Untersuchungen elektronische Rechner eingesetzt werden. Mit der Kategorie »technische Verfahren« sollen zunächst die Hinweise der Autoren zur Datenverarbeitung zusammengefaßt werden. Die Berücksichtigung oder Vernachlässigung des EDV-Einsatzes werten wir dabei als Indiz für die Verwendbarkeit einer Publikation in der Forschungspraxis.

Didaktischer Aspekt

Für die Beurteilung didaktischer Aspekte wird zuerst eine grobe Klassifizierung des Titels als Lehr- oder Lernbuch vorgenommen (im Unterschied zu Lehrbüchern wird in Lernbüchern der Lernprozeß des Lesers in irgendeiner Form – Übungsaufgabe, Programmierung etc. – vorstrukturiert). Daneben wird jeweils versucht festzustellen, in welcher Weise der Autor die Inhalte angeordnet hat (z. B. orientiert an einer Fachsystematik oder am praktischen Ablauf des Forschungsprozesses). Schließlich wird noch die Verständlichkeit der Darstellung für die jeweils angegebenen Adressaten eingeschätzt, ergänzt durch eine knappe subjektive Gesamtbewertung des Titels.

Allgemeine Kennzeichnung

Am Anfang jeder einzelnen Rezension wird in Stichworten eine inhaltliche Kennzeichnung der Publikation versucht. Daneben sind hier die vom Verlag oder vom Au-

tor genannten Adressaten und zusätzliche bibliographische Angaben (bei Übersetzungen z. B. der Titel der Originalarbeit) aufgeführt.

Erläuterungen:

- Allg.: = Allgemeines, Adressaten
 Wiss.: = Wissenschaftstheorie
 Emp.: = Empirische Verfahren
 Stat.: = Statistische Verfahren
 Math.: = Mathematische Grundlagen
 Techn.: = Technische Verfahren
 Did.: = Didaktischer Aspekt

Rezensionen

Haymann, John L.: Praktische Erziehungsforschung. Eine Einführung.

Luchterhand Verlag, Neuwied 1975 (106 S. br., 14,80 DM).

- Allg.: Studenten der Pädagogik. Originaltitel: Research in Education 1968. Pragmatische Darstellung des empirischen Forschungsprozesses
 Wiss.: Trotz der im Vorwort behaupteten wissenschaftstheoretischen Abstinenz wird der Forschungsprozeß aus der Sicht des logischen Empirismus dargestellt. Aufgrund seiner pragmatischen Orientierung geht der Autor zum Teil über diese Position hinaus, wenn er z. B. fordert, auch die praktische Relevanz eines Ergebnisses zu prüfen.
 Emp.: Deskriptive und experimentelle Untersuchungspläne mit Hinweisen auf Feldforschung.
 Stat.: Sehr allgemeine Hinweise bei der Darstellung der Versuchspläne
 Math.: - - -
 Techn.: Sehr allgemeine Hinweise
 Did.: Lernbuch mit Kontrollaufgaben ohne Lösungen! Der Forschungsprozeß wird als Folge technischer bzw. pragmatischer Entscheidungen dargestellt. Rezeptbuch, schlecht.

Nicklis, Werner S. u. Herbert Wehrmeyer: Erziehungswissenschaftliche Forschungsmethoden. Klinkhardt Verlag, Bad Heilbrunn 1976

(322 S., br. 28,- DM).

- Allg.: Darstellung wissenschaftstheoretischer und empirisch-statistischer Probleme an der Diskussion um erziehungswissenschaftliche Inhalte (Lernziele, Curriculum; 2. Teil Forschungsbericht).
 Wiss.: N. kritisiert mit geisteswissenschaftlichem Ansatz positivistische Positionen in der Erziehungswissenschaft. Durch Regression auf Autoren der 20er und 50er Jahre und pauschale Denunziation gesellschaftskritischer Ansätze gelingt es N., seine reaktionäre Haltung zu begründen (z. B. der Wert eines Menschen mißt sich an seiner Treue zum Gemeinwesen. S. 153).
 Emp.: Im 2. Teil werden von W. ein Zweistichproben-Feldexperiment und Untersuchungen an Kleinstichproben dargestellt. Aufgrund gravierender Fehler können sie nicht verallgemeinert werden.
 Stat.: (2. Teil) Die statistischen Verfahren werden zum Teil nicht erläutert, zum Teil gar nicht angegeben, sondern nur im Ergebnis referiert.
 Math.: - - -
 Techn.: - - -

Did.: Lehrbuch. Da oft nicht klar wird, ob das inhaltliche Problem oder das damit verbundene methodische Problem vermittelt werden soll, bleibt der Eindruck für den Leser unübersichtlich und diffus. Überflüssig.

Petersen, Jörg u. H. W. Erdmann: Strukturen empirischer Forschungsprozesse. 2 Bände. A. Henn Verlag, Kastellaun 1976 (Bd. I: 144 S., br. 10,80 DM; Bd. II: 176 S., br. 12,80 DM).

Allg.: Studenten der Erziehungswissenschaft. Umfassende Einführung in die Diskussion erkenntnistheoretischer und wissenschaftstheoretischer Probleme empirischer Untersuchungstätigkeit mit Beispielen aus der Erziehungswissenschaft. Adaption deutscher (Bundesrepublik Deutschland und DDR) und angelsächsischer Autoren.

Wiss.: Erweiterung des empirischen Forschungsprozesses im positivistischen Verständnis (allein der Begründungszusammenhang – empirische Analyse von Hypothesen und Theoriebildung – ist Gegenstand wissenschaftlicher Tätigkeit) um den Entdeckungszusammenhang (systematisches Auffinden, Abgrenzen und Analysieren von Problemen, Formulieren von Hypothesen) und den Verwertungszusammenhang (praktische Umsetzung von Ergebnissen, Rückwirkung der Praxis auf den Forschungsprozeß und Praxis als »Wahrheitskriterium« empirischer Ergebnisse). Hinweise auf noch vorhandene Bruchstellen eines so verstandenen Forschungsprozesses.

Emp.: Die Forschungslogik, die wichtigsten empirischen Verfahren und Instrumente sowie die Stichprobentechnik werden jeweils mit ihren wissenschaftstheoretischen Implikationen dargestellt.

Stat.: Deskriptive Statistiken und Quantifizierungsprobleme werden aus dem Verhältnis Objektrelation – Datenrelation entwickelt. Inferenzstatistische Verfahren sollen in einem dritten Band folgen.

Math.: Die mathematischen Grundlagen statistischer Verfahren (Mengenlehre, Wahrscheinlichkeitstheorie, Kombinatorik, Stichprobentheorie und Verteilungen) werden als Modelle zur Abbildung von Objektrelationen dargestellt.

Techn.: – – –

Did.: Lehrbuch. Insgesamt systematische, wenn auch zum Teil anspruchsvolle Darstellung, die Vorkenntnisse (z. B. der Mengenlehre, die nur sehr knapp eingeführt wird) erfordert. Der Verwertungszusammenhang wird als entscheidende Komponente des Forschungsprozesses zwar immer wieder angesprochen, jedoch nur wenig systematisch behandelt. Ein wichtiger Beitrag.

Roberts, Karlene u. Detlef H. Rost: Analyse und Bewertung empirischer Untersuchungen. Beltz Verlag, Weinheim 1974 (102 S., br., 7,- DM).

Allg.: Praktiker und Studenten der Erziehungswissenschaft. Erweiterung des am. Originaltitels: *Some Thoughts on Evaluating completed Educational Projects* 1969. Bei der Darstellung des empirischen Forschungsprozesses werden Fragen zur Bewertung und kritischen Einschätzung der einzelnen Untersuchungsschritte aufgelistet, die auch bei der Planung einer Untersuchung hilfreich sein sollen.

Wiss.: Auf der Basis der Falsifikationstheorie wird die Logik des empirischen Forschungsprozesses entwickelt. Darüber hinausgehend wird auch der politische Kontext einer Untersuchung als Dimension der Problemabgrenzung, Theorieentwicklung und praktischen Umsetzung in die Darstellung

- einbezogen. Dieser Aspekt ist jedoch nur sehr knapp entwickelt, die Pragmatik der Untersuchungstätigkeit dominiert.
- Emp.: Es werden überwiegend experimentelle Versuchspläne behandelt (Feld und Labor). Die dabei auftretenden Probleme (Stichprobentechnik, Fehlerbestimmung, Variablen und Indikatoren) werden – überwiegend an labor-experimentellen Beispielen – ausführlich diskutiert.
- Stat.: Die Probleme statistischer Hypothesenprüfung (Skalierung, Auswahl parametrischer oder nicht-parametrischer Verfahren, Bestimmung und Funktion der Signifikanzniveaus) werden aufgelistet.
- Math.: – – –
- Techn.: – – –
- Did.: Lehrbuch. Die für jeden Teilschritt empirischer Untersuchungstätigkeit entwickelten Entscheidungs- und Bewertungsfragen sind sicher auch praktisch sehr nützlich. Da die zu den Fragen gehörigen Inhalte jedoch in den zugehörigen Abschnitten, die den Forschungsprozeß beschreiben, häufig gar nicht oder nur sehr knapp angesprochen werden, ist die Darstellung wohl für den Anfänger eher verwirrend. Wünschenswert wäre zudem, daß die Fragenkomplexe insgesamt und innerhalb der Teilbereiche nach Prioritäten gewichtet würden, um eher grundsätzliche von handwerklichen Fehlern unterscheiden zu können. Unübersichtlich.

Skowronek, Helmut u. Dieter Schmied: Forschungstypen und Forschungsstrategien in der Erziehungswissenschaft. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1977 (281 S., br., 28,- DM).

- Allg.: Lehrer und Erziehungswissenschaftler. Systematisierung der Klassen empirischer Untersuchungstätigkeit, Darstellung der jeweiligen Forschungslogik und entsprechende Beispiele (angelsächsische und BRD-Projekte).
- Wiss.: Die wissenschaftliche Position der Autoren ist widersprüchlich. Einerseits wird die Falsifikations-Theorie als Basis des Forschungsprozesses explizit dargestellt und in diesem Kontext der Entdeckungszusammenhang als rein psychologisches Problem bezeichnet. Andererseits – und nur wenige Zeilen später – werden Entdeckungs-, Begründungs- und Verwertungszusammenhang als »konstitutiv« für wissenschaftliche Forschung (S. 23) bezeichnet.
- Emp.: Die bekannten empirischen Untersuchungspläne werden in die folgenden Kategorien eingeordnet: – experimentelle Untersuchungen (im Labor und Feld), – kausal-vergleichende Untersuchungen (ex-post-analysen), – deskriptive Untersuchungen (Fallstudien surveys), – Evaluierung (z. B. Begleitforschung) und Handlungsforschung. Der Forschungsablauf der jeweiligen Verfahren wird beschrieben, und zu jeder Kategorie werden eine Reihe von Beispielprojekten in ihren relevanten Dimensionen referiert. Zu den Verfahren werden Fragen für die Beurteilung empirischer Untersuchungen formuliert.
- Stat.: Die statistischen Verfahren werden nicht gesondert dargestellt. In den Beispiel-Projekten wird jedoch eine große Zahl relevanter Statistiken verwendet und zum Teil in ihrer Funktion für die jeweilige Fragestellung differenziert diskutiert.
- Math.: – – –
- Techn.: Nur wenige allgemeine Hinweise.
- Did.: Lehrbuch. – Die Darstellung vermittelt einen umfassenden und differenzierten Einblick in die Struktur des empirischen Forschungsprozesses. Die

knappe Darstellung macht viele der Beispielprojekte allerdings nur mit Vorkenntnissen verständlich. Es wird insgesamt eine Vielzahl wichtiger Detailprobleme – neben dem Überblick – diskutiert, die in einer Vielzahl bisheriger emp. Untersuchungen – nicht nur in der Erziehungswissenschaft – kaum berücksichtigt wurden. Wichtig.

Stukat, Karl G.: Pädagogische Forschungsmethodik. (Aus dem Schwedischen von Hájek, Gerhard) Ehrenwirt Verlag, München 1975 (152 S., br., 22,- DM).

Allg.: Studenten der Pädagogik. Originaltitel: Paedagogisk Forskningsmetodik 1966. Übersetzung (von Gerhard Hájek) eines schwedischen Lehrbuchs, das den Gesamtbereich empirischer Untersuchungstätigkeit erfaßt.

Wiss.: Pädagogische Forschung wird als naiv-empiristische Untersuchungstätigkeit dargestellt. Theorien und Modelle haben den Zweck, empirisch erhobene Daten zusammenzufassen, so einen besseren Überblick zu gewähren, Prognosen zu ermöglichen. Sie »sind nicht immer notwendig – viele pädagogische Fragestellungen haben rein empirischen Charakter –, aber oft können sie dem Forscher helfen, sein Problem für sich und für andere klar zu sehen und darzustellen.« (S. 40)

Emp.: Ausgehend vom behavioristischen Stimulus-Response-Ansatz (ergänzt um Individual-Variablen) werden ausführlich deskriptive und experimentelle Designs an vielen Beispielen, vor allem skandinavischer Projekte beschrieben. Probleme des Entdeckungszusammenhangs (z. B. Problemabgrenzung, Aufstellen von Hypothesen) werden dagegen nur knapp angesprochen. Das gleiche gilt für die Bereiche: Instrumente, Skalierung, Signifikanz, Stichprobentheorie.

Stat.: In einigen Tabellen werden als Übersicht die für deskriptive und inferenzstatistische Fragestellungen gebräuchlichen Statistiken – in Abhängigkeit von den Skalenniveaus – dargestellt.

Math.: Es werden keine mathematischen Grundlagen explizit erläutert. Es finden sich lediglich Hinweise auf die wahrscheinlichkeitstheoretische Basis vieler empirisch-statistischer Verfahren.

Techn.: Die Darstellung gibt einige Hinweise zur Auswertung von Untersuchungen ohne technische Hilfsmittel. Dazu werden einige sehr veraltete Möglichkeiten technischer Datenverarbeitung (z. B. mit Randlochkarten) beschrieben.

Did.: Der Autor vermittelt einige praktische Hinweise zur Anlage und Durchführung empirischer Untersuchungen. Aufgrund des naiv-empiristischen Ansatzes beschreibt der Autor jedoch unreflektierte technokratische Untersuchungstätigkeit. Überflüssige Übersetzung eines 11 Jahre alten Buches.

Heller, Kurt, Bernhard Rosemann u. Anne K. Gaedike: Planung und Auswertung empirischer Untersuchungen. Klett Verlag, Stuttgart 1974 (309 S., 26,- DM).

Allg.: Studenten der Pädagogik, Psychologie und Soziologie. Bietet eine zusammenfassende Darstellung des empirischen Forschungsprozesses.

Wiss.: Orientiert an der Literatur der 50er und 60iger Jahre, wird die Logik naiv-empiristischer Untersuchungstätigkeit umfassend dargestellt. Ansatzweise wird auch die weiterführende positivistische Diskussion referiert, zum Teil allerdings in grotesker Interpretation (z. B. Begründung für die Prüfung der Nullhypothese anstelle der Alternativhypothesen-Prüfung: »... es wird statistisch festgestellt, daß man sich bei der Aufstellung der

- Nullhypothese gerirrt hat. Das ist besser, als wenn man etwas positiv behauptet, was man eventuell nachher zurücknehmen muß.« (S. 54) »Ferner ist es einfacher, eine Theorie zu widerlegen, als sie zu beweisen!« (S. 66)).
- Emp.: Eigenwillige, unsystematische und zum Teil falsche Darstellung empirischer Verfahren (»Introjektion« wird als Beobachtungsverfahren – »Eigenbeobachtung« – eingeführt, Stichproben werden mit der dichotomen Kategorie »Repräsentativ« und »Zufall« klassifiziert und beschrieben).
- Stat.: Umfangreiche Darstellung deskriptiver und inferenzstatistischer Techniken mit deutlichem Schwerpunkt auf parametrischen Verfahren. Die einzelnen Statistiken werden meist an Ein-Stichproben-Versuchsplänen ohne operationalisierte Hypothesen erläutert.
- Math.: Wahrscheinlichkeitstheorie, Normalverteilung, Poisson-Verteilung. Durch die Beschreibung mit Beispielen und unvollständigen mathematischen Ableitungen wird die Darstellung schwer verständlich und wenig einsehbar.
- Techn.: Rechenschemata. Einige Hinweise auf einen überholten Stand der Datenerfassung und -verarbeitung. Dazu zum Teil praktische Hinweise, die man besser wieder vergessen sollte (z. B. bringt die für die Kennzeichnung der Lochkartenfolge empfohlene Verwendung von Buchstaben (S. 73) ganz erhebliche Auswertungsprobleme).
- Did.: Lernbuch mit Übungsaufgaben. Das Buch kann seinen Anspruch, eine umfassende Einführung in alle Aspekte empirischer Untersuchungstätigkeit zu liefern, nicht einlösen, da es einen überholten Diskussionsstand referiert. Der statistische Teil ist brauchbar, an anderer Stelle aber wohl systematischer dargestellt. Veraltet.
- Ruprecht, Horst:** Einführung in die empirische pädagogische Forschung. Klinkhardt Verlag, Bad Heilbrunn 1974 (br., 13,80 DM).
- Allg.: Umfassende, aber in den Details knappe Darstellung empirischer Untersuchungstätigkeit mit Schwerpunkt auf einer problemgeschichtlichen Darstellung.
- Wiss.: Die positivistischen Positionen empirischer Forschungslogik werden – orientiert an Holzkamps Systematik (in: Kritische Psychologie S. 80 ff.) – aufgelistet. Der anschließende Überblick vermittelt die historische Tradition empirischer Untersuchungstätigkeit in der Pädagogik. Dabei wird allerdings auf Bezüge zur einleitenden positivistischen Systematik verzichtet. Ruprecht versucht darüber hinaus, Verbindungen zwischen Hermeneutik und empirischer Forschung aufzuweisen.
- Emp.: Die gebräuchlichsten emp. Instrumente und Verfahren werden dargestellt. Schwerpunkt: in der Erziehungswissenschaft verwendete Tests.
- Stat.: Mittelwert, Standardabweichung und Chi-Quadratstest werden an Beispielen erläutert.
- Math.: – – –
- Techn.: Sehr allgemeine Hinweise auf einen veralteten technischen Stand.
- Did.: Lehrbuch. Durch die impressionistische Aneinanderreihung sehr vieler Inhalte, die jeweils mit unterschiedlicher Intensität behandelt werden, ohne daß ein klares Konzept erkennbar ist, wird das Verständnis des Textes – zumal für Anfänger – erschwert. Die problemgeschichtliche Darstellung beleuchtet eine wichtige, häufig verdrängte Tradition empirischer Forschung in der Pädagogik. Mit wichtigen Hinweisen.

Lewis, D. G.: Experimentelle Planung in der Erziehungswissenschaft.

Beltz Verlag, Weinheim 1974 (204 S., br., 16,- DM).

- Allg.: Originaltitel: Experimental Design in Education. An psychologischen Forschungsstrategien orientierte Darstellung von Versuchsplänen, ihren Voraussetzungen und ihrer Auswertung.
- Wiss.: Nicht näher explizierte positivistische Position, die von der Verifikationsmöglichkeit für Hypothesen ausgeht. Signifikanzniveaus werden allerdings aufgrund der praktischen Bedeutsamkeit einer Fragestellung bestimmt.
- Emp.: Eine große Zahl vorwiegend varianz-analytischer Versuchspläne werden einschließlich ihrer untersuchungspraktischen Probleme diskutiert.
- Stat.: Es werden ausschließlich parametrische Statistiken zur Auswertung varianzanalytischer Versuchspläne vorgestellt.
- Math.: Die mathematischen Grundlagen von t- und F-Tests werden erläutert.
- Techn.: Rechenschemata. Keine Hinweise auf elektronische Datenverarbeitungsmittel.
- Did.: Lehrbuch. Umfassende Einführung, die empirische und statistische Kenntnisse voraussetzt. Der Bezug zu erziehungswissenschaftlichen Problemstellungen wird kaum deutlich. Nur zur Bearbeitung von Spezialproblemen verwendbar.

Simon, Hartmut: Computer-unterstützter Unterricht an der Hochschule.

Entwicklung und Erprobung einer CUU-Lerneinheit 'Statistik für Sozialwissenschaftler'. Klett Verlag, Stuttgart 1975 (244 S., br., 24,- DM).

- Allg.: Studenten und Hochschullehrer der Erziehungswissenschaft. Theoretische Fundierung eines CUU-Programms: Einführung in die empirisch-statistischen Methoden der Sozialwissenschaft. Dazugehöriges, auf einem Rechner implementiertes Programm.
- Wiss.: Ohne Hinweise auf die wissenschafts-theoretische Position der Autoren. Es wird jedoch angeführt, daß die Erarbeitung des Programms durch Studenten von Tutorien begleitet werden sollte, in denen die wissenschaftstheoretischen Implikationen der Arbeitsschritte zu diskutieren wären.
- Emp.: Computer-Simulation mehrerer empirischer Forschungsobjekte (vorwiegend experimentelle Felduntersuchungen), deren einzelne Arbeitsschritte zum Teil unabhängig voneinander variiert werden können.
- Stat.: Statistische Verfahren werden im Zusammenhang der simulierten Projekte, in Abhängigkeit von den jeweils gewählten Versuchsplänen vermittelt. Das Programm sieht die etwa gleichgewichtige Vermittlung parametrischer und nicht-parametrischer Statistiken vor.
- Math.: Durch die Möglichkeit, unterschiedliche Statistiken auf die gleiche Fragestellung anzuwenden, durch Variationen der Versuchspläne etc. werden die mathematischen Modelle der Statistiken einsichtig.
- Techn.: Der Rechner simuliert Daten entsprechend den gewählten Versuchsplänen und verändert die Datensätze bei Variationen. Er berechnet zum Teil statistische Kennwerte und analysiert Fehler in der Forschungslogik.
- Did.: Simulationsprogramm mit Handbuch. Das Buch vermittelt die notwendigen theoretischen, didaktischen und praktischen Informationen für die Anwendung des CUU-Programms im Hochschulunterricht. Das Programm erlaubt, die empirische Untersuchungstätigkeit an realistischen Projekten unter Beibehaltung ihrer Komplexität zu erlernen. Statistische Grundkenntnisse werden vorausgesetzt. Wichtig.

- Bartel, Hans u. a.:** Statistik I. 2. durchgesehene Auflage. UTB / Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1974 (161 S., 12,80 DM). ders.: Statistik II. Für Psychologen, Pädagogen und Sozialwissenschaftler. UTB / Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1972 (103 S., 14,80 DM).
- Allg.: Studenten. Statistik-Kurs zum Selbststudium, der die Inhalte eines Statistik I- und Statistik II-Seminars vermittelt. 1. Auflage 1970/71.
- Wiss.: Ohne explizite Hinweise. Der Signifikanzbegriff wird am Falsifikationsprinzip eingeführt: Sätze werden als falsch oder richtig bezeichnet, wenn Wahrscheinlichkeitsüberlegungen dafür sprechen. (S. 63, Bd. 2)
- Emp.: Kurze Einführung in Grundprobleme: Quantifizierung, Fehleranalyse, Transformationen, Generalisierung von Stichprobenergebnissen, Stichprobentechnik, Signifikanzbegriff.
- Stat.: Die gebräuchlichen deskriptiven und inferenzstatistischen Verfahren werden behandelt. Schwerpunkt bei parametrischen und bivariaten Statistiken. Ungewöhnlich umfangreicher Beitrag zur Prüfung von Korrelationskoeffizienten.
- Math.: Breite Einführung in die mathematischen Grundlagen (Mengenlehre, Kombinatorik, Wahrscheinlichkeitstheorie, Verteilungen); Statistiken werden auch mathematisch durch Ableitungen begründet.
- Techn.: Rechenschemata. Keine Hinweise auf EDV-Möglichkeiten.
- Did.: Lernbuch mit Übungsaufgaben und Musterlösungen. In traditioneller Weise wird versucht, durch mathematische Fundierung und Ableitung der statistischen Funktionen – orientiert an der statistischen Fachsystematik – die Inhalte zu vermitteln. Überwiegend psychologische Beispiele. Zum Verständnis sind u. a. mathematische und wissenschaftstheoretische Vorkenntnisse sinnvoll. Als Handbuch für Statistik sehr brauchbar.
- Walker, Helen u. Joseph Lev:** Statistische Methoden für Psychologen, Soziologen und Pädagogen. Eine Einführung. (Aus dem Amerikanischen übers.) Beltz Studienbuch 43, Beltz Verlag, Weinheim 1975 (XIV u. 473 S., 32,- DM).
- Allg.: Studenten. Originaltitel: Elementary Statistical Methods 1969. 3. revidierte Auflage. Herausgeber der deutschen Übersetzung: H. Anger, Statistikhandbuch für das Selbststudium.
- Wiss.: Ohne explizite Hinweise. Von Aussagen der Einleitung (Statistik weist die Strukturen der unübersichtlich erscheinenden Realität auf) und der Verwendung des Hypothesenbegriffs (nur im Zusammenhang von Generalisierung aufgrund inferenzstatistischer Ergebnisse) kann auf eine naiv-empiristische Grundposition geschlossen werden.
- Emp.: Sehr knappe Hinweise auf einige Grundprobleme: Untersuchungsplanung, Instrumente, Skalierung, Indikatoren, ausführliche Behandlung der Stichprobentechnik.
- Stat.: Die gebräuchlichsten deskriptiven und inferenzstatistischen Verfahren werden mit Schwerpunkt bei parametrischen und bivariaten Verfahren an Beispielen dargestellt. Dazu relativ intensive Darstellung von Chi-Quadratstatistiken und eine Einführung in Varianzanalyse und Multiple Regressionen.
- Math.: Binomialverteilung und Normalverteilung. Die mathematischen Erklärungen zu den Statistiken sind zum Teil nur mit entsprechenden Vorkenntnissen verständlich (vor allem aufgrund der verwendeten mathematischen Symbolik).
- Techn.: Rechenschemata. Hinweise auf überholte Verfahren der Datenerfassung

und Datenverarbeitung.

Did.: Lernbuch mit Übungsaufgaben und Musterlösungen. An einer elaborierten statistischen (parametrisch) Praxis orientierte Darstellung. Die mathematischen Ableitungen machen das Buch für Anfänger kaum verständlich. Die wissenschaftstheoretische Naivität stellt unreflektierte empirische Untersuchungstätigkeit nicht in Frage. Statistik-Handbuch.

Heinrich, Hanns u. Ingo Langosch: Statistik. Ein Kursus für Pädagogen.

Westermann Verlag, Braunschweig 1974 (196 S., br., 12,80 DM).

Allg.: Das Buch will als Kurs statistisches Grundwissen vermitteln, das die kritische Einschätzung empirischer Untersuchungen erlaubt und für eigene Untersuchungstätigkeit qualifiziert.

Wiss.: Ohne explizite Hinweise. Aus der Behandlung von Nullhypothese und Signifikanz wird die Orientierung am logischen Empirismus erkennbar. »Die Nullhypothese wird formuliert, um verworfen zu werden, so daß dann die Alternativhypothese angenommen werden kann.« (S. 72)

Emp.: Sehr knappe Hinweise auf Quantifizierung, Variablen, Transformationen, Stichprobentechnik, Generalisierung von Ergebnissen.

Stat.: Häufig verwandte deskriptive und inferenzstatistische Verfahren werden rezepthaft dargestellt. Begriffe und Inhalte werden als zusammenhanglose Vokabeln eingeführt.

Math.: Kaum verständliche Einführung in die Mathematik der Normalverteilung. Sehr viele Formeln, zum Teil mit Ableitungen. Die verwendete mathematische Symbolik wird nicht erklärt (z. B. Summenzeichen, Indizierungen).

Techn.: Rechenschemata. Keine Hinweise auf EDV-Verarbeitungsmöglichkeiten.

Did.: Lernbuch, in der Art eines linearen Programms strukturiert, allerdings ohne Bearbeitungshinweis und mit unvollständigen Lösungen. Statistisches Rezeptbuch, das Vokabelwissen vermittelt. Verdünnter Aufguß für Pädagogen aus Statistik-Lehrbüchern für Psychologen und Soziologen mit überwiegend psychologischen Beispielen. Wenig sinnvoll.

Brown, Foster, Jimmy Amos u. Oscar G. Mink: Grundinhalte der Statistik.

(Beiträge zur empirischen Unterrichtsforschung) Herrmann Schroedel Verlag, Hannover 1976 (160 S., br., 24,- DM).

Allg.: Lehrer, Studenten. Originaltitel: Statistical Concepts: A Basic Program. Programmierter Einführung in die Statistik.

Wiss.: Im Gegensatz zur Behauptung der Herausgeber im Vorwort wird bei der Behandlung von Signifikanz und Nullhypothese überwiegend naiv-empirisch argumentiert (Item 147 bis 157).

Emp.: Keine Hinweise auf die Meßproblematik, knappe Darstellung zur Logik inferenzstatistischer Generalisierung.

Stat.: Das Programm vermittelt häufig verwandte deskriptive und inferenzstatistische (überwiegend parametrische) Verfahren.

Math.: Normalverteilung

Techn.: Rechenschemata werden an Beispielooperationen mit Zahlen im Programm erlernt.

Did.: Lineares Lernprogramm. Vermittelt statistische Verfahren vorwiegend durch Operationen nach Rezept. Die überwiegend nur aus dem Amerikanischen übersetzten Beispiele sind inhaltlich zum Teil wenig anschaulich

und haben meist auch wenig mit erziehungswissenschaftlicher Realität zu tun. Es gibt bessere Lernprogramme; eine überflüssige Übersetzung.

Lohnes, Paul R. u. William W. Cooley: Einführung in die Statistik mit EDV-Übungen. (Beiträge zur empirischen Unterrichtsforschung) Herrmann Schroedel Verlag, Hannover 1976 (324 S., br., 44,80 DM).

- Allg.: Studenten. Originaltitel: Introduction to Statistical Procedures: With Computer Exercises. 1968. Einführung in die Statistik am Beispiel von zwei großen amerikanischen Untersuchungen und mit Umsetzungen von statistischen Problemen in FORTRAN-Programme.
- Wiss.: Ohne explizite Hinweise. Aus der Einführung wird ein pragmatischer positivistischer Ansatz deutlich.
- Emp.: Experiment und deskriptive Felduntersuchung (im Längsschnitt) werden an zwei konkreten Projekten erläutert, die später zur Demonstration statistischer Verfahren verwandt werden. Knappe Hinweise auf Quantifizierung und Stichprobentechnik.
- Stat.: Die gebräuchlichsten statistischen Verfahren werden an Problemen der Beispieluntersuchungen dargestellt und in FORTRAN-Programme umgesetzt. Durch diesen Ansatz wird die Auswirkung unterschiedlicher Statistiken bei der Bearbeitung des gleichen Problems deutlich. Die Praxis der Auswertung mit Statistiken wird erkennbar.
- Math.: Simulation von Verteilungen mit Zufallszahlen und systematische Variation dieser Daten. Der Modell-Charakter von Verteilungen für die verschiedenen Statistiken wird einsehbar.
- Techn.: Kein Rechenschemata! Einsatz von Programmen für die Auswertung von Datensätzen und für die Simulation mathematischer Probleme. Einführung in FORTRAN und den Einsatz von Rechnern.
- Did.: Lernbuch mit Programmen. Die Darstellung vermittelt statistische Verfahren an relevanten pädagogischen Beispiel-Projekten. Aufgrund der knappen FORTRAN-Einführung bleiben die Programme unverständlich. Die Dokumentation der Programme ist sehr mangelhaft mit zum Teil umständlicher Programmierung. Vor allem die Simulationsprogramme sind für die Demonstration mathematischer Grundlagen der Statistik hilfreich. – Ein brauchbares Buch.

Roeder, Burkhard: Einführung in die elektronische Datenverarbeitung für Erziehungswissenschaftler. Beltz Verlag, Weinheim 1973 (121 S., br., 11,- DM).

- Allg.: Ein FORTRAN-Programmierkurs mit einigen Hinweisen für den technischen Einsatz von Rechnern bei empirischen Untersuchungen.
- Wiss.: – – –
- Emp.: Einige Hinweise zur Kategorisierung sozialstatistischer Daten.
- Stat.: – – –
- Math.: – – –
- Techn.: Umständliche Hinweise zur systematischen Kennzeichnung von Datensätzen und zur Codierung von Variablen. Sehr allgemeine Hinweise zur Planung einer EDV-Auswertung empirischer Untersuchungen. Unübersichtlicher und komplizierter FORTRAN-Programmier-Kurs (der Autor beginnt dabei mit den Lese- und Schreibbefehlen, die zu den schwierigsten Anweisungen der FORTRAN-Sprache zählen).
- Did.: Lernbuch mit Beispielprogrammen. Die Einführung zum Einsatz von EDV in empirischen Untersuchungen ist rezepthaft. Es gibt sicher bessere Fortran-Kurse. Das Buch hat einen falschen Titel.

Zusammenfassung

Orientiert an den Rezensionskategorien wollen wir abschließend eine Zusammenfassung versuchen. Dabei wird vor allem die Verwendbarkeit der erfaßten Publikationen für die empirisch-statistische Bearbeitung erziehungswissenschaftlicher Fragestellungen berücksichtigt.

Wissenschaftstheorie

Von wenigen Arbeiten abgesehen (vor allem Petersen/Erdmann, Skowronek/Schmied und Ruprecht), wird der wissenschaftstheoretische Hintergrund empirisch-statistischer Untersuchungstätigkeit in der durchgesehenen Literatur eher nachlässig behandelt. Fast alle Autoren gehen zumindest implizit von positivistischen Positionen aus. Entdeckungs- und Verwertungszusammenhang werden in den Forschungsprozeß kaum einbezogen. Sofern z. B. Problemfindung und Problemabgrenzung dargestellt sind (u. a. bei Hayman), werden sie unter pragmatischen Gesichtspunkten behandelt. Der Anwendungsaspekt sozialwissenschaftlicher Forschungsergebnisse (Verwertungszusammenhang) erscheint gänzlich außerhalb des Reflexionsbereichs fast aller der hier erfaßten Publikationen. Nur gelegentlich wird im Zusammenhang mit der Festlegung von Signifikanzniveaus neben den drei konventionellen Irrtumswahrscheinlichkeiten auch die Frage der praktischen Bedeutung dieser Entscheidung diskutiert (z. B. bei Lewis). Durch die Konzentration auf den Begründungszusammenhang oder auch nur auf einzelne Aspekte des Begründungszusammenhangs wird dieser Teil des Forschungsprozesses in positivistischer Manier als das Ganze ausgegeben.

Gegen eine solche Art eingeschränkte Perspektive haben Friedrich/Hennig bereits 1975 eine vollständigere, Theorie und gesellschaftliche Praxis verbindende Sicht des sozial-wissenschaftlichen Forschungsprozesses gesetzt (Friedrich/Hennig, 1975). Bis auf Petersen und Erdmann ist diese Arbeit aber offensichtlich von keinem der hier erfaßten Autoren rezipiert worden.

Empirische und statistische Verfahren, mathematische Grundlagen

Sieht man von inkompetenten Darstellungen (z. B. bei Heller) ab, werden von der Mehrzahl der Autoren Planungs- und Auswertungsstrategien – einschließlich der mathematischen Grundlagen – für zwei Untersuchungstypen beschrieben:

- experimentelle Untersuchungen, vorzugsweise unter Laborbedingungen mit hochkomplexen Versuchsplänen und
- deskriptive Umfragetechniken, für die insbesondere die Konstruktion repräsentativer Stichproben hervorgehoben wird.

Weder das eine noch das andere kennzeichnet jedoch unseres Erachtens die gegenwärtige erziehungswissenschaftliche Forschungsrealität. Die Beschreibung ausgeklügelter Stichprobentechniken scheint relativ akademisch, angesichts einer bürokratischen Praxis, die dem Erziehungswissenschaftler allenfalls auf dem »Gnadenwege« gestattet, einige wenige Schulklassen zu befragen, häufig nur mit ministeriell genehmigten Instrumenten. Auf welche Weise die Gültigkeit eines Ergebnisses solcher Untersuchungen über die Stichprobe hinaus abgeschätzt werden kann, wird von keinem der Autoren behandelt. Auch die sehr praktische Frage, wie man die Reichweite einer schriftlichen und postalisch verschickten Befragung mit einer Rücklaufquote von

60% (ein außerordentlich günstiges Ergebnis) einschätzen kann, wird weitgehend ausgespart.

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß erziehungswissenschaftliche Probleme (z. B. die Evaluation von Teilcurricula) nur dann adäquat gelöst werden können, wenn sie als Prozeß begriffen und empirisch erfaßt werden können (Müller, 1978). Hinweise zur Bearbeitung derartiger Fragestellungen, etwa zur Organisation von Längsschnittstudien oder zur Auswertung von Zeitreihen, haben wir in allen Publikationen vermißt.

Von den Autoren werden dagegen extensiv parametrische und bivariate statistische Verfahren beschrieben, die zur Deskription und inferenzstatistischen Prüfung intervallskaliert und normalverteilter Variablen in zweidimensionalen Studien geeignet sind, sofern alle übrigen Einflüsse (Teile von Realität) ausgeblendet bzw. konstant gehalten werden können. In erziehungswissenschaftlichen Untersuchungen sind die Daten jedoch meist nominal- oder ordinalskaliert, die Variablen häufig nicht »normalverteilt«, und zur Bearbeitung sind multivariate Verfahren erforderlich. Im Forschungsprozeß sind daher vielfach Kompromisse zwischen den mathematisch-statistischen Bedingungen und den praktischen Möglichkeiten der empirisch-statistischen Arbeit erforderlich. Skowronek/Schmied haben eine instruktive Sammlung guter und schlechter Beispiele der aus diesen Widersprüchen und Restriktionen resultierenden erziehungswissenschaftlichen Forschungspraxis zusammengetragen.

Technische Verfahren

Einige kritische Bemerkungen zu den Rechenschemata sind bereits in der Begründung der Kategorie »Technische Verfahren« angeführt worden. Bei der Durchsicht der Titel wurden in fast allen Statistik-Beiträgen Rechenschemata festgestellt. Hinweise auf die Möglichkeit, Datenverarbeitungsanlagen in die Durchführung von Untersuchungen einzubeziehen, finden sich dagegen nur selten; und meist wird ein überholter technischer Standard beschrieben. Die Anwendung von statistischen Programmen und Programmpaketen wird – außer bei Lohnes/Cooley – trotz ihrer praktischen Bedeutung von den Autoren meist nur in einem Nebensatz erwähnt. Geht man davon aus, daß heute fast alle empirisch-statistischen Untersuchungen mit Rechnern ausgewertet werden, kann ihre Vernachlässigung in den einführenden Beschreibungen des Forschungsprozesses als Ausgrenzung dieses Teils des Begründungszusammenhangs interpretiert werden. Wir halten diese Tendenz für problematisch, da die Delegation der Auswertung an EDV-Spezialisten die Einflußmöglichkeiten an dieser Stelle des Forschungsprozesses unterschätzt.

Empfehlung für Adressaten (Didaktische Aspekte)

Zweifelloos besteht in der Erziehungswissenschaft noch immer ein erheblicher Nachholbedarf an Informationen zu empirischer Untersuchungstätigkeit. Die auf diesen Markt zielenden, hier rezensierten Titel können so mit Lesern rechnen, die von der Flut für sie zum Teil unverständlicher Untersuchungen verunsichert sind und möglichst schnelle handfeste Belehrung erwarten. Dies mag die pragmatisch-oberflächliche Konzeption vieler Autoren, ihre Vernachlässigung wissenschaftstheoretischer Basis-Reflexion erklären. In dieser Situation ist es wenig entscheidend, mit welchem Rezeptbuch man sich mühselig empirische und statistische Verfahren aneignet.

Für eine angemessene Beurteilung von veröffentlichten Untersuchungsprojekten – etwa um ihre praktische Bedeutsamkeit einzuschätzen oder gar für die sinnvolle Anlage eigener Untersuchungen – sind so erworbene Kenntnisse wohl kaum zureichend.

In dieser mißlichen Lage kann auf den von Petersen/Erdmann entwickelten Bezugsrahmen nur eindringlich hingewiesen werden. Geht es einem Leser ausschließlich um die Beurteilung vorliegender Untersuchungen, mag ihm möglicherweise die zum Teil sehr differenzierte wissenschafts-theoretische Diskussion der eben genannten Publikation zu aufwendig erscheinen. Als Alternative bieten sich dann die Arbeiten von Skowronek/Schmied (mit Schwerpunkt auf der Untersuchung aktueller Probleme) oder auch – mit Einschränkungen – der Beitrag von Ruprecht (mit Schwerpunkt auf der historischen Dimension empirischer Untersuchungstätigkeit) an. In beiden Veröffentlichungen wird zwar überwiegend die positivistische Grundstruktur der gegenwärtigen Forschungspraxis referiert. Daneben ist aber die Überwindung dieser Position durch Einbeziehung des Entdeckungszusammenhanges (Problemabgrenzung) in die wissenschaftliche Reflexion erkennbar.

Für den Bereich der institutionalisierten Empirie-Statistik-Ausbildung ist zu hoffen, daß die Beiträge von Lohnes/Cooley oder besser noch die CUU-Simulation von Simon praktisch umgesetzt wird. Die an einigen Hochschulen laufenden hochschuldidaktischen Versuche, im Rahmen von Lehrprojekten empirische und statistische Kenntnisse zu vermitteln, können bisher meist nur wenige Studenten einbeziehen. Die Mehrzahl lernt diese Inhalte noch immer in frustrierenden Seminarveranstaltungen. Die Simulation von Projekten mit Hilfe eines Rechners ist – vergleichbar mit dem Lehrprojekt – eine didaktische Alternative, die gleichfalls den Gesamtzusammenhang empirischer Untersuchung im Blick des Lernenden läßt. Diese Innovation setzte allerdings voraus, daß die Veranstalter traditioneller Kurse sich selbstkritisch eingestehen, daß sie neben t-Test und Faktorenanalyse den Studenten meist auch Aversionen gegen Empire und Statistik vermitteln.

Literaturverzeichnis

- Friedrich, W. u. U. Hennig: Der sozialwissenschaftliche Forschungsprozeß. Berlin 1975.
Holzkamp, K.: Kritische Psychologie. Reinbek 1972.
Müller, C. W. (Hrsg.): Begleitforschung in der Sozialpädagogik. Weinheim (erscheint 1978).

Erich Wulff

Psychiatrie und Herrschaft

Politische Indienstnahme der Psychiatrie in West und Ost (II)*

4.6. Dokumentation bekanntgewordener Fälle

Die wichtigste Frage zielt jedoch darauf ab, ob, in welchem Ausmaß und in welchen Formen eine psychiatrische Internierung aus politischen Gründen in der UdSSR tatsächlich stattfindet. Bei den sehr unterschiedlichen Zahlenangaben, die möglicherweise auch ganz unterschiedliche Einzelfälle umschließen, bleibt kein anderer Weg, als die wenigen ausführlichen Krankengeschichten, die bekannt geworden sind, sorgfältig durchzugehen⁵⁸.

4.6.1. Fajnberg

V. Fajnberg, 1931 geboren, war einer der Demonstranten gegen die Intervention der Staaten des Warschauer Paktes in Prag.

Er wurde am 25. 8. 1968 auf dem Roten Platz in Moskau festgenommen und wegen Vergehens gegen die §§ 190,1 und 190,3 des Strafgesetzbuches der RSFSR angeklagt. Nachdem er von einer Gutachterkommission des Serbskij-Institutes für unzurechnungsfähig erklärt worden war, wurde er in ein psychiatrisches Spezialkrankenhaus eingewiesen.

Aus dem Gutachten ist ersichtlich, das Fajnberg erstmals 1945 wegen einer Schizophrenie behandelt wurde. Er sei schlaflos und unruhig gewesen und hätte seine eigenen Exkremente gegessen. 1947 wurde er in Moskau einer Elektroschockbehandlung unterzogen, im gleichen Jahr war er im Leningrader Bechterev-Institut, wiederum wegen einer Schizophrenie. 1953 wurde bei ihm, vom Bechterev-Institut, die Diagnose einer Psychopathie auf organischer Grundlage gestellt, jedoch ohne neurologischen Befund. 1957 wurde er wegen »Hooliganismus« (ein Delikt, das bei uns zwischen Landstreicherei und Rockertum läge) im Zustand der Trunkenheit verhaftet und forensisch begutachtet. Man stellte eine Psychopathie auf organischer Grundlage fest und erklärte Fajnberg für strafrechtlich unverantwortlich. Er wurde zu einem Jahr »Strafarbeit am Arbeitsplatz« verurteilt, bei 25%igem Lohnentzug.

Fajnberg, Fabrikarbeiter von Beruf, hatte trotz seiner psychischen Krankheiten auf Abendkursen die Reifeprüfung gemacht und ein Universitätsstudium in englischer Literatur 1968 mit der Note »ausgezeichnet« abgeschlossen. Er war zuletzt als Museumsführer tätig.

Im Gutachten des Serbskij-Institutes, das 1968 veranlaßt wurde, wird die Diagnose Schizophrenie darauf gestützt, daß Fajnberg »affektiv verflacht« sei, keinerlei Sorgen hinsichtlich seines eigenen Schicksales sowie desjenigen seiner Eltern und seines Sohnes äußere, Gespräche durch ein fröhliches Lachen unterbreche, leidenschaftlich über abstrakte Themen diskutiere, besonders über soziale Reformen im Zusammenhang mit dem Studium der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Seine Kritik gegenüber seinem gegenwärtigen Zustand und seinen vergangenen Psychosen sei ungenügend ausgebildet. Die akute Psychose hätte bei ihm als »postprozessuale Symptome« Stö-

* Die Teile 1 bis 4.5. sind erschienen in *Das Argument* 110

rungen der Emotionalität und des Denkens hinterlassen. Diese psychischen Veränderungen gingen mit einem äußerlich normalen Verhalten einher.

Zusammenfassend wird man sagen müssen, daß – wenn das Gutachten richtig referiert ist – Fajberg seit seiner Pubertät mehrere psychotische – wahrscheinlich schizophrene – Episoden durchgemacht hat, trotzdem aber neben seiner Arbeit in Abendkursen die Reifeprüfung machen und ein Hochschulstudium abschließen konnte. Dies spricht sehr stark gegen eine tiefgreifende schizophrene Persönlichkeitsveränderung, wie das Gutachten sie annimmt. Eher werden, aufgrund der Krankheitsgeschichte und der von dieser ausgehenden Stigmatisierung, von den Gutachtern Eigenheiten eines ungewöhnlichen, wohl auch stark seine eigenen Wege gehenden Menschen als »Symptome« fehlinterpretiert. Ich persönlich hätte Fajberg aufgrund der vorliegenden Krankheitsgeschichte für strafrechtlich verantwortlich erklärt. Es muß aber eingeräumt werden, daß auch in der BRD die Stigmatisierung durch die Schizophrenie-Diagnose bei vielen konservativ eingestellten Psychiatern zu einer ähnlichen diagnostischen Etikettierung und somit auch zu einer Exkulpierung und bei Delikten, die in der BRD als »sozial gefährlich« angesehen werden, auch zu einer Einweisung in ein psychiatrisches Krankenhaus hätte führen können.

4.6.2. *Gorbanevskaja*

Natalja Gorbanevskaja, 1936 geboren, nahm ebenfalls an der Demonstration am 25. 8. 1968 auf dem Roten Platz in Moskau teil, mit ihrem damals 3 Monate alten Kind. Sie wurde vom Serbskij-Institut ambulant begutachtet und wegen einer schweren Psychopathie, bei der eine schleichende Schizophrenie nicht ausgeschlossen werden könnte, für schuldunfähig erklärt. Offenbar wegen ihrer Mutterschaft wurde die Strafverfolgung zunächst ausgesetzt und sie der Obhut ihrer Familie übergeben. Im Dezember 1969 wurde sie erneut verhaftet, weil sie Material über den Prozeß der 5 Demonstranten des Roten Platzes gesammelt und im »Samizdat« veröffentlicht hatte. In einer zweiten Begutachtung wurde bei ihr eine »chronische Psychopathie, die sich zur Schizophrenie entwickelt hat«, angenommen und eine Zwangsbehandlung im Spezialkrankenhaus angeordnet.

Auch Frau Gorbanevskaja hat eine psychiatrische Vorgeschichte. 1955 macht sie – aus Liebeskummer – einen Selbstmordversuch, ab 1959 wird sie ambulant psychiatrisch behandelt, im Oktober 1959 erstmals psychiatrisch hospitalisiert. Die Diagnose schwankt zwischen Schizophrenie und Psychopathie. Nach der Entlassung wird sie aus psychiatrischen Gründen invalidisiert. Ab 1961 bessert sich ihr Befinden, im gleichen Jahr bekommt sie einen nicht-ehelichen Sohn. Sie arbeitet intensiv als Übersetzerin. 1968, während einer Schwangerschaft, weigert sie sich Nahrung zu sich zu nehmen und wird für 8 Tage psychiatrisch hospitalisiert. Es werden keine produktiv-psychotischen Symptome festgestellt, jedoch »affektive Kälte, Indolenz und Tendenz zum Rationalisieren«. Es wird wiederum eine schleichende Schizophrenie diagnostiziert.

Bei der Begutachtung durch das Serbskij-Institut lassen sich dem psychischen Befund objektiv keinerlei krankhafte Symptome entnehmen. An »Auffälligkeiten« wird lediglich aufgeführt, daß Gorbanevskaja ohne jede Begründung böswillige Gefühle gegenüber der Mutter zeige und kein kritisches Urteil über ihren Zustand (sie hätte sich als psychisch gesund bezeichnet, ohne ihre frühere Psychose zu leugnen) und ihre

Situation erkennen lasse. Es handele sich bei ihr um Veränderungen des Denkens, der Kritikfähigkeit und der Emotionen, die spezifisch für eine Schizophrenie seien.

Objektiv ist zu der Begutachtung zu bemerken, daß Frau Gorbanevskaja während der gleichen Zeit sehr herzliche Briefe an ihre Mutter und ihren 8jährigen Sohn schrieb, in denen von »böartigen Gefühlen« nichts zu bemerken ist. Ich selber habe Frau Gorbanevskaja 1976 in Paris kennengelernt: als eine sehr gefühlsvolle, vielleicht etwas zu dramatischen Übertreibungen neigende Frau, ohne jedes Anzeichen einer schizophrenen Persönlichkeitsveränderung. Sie war inzwischen eine der wichtigsten Akteure der antisowjetischen Kampagne in Paris geworden. Dabei war sie von großer geistiger Beweglichkeit, wirkte emotional warm und herzlich, stellte sich auch atmosphärisch rasch auf ihren Gesprächspartner – in diesem Falle auf mich – ein. Von einer pathologischen Motivation ihrer politischen Einstellung war nichts zu erkennen. Trotz der psychiatrischen Vorgeschichte hätte ich sie bedenkenlos für strafrechtlich verantwortlich erklärt. Aber sicherlich gilt auch hier die gleiche Einschränkung wie vorhin bezüglich Fajnb ergs: Es hätte auch bei ihr deutsche Gutachter geben können, die sie nicht aus politischen, sondern aus wissenschafts-theoretischen Erwägungen für schuldunfähig oder zumindest vermindert schuld fähig hätten halten können.

4.6.3. *Borisov*

V. Borisov, geboren 1942, hatte ebenfalls eine neuropsychiatrische Vorgeschichte. Er war im Mai 1951 wegen einer Virusgrippe mit meningialen Komplikationen in der Kinderklinik Kirov und vom 10. 1. bis 10. 3. 1964 zur Beobachtung in einem psychiatrischen Krankenhaus, vermutlich zur Feststellung seiner Militärdiensttauglichkeit. Es wurde bei ihm bei dieser Gelegenheit ein »Zustand nach einer organischen Hirnläsion mit schizophrenem Syndrom« diagnostiziert und er wurde für militärdienstunfähig im Frieden und hilfsdienstfähig im Kriege eingestuft. Vom 3. 12. 64 bis zum 23.1.65 wurde er dann – nach Verstoß gegen § 70 des Strafgesetzbuches der RSFSR (antisowjetische Agitation und Propaganda) – psychiatrisch nochmals begutachtet. Es wurden diesmal bei ihm »Angstzustände und optische Halluzinationen« festgestellt, jedoch »keine Wahnideen«. Diagnostiziert wurde bei ihm eine organische Hirnaffektion mit Persönlichkeitsveränderungen und eine Einweisung in ein psychiatrisches Spezialkrankenhaus vorgeschlagen. Der Krankengeschichte zufolge soll im Dezember 1965 eine weitere Begutachtung erfolgt sein, die dann ab 30. 3. 1966 tatsächlich zur Zwangsbehandlung führte. Irgendwann im Jahr 1966 ist Borisov dann als gebessert entlassen worden: »er zeigte keine akuten psychotischen Symptome, sein Verhalten war korrekt, ohne Konfliktsymptomatik oder antisowjetische Deklarationen . . . aber noch ohne genügende Kritik, was seine Krankheit angeht«. 1967 wurde Borisov ohne Hinweis auf ein Vergehen wegen einer »Dekomensation« seiner organischen Hirnaffektion in ein psychiatrisches Normalkrankenhaus aufgenommen – für welche Zeit, läßt sich den Unterlagen nicht entnehmen. 1969 soll er geheiratet haben. Im Juni 1969 wird er wegen mündlicher Verleumdung der SU, Verteilung von Flugblättern und Besitz antisowjetischer Schriften verhaftet und am 14. 10. 1969 in Leningrad begutachtet. Im psychiatrischen Befund wird vermerkt, er sei voll orientiert und habe keine Halluzinationen. Den Ärzten gegenüber trete er herablassend und ironisch auf. Er sage, niemand könne seine politischen Überzeugungen erschüttern, sei aber unfähig zu definieren, worin diese bestehen. Er zeige keine Kritik gegenüber

den antisowjetischen Erklärungen der Geisteskranken um ihn herum, die sich in Zwangsbehandlung befinden. Er sei überzeugt, wegen seiner Verbindungen zu ihnen polizeilich überwacht zu werden, entwickelt diese Verfolgungsideen jedoch nicht weiter. Gedächtnis und Intelligenz seien etwas geschwächt. Er habe Schwierigkeiten, Mittelschulwissen zu reproduzieren, deute bedeutende Komplizenschaften an und unterstreiche seine besondere Situation im Krankenhaus, wobei er sich nicht als seelisch krank ansehe. – Die Gutachterkommission kommt dann zum Ergebnis, daß Borisov an Folgen einer organischen Hirnaffektion (Meningo-Encephalitis) mit Schwächung der Intelligenz und Persönlichkeitsstörungen leide, die schwer genug seien, um als psychische Krankheit angesehen zu werden. Als Kranker sei er für die ihm zur Last gelegten Handlungen nicht verantwortlich. Die Einweisung in ein psychiatrisches Spezialkrankenhaus wurde vorgeschlagen.

Diese von *Bukovskij* veröffentlichte Krankengeschichte enthält allerdings auch einige Unklarheiten und Widersprüche. So soll das Gutachten 1969 in der psychiatrischen Ambulanz Skortsov-Stepanov erstellt worden sein, und *Bukovskij* vermerkt selber, im Krankenhaus habe es kein weiteres Gutachten gegeben. Dennoch ist im psychischen Befund der Hinweis auf »antisowjetische Erklärungen von Geisteskranken« enthalten, »die sich mit ihm in Zwangsbehandlung befinden«. Vielleicht handelt es sich hier um einen einfachen Übersetzungsfehler und es sind Borisovs Mitpatienten 1966/67 gemeint – oder aber die Krankengeschichte ist manipuliert. Ferner: nach *Borisovs* Kurzbiographie befand dieser sich 1964–1968 in einem psychiatrischen »Strafkrankenhaus«, während er dem veröffentlichten Gutachten zufolge die Zwangsbehandlung erst am 30. 3. 1966 antrat und bereits im Laufe des Jahres 1966 oder Anfang 1967 entlassen worden sein muß, da im Gutachten von einer Wiederaufnahme am 3. 7. 1967 wegen »Dekompensation« seines Hirnleidens gesprochen wird. Hier ist nur eines von beiden möglich: entweder das von *Bukovskij* selbst veröffentlichte Gutachtenprotokoll gibt die Tatsachen nicht richtig wieder, oder aber in den zusammenfassenden Darstellungen wird fälschlich versucht, den Eindruck einer jahrelang ununterbrochenen »Psychohaft« zu erwecken.

Unklar bleibt auch, ob *Borisov* seinen Militärdienst abgeleistet hat. Auf S. 137 wird dies behauptet, mit dem Hinweis, er sei mit der Diagnose »organische Hirnaffektion« demobilisiert und in einem Murmansk Krankenhaus behandelt worden. Auf S. 134 wird seine nach einer stationären Beobachtung vom 1. 1.–7. 3. 1964 festgestellten Militärdienstuntauglichkeit vermerkt. Von einem abgeleisteten Militärdienst ist hier nicht die Rede. In diesem Zusammenhang ist aber *Borisovs* Angabe von 1969 bemerkenswert, zu seinen vorangegangenen stationären Behandlungen sei es gekommen, weil er ein psychisches Leiden simuliert habe, wohingegen er nun und fürderhin für seine Überzeugungen kämpfen wolle. Der österreichischen Psychiaterdelegation (1977) wurde eine Krankengeschichte vorgelegt, nach der er erblich belastet sei und bereits seit 1962 unter ersten psychischen Störungen zu leiden hatte. 1963 sei er teilnahmslos und depressiv geworden, hätte Ziegenböcke und Katzen gesehen, die Stimmen Abwesender gehört und in diesem Zustand »alberne Taten« – Beschmieren von Häusern und Denkmälern sowie Anlegen von Waffenlagern – begangen. Man sei zur Diagnose »organische Hirnerkrankung mit schizophrener Formen« gekommen⁵⁹.

Amnesty International hebt hingegen hervor, *Borisovs* »alberne Taten« seien ein

Appell an die Vereinten Nationen zugunsten der Opfer des Mißbrauchs der Psychiatrie und anderer Strafgefangener in der UdSSR gewesen. Im übrigen sei Borisov nicht wegen verbotenen Waffenbesitzes, sondern lediglich wegen »antisowjetischer Agitation und Propaganda« angeklagt worden. Auch hinsichtlich solcher Punkte wie Borisovs angebliche erbliche Belastung und seine vorgeliebten Halluzinationen sei die Krankengeschichte eine »plumpe Fälschung«⁶⁰.

Ich bin bei dieser Krankengeschichte soweit in Einzelheiten gegangen, weil es die einzige ist, die durch Angaben sowjetischer Ärzte ergänzt wird. Bei einem Vergleich stimmt die (von *Bukovskij* veröffentlichte) Diagnose der Gutachterkommission mit derjenigen des Leningrader Krankenhauses, über die *Walker* berichtet, überein. Auch hinsichtlich der optischen Halluzinationen ergeben sich Übereinstimmungen, die allerdings nicht die 69er psychiatrische Begutachtung betreffen. Im Leningrader Gutachten (*Bukovskij*) entsteht der Eindruck, Krankheitssymptome seien erst 1964 aufgetreten und nicht schon 1962, und von einer erblichen Belastung wird dort auch nicht gesprochen. Auch hier erhebt sich die Frage, ob es sich um einfache Lücken in der Krankengeschichte handelt oder ob eine von beiden manipuliert ist. Falls *Borisov* tatsächlich nur wegen des Artikel 70 angeklagt wurde, gewinnt Amnesty's Behauptung, der von Dr. Agičev angegebene Waffenbesitz *Borisovs* sei erfunden, eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich, und man wird den Verdacht nicht ganz von sich weisen können, das Krankenhaus Skortsov-Stepanov habe es in seinem Bemühen, Vorwürfe wegen einer ungerechtfertigten Psychohaft *Borisovs* zurückzuweisen, mit der Wahrheit nicht ganz genau genommen.

Dabei wäre zum Fall *Borisov* Entsprechendes wie zu den Fällen Fajnbereg und Gorbanevskaja zu sagen. Er war vor seinen politischen Delikten in psychiatrischer Behandlung, wurde wegen eines psychischen Leidens für militärdienstunfähig erklärt und zwar aufgrund einer im Kindesalter durchgemachten Meningo-Encephalitis, die angeblich Persönlichkeitsveränderungen hinterlassen habe. Ein geringfügiger neurologischer Befund: Pupillen- und Reflexdifferenzen, stützte die gestellte Diagnose ab. Natürlich beweist dieser nicht das Vorhandensein von psychischen Störungen, noch lassen sich diese, falls sie festgestellt werden, ohne weiteres auf einen solchen Befund zurückführen. Dafür bedürfte es ergänzender Untersuchungen (z. B. eines EEG oder eines Szintigrammes), die im Gutachten nicht erwähnt werden. Beim Lesen des Gutachtens gewinnt aber die Behauptung *Borisovs* von 1969, er habe in den vergangenen Jahren eine psychische Krankheit simuliert, einige Plausibilität für sich, besonders im Zusammenhang mit der Frage seiner Militärdiensttauglichkeit. Ob eine solche Simulation auf der Grundlage völliger geistiger Gesundheit erfolgte, muß allerdings ebenfalls bezweifelt werden; *Borisov* scheint 1967 ohne jede Anklage hospitalisiert worden zu sein; seine Aufenthalte in psychiatrischen Krankenhäusern waren jedesmal nur kurzfristig, er wurde jeweils recht rasch wieder entlassen. Aus den Unterlagen lassen sich all diese offen gebliebenen Fragen nicht klären. Immerhin: auch wenn man nur die von *Bukovskij* veröffentlichte Krankengeschichte zugrundelegt, wird deutlich, daß die sowjetischen Psychiater zumindest die Frage nach der strafrechtlichen Verantwortlichkeit *Borisovs* stellen mußten. Für mich bleibt offen, wie man sie hätte beantworten müssen.

Die drei übrigen *Bukovskij*'schen Fälle: Jachimovič, Kuznecov und Grigorenko haben keine psychiatrische Vorgeschichte: eine psychiatrische Diagnose wurde bei ihnen erstmals im Zusammenhang mit der Begutachtung in ihrem Prozeß gestellt.

4.6.4. Kuznecov

Von Kuznecovs Krankengeschichte sind nur Auszüge veröffentlicht, aus denen sich ein genaueres Bild nicht gewinnen läßt. Er war erstmals 1966 für 2 Monate zwangsinterniert, nachdem er sich in einer studentischen Diskussion über die Freiheitsrechte in der SU kritisch geäußert hatte und nach einer Begutachtung im Serbskij-Institut für strafrechtlich unverantwortlich erklärt worden war. 1969 wurde er wegen Verbreitung antisowjetischer Schriften verhaftet, wieder psychiatrisch begutachtet und aufs neue einer Zwangsbehandlung in einem Spezialkrankenhaus für bedürftig erklärt.

Im ersten Gutachten 1967 wurde bei ihm eine »schleichende Schizophrenie« diagnostiziert. Begründet wurde diese Diagnose mit seinen »wahnhaften und unzusammenhängenden Reformideen«, »affektiver Verflachung« und Störungen des Denkens, die sich durch eine Bruch mit der Realität, Unreife und eine »paralogische Urteilsstruktur« auszeichneten. Hinweise, wie diese Befunde erhoben wurden, finden sich in den Aufzeichnungen nicht. Der Verdacht besteht, daß hier eine kritische Abweichung von der staatsoffiziellen Logik und Wirklichkeit einfach mit psychiatrischen Etiketten belegt wurde.

4.6.5. Jachimovič

Ähnliches gilt für den Fall Jachimovič. Dieser, ein 1931 geborener Sohn eines kommunistischen Widerstandskämpfers, engagierte sich früh politisch bei der kommunistischen Jugendorganisation Lettlands, wurde zunächst Lehrer und dann, aus eigenem Antrieb und unter persönlichen Opfern, Vorsitzender einer Kolchose. Er wird als äußerst aktiver, prinzipientreuer und jeglichem Opportunismus abholder Mensch geschildert, der nicht ohne Eigenwilligkeit ist, wenig Wert auf seine äußere Erscheinung legt und kompromißlos in der Praxis durchzusetzen sucht, was er einmal für richtig erkannt hat.

1963 äußert er erstmals öffentliche Kritik an der Landwirtschaftspolitik der Regierung der UdSSR und wird deshalb von seiner lokalen Parteigruppe aus der KPdSU ausgeschlossen. Das ZK der KP Lettlands mildert diese Maßnahme zu einer Parteidügel ab. Aber von dieser Strafe fühlt sich Jachimovič ungerecht behandelt, er versucht bei verschiedensten Gelegenheiten die Richtigkeit seiner Auffassungen zu beweisen und reagiert zornig »bis hin zu physischer Gewalt«, wenn man ihm widerspricht. Anfang 1968 beginnt er, Sendungen des BBC aufzuzeichnen und diese Aufzeichnungen, ebenso wie Schriften von sowjetischen Dissidenten, zu versenden. Im Januar 1968 schreibt er einen Brief an das ZK der KPdSU, worin er die sowjetische Außenpolitik kritisiert und Änderungen vorschlägt. Seine Eingaben gelangen auch in das kapitalistische Ausland, werden dort verbreitet sowie durch verschiedene Funkstationen in die SU gesendet. Im Juli 1968 soll er den tschechoslowakischen Kommunisten in einem gemeinsamen Brief mit Grigorenko und Kosterin seine Unterstützung zugesagt haben (Kurzbiographie *Bukovskij*). Nachdem er am 5. 3. 1969 ein Flugblatt von Grigorenko verteilt hatte, das den Rückzug der sowjetischen Truppen aus der ČSSR forderte, wurde er am 24. 3. 69 verhaftet, nach einer psychiatrischen Begutachtung für unzurechnungsfähig erklärt und bis zum Sommer 1971 in einem psychiatrischen Krankenhaus festgehalten.

Die erste Diagnose, von der Rigaer forensischen Ambulanz am 1. 4. 1969 gestellt,

lautete: »Schizophrenie mit paranoischen Zügen«. Jachimovič wird als herablassend und etwas maniert geschildert, seine »originelle« äußere Erscheinung, was Barttracht und Kleidung angeht, erwähnt. Seine Gemütsbewegungen seien »einseitig« und bezögen sich emphatisch auf seine Aktivitäten. Sein Denken sei an Details fixiert, zeige Rationalisierungstendenzen.

Die zweite Rigaer Begutachtung im Hospital (3. 6. 1969) und die Begutachtung im Serbskij-Institut (12. 1. 1970) kommen zur Diagnose einer paranoischen Entwicklung bei einer psychopathischen Persönlichkeit. Vom Serbskij-Institut wird Jachimovičs Angst vor psychiatrischen Gesprächen registriert und als krankhaftes Symptom gedeutet. Diese Angst sei auf eine Periode gefolgt, wo Jachimovič in herablassendem und ironischen Ton mit den Psychiatern redete. Als krankhaft wird auch eine Äußerung Jachimovičs vermerkt, die Ärzte in Riga hätten ein besonderes Interesse daran gezeigt, ihn für geisteskrank zu erklären. Zusammenfassend kommt das Serbskij-Institut zum Ergebnis, Jachimovič habe sein Leben lang psychische Besonderheiten wie affektive Labilität, Neigung zu Konflikten und das Bedürfnis, überall Recht zu haben, gezeigt. 1963 hätten sich in einer für ihn schwierigen Situation krankhafte Ideen über wirtschaftliche und soziale Reformen entwickelt, die von einem unersättlichen Aktivismus und einem totalen Fehlen kritischen Urteilsvermögens über die eigene Situation und dem eigenen Verhalten gegenüber begleitet waren. Damit einhergegangen sei eine offensichtliche Selbstüberschätzung, die Jachimovičs Gesamtverhalten bestimmt habe. Die Untersuchung habe, verborgen unter äußerlich normalem Verhalten, eine Starre des Denkens, eine Tendenz zu krankhaften Deutungen bestimmter Ereignisse, eine Neigung, die eigenen psychischen Abwegigkeiten zu dissimulieren sowie ein Fehlen kritischer Erfassung des eigenen Zustandes und der eigenen Situation enthüllt. Jachimovič sei sich seiner Handlungen nicht mehr bewußt gewesen und habe diese nicht mehr beherrschen können. Er sei deshalb strafrechtlich nicht verantwortlich.

Besonders die letzten Abschnitte der Begutachtung lassen vermuten, daß das »Krankhafte« bei Jachimovič für die Psychiater nichts anderes als die konsequente Verfolgung seiner politischen Ziele war. Er hätte »flexibler« in seinem Denken sein, die Tatsachen in »gesunder« Weise, d. h. wie die öffentlichen Instanzen es tun, interpretieren sollen (z. B. nicht fürchten dürfen, man wolle ihn im psychiatrischen Krankenhaus festhalten), er hätte einsehen müssen, daß die Durchsetzung seiner Ziele seine Kräfte übersteige; er hätte nicht soviel eigene Initiative entwickeln sollen und die Reform denen überlassen, die für sie zuständig sind: dann wäre er ein geistig gesunder Bürger geblieben. Für mich persönlich besteht kein Zweifel daran, daß Jachimovič kein paranoischer Psychopath ist: allerdings wohl eine Kohlhaasnatur, ein etwas verblenderter Idealist, dem die Verwirklichung des Sozialismus nicht schnell genug ging. Allerdings: wenn ein solcher Mensch in die Fänge unserer bundesdeutschen Justiz- und Psychiatriemaschinerie geraten wäre, so hätte man ihn möglicherweise als Querulanten abgestempelt, und konservative Psychiater hätten ihn vielleicht auch zu einem geltungssüchtigen Psychopathen erklärt. Wahrscheinlich hätte sich auch jemand gefunden, der ihm eine verminderte Schuldfähigkeit attestiert hätte.

4.6.6. *Grigorenko*

Ich erspare mir, in der gleichen Ausführlichkeit auf den Fall Grigorenko einzuge-

hen. In gewisser Weise ähnelt er dem Fall Jachimovič: auch Grigorenko war aktiver Kommunist, war auf Reformen aus, auch er versuchte, für diese Reformen in der Periode des Tauwetters während Parteiversammlungen zu plädieren und legte sich dabei sogar mit Chruščev, damals auf der Höhe seiner Macht, an. In anderer Hinsicht stellt Grigorenko ein Pendant des US-Generals Walker dar: wie dieser die ursprünglichen amerikanischen Tugenden, will Grigorenko – ebenfalls General – die ursprünglichen revolutionären Tugenden zu neuem Leben erwecken. Grigorenkos kritische Äußerungen führen zunächst zu einer Strafversetzung in den fernen Osten. Er setzt seine Kritiken jedoch fort und verteilt bei einem Besuch in Moskau nun auch öffentlich Flugblätter, die die Regierung anschlüßigen, leninistische Prinzipien zu verletzen. Er wird verhaftet, begutachtet und unter der Diagnose eines paranoischen Wahns bei beginnender Cerebralsklerose in ein Leningrader Spezialkrankenhaus eingewiesen, aus dem er am 22. 4. 1965 als geheilt entlassen wird. Danach arbeitet er als Lagerarbeiter, macht Eingaben, um eine höhere Pension zu erhalten (die irgendwann 1965 auf 120 Rubel erhöht wird), erreichte es aber nicht, seinen Fachkenntnissen entsprechend beschäftigt zu werden. Psychiatrische Kontrolluntersuchungen im Dispensaire ergeben als einziges Symptom »ungenügende Kritikfähigkeit der eigenen Situation gegenüber«. Sonst aber kein Anzeichen für einen »Rückfall«. Ab 1967 beginnt Grigorenko wieder, sich politisch zu betätigen, demonstriert zwischen dem 9. und 11. 10. 68 vor dem Gerichtsgebäude, in welchem die Demonstranten des »Roten Platzes« gegen die Intervention in der ČSSR abgeurteilt werden. Im Mai 1969 wird er schließlich in Taschkent verhaftet, wo er am Prozeß gegen die Führer der von Stalin nach Zentralasien verbannten Krimtataren teilnehmen wollte, er wird zweimal psychiatrisch begutachtet und sodann in ein psychiatrisches Spezialkrankenhaus eingewiesen.

Dabei ist bemerkenswert, daß die erste Begutachtung (18. 8. 69) in der Taschkenter gerichtspsychiatrischen Ambulanz Grigorenko für psychisch gesund und voll verantwortlich erklärt. Es wurde bei dieser Untersuchung auch kein pathologischer neurologischer Befund festgestellt. Die zweite Begutachtung am Serbskij-Institut hingegen meinte neurologische Symptome feststellen zu können: weitere rechte Pupille, Zungenabweichung nach rechts, eine pathologische Venenzeichnung am Augenhintergrund sowie ein pathologisches EEG mit linksbetonten Veränderungen. Als Beweise für psychische Störungen wurden Zeugenaussagen aufgeführt, die Grigorenko bei seiner Teilnahme an den Demonstrationen in Moskau im Oktober 1968 als erregt, grob, beleidigend und laut schreiend schilderten sowie das Festhalten an seinen Reformideen und seiner »kritiklosen« Selbstüberschätzung. Dies führte zur Diagnose einer »paranoischen Persönlichkeitsentwicklung«, die durch Reformideen unterlegt sei und mit psychopathischen Zügen sowie einer Hirnarteriosklerose einhergehe.

Schilderungen Grigorenkos aus beiden Gutachten, die sich in ihrem deskriptiven Teil nur wenig unterscheiden, zeigen diesen als einen aufgrund hohen Blutdruckes vielleicht etwas reiz- und erregbaren, sonst aber geistig normalen Menschen, der auch seine Reizbarkeit und Empfindlichkeit offenbar gut beherrschen kann. Selbst wenn die vom Serbskij-Institut erhobenen neurologischen Mikrobefunde zuträfen – angesichts der normal ausgefallenen Taschkenter Untersuchungen sind Zweifel daran angebracht – würde ich Grigorenko nicht als unzurechnungsfähig bezeichnet haben. Aus *Bukowski's* Aufzeichnungen ergeben sich im übrigen keine Hinweise darauf, weshalb das Gericht dem ausgezeichneten Taschkenter Gutachten nicht gefolgt ist

und ein zweites beim Serbskij-Institut angefordert hat. Der Verdacht liegt hier nahe, daß das Gericht hier keinen öffentlichen Prozeß wollte und unter allen Umständen versuchte, Grigorenko für strafrechtlich unverantwortlich erklären zu lassen.

4.6.7. Pljušč

Der Mathematiker Leonid Pljušč, geb. 1939, der bis zu seiner Verhaftung niemals psychiatrisch behandelt wurde, schrieb 1968 einen Brief an die »Komsomolskaja Pravda« als Antwort auf einen Artikel dieser Zeitung über den Prozeß gegen die Dissidenten A. Ginzburg und J. Galanskov. Er bezeichnet in diesem Brief den Prozeß als Wiederaufnahme der stalinistischen Repressionsmethoden von 1937. Im Juli 1968 verlor Pljušč daraufhin seine Stelle beim Kiewer Kybernetik-Institut und fand auch woanders in der SU keine Arbeit mehr als Mathematiker. Im Mai 1969 trat er eine Stelle als Buchbinder an, wurde jedoch, nachdem er einen Menschenrechts-Appell an die UNO unterzeichnet hatte, auch von dort entlassen. Am 25. 1. 1972 wurde Pljušč verhaftet und wegen Vergehens gegen Artikel 70 des Strafgesetzbuches der RSFSR angeklagt. Er habe antisowjetische Schriften im Besitz gehabt, antisowjetische Texte verfaßt, antisowjetische Briefe an die UNO gerichtet sowie antisowjetische Diskussionen geführt.

In zwei Gutachten, die vom Serbskij-Institut in Moskau erstellt wurden, diagnostizierte man bei Pljušč eine »langsam fortschreitende Schizophrenie mit paranoischer Verwirrung, Reformideen und Elementen von Messianismus«. Beide Male wurde er für unzurechnungsfähig erklärt. Während das erste Gutachten eine Unterbringung in einem Spezialkrankenhaus vorschlug, erschien im zweiten eine Zwangsbehandlung in einem normalen psychiatrischen Krankenhaus ausreichend. Obwohl der oberste Gerichtshof der Ukraine sich dem zweiten Vorschlag anschloß, setzte die Staatsanwaltschaft Pljušč's Einweisung in ein Spezialkrankenhaus in Dnepropetrovsk durch. Eine internationale Kampagne, an der sich maßgebliche Persönlichkeiten der FKP und der IKP beteiligten, setzte sich intensiv für Pljušč's Freilassung ein. Im Januar 1976 wird Pljušč als »gebessert« entlassen und darf mit seiner Familie die SU verlassen. Der genaue Text der Gutachten im Falle P. steht mir nicht zur Verfügung und ist, soweit ich sehe, auch bisher nirgends veröffentlicht. Aus den Notizen über seinen Prozeß scheint aber hervorzugehen, daß das Gericht sich bei seinem Urteil über die Geisteskrankheit Pljušč's neben den Gutachten auch auf Aussagen von Zeugen stützte, die Pljušč kaum, und wenn dann vor Jahren zuletzt gesehen hatten. Seine Frau, seine Schwester und seine Freunde, die ihn für gesund hielten, wurden nicht gehört.

Briefe, die Pljušč aus Dnepropetrovsk schrieb, lassen einen wachen, beweglichen Geist erkennen; irgendwelche Hinweise auf psychische Störungen lassen sich ihnen nicht entnehmen. Es ist höchst unwahrscheinlich, daß ein Schizophrener derartige Briefe, die auch eine sehr differenzierte Emotionalität erkennen lassen und alles andere als egozentrisch oder messianisch sind, schreiben könnte. Fest steht auch, daß Pljušč nach seiner Entlassung aus dem Spezialkrankenhaus und der daran sich anschließenden Ausreise in den Westen nicht wieder in psychiatrische Behandlung aufgenommen werden mußte.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß bei objektiver Betrachtung bei Pljušč nicht die geringste Spur eines Verdachtes auf eine Geisteskrankheit ausgemacht werden kann; es sei denn, man hielte Kritik an vorgeblichen oder wirklichen Mängeln der so-

wjetischen Gesellschaft, insbesondere an den Freiheitsrechten, und den Versuch, mit anderen zusammen für diese Rechte einzutreten, selber schon für verrückt.

4.6.8. *Medvedev*

Zhores Medvedev, ein bekannter Genetiker, verlor seine Stelle als Wissenschaftler in Obninsk, einer kleinen Wissenschaftlerstadt in der Nähe Kalugas, als zwei Schriften von ihm – davon eine aus dem Jahr 1961 – im Samizdat veröffentlicht wurden, offenbar ohne sein eigenes Zutun. Dies geschah 1968 oder 1969. Versuche, anderwärts Arbeit zu finden, scheiterten. Anfang 1970 wurde Medvedev dann ins Büro der Obninsker Bürgermeisterin gerufen. Sie wollte angeblich mit ihm über das Verhalten seines 17jährigen Sohnes Sascha sprechen, der von Zeit zu Zeit von zu Hause weggelaufen war und ein »Hippy-Leben« führte. Wegen »unverständlicher Charakterveränderungen« hatte Medvedev es als »einen natürlichen Schritt« angesehen, seinen Sohn einem Psychiater vorzustellen. Beim zweiten Besuch Medvedevs bei der Bürgermeisterin war jedoch der Chefarzt des Kalugaer psychiatrischen Spezialkrankenhauses zusammen mit der Miliz zugegen. Medvedev wurde mit Gewalt in das Kalugaer Krankenhaus gebracht. Auf eine nationale und internationale Protestkampagne hin wurde er 7 Tage später entlassen (nach anderen Informationen 3 Wochen später) – jedoch mit der Diagnose: »Persönlichkeitsspaltung, die sich durch gleichzeitige Verfälschung von wissenschaftlichen Arbeiten und Artikeln über politische und soziale Probleme manifestiert. Überschätzung der eigenen Persönlichkeit. Abfall der wissenschaftlichen Produktivität während der letzten Jahre, übertriebene Skrupel in der Erfüllung der eigenen Aufgaben. Fehlender Realitätssinn, schlechte soziale Angepaßtheit. Schleichende Schizophrenie, paranoischer Reformwahn«. Weitere Versuche, Medvedev zu internieren, sind nicht bekannt geworden⁶¹.

Da man Medvedev nicht anklagen konnte: er hatte sich an keinen Demonstrationen beteiligt, keine Traktate verteilt etc. – wurde stattdessen der Versuch gemacht, ihn als Mitglied einer erbkranken schizophrenen Familie selbst für geisteskrank zu erklären und zu internieren. Dieser wahrscheinlich von den lokalen behördlichen Instanzen unternommene Versuch scheiterte an Protesten im Lande selbst und im Ausland.

4.6.9. *Zusammenfassende Analyse der Fallgeschichten*

Bei der zusammenfassenden Analyse der hier berichteten Gutachten und Krankengeschichten ist es zunächst nötig, nochmals ihre Quellen zu unterstreichen: Die ersten 6 Krankengeschichten stammen aus dem Buch *Bukovsij's*, eines antisowjetischen und antikomunistischen Dissidenten. Dies legt naturgemäß Vorsicht bei ihrer Auswertung nahe. Mit der Ausnahme der Krankengeschichte von Kuznecov sind sie aber sehr detailliert, ja nahezu vollständig sowie mit Daten und Unterschriften versehen. Mir ist nicht bekannt geworden, daß das Serbskij-Institut oder eine der anderen begutachtenden Institutionen, Krankenhäusern oder Dispensarien, die Authentizität der Gutachten in Frage gestellt hätte. Im einzigen Falle, wo ein Vergleich zwischen den *Bukovskij's*chen Texten und der sowjetischen Krankengeschichte möglich geworden ist, ergab sich immerhin eine Übereinstimmung hinsichtlich der Diagnose und der wichtigsten Symptome (*Borisov*). Man wird also mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen können, daß die von *Bukovskij* veröffentlichten Dokumente authentisch sind. Dies gilt auch für die Krankengeschichten *Pljušč's* und *Medvedevs*. Auch

hier sind die Dokumente – Auszüge aus Gutachten und Krankengeschichten – von sowjetischer Seite niemals in Frage gestellt worden.

Geht man aber von der Authentizität der zugrundeliegenden Dokumente aus, so kann man – mit *Wing*⁶² – zwei Gruppen von Fällen unterscheiden: einmal Angeklagte, die eine psychiatrische Vorgeschichte unabhängig von polizeilichen oder gerichtlichen Interventionen haben, oder aber einen eindeutigen neurologischen Befund: hierzu gehören *Fajnberg*, *Gorbanevskaja* und *Borisov*. Sie wären auch in einem westlichen Land einer psychiatrischen Begutachtung unterzogen worden, wenn man sie eines Vergehens oder Verbrechens angeklagt hätte. Ich habe bereits ausgeführt, daß ich sie (mit Ausnahme des Falles *Borisov*, über den ich mir kein Urteil erlaube) zum Zeitpunkt der Tat nicht für psychisch krank gehalten hätte; auf der anderen Seite: wenn politischen Delinquenten mit ähnlicher Krankheitsvorgeschichte Arbeitslager gedroht hätte und bei Schuldunfähigkeit u. U. nur eine kurzfristige Zwangsbehandlung, weiß ich nicht, ob sich nicht auch manche bundesdeutschen Psychiater aus taktischen Gründen auf den Standpunkt einer konservativen Psychiatrie gestellt hätten, die einen Schizophrenen immer für unzurechnungsfähig erachtet. *Wing*⁶³ deutet die Möglichkeit einer solchen Motivation auch bei den sowjetischen Psychiatern an und *Novikov* bestätigt, daß im Stalinismus Zwangsbehandlungen lebensrettend sein konnten⁶⁴. Eine derartige Entscheidung braucht aber keineswegs unmittelbar politisch motiviert zu sein. Sie kann auch guten Glaubens aus einer bestimmten wissenschaftstheoretischen Haltung her (derjenigen *Kraepelins*⁶⁵ beispielsweise) vertreten werden, die Persönlichkeitsbesonderheiten bei Menschen, die je eine psychotische Episode durchgestanden haben, eo ipso auf diese Episoden (als »Defekte«) bezieht. Daß die Gültigkeit solcher oder anderer Auffassungen als »herrschende Lehren« selber nur politisch verständlich wird, ist eine andere Frage, auf die ich an anderer Stelle bereits ausführlicher eingegangen bin⁶⁶.

Nahezu alle anderen Fälle lassen eine psychiatrische Vorgeschichte, aber auch ein klares Symptomenbild vermissen (*Jachimovič*, *Pljušč*, *Medvedev*, *Kuznecov*). Dabei läßt die auszugsweise Darstellung des Gutachtens über *Kuznecov* allerdings eine endgültige Stellungnahme nicht zu. Der Fall *Grigorenko* bildet seinerseits insofern eine Besonderheit, als das Serbskij-Institut bei ihm neurologische und EEG-Befunde erhob, die mit einer Gehirn-Arteriosklerose durchaus in Einklang zu bringen sind. Die Erwägung einer Unzurechnungsfähigkeit war bei ihm deshalb durchaus legitim. Die psychischen Befunde ergaben aber für eine psychoorganische Veränderung keinen Anhalt, so daß man seinen Fall dennoch als dieser zweiten Gruppe zu gehörig erachten muß. Für alle diese Fälle gilt *Roy Medvedevs* Feststellung, daß »allgemeinmenschliche Merkmale oder Mängel zu Zeichen einer Geisteskrankheit erhoben« werden. So wird eine gleichzeitige wissenschaftliche und journalistische Tätigkeit zu einer »Persönlichkeitsspaltung«, eine kritische Haltung gegenüber Mängeln der Gesellschaft zu einer »mangelhaften Anpassung«, die Verteidigung der eigenen Meinung zu einem »Fehlen kritischen Urteils«, werden »zwangshafte Wahrheitssuche«, »Bartrragen«, »die Meinung, der Einmarsch der alliierten Kräfte in die ČSSR sei eine Aggression« zu Krankheitssymptomen⁶⁷.

4.7. Die Psychiatrisierung von Dissidenz und Devianz

4.7.1. Krankheitsbegriffe, Versorgungsdichte und Psychiatrisierung

Diese Form der Klassifizierung als geisteskrank, was von den sozialen Normen und

den staatsoffiziellen Auffassungen abweicht, wird durch die sehr weitherzige Schizophrenie-Definition der Moskauer Psychiatrie-Schule, auf die auch *Wing* hinweist⁶⁸, erleichtert. Einer ihrer maßgeblichen Vertreter soll sogar erklärt haben, man wisse, Schizophrenie könne ohne jegliches Symptom auftreten⁶⁹. Aber auch das objektive Fehlen verbindlicher diagnostischer Kriterien im Bereich der pathologischen Charakterentwicklungen und der sogenannten endogenen Psychosen – hier insbesondere im Randbereich der Schizophrenien – kommt solchen Etikettierungsprozessen zweifellos stark entgegen – auch dort, wo weniger weitherzige Definitionen zu Anwendung kommen. Mit *Wing*⁷⁰ wird man deshalb den Psychiatern, die sich auf solche Etikettierungen einlassen, einen subjektiven »guten Glauben« nicht von vornherein absprechen können. Dazu bedürfte es zusätzlicher Hinweise wie solcher, die im Falle Grigorenko möglicherweise vorliegen, bei dem der Verdacht auf eine bewußte Psychiatrisierung von Seiten der Behörden und der Psychiater nicht von der Hand gewiesen werden kann. Solche Zuschreibungsprozesse, die Abweichungen von sozialen Normen nur als seelische Krankheitserscheinungen von Individuen zu begreifen vermögen und dementsprechend auch als solche diagnostisch etikettieren, sind allerdings, wie wir gesehen hatten, keineswegs auf die Sowjetunion, ihre Psychiatrie und ihre Rechtsprechung beschränkt.

Im ganzen scheint mir das Kern-Problem des politischen Mißbrauchs der Psychiatrie – in der SU und anderswo – nicht in einer Verschwörung zwischen Justiz, Polizei und Psychiatrie zu liegen, sondern in der deutlich gewordenen systemübergreifenden Tendenz, Verstöße gegen soziale und gesetzliche Normen zunehmend zu psychiatrisieren. Dies ist nicht nur eine Frage der Ideologie, sondern auch der psychiatrischen Praxis. Die besonders weit fortgeschrittene Entwicklung der sozialen Psychiatrie auf dem ambulanten Sektor in der SU kommt dieser Tendenz möglicherweise entgegen. *Wing* warnt vor einem »gentle, but insistent paternalism and overprotectiveness«, Züge, die er in der sowjetischen Psychiatrie verwirklicht sieht. »Ein oftmals unvermeidlicher Institutionalismus kann zuweilen selber zum einzigen Handicap werden und ist in solchen Fällen nur noch schädlich. Eine sehr stark ins einzelne gehende und sorgfältige Nachsorge kann den Keim zu solchen ungünstigen Entwicklungen enthalten« (*Wing*)⁷¹. Dabei ist zu unterstreichen, daß diese Feststellungen von keinem »Antipsychiater« oder auch nur »kritischen Psychiater« getroffen werden, sondern von einem der Mitschöpfer der Sektor-Psychiatrie – eines Netzes von gemeindenahen psychiatrischen Einrichtungen mit abgegrenzter territorialer Zuständigkeit – in West-Europa.

*Castel, Elkaim, Guattari, Jervis*⁷² u. a. haben schon sehr viel früher auf die Gefahr aufmerksam gemacht, innerhalb einer fürsorglichen staatlich organisierten Sozialpsychiatrie soziale Konflikte zu individualisieren und dann zu psychiatrisieren. Diese Versuchung liegt besonders dann nahe, wenn, wie in der SU, alle jemals psychiatrisch Behandelten im psychiatrischen Dispensarium ihres Wohngebietes registriert sind und im Falle eines Deliktes der forensische Psychiater oder andere Sozialbehörden – auch ohne Zustimmung des Betroffenen – die dort niedergelegten Daten verwerten können⁷³ – ebenso wie umgekehrt, nach psychiatrisch bedingter Schuldunfähigkeit eines Angeklagten, das Dispensaire bei Nachuntersuchungen präventiv darauf zu achten hat, daß der Patient nicht rückfällig wird⁷⁴ und von Zeit zu Zeit von der KGB ermahnt wird, dieses auch zu tun. So erklären sich die »Besuche« psychiatrischer Kran-

kenschwestern bei einmal als »geisteskrank« klassifizierten Dissidenten in der SU, aber wohl auch ihre präventive Wiedereinsperrung bei politischen Ereignissen, die ihre »Krankheit« zum Wiederaufflammen bringen könnten. Erste Ansätze zu einer ähnlich intensiven fürsorgepolizeilichen Überwachung finden sich im übrigen im Gesetzesentwurf für ein Bundesmeldegesetz in der BRD, wonach bei allen Einwohnermeldeämtern auch psychiatrische Daten eingespeist werden sollen⁷⁵. Lediglich die Unterentwicklung der ambulanten psychiatrischen Dienste in unserem Lande verhindert die psychiatrische Durchkämmung der Bevölkerung, von der *Castel* und *Wing* gleichermaßen warnen. In Hannover, wo die ambulante Psychiatrie weiter entwickelt ist als anderswo in der BRD⁷⁶, treten Probleme des psychiatrischen Datenschutzes und der allzu forschenden präventiven Psychiatrisierung bereits in aller Schärfe auf.

Je besser ausgebaut staatliche soziale und psychiatrische Dienste also sind, desto größer ist auch die Gefahr, diese Dienste zu repressiven Zwecken gegen die »Verrücktheit« von Dissidenz einzusetzen. Dabei haben wir es in der kapitalistischen Gesellschaft mit einer erheblich größeren Streubreite der Mißbrauchmöglichkeiten der Psychiatrie zu tun. Auch Verstöße gegen private oder Gruppeninteressen können dort das Repressionsinstrumentarium der Psychiatrie in Gang setzen, nicht alleine die Staatsraison. Und die unkontrollierte Diffusion von Behandlungsdaten wird nicht nur verstärkte fürsorgepolizeiliche Kontrolle, sondern auch Nachteile am Arbeitsplatz, Kündigung, Schwierigkeiten bei der Arbeitsvermittlung u. ä. zur Folge haben können, schon aufgrund wirtschaftlicher Interessen der Unternehmer und psychiatrischer, nicht allein politischer Diskriminierung. Hingegen ist in sozialistischen Ländern der Mißbrauch auf die Durchsetzung staatlicher Interessen konzentriert. Dies erklärt, daß dort auch eher von einem »politischen Mißbrauch« im engeren Sinne gesprochen werden kann.

Die allgemeine, systemübergreifende Psychiatrisierungstendenz ist dabei sicherlich nicht nur eine Sache der Psychiater und der Behörden, sondern auch der Bevölkerung. Je geschlossener sich eine Gesellschaft gibt, als desto verrückter werden ihre Mitglieder Normenverstöße und Abweichungen von ihrer gewohnten Lebensweise einschätzen⁷⁷. In paradoxer Weise deutlich wird dies am Fall *Medvedev*⁷⁸. Hier konnten die Eltern *Medvedev's* das von der gesellschaftlichen Norm abweichende »hippieartige« Leben ihres Sohnes nicht ertragen. Sie sahen darin weder den Versuch eines jungen Menschen, gesellschaftliche Zwänge für eine Weile auszuklammern, um so besser zu sich selbst zu finden – also einen durchaus normalen jugendtypischen Entwicklungsschritt –, noch das mögliche Resultat eines familiären, u. U. auch gesellschaftlich unterlegten Beziehungskonfliktes, den es gemeinsam aufzuarbeiten gälte, sondern meinten bei ihrem Sacha eine unverständliche Charakterveränderung festzustellen, die es ihnen »ganz natürlich« erschienen ließ, ihn zum Psychiater zu bringen. Beim Psychiater wurde Vater *Medvedev* nun selber unversehens zum Opfer des »gentle, but insistent paternalism (*Wing*)⁷⁹, den er selber auf seinen Sohn ausgeübt und mit dem er die psychiatrischen Institutionen im Hinblick auf diesen betraut hatte. »Vater Staat« stellte aber nun bei *Medvedev senior*, der der Dissidenz verdächtig war, selber »uneinfühlbare« Charakterveränderungen fest, wie eine in der gleichzeitigen journalistischen und wissenschaftlichen Arbeit zum Ausdruck kommende »Persönlichkeitsspaltung«, einen Abfall der wissenschaftlichen Produktivität, übertriebene

Skrupel bei der eigenen Arbeit, Selbstüberschätzung, fehlenden Realitätssinn, schlechte soziale Anpassung; kurz, eine schleichend verlaufende Schizophrenie, wobei bei dieser Diagnose auch die familiäre Belastung durch die »Krankheit« des Sohnes eine Rolle gespielt haben dürfte. Man ist fast versucht zu sagen, daß *Medvedev* sich hier in einer von ihm zumindest mit aufgestellten Falle gefangen hat: der Psychiatrisierung familiärer und gesellschaftlicher Widersprüche und Konflikte. Wenn eine solche Haltung bei der Bevölkerung verbreitet ist, haben der Staat und die Psychiater es natürlich sehr leicht, ihr entsprechend zu verfahren.

Dabei darf man jedoch den Unterschied zwischen der SU als einem sozialistischen Land und den kapitalistischen Ländern nicht vergessen. Im Kapitalismus ist die Normierung des Bewußtseins nämlich keineswegs das Ergebnis einer insistierenden väterlichen Bevormundung, sondern entspricht den oft brutalen Interessen der wirtschaftlichen Mächte. In einem anderen Zusammenhang habe ich zu zeigen versucht, wie die Arbeitsbedingungen im Kapitalismus – und dies noch verstärkt in seiner Krise – »Normopathen« produzieren, die unterdrückte eigene Wünsche nach Genuß, Liebe, Freizeit, Unabhängigkeit von äußeren Zwängen bei anderen und sich selbst unnachsichtlich verfolgen, weil diese Wünsche, sobald sie die Bewußtseinsschwelle erreichen, aus gutem Grund (der Bedrohung des Arbeitsplatzes) höchst angstbesetzt sind⁸⁰. Zu dieser Konditionierung am Arbeitsplatz, in der Produktionssphäre, tritt noch diejenige aus der Zirkulationssphäre hinzu, die unter dem Stichwort »Konsumterror« bekannt geworden ist und die *Haug* aus marxistischer Perspektive zutreffender als »Warenästhetik« untersucht hat⁸¹. Wenn Menschen auf Marken und Markennamen dressiert werden, wenn Vorlieben und Abneigungen sich dementsprechend stereotypisieren wie im Kapitalismus, kann auch bereits jeder Verstoß gegen normierte Erscheinungsbilder Angst machen und durch Ekel und Aggression beantwortet werden.

4.7.2. *Das politische Feld; Menschenrechte und antikommunistische Kampagne*

Nach diesem Exkurs auf systemübergreifende Psychiatrisierungs- und Normierungstendenzen bedürfen die besonderen Ausprägungsformen des Mißbrauchs der Psychiatrie in der UdSSR einer noch weiteren Fortführung der Analyse. An der Existenz eines solchen Mißbrauchs kann nach den vorliegenden Dokumenten m. E. kein Zweifel mehr bestehen, wenngleich sein Ausmaß stark übertrieben wird und über denjenigen des Mißbrauchs der Psychiatrie in den USA kaum hinausgehen dürfte⁸². Kein Zweifel kann aber auch an der Tatsache bestehen, daß die »Psychohaft«-Kampagne vom Ausland her dirigiert ist und auch in der SU über ihre Agenten verfügt, die an antikommunistischer Hetze weit mehr als an der Respektierung der Menschenrechte interessiert sind⁸³. Dies gilt auch für die Gesamt-Kampagne für die Menschenrechte in der SU. Angezielt sind Zwickmühlensituationen, die das Regime aus den Angeln heben sollen. Gibt die SU nach, so hofft man, daß immer mehr Menschen in die Kritik einstimmen, was es schließlich erlauben könnte, alle Institutionen, die die sozialistische Revolution und ihre Errungenschaften sichern, natürlich manchmal auch mit Härte und gegen die Partikularinteressen von Einzelnen und von Gruppen, als Repressionsorgane oder bürokratischen Ballast abzuwerfen und so wieder zu kapitalistischen Verhältnissen überzuleiten. Verstärkt die SU jedoch ihre politische Kontrolle, so wird sie der stalinistischen Karrikatur des Sozialismus wieder ähnlicher: als

abschreckendes Beispiel läßt sie sich dann sozialistischen Entwicklungen in Europa oder Lateinamerika entgegenhalten und rechtfertigt dort ideologisch den Kapitalismus als das vorgeblich kleinere Übel. Aus dieser schwierigen Zwickmühlensituation müssen auch alle Entscheidungen der SU in der Frage der »Dissidenten« verstanden werden. Dabei ist auf der anderen Seite aber auch zu berücksichtigen, daß eine solche Zwickmühlensituation erst dann tatsächlich zustande kommen kann, wenn die sozialistische Demokratie in einem Land sich nicht genügend hat entwickeln können.

Es war bereits betont worden – und neben *Wing* hatte auch *Freedman*⁸⁴ dies hervorgehoben – daß es bei dem gegenwärtigen Informationsstand nur wenig Belege dafür gibt, daß die Internierung von Dissidenten in psychiatrischen Krankenhäusern gegen ausdrückliches besseres Wissen der gutachtenden Psychiater erfolgt. In den allermeisten Fällen dürften diese – und auch der KGB – davon überzeugt sein, daß es sich bei diesen Dissidenten um Kranke – im Sinne des beschriebenen sowjetischen Krankheitsbegriffes – handelt. *Novikov* bescheinigt dies sogar ausdrücklich für Prof. *Lunc*⁸⁵. Nur in Einzelfällen – besonders bei Grigorenko erhebt sich der Verdacht – mag eine bewußte Komplizenschaft zwischen den Ermittlungsbehörden und den Gutachtern zustande gekommen sein. Geht man jedoch davon aus, daß im Stalinismus Dissidenten einfach administrativ liquidiert wurden – zum allergrößten Teil ohne jedes Gerichtsverfahren – und daß eine Internierung während dieser Periode durchaus lebensrettend sein konnte, so wird man in den Versuchen, in Einzelfällen durch Einschaltung der Psychiatrie peinliche Prozesse zu vermeiden, allenfalls einen Seitensprung ab vom Weg zu einer sozialistischen Rechtsstaatlichkeit sehen können, ein Weg, der seit dem XX. Kongreß der KPdSU besritten wurde. Denn auf den Aus- und Abweg der Psychiatrie wird nur eine Staatsgewalt kommen, die sich gezwungen sieht, bei Verstößen gegen Gesetze ordentliche Gerichtsverfahren durchzuführen und auf »administrative« Strafen nicht mehr zurückgreifen kann⁸⁶. Freunde der SU können dieser nur wünschen, daß diese solche Ab- und Umwege sich bewußt macht, sie in Zukunft vermeidet und die sozialistische Rechtsstaatlichkeit konsequenter zu verwirklichen sucht. *Podrabineks* Mitteilung, die Zahl der politisch Inhaftierten in psychiatrischen Sonderanstalten sei in den letzten Jahren zurückgegangen⁸⁷, könnte ein Hinweis darauf sein, daß die sowjetische Regierung und Rechtsprechung dieses Problem erkannt haben.

Sicherlich wird sich das Problem der Dissidenten, wenn diese nicht mehr psychiatrisiert werden, sondern alle Prozesse gemacht bekommen, auf einer anderen Ebene wieder stellen: nämlich derjenigen der Vereinbarkeit mancher Gesetze wie der §§ 70 oder 190 des sowjetischen Strafgesetzbuches mit der sowjetischen Verfassung. Auch hier sollten wir uns vor allzuviel Selbstgerechtigkeit hüten. Wenn es auch wahr ist, daß der Kapitalismus seinen Dissidenten mehr Freiheit – man könnte auch sagen mehr Narrenfreiheit – in der öffentlichen und privaten Meinungsäußerung läßt, so zeigen uns doch sowohl die Berufsverbote wie auch die verschiedenen neuen Maulkorbgesetze und ihre verstärkte Anwendung in den letzten Jahren, daß auch dieser Vorsprung gegenüber den sozialistischen Ländern zunehmend zusammenschumpft. Auch hier wird man den sowjetischen Freunden wünschen, daß sie ihre Übervorsicht auf diesem Sektor ein Stück weit aufgeben können. Daß dies nicht so einfach ist, wie westliche Liberale sich das vorstellen, zeigt die Geschichte des »Samizdat«, der hektographierten Texte, die ohne Genehmigung der Zensurbehörden in der UdSSR zir-

kulieren. Der Samizdat diente ursprünglich dazu, manchmal fachlich oder politisch durchaus gewagte Textentwürfe, darunter auch Übersetzungen, unter Fachkollegen, Freunden und Bekannten zirkulieren zu lassen, auch um deren Kritik einzuholen und über eine evtl. Veröffentlichung zu diskutieren; von Behörden wurde er somit als eine Art Werkstattchrift angesehen und toleriert, obwohl er bereits beachtliche Auflagen erzielte. Später geriet er jedoch in die Hand der vom Ausland her orchestrierten kalten Krieger, die auch zu seiner Finanzierung das Entscheidende beitrugen. Veröffentlicht wurden immer mehr nicht nur kritische, sondern offen sowjetfeindliche Texte z. T. ausländischer Provenienz. Erst von diesem Zeitpunkt ab wurde die Verbreitung der Samizdat-Literatur in der SU strafrechtlich verfolgt – weil die Behörden nun in dieser vorwiegend, wenn nicht ausschließlich, antisowjetische Hetze vermuteten – manchmal, wie im Falle Medvedev, zu Unrecht⁸⁸. So gibt der Samizdat ein illustratives Beispiel für die Aneignung einer ideologischen Waffe in einem aller Voraussicht nach geheimdienstlich gesteuerten kalten Krieg ab: mit dem Ziel, auch hier den Gegner in die beschriebene Zwickmühlensituation hineinzumanövrieren. Dennoch glaube ich, daß es auf die Dauer ertragreicher ist, solchen Verleumdungen offensiv entgegenzutreten und tatsächliche Mängel, um die Verleumdungen sich zumeist ranken, offen zu diskutieren, als die Verbreitung von Informationen über sie unter Strafe zu stellen. Das letzte ist umso illusorischer, als eine Verbreitung von (falschen wie richtigen) Informationen durch die Entwicklung der Kommunikationstechniken (Rundfunk, Fernsehen usw.) heute ohnehin nicht mehr verhindert werden kann. Anders gesagt: möglich wäre eine solche Verhinderung nur unter Verzicht auf einen Teil der Errungenschaften der technisch-wissenschaftlichen Revolution. Ein solcher Verzicht widerspräche aber den Notwendigkeiten einer entwickelten sozialistischen Gesellschaft und somit auch den wesentlichen Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus. Kein sozialistisches Land wird sich dazu bereitfinden. Die Aufgabe einer durch die wissenschaftlich-technische Entwicklung obsolet gewordenen Informationspolitik durch die Regierung der SU kann deshalb nur eine Frage der Zeit sein.

4.7.3. *Der psychiatrische Krankheitsbegriff in der UdSSR*

Schwieriger wird es für die sowjetische Psychiatrie sein, ihren vorwissenschaftlichen psychiatrischen Krankheitsbegriff als solchen bewußt zu machen und dann allmählich aufzugeben. Wie es bereits sichtbar geworden war, stellt sich diese Aufgabe keineswegs nur für die SU. Da aber der psychiatrische Krankheitsbegriff in der SU seine eigene Entwicklungsgeschichte hat, soll versucht werden, diese kurz nachzuzeichnen. Charakterisiert ist dieser Krankheitsbegriff zunächst durch vulgärmaterialistische und moral-pädagogische Elemente, die in einer schwer durchschaubaren Weise miteinander verschränkt sind.

Nicht nur wird, was durchaus sinnvoll wäre, nach eventuellen somatischen Ursachen seelischen Leidens gefahndet. Es wird auch nicht bloß am Prinzip festgehalten, daß sämtliche psychischen Vorgänge eine materielle Grundlage haben und so durch das Zentral-Nervensystem vermittelt sind – für jeden Marxisten ohnehin eine Selbstverständlichkeit. – Für die Moskauer Schule (*Snežnevskij*, *Sternberg*⁸⁹ usw.) ist darüber hinaus die primäre körperliche Verursachung seelischer Störungen (insbesondere der »endogenen« Psychosen) *vor jedem wissenschaftlichen Nachweis* ein unumstößliches Dogma – wie es in der deutschen Psychiatrie bis vor 10–15 Jahren auch

noch war⁹⁰. In einem gewissen Kontrast zu diesem wissenschaftstheoretischen Ansatz werden diese Störungen jedoch nicht ausschließlich somatisch behandelt; vielmehr wird einer manchmal naiv rationalen Ermahnungspädagogik ein bedeutender Platz auch in der Therapie der sog. endogenen Psychosen eingeräumt. Nach psychischen, familiären oder sozialen Ursachen wird jedoch nicht gefahndet. Daraus ergibt sich einmal eine grundsätzliche therapeutische Abstinenz (was die Bekämpfung der noch unbekanntem Ursachen angeht) und zugleich eine Mischung moralisierender Überzeugungsarbeit mit medikamentösen Coupierungsversuchen (in Bezug auf einige als besonders störend gewertete Symptome.)

Noch undurchsichtiger aber als das Verhältnis von Ätiologie und Therapie ist die praktische Bestimmung des Gegenstandes der Psychiatrie, d. h. die Abgrenzung dessen, was überhaupt als psychisch krank gilt. Der *Snežnevskijsche* Krankheitsbegriff, der bis zur »Schizophrenie ohne Symptome« geht und *Wing*⁹¹ zufolge vieles von dem einschließt, was woanders als Persönlichkeitsstörung diskutiert wird, legt die Annahme nahe, daß die sowjetische Psychiatrie als Wissenschaft auf die eingrenzende Bestimmung eines eigenen Gegenstandes überhaupt grundsätzlich verzichtet hat, um als Anlaufstelle für alle Konflikte zur Verfügung zu stehen, die die anderen sozialen Agenturen: Familie, Schule, Betrieb, Polizei, mit eigenen Mitteln nicht beheben wollen oder können; die für diese also »unverständlich«, »uneinfühlbar« bleiben und denen gegenüber deren Regulationstechniken versagen. Eine solche begrifflich vorgeprägte Negativdefinition des Objektes der Psychiatrie wird soziale Devianz (ab einem bestimmten Grade) und soziale Unkorrigierbarkeit (ebenfalls ab einem bestimmten Grade) umfassen und dementsprechend auch in einem weiten Umfange diejenigen Formen der Dissidenz, die nicht einfach als konterrevolutionäre Umtriebe abzustempeln sind. Man kann den Sachverhalt, den ich im Auge habe, auch so umschreiben: in einem weiten Umkreis ihres Arbeitsfeldes definiert die Psychiatrie nicht vermittels ihrer eigenen wissenschaftlichen Kriterien, was seelisch krank ist, sondern hat alles das als seelisch krank hinzunehmen, was ihr die anderen sozialen Agenturen als für sie selber unassimilierbar zuschieben. So entsteht der Eindruck, daß der Prozeß der gesellschaftlichen Abgrenzung eines psychiatrischen Gegenstandsbereiches, den *Foucault*⁹² und *Dörner*⁹³ für die bürgerliche Gesellschaft des beginnenden Industriekapitalismus beschrieben haben, sich hier, in der entwickelnden sozialistischen Gesellschaft der SU noch einmal – in Form eines neuen, sozialistischen psychiatrischen Paradigmas – wiederholen müßte. *Pinels* Paradigma der Psychiatrie als ausschließlich medizinische Wissenschaft, das an der Wende zum 19. Jahrhundert eine begrifflich klärende Funktion und zugleich eine therapeutisch vorwärts treibende Kraft besaß, ist inzwischen so schwammig geworden, daß von seinen neueren, ideologisierten Formulierungen *Kraepelinscher* Prägung auch viele Formen des Vorbeilebens oder -handelns an der Vernunft des wissenschaftlichen Sozialismus – an seiner Theorie ebenso wie an seinen jeweiligen staatlichen und gesellschaftlichen Verwirklichungen – wie auch Abweichungen von den irrationalen Normen der kapitalistischen Gesellschaft aufgesogen werden. In der sozialistischen Gesellschaftsordnung werden dann solche Abweichler, die man nicht als Konterrevolutionäre einstufen will oder kann, ziemlich unterschiedslos zum Objekt einer »großen Fürsorge« – auch durch fürsorgepolizeiliche Organe – die durchaus einige strukturelle Gemeinsamkeiten mit der »großen Einsperrung« des 16. und 17. Jahrhunderts hat, von der sie gleichwohl durch ihre Medi-

kalisierung unterschieden bleibt. Wie ein psychiatrisches Paradigma des Sozialismus aussehen wird – und ob es überhaupt mit dem Adjektiv »psychiatrisch« zutreffend bezeichnet werden kann – dies kann sich nur in der Weiterentwicklung der psychiatrischen Praxis und Theorie in den sozialistischen Ländern erweisen. Solange diese Arbeit nicht geleistet ist, wird die Psychiatrie ihre Aufgabe, die Krankhaftigkeit bestimmter Devianz- und Normopathieformen eigentätig zu bestimmen, nicht wahrnehmen können. Sie wird sich darauf beschränken müssen, in einem ihr weitgehend fremdbestimmt zugewiesenen Gegenstandsbereich eine logisch-klassifikatorische Ordnung herzustellen. Die aus dieser Ordnung sich ergebenden Einheiten (Krankheitseinheiten) müssen dann mit den allgemeinen wissenschaftstheoretischen Vorstellungen über den Ablauf des seelisch-geistigen Lebens und den aus diesen abgeleiteten ätiologischen Theorien und therapeutischen Prinzipien in Einklang gebracht werden. In der Sowjetunion sind dies – nach dem Zurücktreten der *Pavlov*schen Theorien über die höhere Nerventätigkeit, die immerhin noch ein dialektisches Element enthielt – vulgärmaterialistische und moral-pädagogische Anschauungen von *Kraepelin*schem Niveau. So erklärt sich auch die Popularität, die dieser Vorläufer faschistischer Wissenschaftsdeformation in der SU genießt⁹⁴. Um Mißverständnissen vorzubeugen: diese Feststellungen bedeuten nicht, daß in manchen ihrer Kernbereiche – so z. B. im Bereich der körperlich bedingten Psychosen – die sowjetische wie jede andere Psychiatrie nicht doch zu eigenständigen Definitionen seelischer Krankhaftigkeit in der Lage wäre. In einem sehr weitem Randbereich bleibt es jedoch bei dem einzigen Kriterium einer fremd zugewiesenen, innerhalb anderer Bezugssysteme »unverständlich« bleibenden Devianz.

4.7.4. Krankheitsbegriff und organisatorische Gliederung der psychiatrischen Einrichtungen

Aus diesem Krankheitsbegriff wird auch die organisatorische Gliederung der sowjetischen Psychiatrie etwas verständlicher und der von westlichen Besuchern immer wieder hervorgehobene Gegensatz zwischen einem vorzüglich ausgebauten Dispensaire-System und verhältnismäßig rückständigen stationären Einrichtungen⁹⁵. Das ambulante System hat dabei die Funktion eines Devianzschwammes, es muß, wird psychiatrische Devianz so bestimmt wie in der SU, allgegenwärtig und stets funktionsbereit sein. Denn die soziale Verantwortung, unter die eine sozialistische Gesellschaft und ihre Organe sich gestellt haben, erlaubt es nicht, Devianz lediglich gesellschaftlich auszugrenzen und sie, wo sie zu störend wird, polizeilich und strafrechtlich zu verfolgen, wie dies in vielen kapitalistischen Ländern immer noch geschieht. Der Verzicht, sich fürsorglich um die Ausgegrenzten zu kümmern, ist im Sozialismus undenkbar. Eine solche Fürsorge nimmt in der SU die Psychiatrie, medizinisch unterlegt, wahr. Der Ausbau ihrer ambulanten Einrichtungen zeigt die Größe der Aufgabe, die sie auf diesem Feld zu erfüllen haben. Nach allem, was wir wissen, geschieht dies in den Dispensaires auch mit großem Engagement und mit gutem symptomatischen Erfolg. Psychische Probleme werden in der Familie, der Nachbarschaft, aber auch im Betrieb zu klären gesucht, allerdings wohl eher mit dem Ziel einer gegenseitigen Anpassung als mit dem Anspruch auf Aufdeckung und Aufarbeitung sozialer oder zwischenmenschlicher Ursachen. Rehabilitatorische Bemühungen brauchen dabei nicht, wie in der BRD, vor dem Werkstor Halt zu machen, sondern können am Arbeitsplatz

– mit Hilfe einer dort entwickelten arbeitspsychiatrischen Kompetenz – fortgesetzt werden. Gesellschaftliche Organisationen – Gewerkschaft, Jugend- oder Frauengruppen – werden als Stützen in die Behandlung einbezogen. Natürlich wird auch in den Dispensaires medikamentös behandelt. Die Medikation ist aber – anders als in den Großkrankenhäusern – in ein sozialpsychiatrisches Therapiekonzept eingebaut. So scheint das Dispensairesystem in der SU in der Tat ein wirksames und engmaschiges Netz zu sein, das psychische und psychosoziale Störungen verschiedenster Art auffangen kann. Solche Netze entstehen zur Zeit auch in einigen westlichen Großstädten – allerdings unter weitgehender Ausklammerung der arbeitspsychiatrischen Interventionsmöglichkeiten. Die entscheidende Besonderheit der sowjetischen Psychiatrie liegt dabei aber darin, daß sie Fremdzuweisungen nicht, wie die Psychiatrie in kapitalistischen Ländern, abweisen bzw. anderen Repressionsorganen zuleiten kann, ihnen gegenüber also noch »die Wahl« hat, sondern sie muß sie in ihren diagnostischen Schoß aufnehmen und dann auch therapeutisch betreuen. So fangen sich in diesem Netz auch nicht bloß eindeutig psychisch Kranke, sondern auch verschiedene andere »sozial deviante« – von der offiziellen Norm in ihrem Denken oder Handeln abweichende – Menschen.

Wenn die Dispensaires den fortschrittsoptimistisch-erzieherischen Aspekt der sowjetischen Psychiatrie repräsentieren, scheint in den Krankenhäusern – mit Ausnahme von Modelleinrichtungen – der vulgärmaterialistisch-stagnative zu überwiegen. Anstaltskleidung, Wegnahme aller persönlichen Sachen, von der selbst *Wolker* berichtet⁹⁶, Geschlechtertrennung und geschlossene Türen charakterisieren, ähnlich wie in der BRD, die Situation. Medikamentöse Behandlung bildet den Mittelpunkt therapeutischer Bemühungen. Einzel- oder Gruppentherapie, die über Stützung von normenkonformem Verhalten und Äußerungsformen hinausgeht, scheinen eher eine Ausnahme zu sein. Bei der ätiologischen Grundeinstellung kann die Therapie – und dies nicht nur im Bereich der Psychosen, dort allerdings in besonderer Schärfe – nur auf Symptombewältigung, nicht aber auf Klärung und Beseitigung von krankhaften Ursachen hinauslaufen, da diese prinzipiell als »noch unbekannter körperlicher Faktor« definiert sind. So ist es auch kein Wunder, daß man sich bei der Lektüre über sowjetische psychiatrische Krankenhäuser⁹⁷ am ehesten an Hermann *Simons* arbeitstherapeutisch orientierte Anstalten erinnert fühlt, in denen ein ähnlicher fürsorgender Paternalismus als Dauer-Bewahrung herrschte. Natürlich ist das hier gezeichnete Bild einseitig und trifft wohl im wesentlichen nur auf die Moskauer Psychiatrie zu. Gegenströmungen, die von einer multikausalen Ätiologie ausgehen und auf dem dialektischen Prozeß der Persönlichkeitsentfaltung und -pathologie insistieren, sind vor allem vom Leningrader *Bechterejew*-Institut⁹⁸ ausgegangen. Therapieformen wie die therapeutische Gemeinschaft spielen dort dementsprechend eine viel bedeutendere Rolle. Andere sozialistische Länder, vor allem die DDR, sind hinsichtlich der Entwicklung einer dialektisch-materialistischen Theorie der entwickelten sozialistischen Persönlichkeit, z. T. in Anlehnung an die Arbeiten *Leontjevs* und *Séves*⁹⁹, aber auch in der Entwicklung von ursachenbekämpfenden Therapieformen der SU weit voraus¹⁰⁰. Es handelt sich bei den geschilderten Mängeln also nicht um systembedingte Zwangsläufigkeiten des Sozialismus, zu klären wäre aber, ob es sich nicht doch um systembedingte Gefahren, Versuchungen, Abwege handelt. Für die SU gilt gleichfalls, daß erst der Verzicht auf eine eigene wissenschaftliche Bestimmung ihres Gegenstandes und

dessen bloßer Zuweisungscharakter durch andere gesellschaftliche Instanzen im Zusammenhang mit vulgärmaterialistischen Theoriedogmen zu einer Organisationsform der Psychiatrie geführt hat, die einen Großteil der Ursachen psychischen Krankseins und sozialer Devianz aus ihrem Gesichtskreis verdrängt und diese Ursachen dementsprechend weder therapeutisch angehen noch sich für einen Teil ihrer Folgen als unzuständig erklären kann. Fürsorgliches Aufsaugen verschiedener Formen von Devianz bei wissenschaftstheoretischer Ausblendung eines wesentlichen Teils ihrer Ursachen kennzeichnen also die Lage der sowjetischen Psychiatrie.

4.7.5. Sozialgeschichtliche Entwicklung des psychiatrischen Krankheitsbegriffs in der UdSSR

Dieser irrationale Charakter der sowjetischen Psychiatrie scheint mir, so paradox es klingt, mit dem Anspruch der sowjetischen Gesellschaft zusammenzuhängen, eine wissenschaftlich begründete, optimale Form des Zusammenlebens und Arbeitens der Menschen zu entwickeln. Kapitalistische Ausbeutung und ihre wirklichkeitsverzerrende Ideologisierung, aber auch die chaotische Widersprüchlichkeit auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, die die kapitalistischen Partikularinteressen zwangsläufig produzieren, sind im Sozialismus überwunden und machen, so der Anspruch, einer Gesellschaft Platz, in deren Mittelpunkt der Mensch und seine Bedürfnisse stehen. In den Jahren, die auf die Oktoberrevolution folgten, war dementsprechend auch die Hoffnung lebendig, daß Kriminalität, aber auch seelische Krankheit als gesellschaftlich verursachte Erscheinungen mit den Überbleibseln des Kapitalismus und Feudalismus verschwinden würden. Diese illusionäre Hoffnung, die die Aufhebung antagonistischer Widersprüche in der Gesellschaft mit der Aufhebung von Widersprüchen schlechthin gleichsetzte und zugleich die mühevollste Zeitstrecke des Weges zum Sozialismus unterschätzte, hat, wie hätte es anders sein können, getrogen. Wo versucht wurde, die weiterbestehenden Widersprüche und die neuen aus der sozialistischen Entwicklung entstehenden ins Auge zu fassen und vernünftig mit ihnen umzugehen, gelangen spektakuläre Erfolge, von denen z. B. *Makarenkos*¹⁰¹ Arbeit ein beredetes Zeugnis abgibt. Anderswo wurden diese Widersprüche verdrängt, wurde die gewünschte bzw. schon geplante gesellschaftliche Entwicklung nicht mehr von der tatsächlich erreichten mit ihren Widersprüchen, Problemen und Konflikten unterschieden: Was schon sein sollte, wurde zur Wirklichkeit ernannt, was noch war, aber nicht mehr da sein sollte, mußte aus dem Gesichtskreis verschwinden oder aber, wo dies nicht machbar war, mußte seine Widerständigkeit plausibel erklärt werden. Wenn seelisches Kranksein nach 15 Jahren Sozialismus nicht verschwand, ja noch nicht einmal wesentlich zurückging, so konnten Theorien, die seine gesellschaftliche Bedingtheit – oder doch wesentliche Mitbedingtheit – behauptet hatten, nicht richtig sein. Eine vulgärmaterialistische Erklärung ausschließlich körperlicher Verursachung bot sich hier als Rettung an¹⁰² – wenn man sich nicht eingestehen wollte, daß viele aus dem Kapitalismus hinübergenommene Widersprüche noch nicht beseitigt waren und daß der mühevollste Weg zum Sozialismus auch neue, ihm eigene gesellschaftliche Widersprüche hervorruft. Alle Theorien, die diese Tatsachen ins Bewußtsein zu bringen drohten – und zu ihnen gehört auch trotz ihrer ideologischen Verbiegungen die Psychoanalyse –, mußten dementsprechend bekämpft werden. Selbst der *Pavlovismus* war – im Hinblick auf diese Gefahr – nicht mehr genügend narrensicher und mußte

teilweise aufgegeben werden. So wurde aus der sowjetischen Psychiatrie schließlich eine *Kraepeliniade*.

4.7.6. *Tabuisierung nicht-institutionalisierter Wahrnehmung, sozialistische Vernunft und Verrücktheit*

Auch die Negativdefinition des psychiatrischen Gegenstandes kam dieser Tendenz entgegen. Wer die sozialistische Vernunft nicht sehen kann, anerkennen und nach ihr leben wollte, konnte nur ein Konterrevolutionär oder ein Verrückter sein¹⁰³. So richtig eine solche Definition sein kann, wenn sie ihr Maß am wirklich schon erreichten Sozialismus nimmt, so verhängnisvolle Auswirkungen muß sie haben, wenn sie die Gleichsetzung von dem, was nach Auffassung der Behörden vom Sozialismus schon verwirklicht sein sollte, mit demjenigen, was, nach der konkreten Erfahrung des einzelnen, davon schon verwirklicht war, zu einem Kriterium von Normalität oder Staatstreue machte. Diese Forderung, Plansoll und Realität für weitestgehend identisch zu halten, wird aber offenbar an einen staatstreuen sowjetischen Bürger gestellt: Um sie zu erfüllen, ist jedoch eine selektive Wahrnehmung der Wirklichkeit Vorbedingung; und damit eine Verdrängung von Mängeln, Schwächen, Problemen, Konflikten. Auch hier muß man vielleicht genauer sein: die Wahrnehmungen von Diskrepanzen zwischen Soll und Ist sind natürlich nicht völlig tabuisiert: dies würde jeglichen gesellschaftlichen Fortschritt lahmlegen. Aber sehen und aufdecken darf – und soll – sie nicht der einzelne Bürger, sondern vielmehr die dafür zuständige Institution. Solange dies nicht erfolgt ist, bildet es für den einfachen Bürger – oder überhaupt für den Unzuständigen – ein Risiko, als Konterrevolutionär oder als Verrückter eingestuft zu werden, wenn er die wesentlichen Diskrepanzen zwischen dem, was ist, und dem, was sein soll, überhaupt bemerkt und benennt. Dies wird viele dazu bringen, sie nach Möglichkeit gar nicht wahrnehmen zu müssen: und wenn andere dies öffentlich tun, mit Angst und Aggressivität ihnen gegenüber zu reagieren. So kommt eine eigene Form der Normopathie zustande, die nicht so sehr eigene unbefriedigte Bedürfnisse, wie im Kapitalismus, als vielmehr nicht-institutionalisierte Wahrnehmung der Wirklichkeit bei sich und anderen als »deviant« verfolgt. Zu deren Definition als »Wahn« oder als »Halluzination« ist es dann nur noch ein kleiner Schritt.

Die Forderung nach institutionalisierter Wahrnehmung ist andererseits nicht in jedem Falle bloß eine politische Deformation. Sie hat beim Aufbau des Sozialismus auch ein Stück Notwendigkeit für sich. Im übrigen ist jede Wahrnehmung durch den Sozialisationsprozeß, den sie durchläuft, bis zu einem gewissen Grade institutionalisiert. »Rein« individuell-naturhafte Wahrnehmung wäre beim erwachsenen Menschen identisch mit Agnosie – im hirnpathologischen, nicht im philosophischen Sinne. Mit *Leontjev, Holzkamp, Sève*¹⁰⁴ und anderen wird man sogar sagen müssen, daß die »Individualität« der Wahrnehmung sich überhaupt erst im Institutionalierungsprozeß: d. h. in der Aneignung gesellschaftlicher Bedeutungsstrukturen, heranbilden kann.

Zur Wahrnehmung des gegenwärtig Anwesenden gehört ferner auch die Antizipation seiner zukünftigen Entfaltungsmöglichkeiten. Diese Antizipation ist alles andere als irrational oder illusorisch; sie folgt der Vernunft gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse, die der historische Materialismus wissenschaftlich erkennbar macht. Dies ist an organisatorische und materielle Voraussetzungen gebunden, dementsprechend

auch immer bis zu einem gewissen Grade institutionalisiert. Wo die Wahrnehmung eine solche Antizipation nicht zu leisten vermag, bleibt sie borniert, einer matter-of-fact-Mythologie verhaftet, die jeder menschenfeinlichen Manipulation wehrlos gegenübersteht, oder aber sie wird regressiv und nostalgisch. Die in der Wahrnehmung mit gegenwärtige antizipierte Zukunft wird trotz ihres wissenschaftlich-vernünftigen Charakters nicht von selber zur Gegenwart. Sie hat vielmehr den Charakter nicht nur einer Zumutung, nicht nur eines bloßen »Aufforderungscharakters« im Sinne der phänomenologischen Philosophie, sondern einer sich zunehmend präzisierenden Handlungsanweisung: gerade dies macht ihren wissenschaftlichen Charakter aus. Eine Handlungsanweisung verlangt nämlich, auch tatsächlich in Handlung umgesetzt zu werden. Erst wenn dem antizipatorischen Charakter der Wahrnehmung – als Handlungsanweisung – *praktisch* begegnet wird, kann ein Teil der antizipierten Zukunft Gegenwart – und damit Wirklichkeit werden. Hier liegt der dialektische Charakter der wissenschaftlich antizipierten Zukunft. Diese praktische Verwirklichung ist allerdings keine bloße Einzelhandlung (etwa historisch bedeutsamer Individuen), sondern – im Sozialismus – ein politisch gesteuerter, geplanter, gesellschaftlicher Prozeß, der jedoch seinerseits der Wahrnehmung und Handlung der einzelnen nicht gegenübersteht, sondern vielmehr deren jeweiliges Resultat in jedem gegebenen Augenblick ausmacht. Vorwärts und rückwärts gewandte Handlungen gehen in ihn ein; dabei muß es die Aufgabe der politisch Verantwortlichen in einem sozialistischen Land sein, eine vorwärtsgewandte Wahrnehmung ebenso wie ihre – vorwärtsgewandte – Verwirklichung zu fördern. Um dies zu ermöglichen, sind auch Organisationen und Institutionen erforderlich. In diesem Sinne ist eine »institutionalisierte« Wahrnehmung nicht immer ein deformierender Unterdrückungsversuch, sondern auch eine berechnete und notwendige Forderung an alle Marxisten im Rahmen einer praktizierten internationalen sozialistischen Solidarität.

Anders jedoch steht es, wenn es um die wahrnehmende Überprüfung dessen geht, was an antizipierter Zukunft bereits in die Wirklichkeit überführt ist und was nicht. Sicherlich müssen die Wahrnehmungen der einzelnen auch dazu einer kollektiven Beurteilung in geordneten Bahnen und nach wissenschaftlichen Kriterien unterzogen werden. Diese nachträgliche Ordnung der kritischen Wahrnehmung darf jedoch nicht versuchen, diese selber vorwegzunehmen oder gar zu reglementieren. Tut sie dieses, so droht der Unterschied zwischen antizipierter Zukunft und verwirklichter Gegenwart auf Kosten der letzteren zu verschwinden. Eine kollektive Beratung *über* die kritischen Wahrnehmungen der einzelnen zum Stand der Verwirklichung des Geplanten wird unmöglich, wenn die kritischen Wahrnehmungen der einzelnen bereits vorweg tabuisiert sind. Dann geraten zwangsläufig falsche Rückmeldungen in die institutionellen Kanäle, die ständige Störungsquellen für den Prozeß gesellschaftlichen Fortschritts bilden und diesen dazu verurteilen, stets auch in Form explosiver Korrekturen falscher Wirtschaftlichkeitswahrnehmungen ablaufen zu müssen. Zwischen solchen explosiven Korrekturen aber wird sich nicht nur jede nicht-institutionalisierte Wahrnehmung im allgemeinen, sondern auch jede nicht-institutionalisierte kritische Wahrnehmung des Unterschiedes zwischen Soll und Ist dem Verdacht gesellschaftlicher (konterrevolutionärer oder verrückter) Devianz aussetzen. Dieser komplizierte Sachverhalt läßt sich auch so ausdrücken: wo sich Formen sozialistischer Demokratie nicht oder nur spärlich entwickeln dürfen, wird jede nicht-institutionalisierte Wahr-

nehmung – auch die kritische Wahrnehmung des Unterschiedes zwischen Soll und Ist, zwischen schon Verwirklichtem und noch zu Verwirklichendem – unterdrückt und tabuisiert – wie umgekehrt ein Grundzug sozialistischer Demokratie gerade in der Forderung der Schärfung auch der nicht-institutionalisierten kritischen Wahrnehmung dieses Unterschiedes bestehen muß¹⁰⁶.

Eine solche Tabuisierung hat neben der Tatsache, daß gesellschaftlicher Fortschritt weitgehend nur auf Kosten explosiver Korrekturen institutionalisierter Wahrnehmungen möglich wird, auch zur Folge, daß unterschiedlos jede Form nicht-institutionalisierter Wahrnehmung nur noch als konterrevolutionäre oder verrückte Devianz wahrgenommen werden kann. Dies wiederum macht eine Definition psychischen Krankseins nötig, die auch diese letztere Form der Devianz in sich aufzunehmen vermag: was durch grenzenlos interpretationsfähige diagnostische Kriterien wie »Schizophrenie ohne Symptome«, letzten Endes also durch einen Verzicht der Psychiatrie auf eine selbständige Bestätigung ihres Objektes, ermöglicht wird. Der Verzicht – oder die vorläufige Unfähigkeit – der Psychiatrie, ihr Objekt eigentätig nach wissenschaftlichen Grundsätzen abzugrenzen, zwingt sie, im Verein mit der Unmöglichkeit, fremdzugewiesene Probleme von sich abzuweisen, dazu, ein System von therapeutischen Einrichtungen zu organisieren, das verschiedenste Formen hartnäckiger Devianz mit fürsorglichen und medizinischen Mitteln zu begegnen erlaubt. Um den Umgang mit dieser Devianz auf diese fürsorgerisch-medizinische Ebene zu begrenzen, ist jedoch auch eine Wissenschaftstheorie vonnöten, die die Ursachen der zu behandelnden Devianz – und dadurch auch der Wahrnehmung und Benennung der Unterschiede zwischen Ist und Soll – prinzipiell zum Verschwinden bringt. Dafür bietet sich eine vulgär-materialistische Theorie des Seelenlebens an, die es auch gestattet, das Fortbestehen von psychischen Störungen, die bei der Tabuisierung nicht-institutionalisierter kritischer Wahrnehmung sogar in erhöhtem Maße diagnostiziert werden müssen, auch bei Fortfall antagonistischer gesellschaftlicher Widersprüche zu erklären und zwar durch eine ausschließlich körperliche Verursachung. Eine solche Erklärung ist umso dringlicher, als die Erkennung nicht-antagonistischer Widersprüche in nicht-institutioneller Form selber tabuisiert ist und ihre Aufdeckung und Aufarbeitung im therapeutischen Prozeß nicht stattfinden darf. Der »politische Mißbrauch« ist dann nichts anderes als die konsequente Anwendung dieser Art von Psychiatrie (Zwangsbehandlung + Neuroleptica + Ermahnungspädagogik) – zum größten Teil durchaus im Rahmen der sowjetischen Rechtsstaatlichkeit und in Übereinstimmung mit den Auffassungen der Bevölkerungsmehrheit. In dieser Hinsicht: formale Respektierung der Rechtsstaatlichkeit und Sanktionierung durch die Bevölkerungsmehrheit – unterscheidet sich ein solcher Mißbrauch in nichts von demjenigen, den Szasz in den USA aufgedeckt hat und der sich auch in der BRD anbahnt.

5. Zusammenfassung

Zwei Annahmen lassen sich aus dem Gesagten begründen: einmal, daß der Mißbrauch der Psychiatrie zu außerpsychiatrischen Zwecken auf Kosten der Betroffenen ein weltweit anzutreffendes Phänomen ist. Ermöglicht wird es durch eine von den Psychiatern selbst meist verleugnete Unschärfe ihres Krankheitsbegriffes. Interesse an einem solchen Mißbrauch können staatliche Instanzen haben, aber auch private Mächte, die genügend gesellschaftlichen Einfluß ausüben. Eine viel bedeutendere

Rolle als direkter und zynischer Mißbrauch der Psychiatrie spielen dabei aber in der Psychiaterschaft und in der Bevölkerung verwurzelte Norm- und Devianzkonzepte, die in den verschiedenen Gesellschaften auch unterschiedlich angelegt sind. Als eines dieser Konzepte wurde für die sowjetische Psychiatrie die Tabuisierung nicht-institutionalisierter kritischer Wahrnehmung dargelegt. Diese Tabuisierung hat auch zur wissenschaftstheoretischen Orientierung der herrschenden Moskauer Psychiatrie in der SU beigetragen und beeinflusst auch ihre institutionelle Organisationsform.

Eine solche Form psychiatrischer Theorie und Praxis ist aber keineswegs direkte oder zwangsläufige Folge der sozialistischen Gesellschaftsordnung, sondern allenfalls einer ihrer systemtypischen Abwege oder Gefährdungen. Die Entwicklung der Psychiatrie in anderen sozialistischen Ländern wie in der DDR, Polen, Ungarn aber auch in Teilen der SU wie Leningrad zeigt, daß die Psychiatrie sich auf diesen Abweg nicht begeben muß. Je besser die sozialistische Demokratie entwickelt ist, desto geringer wird die Gefahr, auf ihn abzukommen. Und je weiter die sozialistische Persönlichkeit entwickelt ist, desto stärkeren Widerstand werden die Menschen solchen Abwegen entgegenzusetzen, desto schwieriger wird es sein, einen allgemeinen Konsensus von Staat, Psychiatrie und Bevölkerung über Norm und Devianz auf einer primitiven Ebene zustandezubringen.

Ich bin im übrigen der festen Überzeugung, daß es leichter sein wird, in sozialistischen Ländern den Mißbrauch der Psychiatrie abzustellen und diese zunehmend zu verwissenschaftlichen, als dies in kapitalistischen Staaten möglich wäre. Dort – in den kapitalistischen Staaten – scheint sich mir die psychosoziale Kontrolle als eine Vorform polizeilich-strafrechtlicher Repression zunehmend durchzusetzen, zum Teil auch, um mit dem anwachsenden Problem der krisenbedingten Marginalisierung fertig zu werden. In diesen Zusammenhang gehören die neuen Meldegesetze und die zunehmend »präventiven« »Gesetze über Hilfen für psychisch Kranke und Schutzmaßnahmen« (PsychKGs), wobei Prävention hier nicht die Vermeidung von Krankheit¹⁰⁶, sondern lediglich ihrer störenden sozialen Konsequenz bedeutet. Wer in der praktisch-psychiatrischen Arbeit steht, weiß, wie schwer es ist, sich solchen »Imperativen« zu entziehen, ohne gleichzeitig den Boden für die nötige therapeutische Arbeit unter den Füßen weggezogen zu bekommen¹⁰⁷.

In der sozialistischen Gesellschaft stehen sich jedoch keine antagonistischen Interessen der gesellschaftlichen Kräfte gegenüber: der Widerspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit ist aufgehoben. Zudem ist das gesellschaftliche Ganze nicht durch rivalisierende partikulare Kräfte chaotisiert, sondern überseh- und planbar geworden. Durch diese positive Entwicklung: daß die Zukunft der Gesellschaft wissenschaftlich planbar geworden ist – ergibt sich im übrigen überhaupt erst die vorhin geschilderte Möglichkeit einer objektiv feststell- und wahrnehmbaren Diskrepanz von dem, was sein soll, und von dem, was noch ist, sowie die Gefahr einer Tabuisierung nicht-institutionalisierter kritischer Wahrnehmung, die zu absurden Norm- und Devianzformen führen kann und somit auch zu einem von Staat, Wissenschaft und Bevölkerungsmehrheit sanktionierten Mißbrauch der Psychiatrie.

Es wäre die Aufgabe einer sozialistischen Soziologie, für jede einzelne Entwicklungsphase der sozialistischen Gesellschaft die strukturtypischen nicht-antagonistischen Widersprüche und Gruppeninteressen auszumachen, die für die Tabuisierung einer kritischen Wahrnehmung des Unterschiedes zwischen Ist und Soll verantwort-

lich zu machen sind und diese aufrechtzuerhalten trachten. In diesen Zusammenhang gehört m. E. nach auch das Bürokratie-Problem: denn die Einzwängung der kritischen Wahrnehmung vom Ausgangspunkt ihres sinnlichen Erkenntnismomentes an in institutionelle Kanäle ist bereits ein »bürokratisches« Phänomen: hier liegt sogar eine der Wurzeln des Unkrautes für alle weiteren bürokratischen Überwucherungen; deshalb muß an diesem Punkte die bürokratische Macht zuallererst überwunden werden. Dies kann aber nicht abstrakt geschehen, sondern nur durch eine Aufdeckung aller – auch materieller – Interessen an bürokratisch ausgeübten Tabuisierungen und Verdrängungen kritischer Wahrnehmung. Vorbedingung dazu ist eine illusionslose Bestandsaufnahme dessen, was tatsächlich schon erreicht ist, und dessen, was noch nicht erreicht werden konnte. Die Resultate einer solchen Bestandsaufnahme dürfen aber auch nicht in einigen »zuständigen« institutionellen Kanälen versickern, sondern müssen von allen, die Fehler korrigieren, Mißstände abschaffen, Rückstände aufholen können, auch kritisch diskutiert werden. Insofern ist es für eine sozialistische Gesellschaft selbstzerstörerisch, z. B. Daten über Selbstmorde, Jugendkriminalität, Arbeitsunzufriedenheit etc., wenn sie den Erwartungen in einer sozialistischen Gesellschaft, in deren Mittelpunkt der Mensch stehen soll, noch nicht entsprechen, in Panzerschränken zu versiegeln. Der mögliche Spott kapitalistischer Massenmedien ist sicherlich das kleinere Übel gegenüber dem Entzug der Möglichkeit einer Korrektur durch breite Diskussion und Beratung. Dies gilt sicherlich auch für Daten aus fast allen anderen gesellschaftlichen Bereichen – mit Ausnahme wichtiger militärischer Geheimnisse. Leider muß der Verdacht geäußert werden, daß die vielfach übliche Geheimniskrämerei im sozialistischen Wissenschaftsbetrieb eher durch die Angst motiviert ist, Diskrepanzen zwischen Ist und Soll offenzulegen, als durch tatsächliche Notwendigkeit des Schutzes von Staatsgeheimnissen. Dafür spricht auch, daß diese Geheimniskrämerei in dem sozialistischen Land mit der rigidesten bürokratischen Struktur, der SU, sehr viel weiter verbreitet ist als in den meisten anderen sozialistischen Ländern.

Als in kapitalistischen Ländern lebenden Freunden des realen Sozialismus kann es nicht unsere Aufgabe sein, der SU oder anderen sozialistischen Staaten Rezepte dafür zu geben, wie sie die sozialistische Demokratie in ihren Ländern entwickeln und pflegen können: ob hier der Schwerpunkt im Betrieb, in der Parteigruppe, in der Nachbarschaft zu liegen hat. Wir können und müssen als solidarische Freunde der Sowjetunion dieser aber sagen, daß es dringlich ist, die sozialistische Demokratie in ihrem Land über den bisher erreichten Stand hinaus zu führen, und wir müssen nach unseren Kräften auch bei der Analyse von Mißständen helfen, die bereits zum Anlaß von leider durchaus erfolgreichen antisowjetischen Kampagnen geworden sind: wie z. B. die Kampagne gegen den Mißbrauch der Psychiatrie. Diese Analyse mag fehlerhaft und unvollständig sein, sie mag unseren sowjetischen Freunden an manchen Punkten auch Unrecht tun. Trotzdem kann eine kritische Sicht von außen helfen, problematische Entwicklungen in den eigenen Gesichtskreis zu bekommen, denen gegenüber man selbst – gewissermaßen einbezogen in die alltägliche Routine und Gewohnheit – betriebsblind geworden ist.

Am Ende dieses Aufsatzes noch ein paar – einstweilen noch utopische – Gedanken zur Zukunft der Psychiatrie in Ost und West. Zu dieser Zukunft gehört auch eine Veränderung der rechtlichen Voraussetzungen für eine Zwangsbehandlung in »ge-

wöhnlichen« psychiatrischen Krankenhäusern, aber auch für die Internierung von »geisteskranken Rechtsbrechern« in festen Häusern. Die Entwicklung der »Demokratischen Psychiatrie« in Italien zeigt, daß es einen Weg in diese Richtung gibt, der – bei uns allerdings wohl erst nach einschneidenden gesellschaftlichen Veränderungen – auch tatsächlich begangen werden kann. Er führt über die zunehmende Abschaffung der Sondergesetze und Sonderinstitutionen für psychisch Kranke auf straf- und zivilrechtlichem Gebiet zu deren Anerkennung als Bürger mit vollen Rechten – und zwar, ohne dabei die nötigen Hilfen für sie mit abzubauen¹⁰⁸. Diese werden vielmehr noch verstärkt. Zu den Rechten des psychisch Kranken, die noch durchgesetzt werden müssen, gehört auch dasjenige, auf eine psychiatrische Behandlung verzichten zu können. Ich kann hier nicht in allen Einzelheiten darlegen, wie dieses Recht wahrzunehmen wäre, ohne die Rechte der anderen Mitbürger zu verletzen. Auf forensischem Gebiet könnte es u. a. auch dadurch sichergestellt werden, daß der Angeklagte selber, beraten von seinem Rechtsbeistand, darüber entscheiden kann, ob er auf aufgehobene oder verminderte Schuldfähigkeit gutachtlich untersucht werden soll oder nicht; eine weitere Möglichkeit läge darin, ihm bei festgestellter Schuldunfähigkeit die Exkulpierung mit ihren möglichen Konsequenzen (Internierung in festen Häusern) nur als eine Wahlmöglichkeit anzubieten, die er zugunsten einer »normalen« Strafe (bei Wiederholungstätern möglicherweise mit nachfolgender Sicherheitsverwahrung) auch ausschlagen kann. Es ließen sich auch gesetzliche Möglichkeiten denken, bei nachgewiesener lebensbedrohlicher Gefährdung der Mitmenschen, wie sie bei einigen psychisch Kranken wie gesunden Tätern schon nach der ersten Tat erkennbar wird, auf besonders lange Freiheitsstrafen ohne psychiatrische Zwangsbehandlung zu erkennen, und eine psychiatrische Behandlung diesen Inhaftierten erst dann, wenn sie eine solche Behandlung im Verlaufe ihrer Haft ausdrücklich wünschen, zuteil werden zu lassen. Eine klare Trennung von – stets freiwilliger – Behandlung und – meist zwangsweiser – Verwahrung wäre so besser gewährleistet und die menschliche Würde des Betroffenen wäre besser gewahrt.

Wird ein solcher Weg nicht gegangen, so muß eine zunehmende Psychiatrisierung weiter Bereiche des Strafrechts befürchtet werden. Deutlich erkennbar ist bereits eine Tendenz, soziale Gefährlichkeit als solche zu einem psychiatrischen Sachverhalt zu erklären. Damit wären der psychiatrischen Internierung »uneinsichtiger« – politisch motivierter und anderer – Täter keinerlei Grenzen mehr gesetzt. Diese Entwicklung (eine Kehrseite der fortschrittlichen Impulse, für die meisten Straftaten schlechte Lebensverhältnisse, inkonsistente Erziehung, milieubedingte destruktive Charakterentwicklungen usw. verantwortlich zu machen) gilt es aufzuhalten, ohne die eben genannten fortschrittlichen Impulse dabei mit preiszugeben. Die in der Strafrechtsnovelle vorgesehenen sozialtherapeutischen Anstalten – sofern dort tatsächlich auf eine freiwillige Resozialisierung und Nachsozialisation und nicht auf eine zwangsweise Behandlung von Tätern durch Gruppenarbeit, verständnisvolle Gespräche, Austausch von Erfahrungen usw. hingezielt wurde – wären ein richtiger Schritt auf diesem Wege gewesen. Der finanziell motivierte Verzicht auf ihre Errichtung droht jedoch zu einem immer inhumaneren »normalen« Strafvollzug auf der einen Seite und zu einer unangemessenen allgemeinen Psychiatrisierung von Delinquenten auf der anderen Seite zu führen – sowie zu deren Abschiebung in repressive psychiatrische Einrichtungen, in denen keinerlei Verarbeitungsmöglichkeiten des eigenen Lebensschicksals mehr bestehen.

Um einigen Einwänden gegen die gemachten Vorschläge gleich entgegenzutreten: die Gefährdung der Öffentlichkeit durch aggressive psychisch Kranke ist verhältnismäßig gering, sicherlich nicht größer, sondern erheblich geringer als die Gefährdung durch psychiatrisch nicht etikettierte – und nur schwer etikettierbare – Gewalttäter. Für eine obligatorisch anzuwendende rechtliche Sonderregelung, der ausschließlich psychisch kranke Delinquenten unterworfen werden, besteht also kein zwingender Grund. Allerdings muß neben der politischen Kraft, die zur Durchsetzung eines solchen Weges der Entpsychiatisierung des Strafrechtes gehört, auch ein großes Maß an differenzierter sachlicher Arbeit für die einzelnen Krankengruppen (z. B. für geistig Schwerbehinderte, vorübergehend Bewußtseinseingeschränkte usw.) aufgewendet werden. Zudem wäre darauf zu achten, daß der mit der Anerkennung seelischer Schäden als Motive für Straftaten erhobene Anspruch auf psychologische Ableitung der Tat, auf menschliches Verständnis des Täters und auf Hilfe bei der Korrektur seines Verhaltens nicht mit preisgegeben wird. Eine Entpsychiatisierung des Strafrechts muß also die vorauslaufende Einbeziehung des Täters in einen psychologisch-psychiatrischen Verständnisrahmen dialektisch aufheben und darf sie nicht einfach rückgängig machen.

Zwangsbehandlungen könnten aber auch außerhalb des strafrechtlichen Bereiches erheblich eingeschränkt werden. In Einrichtungen, in denen ein gewisser Freiraum für psychiatrische Patienten herrscht und die über alternative (ambulante, flankierende) Behandlungsangebote verfügen, sind die Raten von Zwangseinweisungen auch von über 70 auf etwa 5% zurückgegangen¹⁰⁹. Aber auch hier wären gesetzliche Regelungen denkbar, die Zwangsbehandlungen akut psychisch Kranker (auf die ich mir vorläufig noch keinen vollständigen Verzicht ohne Nachteile für die Betroffenen vorstellen kann) zeitlich auf etwa vier Wochen zu begrenzen. In dieser Zeit müßte die psychiatrische Einrichtung den Patienten von der Sinnhaftigkeit der Behandlung überzeugen – oder aber seine Entlassung hinnehmen. Durch eine solche zeitliche Begrenzung könnten akute psychische Krisen (autoaggressive ebenso wie heteroaggressive) therapeutisch abgefangen werden. Auf der anderen Seite: Menschen, die sich entschlossen haben, anders als andere zu leben, u. U. auch unter Entbehrungen, unter Gefahren für die eigene Gesundheit und die eigene Freiheit, aber auch Menschen, die es hinnehmen, sich wegen imaginärer oder realer Gratifikationen willentlich körperlich und seelisch – und sei es bis zum Tode – zugrundezurichten, und schließlich Menschen, die über lange Zeit entschlossen ihren Tod suchen, müßten dann nicht gegen ihren durchgehaltenen Willen psychiatrisch etikettiert und zwangsbehandelt werden. Mit den wenigen Kranken, die über längere Zeit aggressiv und gefährlich für ihre Umgebung bleiben, könnte man im übrigen genauso umgehen wie mit aggressiven oder reizbaren Menschen ohne psychiatrisches Etikett. Ab einer bestimmten Grenze würden bei ihnen die strafrechtlichen Repressionsmaßnahmen greifen müssen – wobei dann für sie das Gleiche gelte, was ich für die »geisteskranken Rechtsbrecher« gerade skizziert habe. Im Vorfeld dazu müßten aus rechtsstaatlichen Gründen – aber auch aus Respekt vor der Würde dieser Menschen – die relativ geringen Risiken, die von ihnen ausgehen, eben getragen werden. Eine Gesellschaft, die zahllose Sicherheitsrisiken hinnimmt, wie sie beispielsweise vom Straßenverkehr, von elektrischen Haushaltsgeräten, von der Industrie- und Energieproduktion ausgehen – und zwar wegen der Vorteile, die diese Dinge mit sich bringen –, müßte auch in der Lage sein,

Entsprechendes zu tun, wenn dadurch Willkür gemindert, Rechtssicherheit erhöht, Freiheit gestärkt und menschliche Würde wiederhergestellt werden kann.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Der gegenwärtige Stand der Psychiatrie, der in weiten Bereichen Diagnosen noch sozialen Zuschreibungsprozessen statt objektiven, wissenschaftlichen Erkenntnissen anheimgibt, bringt es mit sich, daß einem Mißbrauch psychiatrischer Kategorien und Zwangsmaßnahmen aus politischen, ökonomischen oder sozialen Motiven nur wenig Schranken entgegengesetzt werden können. Der Willkür stehen Tür und Tor offen, wie die Fälle Szasz¹¹⁰ es ebenso belegen wie diejenigen aus der Sowjetunion. Die einzige längerfristige Lösung dieses Problems scheint mir deshalb darin zu bestehen, die Sonderregelungen für psychisch Kranke nicht mehr obligatorisch, sondern fakultativ zu machen: die Kranken sollen selber wählen, ob sie als Kranke behandelt oder aber als mündige, auch strafmündige Menschen behandelt werden sollen. Dies würde eine klare Trennung der therapeutisch-fürsorgereischen Maßnahmen von den repressiven bedingen; und daß erstere nur im Einverständnis mit den Patienten praktiziert werden können. Damit würde zwar die ungerechtfertigte Repression auch der psychisch Kranken kein Ende finden, wohl aber würden Gewalt und (liebevolle, solidarische) Fürsorge für alle Beteiligten klarer unterscheidbar. Dies dürfte der Therapie ebenso zuträglich sein wie dem politischen Handeln.

Anmerkungen

58 Die Krankengeschichten Fajnerberg, Gorbanevskaja, Borisov, Jachimovič, Kuznecov und Grigorenko sind dem Buch Bukowskij's (Bukowskij, W., a. a. O.) entnommen, diejenige Pljušč dem Buch T. Mathon's und J. J. Marie's (Mathon, T., u. J. J. Marie, a. a. O.). Die Krankengeschichte Medvedev's entstammt dem Buch: Zhores A. Medvedev, Roy A. Medvedev, A Question of Madness, Penguin Books, London 1974, sowie dem Artikel »Les Geoliers en Blouse Blanche«, Le Nouvel Observateur, Nr. 345, 23.-26. 8. 1971, S. 43-46. Den genannten Quellen sind auch die in den Fallgeschichten verwendeten Zitate entnommen.

59 Wolker, H.: a. a. O., S. 29

60 Hutter, I.: a. a. O., S. 7

61 »Les Geoliers...«, a. a. O., S. 44-45, und Medvedev, Zh., A., u. R. A. Medvedev: A Question of Madness, a. a. O., S. 13 ff.

62 Wing, J.: a. a. O., S. 435

63 Wing, J.: a. a. O., S. 435/436

64 Novikov, J.: Der Stern Nr. 15, 6. 4. 1978, S. 87

65 Langelüdecke, A.: Gerichtliche Psychiatrie. De Gruyter u. Co., Berlin 1971, S. 36. Conference de Presse du Dr. Freedman, Bulletin No. 3, Comité contre les Hopitaux Psychiatriques Speciaux en URSS, S. 14

66 Wulff, E.: Psychopathie? - Soziopathie?, a. a. O., S. 304-320, sowie Wulff, E.: Therapeutische Gemeinschaft und Sektorprinzip. Jahrbuch f. kritische Medizin, Bd. 1 (1976), S. 49-52, Argument-Verlag, Berlin

67 Medvedev, R.: De la democratie socialiste. Grasset, Paris 1972

68 Wing, J.: a. a. O., S. 435

69 Medvedev, R.: a. a. O., S. 197, nach Novikov war das Lunc (Der Stern Nr. 15, 6. 4. 1978, S. 85)

70 Wing, J.: a. a. O., S. 435/436

71 Wing, J.: a. a. O., S. 435

72 Castel, R.: a. a. O., S. 145 ff. Castel, R., M. Elkaim, F. Guattari u. G. Jervis: Une Alternative au Secteur, in: Elkaim, M.: Réseau alternative à la Psychiatrie, S. 13-20. Union Générale d'Éditeurs, 10/18, Paris 1975

73 Forensic Psychiatry a. a. O., S. 22

- 74 Erikson, E. K., u. T. S. Frey: Psychiatrie in der Sowjetunion. Sozialpsychiatr. Informationen Nr. 17/18 (1973), S. 85
- 75 Sozialpsychiatrische Informationen, Nr. 43 (1978), S. 68–82
- 76 Bauer, M.: Sektorisierte Psychiatrie. Forum der Psychiatrie. Neue Folge 1. Ferdinand Enke-Verlag, Stuttgart 1977
- 77 Für die BRD siehe: Wulff, E.: Les »normopathes« d'outre-Rhin. La Psychiatrie en RFA, Liberation 16/17. 10.1976
- 78 Zh. Medvedev: a. a. O., S. 13 ff. und »Les Geoliers en Blouse Blanche«, a. a. O., S. 44/45
- 79 Wing, J.: a. a. O., S. 435
- 80 Wulff, E.: Psychopathie? Soziopathie?, a. a. O., S. 317–320, sowie Wulff, E.: Les »normopathes« d'outre Rhin, a. a. O.
- 81 Haug, W. F.: Kritik der Warenästhetik. edition suhrkamp 513, Ffm. 1971
- 82 vgl. Szasz, a. a. O., S. 50–54
- 83 Dafür sprechen nicht nur Samizdat-Veröffentlichungen über das CIA-Radio »Freies Europa«, sondern auch die Finanzierung der mehrsprachigen Emigranten-Zeitschrift »Kontinent« durch Axel Springer.
- 84 Conférence de presse du Dr. Freedman, in: Bulletin No. 3, Comité contre les Hopitaux Psychiatriques Speciaux en URSS, S. 15
- 85 Novikov, J.: Der Stern Nr. 15. 6. 4.1978, S. 85
- 86 Novikov bestätigt, daß erst nach Stalin's Tod, als Chrusčev den »Massenmorden ein Ende gesetzt« hatte, nach »eleganten Lösungen«, wie der »Verbannung politisch Andersdenkender« gesucht wurde. Noch 1948 sei das Serbskij-Institut eine repressionsfreie Idylle gewesen.
- 87 Podrabinek, A. P.: a. a. O., S. 94
- 88 Les Geoliers en Blouse Blanche, a. a. O., S. 45
- 89 Brown, B. S., I. J. Kopin, M. Kramer, L. R. Mosher, W. N. Pollin, G. C. Salmoraghi and E. F. Torrey: The 1972 NIMH-Mission to assess schizophrenic research in the USSR. Schizophrenia Bulletin Chevy Chase Md. 1974, S. 148–153. Kulenkampf, C.: Psychiatrie in der Sowjetunion. Sozialpsychiatrische Informationen Nr. 3 (1971), S. 82. Erikson, E. K., und T. S. Frey: a. a. O., S. 80
- 90 Schneider, K.: Klinische Psychopathologie. Thieme-Verlag, Stuttgart 1955
- 91 Wing, J.: a. a. O., S. 435. Conférence de Presse du Dr. Freedman, a. a. O., S. 14
- 92 Foucault, M.: a. a. O.
- 93 Dörner, K.: a. a. O.
- 94 Degenhardt, T.: Psychiatrie in der Sowjetunion. Dtsch. Gesundheitswesen 28 (1973), S. 433. Güse, H. G., u. N. Schmacke: a. a. O., S. 161 ff.
- 95 Besonders eindrucksvoll in: Erikson, E. K., und T. S. Frey, a. a. O., S. 69 ff. und 72 ff., s. auch Kulenkampf, C.: a. a. O., S. 82 ff. Wing, J.: a. a. O., S. 433/434. Degenhardt, T.: Psychiatrie in der Sowjetunion. Dtsch. Gesundheitswesen 28 (1973), S. 433–436. Kabanov, M. M.: Die Entwicklung der Rehabilitationsvorstellungen in der Psychiatrie. in: Bach-Feldes-Thom-Weise: Sozialpsychiatrische Forschung und Praxis. VEB Georg Thieme, Leipzig 1976. Volovik, V. M.: Die Frührehabilitation von schizophrenen Patienten, in: Bach-Feldes et al., a. a. O., S. 99 ff.
- 96 Wolker, H.: a. a. O., S. 31
- 97 Erikson, E. K., u. T. S. Frey: a. a. O., S. 72. Wing, J.: a. a. O., S. 434. Erikson, E. K., u. T. S. Frey: a. a. O., S. 72. Volovik, V. M. a. a. O., S. 101 ff.
- 99 Leontjew, A. N.: Probleme der Entwicklung des Psychischen. Fischer-Athenäum-Taschenbuch 4018, Ffm. 1973. Seve, L.: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. Verlag Marxistische Blätter, Ffm. 1973
- 100 Einen guten Überblick über neueste Entwicklungen der Psychiatrie in den sozialistischen Ländern gibt: Bach-Feldes-Thom-Weise: Sozialpsychiatrische Forschung und Praxis, a. a. O.
- 101 Makarenko, A. S.: Eine Auswahl. Volk und Wissen, Berlin 1974. Makarenko, A. S.: Poème pédagogique en trois parties. Edition en Langues Etrangères, Moscoer.
- 102 Zu einem ähnlichen Schluß kommt auch Novikov (Der Stern, Nr. 15, 6. 4. 1978, S. 87)

- 103 Conférence de Presse du Dr. Freedman, a. a. O., S. 14
- 104 Leontjew, A. N.: a. a. O., S. 123 ff., 208 ff., 235 ff. Holzkamp, K.: Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Fischer-Athenäum Taschenbuch 4100, Ffm., 1973. Seve, L.: a. a. O., S. 171 ff., 236 ff., 364 ff.
- 105 Zu Fragen der sozialistischen Demokratie: Medvedev, R., a. a. O., sowie die Sozialismus-Diskussion in der Zeitschrift »Das Argument«.
- 106 Vgl. die neuen Psychiatrie-Gesetze der Länder in der BRD, besonders in Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.
- 107 Das Thema der institutionellen Zwänge, die zum Nachteil der psychisch Kranken oft unüberlegt ausgeübt werden, ist in Frankreich (Castel, a. a. O., Guttari, Histoire de la Psychiatrie de Secteur. Recherches 17) und Italien (Basaglia, F., Die negierte Institution. Suhrkamp Ffm., 1971) vielfach bearbeitet worden. Eine konkrete, an einzelnen Patientenschicksalen orientierte Analyse in der BRD steht jedoch noch bevor.
- 108 Basaglia, F.: Die negierte Institution. Suhrkamp-Verlag, Ffm. 1971. Pirella, A.: Sozialisation der Ausgeschlossenen. Rowohlt-Verlag, Reinbek b. Hamburg 1975. Benigni, B., Galastri, I., Lisi, I., Pirella, A.: I Tetti Rossi. Gabriele Mazotta, Milano 1978. In diesem Zusammenhang sei auch die Abschaffung der Sonderschulen – bei Beibehaltung des Behindertenunterrichts – in Italien, sowie die Bestrebung, psychisch Kranke in Zukunft nur noch – durch Psychiater – auf Allgemeinkrankenabteilungen normaler Krankenhäuser zu behandeln, erwähnt. Vergleiche dazu auch das – noch zwiespältige – neue italienische Psychiatrie-Gesetz in »Gazzetta Ufficiale della Repubblica Italiana«, N. 133, 16. 5. 1978, S. 3491–3494.
- 109 Bauer, M.: Sektorisierte Psychiatrie. Enke-Verlag, Stuttgart 1977.
- 110 Gesellschaft f. soziale Psychiatrie Niedersachsen: Forderungen zum Maßregelvollzug und Stellungnahme zur Unterbringung des politisch motivierten Straftäters Reche im Verwahrraum des LKH Göttingen.

Literaturverzeichnis

- Alekseev, S.: Abuse of Psychiatry as a Tool for Political Repression in the Soviet Union. Med. J. Aust. 1976, 1, 122–123
- Basaglia, F.: Die negierte Institution. Suhrkamp-Verlag, Ffm. 1971
- Bauer, M.: Sektorisierte Psychiatrie. Forum der Psychiatrie. Neue Folge 1, Stuttgart 1977.
- Benigni, B., I. Galastri, I. Lisi, A. Pirella: I Tetti Rossi. Milano 1978
- Bloch, S., u. P. Reddaway: Russias Political Prisoners. London 1976
- Brown, B. S., I. J. Kopin, M. Kramer et al.: The 1972 NIMH-Mission to assess schizophrenic research in the USSR. Schizophrenia Bulletin Chevy Chase Md. 1974, S. 148–153.
- Bukovskij, W.: Une nouvelle maladie mentale en URSS: l'opposition. Paris 1971
- Castel, R.: Psychoanalyse und gesellschaftliche Macht. Ffm. 1976
- Cooper, D.: Qui sont les Dissidents? Paris 1977
- Degenhardt, T.: Psychiatrie in der Sowjetunion. Dtsch. Gesundheitswesen 28 (1973), S. 433
- Dörner, K.: Bürger und Irre. Ffm. 1969.
- Erikson, E. K., u. T. S. Frey: Psychiatrie in der Sowjetunion. Psychiatrische Informationen Nr. 17/18 (1973), S. 85
- Foucault, M.: Wahnsinn und Gesellschaft. Ffm. 1969
- Goffman, E.: Asyls. Ffm. 1973
- Gorbanevskaja, N.: Midi Place Rouge. Paris 1970
- Güse, H. G., u. Schmacke, N.: Psychiatrie zwischen bürgerlicher Revolution und Faschismus. Ffm. 1976
- Holzkamp, K.: Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Ffm. 1973
- Kahn, E.: Psychopathen als revolutionäre Führer. Z. ges. Neur. 52 (1919), S. 90–106
- Kabanov, M. M.: Die Entwicklung der Rehabilitationsvorstellungen in der Psychiatrie, in: Bach-Feldes-Thom-Weise: Sozialpsychiatrische Forschung und Praxis. Leipzig 1976
- Kulenkampff, C.: Psychiatrie in der Sowjetunion. Sozialpsychiatrische Informationen Nr. 3 (1971), S. 82
- Kraepelin, E.: Psychiatrische Randbemerkungen zur Zeitgeschichte. Süddeutsche Monatshefte 9 (1919)

- Langelüddecke, A.: Gerichtliche Psychiatrie. Berlin/West 1971
- Leontjew, A. N.: Probleme der Entwicklung des Psychischen. Ffm. 1973
- Makarenko, A. S.: Eine Auswahl. Berlin/DDR 1974
- Makarenko, A. S.: Poème pédagogique en trois parties. Editions en Langues Etrangères, Moscoer.
- Mathon, T., u. J. H. Marie: L'affaire Plioutsch. Paris 1976. Deutsch: Die Affaire Plijuschtsch. Fritz Molden, München-Wien 1976
- Novikov, J.: Kronzeuge gegen den KGB. Der Stern Nr. 14, 30. 3. 1978, S. 74; Der Stern Nr. 15, 6. 4. 1978, S. 87 u. S. 156; Der Stern Nr. 16, 13. 4. 78, S. 138
- Pirella, A.: Sozialisation der Ausgeschlossenen. Reinbek b. Hamburg 1975
- Pljušč, L.: Le carnaval de l'histoire. Paris 1977
- Podrabinek, A. P.: Politische Psychiatrie in der Sowjetunion. Mitt. des Med. Literaturdienstes. Osteuropa-Institut an der FU Berlin, Heft 8, 9. Jahrg., S. 87-94
- Sève, L.: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit. Ffm. 1973
- Szasz, T. S.: Psychiatric Justice. New York 1971
- Schneider, K.: Klinische Psychopathologie. Stuttgart 1975
- Volovik, V. M.: Die Frührehabilitation von schizophrenen Patienten, in: Bach-Feldes-Thom-Weise: Sozialpsychiatrische Forschung und Praxis. Leipzig 1976
- Wing, J. K.: Psychiatrie in the Sovjet Union. Brit.Med.J. 1973, 1, S. 433-436
- Wolker, H.: Psychiater auf Studienfahrt in der Sowjetunion. Ein Reisebericht über Gesundheitswesen, psychiatrische Einrichtungen und Psychohaft-Hetze. UZ. Erlebnisse, Tatsachen, Dokumente. Düsseldorf 1977
- Wulff, E.: Psychiatrie und Klassengesellschaft. Ffm. 1972
- Wulff, E.: Therapeutische Gemeinschaft und Sektorprinzip. Jahrbuch f. kritische Medizin, Bd. 1, S. 49-52. Argument-Sonderband 8. Berlin/West 1976



AS 15: 1977 (2. Aufl. 1978), 240 S. Einzelpr.: 15,50 DM (Stud. 12,- DM), im Abo 13,- DM (Stud. 10,- DM). Ca. 10 Argument-Sonderbände jährlich. Auswahl-Abo (3 Bände des lfd. Jahrgangs nach Wahl): 39,- DM (Stud. 30,- DM) zzgl. Versandkosten. Gesamt-Abo: alle Bände zum Abo-Preis, ohne Versandkosten.

Fortsetzung der in den *Argument*-Heften 79, 89 und 91 begonnenen Diskussion

Sprache und Lernen: J. Ziegler: Bemerkungen zu Watzlawicks populärer Kommunikationstheorie. M. Geier: Chomsky, Skinner und kein Ende. B. Wilhelmer: Konsequenzen aus einer materialistischen Lerntheorie. U. Schmitz: Zur Diskussion der Galperinschen Lerntheorie.

Arbeit: F. Haug: Arbeitspsychologie zwischen Kapital und Arbeit. Th. Waldhubel: Kritik der Vigilanzforschung.

Diskussion der Kritischen Psychologie: W. Volpert: Zu U. Holzkamp-Osterkamps „Motivationsforschung“. K.-H. Siber: Notiz zum Motivationskonzept. K. Holzkamp: Zu F. Haugs „Gesellschaftliche Produktion und Erziehung“. K. H. Braun: Die Diskussion um Sèves Persönlichkeitstheorie.

Kritik psychologischer Theorien: M. Jäger: Auseinandersetzung mit Theo Herrmann. P. Keiler: Behaviorismus, Reduktionismus, „Emergenz“-Theorie.

Psychologie und Therapie: G. Herzog: Zur klinischen Wirklichkeit der Verhaltenstherapie. E. Bornemann: Zur Nomenklatur der Psychiatrie. D. Roer/D. Henkel: Legalisierung psychotherapeutischer Tätigkeit - aber wie? Kongreßbericht: IV. Internationales Forum für Psychoanalyse.

Besprechungen

Gert Meyer

Zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1917–1927

Ein Literaturbericht

Bis in die 60er Jahre hinein hat sich die historische Forschung der Bundesrepublik vor allem darum bemüht, mit Hilfe des Totalitarismusansatzes und der Kategorie des Machtkampfes die Entwicklung Sowjetrußlands nach der Revolution zu untersuchen. Sie unterschied sich somit von Teilen der angelsächsischen und französischen Forschung, die bereits zu jener Zeit fundierte Studien über die sozialökonomische Entwicklung der UdSSR vorgelegt hatte¹, deren Analyse auch für eine Interpretation des politischen Systems als grundlegende Voraussetzung angesehen wurde. Die älteren Konzeptionen zeitigten in der Regel nur ungenügende Ergebnisse, da die tiefgreifenden gesellschaftlichen Umwälzungen in Sowjetrußland weder mit den formalen und statischen Verfahren des Totalitarismusmodells noch mit personenbezogenen, oftmals psychologisierenden Interpretationen erklärt werden konnten; zudem erwies sich die Kategorie der Macht als „soziologisch amorph“ (M. Weber) und sagte nichts über soziale Inhalte und politische Ziele der Machtausübung aus. So wuchs auch in der BRD das Interesse an wirtschafts- und sozialhistorischen Fragestellungen, die nicht nur durch die Rezeption der angelsächsischen Forschungen angeregt wurden, sondern auch durch die erneute Aufarbeitung deutschsprachiger Studien der 20er Jahre und der sehr reichhaltigen nach 1917 veröffentlichten sowjetischen sozialwissenschaftlichen Literatur, die auch heute noch nicht ausgeschöpft ist.

Die im folgenden aufgeführten Arbeiten verweisen auf die außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, denen die Sowjetmacht gegenüberstand. Mit der Eroberung der politischen Macht durch die Oktoberrevolution und mit den militärischen Siegen der Bolschewiki im Bürgerkrieg war die angestrebte sozialistische Umgestaltung der Produktionsverhältnisse noch nicht vollzogen, sondern nur eingeleitet: Während sich die bürgerlichen Revolutionen im wesentlichen darauf beschränkten, einen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entsprechenden politischen Überbau zu errichten, mit dessen Hilfe die vom Bürgertum nicht benötigten feudalen Institutionen beseitigt werden konnten, mußte der sich in der sozialistischen Revolution herausbildende Staat als Medium zur Umgestaltung der Wirtschaft, zur Durchsetzung einheitlicher sozialistischer Produktionsverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft und auf ihrer Grundlage zur Schaffung aller anderen Seiten der gesellschaftlichen Verhältnisse des Sozialismus genutzt werden. Den Bolschewiki waren nach 1917 nur die allgemeinen Umrisse der zu bewältigenden ökonomischen Aufgaben klar; über die Lösung zahlreicher konkreter Fragen — etwa die Schaffung neuer Leitungsstrukturen in den nationalisierten Bereichen, den Aufbau von Planungsorganen, die Rolle der Ware-Geld-Beziehungen, die Industrialisierung und ihr Verhältnis zu den Umwälzungen im Agrarsektor, die Hebung des Kultur-niveaus und die Entwicklung einer neuen Arbeitsdisziplin — bestand weithin Unklarheit, zumal man in vielen Bereichen auf keinerlei historische Erfahrungen und Vorbilder zurückgreifen konnte. Erst in einem langen und mühseligen Prozeß des Suchens und Lernens, der mit zahlreichen Rückschlägen und Umwegen verbunden war, gelang es, ei-

nige dieser Probleme ihrer Lösung näherzubringen. Erschwert wurde der Aufbau prozess dadurch, daß die Revolution in einem der ärmsten und rückständigsten Länder Europas gesiegt hatte und in den ersten Jahren ein Großteil der Energie auf die Beseitigung des Hungers und die Sicherung des physischen Überlebens der arbeitenden Bevölkerung verwandt werden mußte. In den hier angezeigten Studien werden verschiedene Probleme der 1917 eingeleiteten Übergangsperiode beleuchtet. Die Arbeiten können in die gegenwärtigen oft recht abstrakt geführten Diskussionen über die „Übergangsgesellschaften“ historisches Material einbringen und dazu anregen, die sowjetische Geschichte, die noch immer zahlreiche ungelöste Fragen aufwirft, intensiver zu erforschen².

Die zuerst 1923 in Moskau erschienene Studie der sowjetischen Historikerin *A. M. Pankratova* über die Fabrikräte in Rußland untersucht die Entwicklung der russischen Fabrikverfassung in der Leibeigenschaftsperiode und während der kapitalistischen Industrialisierungsphase, die Streikbewegung in der Revolution von 1905 und die Tätigkeit der Betriebskomitees nach der Februarrevolution 1917 (die bibliographischen Angaben finden sich am Schluß dieses Beitrags). Das ursprüngliche Ziel dieser Komitees, die oftmals aus Streikausschüssen entstanden, war die Durchsetzung von Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen sowie die Mitsprache bei Entlassungen und Einstellungen. Infolge der Vertiefung der Klassenauseinandersetzungen in den Betrieben, der immer schwerer werdenden materiellen Lage der Arbeiter und der nicht selten in politischer Absicht vorgenommenen Aussperrungen und Produktionseinschränkungen der Unternehmer (nach dem bekannten Ausspruch des Industriellen P.P. Rjabušinskij sollte der Revolution „die Knochenhand des Hungers ... an die Gurgel fahren“ (87)) weiteten die Betriebskomitees den Kreis ihrer Tätigkeit aus und versuchten, auch die wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungen der Unternehmer zu kontrollieren. Die Arbeiterkontrolle war wiederum ein Schritt, in dessen Konsequenz die Forderung nach Übernahme der politischen Macht durch die Sowjets, die Leitung der Produktion und Verteilung, die Verwaltung der Betriebe durch die Arbeiterorganisationen selber lag. Nach der Oktoberrevolution intensivierte sich die horizontale und vertikale Kooperation zwischen den bislang meist unkoordiniert vorgehenden Betriebskomitees; es wurde der Aufbau neuer wirtschaftlicher Leitungsorgane, der Volkswirtschaftsräte, in Angriff genommen. Anfang 1918 verwandelten sich die Betriebskomitees in die Grundzellen der Gewerkschaften. Allerdings gab es auch in der Folgezeit zahlreiche Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Betriebskomitees, den Gewerkschaften und den neugeschaffenen betrieblichen und überbetrieblichen Leitungsorganen, die erst angesichts der gemeinsamen Anstrengungen zum Aufbau der Roten Armee und zur Aufrechterhaltung der industriellen Produktion in den Hintergrund traten. Die politischen Lernschritte und die vielfältigen — regional recht unterschiedlichen — Aktivitäten der Betriebskomitees in den verschiedenen Phasen des Revolutionsprozesses werden von Pankratova in sehr lebendiger Weise geschildert. Ihr Buch enthält einen Dokumentenanhang mit Statuten der Betriebskomitees. — Die von Hartmut Mehringer stammende Einleitung des Bandes beurteilt die Entwicklung der Betriebskomitees nach der Oktoberrevolution sehr negativ; ihre Rolle als „autonome Produzentenorganisation“ sei beendet worden, und die „ka-

pitalistischen Verhältnisse innerhalb der Fabriken (hätten sich) genau wieder reproduziert“ (29). Die Eingliederung der Betriebskomitees in die Gewerkschaften, die Übertragung ihrer Produktionsfunktionen auf die neuen, von ihnen oft selber eingesetzten Betriebsleitungen und die Schaffung von zentralen Leitungsorganen waren jedoch Prozesse, die — wie Pankratova zeigt — von den meisten Betriebskomitees selber vorangetrieben wurden, weil sonst der wirtschaftliche Verfall und der sich ausbreitende Hunger nicht aufgehalten werden konnten. Aus der Schaffung neuer überbetrieblicher Planungs- und Leitungsstrukturen ist nicht zu schließen, daß die Betriebe „gar keine Möglichkeit (besaßen), sich in Richtung auf sozialistische Verhältnisse hin zu entwickeln“ (30). Zentrale Organisationsformen, die Voraussetzung für eine volkswirtschaftliche Planung, müssen nicht per se undemokratisch sein und ein Hindernis für die Revolutionierung der Produktionsverhältnisse bilden. — Die Übersetzung des Bandes und die angefügten erläuternden Fußnoten weisen einige Ungenauigkeiten auf. So legte das Gesetz von 1903 über die Einrichtung von Fabrikältesten für die Kandidaten nicht „25 Jahre Beschäftigungszeit im jeweiligen Betrieb“, sondern ein Lebensalter von 25 Jahren fest (92). Der Oberste Volkswirtschaftsrat wurde nicht im Zuge der Neuen Ökonomischen Politik aufgelöst (336). Die umfangreiche Bibliographie der Originalausgabe ist leider weggelassen worden. Einzugehen ist noch auf einen Hinweis auf der ersten Seite des Buches, wo es über Pankratovas Arbeit heißt: „Sie kam bald auf die schwarze Liste und ist bis heute in keinem Ostblockland mehr veröffentlicht worden.“ Nach den verfügbaren Informationen ist nicht auszumachen, daß Pankratovas Studie jemals verboten wurde; auch der Fischer-Verlag konnte dem Rezensenten keine Auskunft darüber geben, wann und wie es auf „die schwarze Liste“ kam. Wenn das Buch nicht neu aufgelegt worden ist, heißt dies nicht, daß es von den sowjetischen Historikern geringgeschätzt worden ist. Die große Bedeutung der Arbeit Pankratovas ist im Gegenteil wiederholt unterstrichen worden³. Pankratova selber hat nach 1923 eine Fülle von weiteren Arbeiten zur Geschichte der russischen und westeuropäischen Arbeiterbewegung vorgelegt, die teilweise auch übersetzt worden sind⁴. Sie war seit 1953 Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und bis zu ihrem Tode 1957 Chefredakteurin der Zeitschrift „Fragen der Geschichte“. Zur Skizze ihrer Biographie (11) wäre nachzutragen, daß sie während des Bürgerkrieges an den Partisanenkämpfen im Gouvernement Odessa teilgenommen hat, bevor sie im Seminar des Historikers M. N. Pokrovskij am Institut der Roten Professur zu arbeiten begann, unter dessen Redaktion der Band 1923 erschien.

Das Buch *L. N. Kritzmans* über die „heroische Periode“ der russischen Revolution⁵ erschien zuerst 1924 in der UdSSR und wurde 1929 vom Verlag für Literatur und Politik auf deutsch herausgegeben; auf dieser Ausgabe basiert der Neudruck, der von Heiko Haumann mit einer ausführlichen Einleitung und einer ersten Bibliographie der zahlreichen Arbeiten Kritzmans versehen wurde. Kritzman war ein führender Wirtschaftsfachmann der Bolschewiki, der nach der Revolution in zentralen Funktionen tätig war. Ende der zwanziger Jahre war er u. a. stellvertretender Leiter der Staatlichen Plankommission und Direktor des Agrar-Instituts der Kommunistischen Akademie. Sein Buch verfolgt die Probleme, die sich nach 1917 aus dem widersprüchlichen Charakter der russischen

Revolution ergaben. Sie stellte eine zeitliche und räumliche Kombination der antikapitalistischen (sozialistischen) Revolution in den Städten und der antifeudalen (bürgerlich-demokratischen) Revolution auf dem Lande dar, woraus sich die Notwendigkeit wechselseitiger Zugeständnisse zwischen Arbeiterklasse und Bauern ergab. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des „Kriegskommunismus“ sieht Kritzman im Gegensatz zu zahlreichen anderen Autoren weniger durch die ausländische Intervention, den Bürgerkrieg und die allgemeine Not in der „belagerten Festung“ bedingt, sondern betrachtet sie vielmehr als einen Versuch, unmittelbar zu kommunistischen Formen der Produktion und Verteilung zu gelangen. Es sei „der erste gewaltige Versuch einer proletarischen Naturalwirtschaft ..., eine Vorausahnung der Zukunft, ein Durchbruch dieser Zukunft in die Gegenwart“ (123) gewesen. Ausführlich charakterisiert Kritzman den Aufbau der neuen wirtschaftlichen Leitungsorgane, deren Kern oftmals die Betriebskomitees und Gewerkschaften waren (hier ist auch ein Abschnitt über die Mitarbeit der Intelligenz und den „Sowjetbürokratismus“ von Interesse (229–239), die ökonomischen Beziehungen zwischen Stadt und Land, besonders den illegalen Markt, und die außerordentlich schweren Lebensverhältnisse in den Zentren der Revolution. Die großen Entbehrungen bildeten den Hintergrund für die Anstrengungen des durch den Bürgerkrieg zusammengeschmolzenen Industrieproletariats, den Zusammenbruch der Produktion zu verhindern. Es sind besonders diese Abschnitte, weniger die etwas mechanistische Darstellung der verschiedenen Stadien der Revolution in den Anfangskapiteln, die Kritzmans Werk zu einer eindrucksvollen Darstellung der Periode zwischen 1917 und 1920 machen.

Die regionalgeschichtliche Studie von *Falk Döring* untersucht die Arbeit und Funktionsweise des Volkswirtschaftsrats für den Nordrayon, der im Januar 1918 — mit dem Übergang von der Kontrolle zur Leitung der industriellen Betriebe durch die Arbeiterorganisationen — vom Zentralrat der Petrograder Betriebskomitees, den Gewerkschaften, dem Petrograder Sowjet und dem Obersten Volkswirtschaftsrat gegründet wurde. Dargestellt werden die Diskussionen um das Verhältnis von zentralisierter und dezentralisierter Leitung, von horizontalen und vertikalen Organisationsformen, weiter die häufigen Reibungen zwischen den verschiedenen neugeschaffenen Wirtschaftsorganen und die ersten wirtschaftspolitischen Maßnahmen des regionalen Wirtschaftsrats (Umstellung der Kriegs- auf die Friedensproduktion 1917/18, Nationalisierung der Industrie, erneute Ausweitung der Kriegsproduktion Ende 1918). Auch die ersten Versuche einer Planung der Petrograder Industrie werden verfolgt. Die Pläne konnten angesichts des akuten Mangels an qualifizierten Arbeitskräften, an Brennstoffen und Rohmaterialien sowie der Auswirkungen der ausländischen Intervention in der Regel nicht verwirklicht werden (deshalb müssen sie aber keine „idealistischen Ziele“ verfolgt haben (230)). Infolge der allgemeinen Zentralisierung der wirtschaftlichen Entscheidungen während des Bürgerkrieges wurde der Wirtschaftsrat Anfang 1920 aufgelöst. In der Arbeit werden bestimmte Besonderheiten der ökonomischen Entwicklung der nördlichen Peripherie verfolgt; solche regionalen Differenzierungen müssen (besonders auch für den Bereich der Landwirtschaft) in weiteren Detailstudien herausgearbeitet werden.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Jahre 1917 bis

1920 analysiert *Heiko Haumann* die Anfänge der sowjetischen Wirtschaftsplanung⁶, wobei insbesondere auf die Entstehungsgeschichte, den ökonomischen Inhalt und die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen des 1920 ausgearbeiteten Elektrifizierungsplanes — des ersten längerfristigen, für eine Zeitspanne von 10 bis 15 Jahren berechneten Wirtschafts- und Industrialisierungsplanes — eingegangen wird. Die Arbeit wertet zahlreiches entlegenes Quellenmaterial aus und zeichnet ein detailliertes Bild der oft sehr lebhaften Diskussionen um den Elektrifizierungsplan, an dessen Ausarbeitung auch Lenin ständigen Anteil nahm. Die Planfachleute — in ihrer Mehrheit parteilose Techniker, Ökonomen und Statistiker, die über die konkrete Arbeit an dem Plan für eine Kooperation mit der Sowjetmacht gewonnen werden konnten (sie erhielten für ihre Arbeit eine Rotarmistenration (60)) — knüpften teilweise an die Planungs- und Sozialisierungsdebatte an, die nach dem Weltkrieg im Deutschen Reich geführt wurde (W. Rathenau, O. Neurath, K. Ballod). In den Diskussionen um die Rayonierung, die Verwendung von Bilanzmethoden und mathematischen Modellen, die Industrialisierungsprioritäten und das Wachstumstempo wurden neue Gedanken entwickelt, die in die spätere Planungspraxis Eingang fanden. Aus der Elektrifizierungskommission wurde im Februar 1921 die Staatliche Plankommission gebildet. Mit Hilfe einer umfassenden Elektrifizierung sollte eine neue energetische Grundlage für die Wirtschaft geschaffen werden; man hoffte, verschiedene technische Stufen des „Zeitalters des Dampfes“ überspringen zu können. Gleichzeitig sollte die Elektrifizierung die akuten Brennstoff- und Transportprobleme bewältigen, die schwere körperliche Arbeit reduzieren, die Gegensätze zwischen industrieller und landwirtschaftlicher, zwischen geistiger und körperlicher Arbeit verringern helfen, dem kulturell zurückgebliebenen Dorf „Aufklärung durch Licht“ bringen und — wie der Vorsitzende der Elektrifizierungskommission G. M. Krizjanovskij immer wieder hervorhob — „die reale Voraussetzung für die Verwirklichung des Kollektivgeistes des werktätigen Volkes“ schaffen (113). Der Elektrifizierungsplan beschränkte sich mithin nicht auf eine Verbesserung der technischen Grundlage der Ökonomie. In der Studie werden auch die Realisierungsmöglichkeiten des Planes diskutiert, die 1920 aufgrund verschiedener wirtschaftlicher Erfolge relativ günstig schienen. Im Zuge der nach 1921 eingeschlagenen Neuen Ökonomischen Politik wurden jedoch Planmodifikationen notwendig.

Die Klassenkämpfe in der UdSSR in den Jahren 1917 bis 1923 sind Gegenstand der Forschungen *Charles Bettelheims*, der den Versuch unternimmt, die historische Genesis der heutigen politischen und gesellschaftlichen Strukturen in der Sowjetunion zu untersuchen, die er mit den Begriffen Staatskapitalismus, bürgerliche Konterrevolution, Diktatur der Bourgeoisie, repressive und aggressive imperialistische Politik umschreibt (22, 23, 27). Nach Bettelheim entstand die heute herrschende „Staatsbourgeoisie“ bereits in den ersten Jahren der Revolution, als zahlreiche Mitglieder der ehemals herrschenden Klassen in die neuen lokalen und zentralen staatlichen Apparate und die Betriebsleitungen als Fachleute eingedrungen seien. Die — auch von Lenin immer wieder festgestellten und angeprangerten — bürokratischen Auswüchse vieler Machtorgane stellten nur die äußere Erscheinungsform der weithin bürgerlich gebliebenen ideologischen, politischen und sozialen Verhältnisse dar, die von den Bolschewiki nicht

durch eine Entfaltung des Klassenkampfes aufgebrochen worden seien. Nach 1917 seien die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen nicht überwunden worden, so daß, auch wenn sich das russische Proletariat als herrschende Klasse konstituiert und die Diktatur des Proletariats ausgeübt habe, Keime einer neuen Bourgeoisie entstehen konnten. Ihr zahlenmäßiger Umfang habe Anfang der 20er Jahre „einige Tausend nicht überstiegen“ (143); später habe sie immer mehr an Einfluß gewonnen. — Die von Bettelheim verwendeten Kategorien werfen zahlreiche theoretische und historische Fragen auf. Ist das Ziel der wirtschaftlichen Tätigkeit der sich entwickelnden „Staatsbourgeoisie“ die Aneignung von Mehrwert und die Verwertung von Kapital oder die Produktion von Gebrauchswerten zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse? Verwandeln sich die Arbeitskräfte wieder in Waren, die Produktionsmittel wieder in Kapital? In welchem Verhältnis steht das staatliche Eigentum der Betriebe, die 1917/18 von den Belegschaften oder den neuen Sowjetorganen nationalisiert worden sind, zu den kapitalistischen Interessen der „Staatsbourgeoisie“, wenn davon ausgegangen wird, daß Eigentumsverhältnisse nur juristischer Ausdruck der Produktionsverhältnisse sind? Läßt sich aus der — zweifellos nachweisbaren — Tatsache, daß zahlreiche in Leitungsfunktionen tätige Spezialisten überdurchschnittliche Löhne bezogen, Privilegien erhielten, bestechlich waren, Arbeiterinitiativen bremsen, an traditionellen Formen der Arbeitsteilung, an bürgerlichen Ideologien und an einem bürokratischen Arbeitsstil festhielten, ohne weiteres auf das Fortbestehen von bürgerlich-kapitalistischen Verhältnissen schließen (371)? Bestand tatsächlich eine unüberwindliche Kluft zwischen dem Interesse der alten Intelligenz und dem der Revolution? Warum beteiligten sich — trotz aller Schwierigkeiten der Kooperation zwischen Intelligenz und Sowjetmacht — zahlreiche Fachleute der alten Gesellschaft am Aufbau der Roten Armee, an der Durchsetzung planwirtschaftlicher Prinzipien, an der Entwicklung neuer wissenschaftlicher Institutionen? Die Argumentation Bettelheims erscheint häufig deshalb nicht als beweiskräftig, weil nicht selten weitreichende Aussagen quellenmäßig nicht belegt werden. Um zwei Beispiele herauszugreifen: Nach Bettelheim sind die sowjetischen Erziehungsinstitutionen „grundsätzlich bürgerliche Apparate geblieben“ (148), ohne daß dies tatsächlich nachgewiesen wird. (Und wie können diese bürgerlichen Apparate 1918 das Dekret über die Einheits-Arbeitsschule formulieren?) Im Obersten Volkswirtschaftsrat hätten die Spezialisten „die beherrschenden Stellen“ eingenommen (130). Angaben L. Kritzmans zufolge betrug ihr Anteil im Leitungsapparat des Obersten Volkswirtschaftsrats und der Gouvernementsvolkswirtschaftsräte jedoch nur 12 Prozent, während 57 Prozent des Leitungspersonals aus Arbeitern bestanden (Kritzman 1971, S. 149). Bettelheim stützt sich vorab auf die Werke von Lenin und die Untersuchungen E. H. Carrs; die umfangreiche zeitgenössische Literatur — etwa zahlreiche Berichte der Gewerkschaften über die von Bettelheim behandelten Probleme — und auch die neuere sowjetische Forschung werden kaum berücksichtigt. Das von Bettelheim aufgeworfene Problem, in welchem Umfang die kapitalistischen Produktions- und Verkehrsverhältnisse nach 1917 umgewälzt worden sind — er meint, die Oktoberrevolution habe „ihnen nur einen ersten Stoß versetzt“ (213) — müßte mit Hilfe dieser Materialien

weiter untersucht werden. Dasselbe gilt für die politischen Aktivitäten, die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Industriearbeiter und Bauern, die Rolle der Gewerkschaften und Kontrollorgane, die Entscheidungsprozesse in den Staats- und Parteiorganen, das Verhältnis der Bolschewiki zu den anderen Parteien; diese Fragen, die in dem vorgelegten Band (dem weitere folgen sollen) zum Teil unter neuartigen Aspekten diskutiert werden, sind für eine Interpretation der russischen Revolution von zentraler Bedeutung⁸.

In dem bereits 1960 in den USA erschienenen Buch *Alexander Erlichs* über die sowjetische Industrialisierungsdebatte der 20er Jahre⁹ werden die divergierenden Industrialisierungskonzeptionen dargestellt, wie sie besonders von N.I. Bucharin, L. Šanin, V.A. Bazarov und E.A. Preobraženskij formuliert worden sind. Während über die durch innen- und außenpolitische Umstände hervorgerufene objektive Notwendigkeit der Industrialisierung weitgehend Übereinstimmung herrschte, waren die Fragen nach den Quellen, dem Tempo und den Prioritätensetzungen der Industrialisierung heftig umstritten. Kontrovers war insbesondere, in welchem Umfang das bäuerliche Mehrprodukt für den Industriesaufbau verwendet werden sollte; Vertreter der Linken Opposition neigten dazu, den agrarischen Industrialisierungsbeitrag sehr hoch anzusetzen. Erlich macht die Aktualität jener Diskussionen — „einem einzigartig aufregenden Kapitel in der Geschichte ökonomischer Doktrinen“ (13) — deutlich, indem er die damals vertretenen Positionen mit einigen Ergebnissen neuerer Wachstumstheorien konfrontiert und auch auf die Situation verschiedener Entwicklungsländer hinweist, die heute teilweise vor ähnlichen ökonomischen Problemen stehen wie die UdSSR in den 20er Jahren. Der weite Komplex der Industrialisierungsdebatte ist von Erlichs Pionierarbeit noch keineswegs erschöpfend behandelt. Der Kreis der Diskussionsteilnehmer ist bedeutend größer; Namen wie F.E. Dzeržinskij, I.T. Smilga, V.V. Kujbyšev, G.M. Kržižanovskij tauchen in dem Band nicht auf, obwohl diese Autoren, die in führenden Positionen arbeiteten, teilweise originelle Beiträge formulierten. Die Diskussion wurde jedoch weniger zwischen Einzelpersonen geführt, sondern vielmehr zwischen verschiedenen Institutionen (Oberster Volkswirtschaftsrat, Staatliche Plankommission, Landwirtschaftskommissariat, Finanzkommissariat, Gewerkschaftsorgane), deren alternative Industrialisierungsstrategien noch genauer aufzuarbeiten wären, zumal sie auf Quellen und Möglichkeiten der Akkumulation hinwiesen, die von Erlich nicht systematisch verfolgt werden (Sparsamkeitsregime in der staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung; Einschränkung des Luxuskonsums; Förderung und Kooperierung des Kleingewerbes; Mechanisierung und Standardisierung der Produktion; Steigerung der Qualifikation und Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter; Entwicklung ihrer Erfindertätigkeit durch Produktionsberatungen und „sozialistischen Wettbewerb“; Verbreitung technischer Neuerungen durch die Presse; verbesserte Kapazitätsauslastung und Vermeidung von Krisen durch eine effektivere Planung; Eingliederung der Arbeitslosen und Ausschöpfung des zu beträchtlichen Teilen brachliegenden Arbeitskräftepotentials des Dorfes; Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge durch nicht kostspielige Modernisierungsmaßnahmen wie Saatgutreinigung, Flurbereinigung, Insektenbekämpfung u.a.; Intensivierung der wirtschaftlichen Verbindungen mit dem Ausland; Entwicklung der

Wissenschaft als einer wichtigen Produktivkraft usw.). Schließlich sind die Wechselbeziehungen zwischen den theoretischen Diskussionen, den konkreten Planentwürfen, der Wirtschaftspolitik und der — keineswegs immer plankonform verlaufenden — realen ökonomischen Entwicklung noch deutlicher herauszuarbeiten. Gerade für die Umbruchperiode nach dem XV. Parteitag 1927 ist Erlich diesen Vermittlungen nicht nachgegangen, sondern fällt teilweise hinter den Stand seiner Analyse zurück, wenn er die Totalitarismuskonzeption bemüht (168).

Mit dem Nachdruck der Arbeit *Friedrich Pollocks* über die planwirtschaftlichen Versuche im ersten Jahrzehnt nach der Revolution wird eine wichtige Analyse der sowjetischen Wirtschaftsentwicklung zugänglich¹⁰. Die Studie erschien zuerst 1929 als zweiter Band der von Carl Grünberg herausgegebenen Schriften des Instituts für Sozialforschung an der Universität Frankfurt/M. Zu jener Zeit hatte das Frankfurter Institut engere Verbindungen mit Forschungszentren in der UdSSR, besonders dem Marx-Engels-Institut und der Kommunistischen Akademie. Friedrich Pollock hat das Material für seine Monographie in der Sowjetunion gesammelt und Kontakte mit sowjetischen Planfachleuten (u.a. G.M. Kržižanovskij und L. Kritzman) angeknüpft; sein Werk wurde auch in der sowjetischen Fachpresse positiv eingeschätzt. Die Arbeit untersucht die Entstehung der verschiedenen Planentwürfe — des Elektrifizierungsplans von 1920, der gesamtwirtschaftlichen Jahrespläne (Kontrollziffern) Mitte der 20er Jahre und der ersten Projekte eines Fünfjahrplans — auf dem Hintergrund der damaligen wirtschaftlichen Entwicklung. Auch werden die institutionellen Voraussetzungen und die verschiedenen neu entwickelten Methoden der Volkswirtschaftsplanung dargestellt, deren Realisierung von führenden ausländischen Ökonomen (etwa Ludwig Mises) als unmöglich angesehen wurde, da keine entwickelte Volkswirtschaft auf die Regulierungsmechanismen des Marktes verzichten könne. Pollock zeigt jedoch auf, daß es in der UdSSR bis Ende der 20er Jahre gelang, auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln einige zentrale Voraussetzungen für die Durchsetzung planwirtschaftlicher Prinzipien zu schaffen, auch wenn es in der Planungspraxis aufgrund mangelnder Erfahrungen, unzureichender statistischer Unterlagen und der geringen Planbarkeit des privaten Wirtschaftssektors immer wieder Rückschläge gab, die die Staatliche Plankommission motivierten, ihre Anstrengungen zu intensivieren und das Planungsinstrumentarium zu verfeinern. — In der Einleitung zu der Neuausgabe untersucht Renate Schmucker die Verbindungen zwischen den Planungsdiskussionen und der Industrialisierungsdebatte.

Die Landwirtschaft, in der immer noch 80 Prozent der sowjetischen Bevölkerung tätig waren und die die Funktion hatte, die Städte mit Nahrungsmitteln zu versorgen und die Industrialisierung durch die Lieferung von Rohstoffen und von Exportgetreide zu unterstützen, erwies sich als der Bereich, dessen Planung am schwierigsten war. Die wirtschaftlichen Entscheidungen der über 20 Millionen privater Kleinproduzenten konnten von den Planorganen bestenfalls prognostiziert, kaum aber unmittelbar gesteuert werden. *Sigrid Grosskopf* untersucht in ihrer Studie über das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern während der Neuen Ökonomischen Politik die sozialökonomischen Verhältnisse im sowjetischen

Dorf und die — regional sehr verschiedenen — natürlichen und produktionstechnischen Grundlagen der bäuerlichen Wirtschaften. Die Arbeit verfolgt speziell das Problem der mangelnden Getreidelieferungen, die 1925/26 und 1927/28 zu Versorgungsdefiziten führten. Aus der Analyse umfangreicher statistischer Materialien zieht die Verfasserin den Schluß, daß auch Ende der 20er Jahre die Wirtschaften der mittleren und ärmeren Bauern, wenn sie etwa durch Inventarlieferungen und Genossenschaftskredite Unterstützung erhielten, noch über ein beträchtliches Wachstumspotential verfügten. Somit ist die Arbeit ein interessanter Beitrag zu der immer noch nicht abgeschlossenen Diskussion über die Frage, inwieweit die Neue Ökonomische Politik Ende der 20er Jahre noch tragfähig war und ein rasches Wachstum von Landwirtschaft und Industrie — die Voraussetzung für die Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit, die Erhöhung des Lebensstandards, die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit und die Konsolidierung der Sowjetmacht — gewährleisten konnte.

Das Verhältnis einerseits von Produktivkraftentwicklung und Industrialisierungsanforderungen und andererseits von beruflicher und schulischer Qualifizierung des wichtigsten Faktors der Industrialisierung, des arbeitenden Menschen, untersucht *Uwe Zänker* für die Anfangsphase des ersten Fünfjahrplans¹¹. Der Verfasser hat zahlreiche zeitgenössische sozial-kulturelle Daten ausgewertet, die das große regionale und sektorale Differenzierungen aufweisende qualifikatorische Niveau der sowjetischen Arbeiter beleuchten. Ende der 20er Jahre betrug im Durchschnitt aller Industriezweige der Analphabetengrad noch 15,6 Prozent und die Schulverweildauer 3,4 Jahre (234). Ohne Überwindung des Qualifikationsdefizits erschien es nicht möglich, die hochgesteckten Industrialisierungsziele zu erreichen; allerdings bestand Unklarheit darüber, welche Wege man zur Überwindung der kulturellen Rückständigkeit einschlagen sollte, die bei den Arbeitskräften, die erst vor kurzem ihre Dörfer verlassen hatten, besonders groß war. In der Studie werden die Kontroversen darüber, ob eine allgemeinbildende oder eine berufliche Schulung vorrangig sei, ausführlich dargestellt. Trotz aller Anstrengungen auf dem Gebiet der Beseitigung des Analphabetentums und der politisch-sozialen und beruflichen Weiterbildung blieb das Qualifikationsproblem auch in den 30er Jahren akut und muß in einer Analyse der Probleme dieser Jahre einen zentralen Stellenwert haben.

Abschließend sollen einige Themenkomplexe genannt werden, zu denen sowjetische Historiker und Sozialwissenschaftler in letzter Zeit größere Arbeiten vorgelegt haben, ohne daß diese hier näher charakterisiert werden können. Die meisten dieser Monographien haben hinsichtlich ihrer Materialbasis und Methodenreflexion ein merklich höheres Niveau als entsprechende Studien aus den 50er Jahren und sollten bei der Erforschung der Geschichte der sowjetischen Gesellschaft stärker berücksichtigt werden. Ein Schwerpunkt liegt bei der Analyse der sozialen Struktur, der zahlenmäßigen Größe, der inneren Differenzierung, der Lebensbedingungen und auch der Bewußtseinsentwicklung der *sowjetischen Arbeiterklasse* seit 1917. Es sind auch einige wichtige Titel aus den 20er Jahren wieder aufgelegt worden, z.B. Schriften des damaligen Leiters des Zentralinstitut für Arbeit, A. K. Gastev, und des Arbeitsstatistikers L. E. Minc. — Verschiedene Studien haben sich mit der Entwicklung der *Agrarverhältnisse* beschäftigt: der

Tätigkeit der Landkomitees 1917, der Umwälzung der Sozialstruktur des Dorfes im Zuge der Agrarrevolution, der organisatorischen Arbeit der Kommunistischen Partei auf dem Lande, der Versorgungslage und dem Aufbau von Staatsgütern, dem sozialen Differenzierungsprozeß während der Neuen Ökonomischen Politik, schließlich den Klassenkämpfen im Dorf Ende der 20er Jahre und dem Schicksal der dörflichen Oberschicht im Verlauf der Kollektivierungskampagne. Die *allgemeine ökonomische Entwicklung* seit Mitte der 20er Jahre ist in den vier Quellenbänden zur „Geschichte der Industrialisierung der UdSSR (1926-1941)“ dokumentiert worden. Neben Aufsatzsammlungen über die Theorie und Praxis der Neuen Ökonomischen Politik sind in jüngster Zeit die ersten beiden — bis 1925 reichenden — Bände der auf sieben Bände berechneten „Geschichte der sozialistischen Ökonomie der UdSSR“ erschienen, die vom Institut für Ökonomie der Akademie der Wissenschaften der UdSSR herausgegeben werden und als sowjetisches Standardwerk über den Gesamtprozeß der wirtschaftlichen Entwicklung seit 1917 angesehen werden können. — Eine von Leningrader Ökonomen erarbeitete „*Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus*“ untersucht die in den 20er und 30er Jahren geführten Diskussionen um die ökonomischen Gesetze des Sozialismus, über deren Wirken große Unklarheit bestand (und teilweise immer noch besteht). Die damaligen Kontroversen um das im Verlauf der Industrialisierung einzuschlagende Tempo sind Gegenstand einer weiteren Monographie, die auch eine Würdigung der von G.A. Feldman Ende der 20er Jahre formulierten Wachstumstheorie enthält. Hinzuweisen ist auch auf eine Auseinandersetzung mit der angelsächsischen Forschung über die sowjetische Industrialisierung. — Schließlich sind verschiedene *historiographische Untersuchungen* erschienen, in denen verfolgt wird, in welcher Intensität und mit welchen Methoden die sowjetische Wissenschaft die Entwicklung der Arbeiterkontrolle, die Geschichte der Arbeiterklasse, die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Industrialisierung und die Transformation der Sozialstruktur seit den 20er Jahren aufgearbeitet hat. In diesen Bänden wird gezeigt, daß sich die Forschungsintensität keineswegs in allen Perioden gleichmäßig entwickelt hat. So heißt es über die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Industrialisierungsproblem: „In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre war ein Rückgang des Studiums der Gesetzmäßigkeiten und der Spezifik der industriellen Entwicklung des Landes zu beobachten. Die Zahl der Publikationen ging stark zurück. Sogar zum 20. Jahrestag des Großen Oktober erschien keine Jubiläumsliteratur, wie 10 Jahre zuvor. Die 1930 bis 1935 herausgegebenen Sammelbände 'Geschichte des Proletariats der UdSSR' stellten ihr Erscheinen ein. Die Bewegung zur Aufzeichnung der Geschichte einzelner Fabriken und Betriebe büßte ihren Massencharakter ein. ... Es war ein allgemeines Sinken des theoretischen Niveaus der Untersuchungen zu beobachten. ... Der soziale Inhalt der sowjetischen Industrialisierung wurde weniger umfassend untersucht als früher. Sogar so wichtige Themen wie die Veränderungen in der Zahl und Zusammensetzung der Arbeiterklasse, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Ausschaltung der NEP-Bourgeoisie, die Verdrängung der kapitalistischen Elemente aus der Industrie, die durch die neuen Standorte der Produktion hervorgerufenen Veränderungen der Bevölkerungsgeographie fielen dem Vergessen anheim.“ (Zak u.a. 1971, S. 33–35) Seit Ende der 50er Jahre,

so ist den Studien zu entnehmen, hat sich die sowjetische Forschung in verstärktem Umfang darum bemüht, dieses Vergessen zu überwinden, an die Wissenschaftstraditionen der 20er Jahre anzuknüpfen und die historische Entwicklung unter neuen Fragestellungen zu analysieren. Die Zahl der Publikationen ist sprunghaft angestiegen und gegenwärtig kaum mehr zu überblicken. Bis 1970 lagen über 1300 Bücher und wissenschaftliche Aufsätze zur Geschichte der industriellen Entwicklung der UdSSR vor allem für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg vor; der historischen Entwicklung der sowjetischen Arbeiterklasse wurde annähernd die gleiche Anzahl von Veröffentlichungen gewidmet. (V.S. Leščuk 1975, S. 5) Die historiographischen Arbeiten ordnen diese Fülle der Untersuchungen unter historischen, regionalen und systematischen Gesichtspunkten, arbeiten die Diskussionsschwerpunkte der verschiedenen Forschungsetappen heraus und sind besonders aufgrund ihrer bibliographischen Angaben von Nutzen.

Anmerkungen

1 Hier ist vor allem auf das Werk von E. H. Carr hinzuweisen: *A History of Soviet Russia*, 7 Bde., London 1950–1964; E. H. Carr/R. W. Davies, *Foundations of a Planned Economy 1926–1929*, Vol. I, 2 Bde., London 1969; E. H. Carr, *Foundations of a Planned Economy 1926–1929*, Vol. II, London 1971.

2 Gesamtdarstellungen: M. Dobb, *Soviet Economic Development Since 1917*, London 1972; A. Nove, *An Economic History of the USSR*, Harmondsworth 1972; I. B. Berchin, *Geschichte der UdSSR 1917–1970*, Berlin 1971; R. Lorenz, *Sozialgeschichte der Sowjetunion*, I. Bd. 1917–1945, Frankfurt/M. 1976; H. Haumann, *Geschichte und Gesellschaftssystem der Sowjetunion*, Köln 1977; *Geschichte der UdSSR. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von G. Rosenfeld, Berlin 1976.

3 So wird Pankratovas Buch „ein wichtiges Ereignis in der sowjetischen Historiographie der ersten Jahre der Sowjetmacht“ genannt; es habe „bis zum heutigen Tage nichts von seiner wissenschaftlichen Bedeutung verloren“. Vgl. L. S. Gaponenko, *Rabočij klass Rossii v 1917 godu*, Moskau 1970, S. 12–13 und die ähnliche Einschätzung bei I. E. Vorožekin, *Očerki istoriografii rabočego klassa SSSR*, Moskau 1975, S. 55. Das Gesamtwerk Pankratovas wird gewürdigt von: L. V. Badja, *Akademick A. M. Pankratovas – istorik rabočego klana SSSR*, Moskau 1978.

4 A. A. Pankratova, *Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in der UdSSR*, Berlin 1956.

5 Der neuere Stand der sowjetischen Forschung über den „Kriegskommunismus“ wird durch das Buch von E. G. Gimpel'son, „Voennyj kommunizm“: politika, praktika, ideologija, Moskau 1973, repräsentiert.

6 Vgl. auch: H. Haumann, Die russische Revolution und ihre ersten Versuche sozialistischer Wirtschaftspolitik, in: *Das Argument* Nr. 82, S. 768–803.

7 So existiert eine zweibändige Studie über die Klassenkämpfe zu Beginn der Neuen Ökonomischen Politik: I. Ja. Trifonov, *Klassy i klassovaja borba v načale NEP'a (1921–1925 gg.)*, Teil I Leningrad 1964, Teil II Leningrad 1969. Auszuwerten wären auch die Ergebnisse zweier neuerer Dissertationen über die Entwicklung der Gewerkschaften und der Staatsorgane nach 1917: U. Brüggmann, *Die russischen Gewerkschaften in Revolution und Bürgerkrieg 1917–1919*, Frankfurt/M. 1972; W. Pietsch, *Revolution und Staat. Institutionen als Träger der Macht in Sowjetrußland 1917–1922*, Köln 1969.

8 In der deutschen Ausgabe finden sich verschiedene Datierungsfehler und falsche Schreibweisen von Namen; vgl. S. 137, 185, 194, 221, 285, 303, 337.

9 Zu diesem Themenkomplex sind weiter heranzuziehen: N. Spulber, *Soviet Strategy for Economic Growth*, Bloomington 1964; N. Spulber (Hrsg.), *Foundations of Soviet Strategy for Economic Growth, Selected Soviet Essays 1924–1930*, Bloomington 1965; M. Dobb, Die Diskussion in den zwanziger Jahren über den Aufbau des Sozialismus, in: P. Henricke (Hrsg.), *Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften*, Frankfurt/

M. 1973, S. 282–331; E. A. Preobraženskij, Die neue Ökonomik, Berlin 1971; N. Bucharin, Der Weg zum Sozialismus, Wien 1925.

10 Zur Entstehung des planwirtschaftlichen Systems vgl. auch: G. Grinko, Der Fünfjahrplan der UdSSR. Eine Darstellung seiner Probleme, Wien/Berlin 1930; E. Zaleski, Planification de la croissance et fluctuations économiques en U.R.S.S., Tom I: 1918–1932, Paris 1962; grundlegend ist ferner S. G. Strumilien, Ökonomische Schriften 1919 – 1973, 1. Band: Sozialismus und Planung, Berlin/DDR 1977.

11 Zur Entwicklung des Bildungswesens vgl. auch: A. W. Lunatscharski, Über die Volksbildung, Köln 1973; grundlegend ist ferner S. G. Strumilien, Ökonomische Schriften 1919–1973, 1. Band: Sozialismus und Planung, Berlin/DDR 1977.

Besprochene Literatur

Bettelheim, Charles: Die Klassenkämpfe in der UdSSR. Band I: 1917–1923. Oberbaumverlag, Berlin 1975 (470 S., br., 22,- DM).

Döring, Falk: Organisationsprobleme der russischen Wirtschaft in Revolution und Bürgerkrieg (1918–1920). Dargestellt am Volkswirtschaftsrat für den Nordrayon (SNChSR). Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1970 (300 S., br., 28,- DM).

Erich, Alexander: Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924–1928. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/Main 1971 (190 S., br., 18,- DM).

Grosskopf, Sigrid: L'Alliance ouvrière et paysanne en U.R.S.S. 1921–1928. Le problème du blé. Verlag François Maspero, Paris 1976 (459 S.).

Haumann, Heiko: Beginn der Planwirtschaft. Elektrifizierung, Wirtschaftsplanung und gesellschaftliche Entwicklung Sowjetrußlands 1917–1921. Bertelsmann Universitätsverlag, Düsseldorf 1974 (312 S., br., 38,- DM).

Kritzman, Leo N.: Die heroische Periode der großen russischen Revolution, Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 1971 (LXVI, 349 S., br., 14,- DM).

Pankratova, A. M.: Fabrikräte in Rußland. Der Kampf um die sozialistische Fabrik. Unter der Redaktion von M. N. Pokrovskij. Eingeleitet und für die deutsche Ausgabe eingerichtet von Hartmut Mehringer. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1975 (338 S., br., 11,80 DM).

Pollock, Friedrich: Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917–1927. Verlag Neue Kritik, Frankfurt/M. 1971 (XX, 411 S., br., 18,80 DM).

Zänker, Uwe: Industrialisierung und Qualifizierung. Produktivkraftentwicklung und schulische Qualifizierung am Beispiel der UdSSR (1927–1930). Verlag der Marburger Forschungsstelle für Vergleichende Erziehungswissenschaft, Marburg/L. 1976 (645 S., br., 17,- DM).

Literatur zur Geschichte der Arbeiterklasse:

Rabočij klass — veduščaja sila Oktjabr'skoj socialističeskoj revoljucii, Sbornik statej, Moskau 1976; L. S. Gaponenko, Rabočij klass Rossii v 1917 godu, M. 1970; Rabočij klass i industrial'noe razvitie SSSR, M. 1975; D. A. Baevskij, Rabočij klass Sovetskoj vlasti (1917–1921 gg.), M. 1974; E. G. Gimpel'son, Sovetskij rabočij klass (1918–1921 gg.), M. 1974; V. Z. Drobizhev u. a., Rabočij klass Sovetskoj Rossii v pervyj god proletarskoj diktatury, M. 1975; A. I. Vdovin/V. Z. Drobizhev, Rost rabočego klassa SSSR 1917–1940 gg., M. 1976; O. I. Skaratan, Problemy social'noj struktury rabočego klassa SSSR, M. 1970; A. K. Gastev, Kak nado rabotat', M. 1972; A. K. Gastev, Trudovye ustanovki, M. 1973; L. E. Minc, Trudovye resursy SSSR, M. 1975; für die 30er Jahre liegt vor: S. L. Senjawski/W. P. Telpuchowski, Die Arbeiterklasse der UdSSR (1938–1965) Berlin 1974.

Literatur zur Entwicklung der Agrarverhältnisse:

V. I. Kostrikin, Zemel'nye komitety v 1917 godu, M. 1975; Izmenenija social'noj struktury sovetskogo obščestva (Oktjabr' 1917–1920), M. 1976; A. G. Šlichter, Agrarnyj vopros i prodovol'stvennaja politika v pervye gody Sovetskoj vlasti, M. 1975; D. P. Žmurovskij, Organizatorskaja rabota Kommunističeskoj Partii v derevne (1918–1920 gg.), Minsk 1970; M. I. Davydov, Bor'ba za chlieb. Prodovol'stvennaja politika Kommunističeskoj Partii i Sovets-

kogo gosudarstva v gody graždanskoj vojny (1917–1920), M. 1971; Ju. K. Strižkov, Prodo-
vol'stvennyje otrjady v gody graždanskoj vojny i inostrannoj intervencii (1917–1921 gg.), M.
1973; Chleb i revolucija, M. 1972; I. E. Zelenin, Sovchozy v pervoe desjatiletie Sovetskoj
vlasti (1917–1927), M. 1972; P. A. Aleksanov, V bor'be za socialističeskoe pereustrojstvo
derevni (Krest'janskaja vzaimopomošč 1921–1932 gg.), M. 1971; N. A. Ivnickij, Klassovaja
bor'ba v derevne i likvidacija kul'ačestva kak klassa (1929–1932 gg.), M. 1972; I. Ja. Trifo-
nov, Likvidacija ekspluatatorskich klassov v SSSR, M. 1975; V. P. Danilov, Sovetskaja dol-
kolchoznaja derevnja. Naselenie, zemlepol'zovanie, chozjajstvo, Moskau 1977.

Gesamtdarstellungen der Wirtschaftsentwicklung:

Industrializacija SSSR 1926–1941 gg., Dokumenty i materialy, 4 Bde., M. 1969–1973; Nova-
ja Ekonomičeskaja Politika, Voprosy teorii i istorii, M. 1974 (mit Bibliographie); Istorija so-
cialističeskoj ekonomiki SSSR v semi tomach. Tom I: Sovetskaja ekonomika v 1917–1920
gg., M. 1976, Tom II: Perechod k NEP'u. Vosstanovlenie narodnogo chozjajstva SSSR
1921–1925 gg. M. 1976, Tom III: Sozdanie fundamenta solcialističeskoj èkonomiki v SSSR
1926–1932 gg., M. 1977.

Darstellungen zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus:

Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Grundrisse, Berlin 1973; Beiträge
zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus, Berlin 1975; A. M. Beljanova, O
tempach ekonomičeskogo razvitija SSSR. Po materialam diskussij 20-ch godov, M. 1974;
G. A. Feldman, Zur Wachstumstheorie des Nationaleinkommens, Frankfurt/M. 1969; I.
N. Olegina, Industrializacija SSSR v anglijskoj i amerikanskoj istoriografii, Leningrad
1971; D. Širokorad, Die politische Ökonomie des Sozialismus in der UdSSR während der
Übergangsperiode. Methodologische Probleme, Berlin 1977.

Historiographische Arbeiten und Bibliographien:

T. A. Ignatenko, Sovetskaja istoriografija rabočego kontrolja i nacionalizacii, M. 1971; I. E.
Vorozejkin, Očerki istoriografii rabočego klassa SSSR, M. 1975; V. I. Pogudin, Put' sovjets-
kogo krest'janstva k socializmu, Istoriografičeskij očerki, M. 1975; L. M. Zak/ V. S. Leščuk/
V. I. Pogudin, Stroitel'stvo socializma v SSSR, Istoriografičeskij očerki, M. 1971; V. S. Leščuk,
Socialističeskaja industrializacija SSSR i ee osvješćenie v sovjetskoj istoriografii, M.
1975; Socialističeskaja industrializacija SSSR, Ukazatel' sovjetskoj literatury, M. 1972.



- M. Albrecht, G. Weinrich: Wider die „Arzteschwemme“
E. Göpel: Medizinische Curriculumreform am Oberstufenkolleg Bielefeld
R. Laux: Medizinische Soziologie
G. Marsen: Die zweite Novellierung der ärztlichen Approbationsordnung
U. Canaris, G. Syben: Gewerkschaftliche Arbeit und medizinische Aus-
bildung
H.-H. Abholz: Intervention bei Myokardinfarkt
T. Strasser: Bluthochdruck
H. Kühn, F. Hauß: Medizinischer Arbeitsschutz
D. Borgers, B. Nemitz: Arbeitsmedizinische Praxis und Arbeitssicher-
heitsgesetz
H. Wintersberger: Gesundheitskämpfe in Italien
E.-S. Bartholomeyczik: Hat der Hebammenberuf noch eine Chance?
K.-W. Tietze: Der Mütterpaß – Dokumentation mangelnder Schwange-
renvorsorge?
H. Baltschun, K. Bering, A. Merke, G. Schneider, E. Schröder: Sozialpla-
nung der Säuglinge und Kleinkinder bei Vorsorgeuntersuchung und
Frühförderung
A. Trojan, H. Waller: Sozialarbeit und Medizin
V. Garms-Homolová: Altenpflege
J. Breddemann: Gewerkschaft ÖTV zur Gesundheitspolitik
I. Simon: Das 2. Arzneimittelgesetz
C. Jeger, A. Schwank: Die Auseinandersetzung um das Gesundheitswe-
sen der Schweiz
Wissenschaftler boykottieren den Krebskongreß
in Buenos Aires.

Wolfgang Abendroth

Dissidentenprozesse in den sozialistischen Staaten, Protestpropaganda der »westlichen« Staaten und westdeutsche Linke

In der UdSSR und in der DDR – man denke vor allem an das Beispiel Bahro – sind »dissidentische« Kritiker zu sehr hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Gewiß mag es dabei Fälle geben, die zu dem Problemkreis geheimdienstlicher Tätigkeit für »westliche« Spionagedienste gehören; sie gibt es immer (und wird es noch geben) und sie brauchen in diesem Zusammenhang nicht zu interessieren. Es geht hier um diejenigen, die – sei es von dieser, sei es von jener Grundposition aus – in sozialistischen Staaten oppositionell geworden sind und ihre Meinung entweder am Rande der Legalität in ihrem eigenen Lande oder außerhalb ihres Landes publiziert haben. Auch dabei können sie die Grenzlinie – wiederum nach dem strafrechtlichen System des Staates, in dem sie leben – zwischen Legalität und Illegalität überschritten haben. Das ist in jedem konkreten Fall zu prüfen und die Entscheidungsfunktion haben dann die Gerichte. Aber können diese ihre eigene Glaubwürdigkeit (und das Ansehen ihres Staates) in der internationalen Öffentlichkeit wirklich dann erhöhen, wenn sie einen solchen Prozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit (auch der auswärtigen Presse) führen? Selbst wenn ihre Entscheidung im Einzelfall juristisch richtig und vertretbar wäre, bleiben hier zwei Fragen, die geprüft werden müssen. »Staatschutz«-Normen neigen stets dazu, strafrechtliche Tatbestände mit dehnbaren (gleichsam »Gummi«-)Grenzen zu statuieren. Das ist in sozialistischen Staaten, die bekanntlich ausnahmslos in harten, stets von Gewalt bedrohten nationalen oder internationalen Auseinandersetzungen entstanden sind (und zudem die Entwicklungsphasen des Stalinismus oder doch der Rückwirkungen des Neostalinismus, der sich bekanntlich in der DDR niemals in voller Schärfe durchsetzen konnte, überwinden mußten), nicht anders als in den ach so »rechtsstaatlichen« Staaten der »freien Welt« (wie in der Bundesrepublik Deutschland). Um so mehr wäre es in den sozialistischen Ländern für die Anklagebehörden geboten, nach dem Opportunitätsprinzip, nicht nach dem Legalitätsprinzip zu verfahren, also nur in Extremfällen, in denen es wirklich wegen der möglichen ernsthaften Gefährdung der eigenen sozialistischen Staatsgewalt unabdingbar notwendig ist, Anklage zu erheben. Im Falle Bahro ist trotz aller zweifelhaften Propagandamanöver im Westen unserer Meinung nach eine derartige Bedrohung nicht entstanden. Wir halten die Staatsmacht des sozialistischen Staates DDR für gefestigter als sie selbst (bzw. ihre Anklagebehörden) es zu tun scheinen. Nach unserer Meinung ist die (leider nicht ausschaltbare) Beeinflussung der Bevölkerung der DDR durch die Berieselung mit den Reklamesendungen des BRD-Fernsehens eine schlimmere Störung des sozialistischen Aufbaus, weil sie unkritischer aufgenommen wird als sämtliche noch so provokanten Bahro-Interviews. Aber selbst wenn man hierzu anderer Meinung wäre, bleibt die Frage nach dem Strafmaß. Hätte – bleiben wir wieder beim Fall Bahro – das Gericht nicht erstens (trotz aller Fehler, die er zum Problem der »Ausnutzung« von politischen Chancen, die sich für die Propagierung seiner kritischen Meinung durch bürgerliche Staaten bieten, zweifelsfrei gemacht hat, und die er möglicherweise auch bei unzulässiger Publikation nicht für die Öffentlichkeit freige-

gebenen statistischen Materials verschlimmert hat) zu seinen Gunsten unterstellen müssen, daß er gewiß keine prokapitalistische Konterrevolution in der DDR erstrebt? Und wäre es nicht erforderlich gewesen, die Strafandrohung in solchen Grenzen zu halten, daß der Verurteilte nicht in die Gefahr kommt, so extrem verbittert zu werden, daß er dann im Ergebnis auch subjektiv ins Lager der unbedingten Feinde des Sozialismus abgedrängt wird?

Alles das hätte man in der DDR auch deswegen bedenken sollen, weil derartige Unterdrückungshandlungen der öffentlichen Gewalt eines sozialistischen Staates stets in den kapitalistischen Staaten (und ganz besonders in der BRD) die Aufklärungsarbeit und den Kampf derjenigen empfindlich stören, die die positiven Seiten der Entwicklung des realen Sozialismus unterstützen und die Propagierung neuer Formen des internationalen Klassenkampfes des Monopolkapitalismus gegen den Sozialismus, aber erst recht die Wiederbelebung des kalten Krieges bekämpfen und die Entspannungspolitik fördern wollen. Die sozialistischen Staaten waren stets (und sind solange monopolkapitalistische Machtsysteme bestehen) auf die Solidarität der antimonopolistischen Gruppierungen in den kapitalistischen Staaten verwiesen.

Deshalb sind überhöhte Urteile dieser Art nicht nur deshalb ein Fehler, weil sie (mindestens im Einzelfalle) nicht den humanitären Zielen des Sozialismus entsprechen (*volle* Wahrung der Humanität in *jedem* Einzelfalle wird, das ist zuzugeben, erst dann möglich, wenn der Sozialismus nicht mehr ernstlich bedroht ist; und das ist – leider – immer noch Zukunftsmusik. Aber *maximale* Realisierung der Humanität ist für jeden Sozialisten ständiges Gebot). Sie sind vor allem zusätzlich ein politischer Fehler auch vom bloßen Machtdenken eines sozialistischen Staates aus gesehen, weil sie seine möglichen Bundesgenossen schwächen und teilweise völlig verwirren.

Ein Sozialist, der das alles ausspricht, wird nicht dadurch, daß er das tut, zum Feind des realen Sozialismus und der DDR. Wenn er diese Frage so einschätzt, ist es vielmehr umgekehrt seine solidarische Pflicht gegenüber der DDR, das auch zu sagen, wie es seine humanitäre Pflicht gegenüber dem Betroffenen – hier Bahro – ist, so gut er kann zu helfen, selbst wenn er einen großen Teil der Thesen, die dieser vertritt, für falsch hält. Auch sozialistische Staaten machen Fehler. Man kann ihnen nicht helfen, sie zu überwinden, wenn man sie ihnen nicht benennt. Daß auch ausländische Sozialisten, die sie benennen wollen, dabei irren können (und häufig irren werden), ist ebensowenig zu bezweifeln. Aber es wäre der größte Fehler, den man machen könnte, jede Diskussion über solche Fragen sofort in ein Freund-Feind-Schema einzuordnen und dadurch (von welcher Seite dann auch immer) sektiererisch jede Bündnisfähigkeit der internationalen sozialistischen (und demokratischen) Bewegung untereinander zu riskieren.

Deshalb ist auch an sich nichts dagegen einzuwenden, wenn ein zuverlässiger demokratischer Freund der sozialistischen Bewegung wie Helmut Gollwitzer in dieser Frage erstens die DDR (und zweitens meine Besprechung des Buches von Bahro im »Argument«) kritisiert. Nur eins sollte er (und sollten alle sozialistischen Kritiker der Dissidentenprozesse in den sozialistischen Staaten) beachten. Man darf sich nicht als Bundesgenosse solcher Kräfte mißbrauchen lassen, die diese Dinge als extreme Verletzung der Menschenrechte durch die sozialistischen Staaten, als angeblich groben Rückfall in den vollen Stalinismus (die sie unzweifelhaft nicht sind) anprangern wollen, um den Sturz der politischen Herrschaftssysteme (sei er auch gewaltsam) in den

Ländern des realen Sozialismus vorzubereiten. Wenn die Regierung der USA Versuche in dieser Richtung macht, so übt sie sich in der gleichen Heuchelei, die für sie einst in der Zeit des kalten Krieges selbstverständlich war, in der gleichzeitig ihr CIA Verbrechen auf Verbrechen begangen hat. Gibt es in den USA heute keine politische Unterdrückung? Wenn »linientreue« Sozialdemokraten sich über die sozialistischen Staaten aufregen, so muß man sie fragen, ob die Berufsverbote (und manche Manöver der bundesdeutschen Geheimdienste) etwas mit den Menschenrechten zu tun haben.

Wer mit solchen Kräften gemeinsam in diesen Fragen sozialistische Staaten kritisiert, treibt umgekehrt die sozialistischen Staaten (und also auch die DDR) in die Illusion hinein, sie seien so bedroht, daß derartige Dissidentenurteile notwendig seien, um ihre Macht in ihrem Herrschaftsbereich zu stabilisieren. Er gerät damit in die Gefahr, den Boden solidarischer Kritik zu verlassen und sich objektiv (häufig subjektiv gegen seinen Willen) zum Instrument des Klassegegners zu machen. Er wird dann den Betroffenen gegenüber als Vermittler humanitärer Hilfe möglicherweise unbrauchbar, weil er jede Chance des Gehörs in den sozialistischen Ländern einbüßt. Daran sollte bei allen »Kampagnen« der kommenden Wochen und Monate jeder denken.

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 2 Gewerkschaften im Klassenkampf. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Westeuropa

Inhalt:

W. Goldschmidt: Ökonomische und politische Aspekte des gewerkschaftlichen Kampfes in Frankreich seit dem zweiten Weltkrieg

P. Oehlke: Grundzüge der Entwicklung der britischen Gewerkschaftsbewegung

D. Albers: Von der Einheit zum Kampf um die Einheit. Grundzüge der italienischen Gewerkschaftsbewegung 1943 bis 1972

J. Rohbeck: Rationalisierung und Arbeitskampf bei FIAT

E. Piehl: Multinationale Konzerne und die Zersplitterung der internationalen Gewerkschaftsbewegung

Buchbesprechungen. Schwerpunkte: Geschichte der Arbeiterbewegung, antigewerkschaftliche Strategien von links und rechts, Mitbestimmung, Arbeiterliteratur.

319 S.; 18,50 DM (Stud. 15,- DM) 2. Aufl. 1976

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65

Repliken auf das Editorial von *Argument* 109

Im letzten Heft informierten wir über eine Auseinandersetzung mit einem Autor, die sich zu einer Polemik mit einer andern linken Zeitschrift, der »Sozialistischen Korrespondenz« (SK), ausgewachsen hat. U. E. war es darum gegangen, eine uninformativ und tendenziöse Rezension abzulehnen, also handwerkliche Maßstäbe wissenschaftlichen Arbeitens durchzusetzen. Die SK sieht den Vorgang anders. Sie schreibt: »Streicht man das Wortgeklingel weg, so bleibt der Fakt: Die Argumenter haben die Rezension nicht gebracht, weil sie mit dem Inhalt nicht einverstanden waren.« Die Berufung auf Wissenschaft erscheint als Vorwand für politische Zensur. Wir hatten davor gewarnt, die Auseinandersetzung über wissenschaftliche Schreibweise auf das Gebiet der Fraktionskämpfe zu verschieben, weil wir in den wissenschaftlichen Kommunikationsformen eine Chance für die konstruktive Austragung von Differenzen sehen. Wir hatten davor gewarnt, den Druck des Rechtstrends und der Berufsverbotsdrohung nach innen weiterzugeben in Gestalt der »lächerlichen Intellektuellenkämpfe, die für das Exil – das innere wie das äußere – so typisch sind«. Darauf jetzt die SK:

»Uns trifft das nicht: Denn 1. sind die SK-Redakteure Arbeiterjournalisten (mit einer Ausnahme) und 2. befinden wir uns weder in innerer noch in äußerer Emigration . . . Natürlich gab es und wird es weiterhin Auseinandersetzungen unter Intellektuellen geben. Auch wenig konstruktive Debatten. Ein Beispiel liefert das ›Argument-Editorial. Aber das Typische in der Diskussion in der Arbeiterbewegung ist das nicht. Dies sei all jenen ›Obermarxnen‹, die die Arbeiterbewegung am strengen Maßstab immer neuer Theorie-Auslegungen messen möchten, gesagt.« Hier liegen zwei Verwechslungen vor: 1) Auch Arbeiterjournalisten sind Intellektuelle; mit Gramsci kann man sie als *organische Intellektuelle der Arbeiterbewegung* bezeichnen. 2) Intellektuelle sind nicht gleich Wissenschaftler, obwohl alle Wissenschaftler Intellektuelle sind. Das oft problematische Verhältnis des Journalisten zur Wissenschaft sollte nicht unter dem Etikett des Verhältnisses der Arbeiter zu den Intellektuellen versteckt werden. Wissenschaft hat ihr eignes Recht, ihre eignen Gesetze. »Aber«, wird die SK erwidern, »marxistische Wissenschaft ist parteilich«. Einverstanden! Entfällt damit Büchern gegenüber, deren Autoren sich derselben Parteilichkeit wie der Rezensent zurechnen, das Problem der Gefälligkeitsrezension? Wohl kaum! Und entfällt gegenüber Autoren, die andern Parteilichkeiten als der Rezensent zuzurechnen sind, das Problem der tendenziösen Verrisse, die sich gar nicht auf das aufbereitete Material und die Vorschläge eines Buches einlassen? Ebenso wenig! Die SK weist mit Butterwege auf Engels' empfehlende Rezensionen des Marxschen »Kapitals«. Mit diesem Griff nach den Sternen umgeht sie das alltägliche Problem des Umgangs mit den Schwächen der Bücher von Parteifreunden. Parteilich zu rezensieren heißt für die SK, »den Einflußbereich marxistischer Literatur zu vergrößern«. Einverstanden! Das Problem der Parteilichkeit ist damit jedoch noch nicht einmal gestellt, geschweige denn gelöst. Denn vergrößert man den Einfluß marxistischer Literatur, indem man die Verbreitung u. U. schlechter marxistisch sich bekennender Literatur kritiklos unterstützt? Nein, so untergräbt man natürlich den Einfluß des Marxismus. »An eine kürzere Rezension den Maßstab eines wissenschaftlichen Korreferats zu legen, ist überzogen«, schreibt die SK. Aber die Wissenschaftlichkeit eines Textes ist keine Frage seiner Länge. – Wie man es dreht und wendet: Das Verhältnis von Standpunkt und Perspektive in der Wissenschaft, von Wissenschaft und Parteilichkeit gründlich zu diskutieren wird immer dringlicher. Seit der Sozialismus zu einer Wissenschaft geworden ist, muß er auch unbedingt als eine solche behandelt werden. Der Alarmruf stammt von Engels und ist so aktuell wie je.

Christoph Butterwegge: Replik

Im Editorial des *Argument* 109 erfuhr der Leser von Auseinandersetzungen zwischen der Redaktion und mir, die sich nur vordergründig um das Problem der »Gefälligkeitsrezensionen« drehen. Dahinter stehen verschiedene Wissenschaftsauffassungen.

Vier Rezensionen habe ich für das *Argument* verfaßt; »zufälligerweise« wurden die beiden beanstandet, deren Gegenstand Bücher von DKP- bzw. SEW-Autoren sind. Ihre Ablehnung war weniger inhaltlicher als formaler Natur, was die SK veranlaßte, dahinter politische Motive zu vermuten. Von solchen aber will die *Argument*-Redaktion nichts wissen. Man verweist auf »wissenschaftliche Kriterien«, die an Rezensionen anzulegen sind: eine Meßlatte, deren Überwindung meinen Besprechungen mißlang. Das *Argument* schwingt sich zum Gralshüter der Wissenschaft auf, ich dagegen halte Kritik, die darin besteht, auf zwei Briefseiten darzutun, was meine anderthalbseitige Rezension des mehrhundertseitigen Buches von Braunsdorf/Löffler auspart, unberücksichtigt läßt, ausführlicher hätte behandeln sollen, für beckmesserisch. In einem Schreiben an mich wünscht sich die *Argument*-Redaktion eine »Verwissenschaftlichung« der Sozialismus-Diskussion. Scheinbar gibt es einen Gegensatz zwischen politischer Positionsbestimmung und Wissenschaftlichkeit. Ist Wissenschaft das mit den Fußnoten, wo der politisch Engagierte nicht mitkommt? Marxistische Wissenschaft ist parteilich und bekennt sich dazu: sie kritisiert Bücher nicht um der Kritik willen, schickt nicht jedem Lob ein »Aber« hinterher, um ihre Kritikfähigkeit unter Beweis zu stellen. Die *Argument*-Redaktion konstruiert einen Widerspruch, der nur im Kopf kleinbürgerlicher Intellektueller existiert, de facto aber eine Scheinalternative darstellt: »Empfehlungsrezension« und Wissenschaftlichkeit. Meinen Begriff »Empfehlungsrezension« in »Gefälligkeitsrezension« umzubiegen, zeigt, daß die *Argument*-Redaktion die Fälschertätigkeit, der sie andere zeigt, selbst praktiziert, oder daß ihr jenes Differenzierungsvermögen abgeht, das sie von ihren Autoren verlangt. Wohlgemerkt: »Empfehlungsrezensionen« sind solche, die ein Buch empfehlen, weil es dem Rezensenten gefällt (wie mir die Arbeit von Braunsdorf/Löffler), »Gefälligkeitsrezensionen« solche, die ein Buch empfehlen, weil ihr Verfasser dem Autor und/oder Verlag einen Gefallen tun will.

Begriffe wie »ultralinks«, »Linksrevisionismus«, »undialektisch« und »Idealismus« brandmarkt das besagte Editorial als Etiketten, derer man sich im *Argument* zu enthalten hat. Es wäre ratsam, einmal bei den Klassikern des wissenschaftlichen Sozialismus nachzuschlagen, in deren Werken es nur so von Etikettierungen wimmelt (»Vulgärökonom«, »heiliger Eskamoteur«, »Renegat« usw.). Wie soll man ein Buch auf ein oder zwei *Argument*-Seiten anders rezensieren als unter Verwendung von »Etiketten«? Gleichzeitig würde man finden, daß Engels' Besprechungen Marx'scher Schriften Empfehlungsrezensionen sind, die im *Argument* keinen Platz hätten!

Am Ende des Editorials appelliert die *Argument*-Redaktion an die Linke, gegen Berufsverbote, Bespitzelung, Gesinnungsschnüffelei zu kämpfen und plädiert für die »freie Entfaltung geistiger Prozesse in der sozialen Bewegung«, schneidet mir aber die Möglichkeit ab, in diesen Diskussionsprozeß einzugreifen. Wenn man, wie die *Argument*-Redaktion schreibt, darüber streiten kann, ob die Kriterien, die sie an Rezensionen anlegt, »in der Besprechung Butterwegges nicht doch leidlich erfüllt sind«, warum druckt das *Argument* sie dann nicht ab, damit sich seine Leser ein Bild machen und »darüber streiten« können? Die *Argument*-Redaktion beschwört die Solidarität der Linken und trägt mit Verdrehungen und Verleumdungen dazu bei, sie zu zerstören. Fast ist man versucht, Klaus von Beymes Bemerkung beizupflichten, das *Argument* sei »nicht frei von Neurosen« (FR v. 16. 6. 1978). Bis zur linken Bündnisorientierung, die vom Sockel elitärer Arroganz herabsteigt und Marxisten einer bestimmten Richtung nicht mit dem Verdikt der Unwissenschaftlichkeit ins akademische Abseits laufen läßt, ist es noch ein weiter Weg!

Hartmut Geil: Über »innerlinke« Kritik

Die Auseinandersetzung über »innerlinke« Kritik scheint mir von einer Bedeutung zu sein, die über den aktuellen Anlaß hinaus geht. Denn der Gegenstand dieser Auseinandersetzung ist kein anderer als die Frage, wie Bündnisse hergestellt und gefestigt werden sollen, also im Grunde die publizistische Konkretisierung der »Sozialismus-Diskussion«, die im »Argument« und erfreulicherweise immer häufiger auch in anderen Organen geführt wird. Der bei solchen Diskussionen verbreitete abstrakte Hinweis darauf, daß Einheit vor allem in der Praxis entstehe, ist zwar richtig, aber eben abstrakt und damit für eine konkrete Tätigkeit wie das Zeitschriftenmachen nur beschränkt nützlich: Das Machen einer Zeitschrift ist nämlich im theoretischen und Wissenschaftsbereich eine Form der Praxis. Wie diese zu gestalten ist, muß deshalb aus den Zielen und Arbeitsbedingungen demokratischer Wissenschaftspolitik abgeleitet werden.

Die Position Eurer Diskussionspartner ist exemplarisch; wer immer »linke« nicht fraktionsgebundene Zeitschriften redigiert, hat sich damit auseinander zu setzen (vgl. etwa das Editorial von Leviathan Heft 4/77). Sie ist menschlich verständlich: Wer sich so an die Wand gedrückt sieht, wie die Linken derzeit in der Bundesrepublik, bedarf der Ermunterung. Zudem bildet ein beliebtes und äußerst wirksames Mittel in der justizförmigen, politischen und »wissenschaftlichen« Auseinandersetzung mit Linken und ihren Arbeiten die Infragestellung von deren Wissenschaftlichkeit, wobei bürgerliche Wissenschaftstheorien als Kriterium angelegt werden. Das bewirkt leicht Allergisierungen gegen jede Art von Kritik, zumal die Auswirkungen des Vorwurfs mangelnder Wissenschaftlichkeit für Linke bis zur Existenzvernichtung gehen können. Abendroth hat in Argument 87 diesen Zusammenhang dargestellt.

Das von Euren Diskussionspartnern empfohlene Verhalten ist aber nicht bloß ein ungeeignetes Mittel im Kampf gegen diese Zustände, sondern trägt dazu bei, sie zu befestigen. Es bestätigt nicht bloß Vorurteile über linken Nepotismus, vielmehr wird eine Praxis gefordert, die den Zielen fortschrittlicher Wissenschaftspolitik konträr ist. Nach theoretischen Vorarbeiten unter anderem im »Argument« (M. v. Brentano, Heft 66/1971, nachgedruckt in *Argument-Studienheft* SH 3) hat sich anfangs der 70er Jahre in der Studentenbewegung bei der Auseinandersetzung mit der Konzeption des »sozialistischen Studiums«, das in den Universitäten sozialistische Inseln zur Heranbildung von selbst ernannten Vorkämpfern des Proletariats schaffen wollte, allgemein die Erkenntnis durchgesetzt, daß es darauf ankommt, generell Studieninhalte und Forschungsgegenstände zu verändern, und daß dabei – im Vertrauen auf die Durchsetzungskraft der besseren Theorie in einer offenen Diskussion – die gleichberechtigte Teilnahme marxistischer und anderer fortschrittlicher Wissenschaftler zu erkämpfen sei. Das Ziel ist also die Offenheit des Wissenschaftsprozesses für alle Ansätze und nicht die Ersetzung des bürgerlichen Kartells durch ein »linkes«. Was Butterwegge dagegen verlangt, läuft auf die Ghettoisierung der »linken Wissenschaft« hinaus: Die Linken sollen sich aus dem, was Wissenschaft ausmacht, nämlich dem freien Prozeß öffentlicher Diskussion, selbst ausschließen.

Diese Kartellisierungsbestrebungen werfen die Frage nach dem Wissenschaftsverständnis ihrer Protagonisten auf: Natürlich ist es angenehm, gelobt zu werden; aber ist es für einen Wissenschaftler nicht nützlicher, auf die Schwachstellen seiner Arbeiten hingewiesen zu werden? Ist nicht die breite Diskussion, die notwendigerweise öffentlich sein muß, der Prozeß, in dem Theorien präzisiert und verfeinert werden? Ich meine, unter den gegenwärtigen Bedingungen kann nur der die öffentliche Kritik für überflüssig oder gar schädlich halten, der sich im Besitz der endgültigen Wahrheit glaubt, nur er kann aus der öffentlichen Diskussion nichts lernen. Und gerade das macht die allgemeinpolitische Bedeutung dieser Diskussion aus: Ein marxistisches Verständnis vom Theorie-Praxis-Verhältnis zugrunde gelegt, kann die Forderung nach offener und öffentlicher Diskussion schwerlich als intellektuelle Kritiksucht abgetan werden.

VDI Kongreß Mittlere Technologie in der Produktionstechnik

Frankfurt/M., 13.–14. 6. 1978

Der erste Eindruck war verwirrend. Was alles im Namen der »Mittleren Technologie« gegenwärtig sich versammelt, kann man getrost einen bunten Haufen nennen. Der Heterogenität dessen, was unter dem Wort zusammenkommt, entspricht die Vielzahl verwandter oder gleichbedeutender Namen: »alternative Technik«, »sanfte Technik«, »angepaßte Technik«, »Kleintechnik«, »zweckmäßige (appropriate) Technik«, »gewaltlose Technik« u. a. m. An den Definitionsversuchen beteiligen sich ebenso Landkommunarden wie Umweltschützer, Fertigungsingenieure und Verwaltungsbeamte. Streckenweise begegnen alte Konzepte in der neuen Verpackung: was vor einigen Jahren als »Arbeitsstrukturierung« oder »Humanisierung der Arbeit«, etwa in den Montageabteilungen der Elektroindustrie, auf Tagungen und Kongressen verkauft wurde, wird jetzt von denselben Firmen als »Mittlere Technologie« präsentiert. Während die einen »Mittlere Technologie« noch kaum zu Gesicht bekommen haben, reden die anderen von ihr als dem Selbstverständlichsten, das längst betrieblicher Alltag ist. Daß der Berufsverband der Ingenieure in der BRD sich seit etwa einem Jahr des Themas annimmt, verweist darauf, daß es hier um reale Entwicklungen und praktische Interessen gehen muß.

Zunächst: daß allerlei Verschiedenes sich unter ein und dasselbe Wort drängt, hat einen sehr handfesten Grund: es geht um Geld. Am 1. Juli 1978 ist das Förderprogramm »Heizenergiesparende Investitionen« der Bundesregierung in Kraft getreten, das mit 4,35 Milliarden DM unter anderem den Einbau von Solar- und Wärmepumpenanlagen in alte und neue Häuser in Form von Zuschüssen oder Steuervergünstigungen fördert. Das BMFT sieht innerhalb seines Energieforschungsprogramms für die Entwicklung von »Technologien zur Nutzung der Sonnenenergie« in den Jahren 1977 bis 1980 Aufwendungen in Höhe von rund 230 Mio. DM vor. – Im Frühjahr 1978 hat die Bundesregierung verschiedene Förderungsmaßnahmen für mittelständische Unternehmen zu einem »Forschungs- und technologiepolitischen Gesamtkonzept für kleine und mittlere Unternehmen« zusammengezogen, in dessen Rahmen ca. 350 Mio. DM pro Jahr an direkten Hilfen zur Verfügung gestellt werden. Ein Netz von Innovationsberatungsstellen und Technologievermittlungsagenturen wird z. Zt. in verschiedenen Bundesländern aufgebaut. Indirekte (steuerliche) Forschungsförderung soll mit der Novellierung des Investitionszulagengesetzes verstärkt werden. Mittelstandsbezogen sind die Technologieförderungsprogramme der Landesregierungen von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen.

Die Gewerkschaften waren auf dem VDI-Kongreß durch Horst Hinz von der IG Metall vertreten: Die von ihm konstatierte »weitgehende Übereinstimmung« mit den Zielstellungen der »Philosophie der mittleren Technologie« reicht für eine arbeitnehmerorientierte Einschätzung kaum hin. Dazu muß das Bündel heterogener Interessenlinien, das sich hier verknäult, sorgfältig auseinandergenommen und auf Anknüpfungswie auf Widerspruchspunkte zu den Interessen der Arbeitenden geprüft werden. Dazu einige Hinweise:

1. Am Anfang stand der Gedanke, daß in Entwicklungsländer nicht der jeweils fortgeschrittenste Stand der Produktionstechnik umstandslos zu verpflanzen, sondern den lokalen Gegebenheiten – Klima, Rohstoffen, Infrastruktur etc. – angemessene Technologien zu entwickeln seien. Gemeinhin wird die Urheberschaft dieses

Gedankens der 1965 gegründeten Intermediate Technology Development Group in London zugeschrieben, deren Leiter George McRobie auf dem VDI-Kongreß mit folgenden Beispielen aufwartete: Mini-Ziegeleien und Mini-Zementwerke in breiter regionaler Streuung, um eine mangelhafte Verkehrs- und Transportinfrastruktur zu kompensieren, und mit einfachster Mechanik bestückt, um bei der Bedienung und Wartung einem niedrigen Ausbildungsniveau Rechnung zu tragen; kleine, regional zugeschnittene Zuckerfabriken als eine Form saisongebundener Produktion zur Überbrückung der bei vorwiegend landwirtschaftlicher Produktionsweise saisonal anfallenden Unterbeschäftigung; kleine Seifenfabriken, um die Hunderte von verstreuten Katen-Seifensiedern in Partnerschaften oder Genossenschaften zu konzentrieren und dergestalt die Produktivität zu steigern. Ob solche Technologien wirklich die angemessenen und notwendigen Entwicklungsimpulse für die jeweilige Volkswirtschaft sind, oder ob hier nicht einfach der Produktivkraftstand von vorgestern exportiert und perpetuiert wird, müßte von Fall zu Fall genauer untersucht werden. Unstrittig ist in jedem Fall die Profitlichkeit des Technologietransfers. So ist beispielsweise die staatliche Förderung der Sonnenenergietechnik in der BRD selbstverständlich stark exportorientiert: in diesem Sektor gibt es gegenwärtig Kooperationsprojekte mit Indien, Iran, Jordanien, Ägypten, Niger und Mexiko. Im Iran etwa wurde ein durch Sonnenenergie betriebenes Stromversorgungssystem mit einer Spitzenleistung von 2,5 kw für einen Sender der iranischen Post entwickelt; unter den dortigen extremen Klimabedingungen soll zugleich das Langzeitverhalten von Solargeneratoren getestet werden. Die Planung eines auf Sonnenenergie beruhenden Energieversorgungssystems für ein Gästehaus in Teheran ist in vollem Gange; in Vorbereitung ein Solarsystem für den Betrieb einer Joghurt-Fabrik; vorgesehen der Bau eines 100-kw-Sonnenkraftwerks, an dessen Entwicklungs- und Baukosten die BRD und der Iran je zur Hälfte beteiligt sind usw.

2. Die Weltwirtschaftskrise der letzten Jahre hat den Druck auf die Ökonomisierung aller lebendigen und gegenständlichen Produktionsfaktoren gewaltig verstärkt: neben die Notwendigkeit, an allen Ecken und Kanten Personal, Rohstoff, Energie, Material jeglicher Art einzusparen, tritt die zugespitzte Problematik der Auslastung maschineller Kapazitäten, des kurzfristigen, flexiblen Reagierens auf vermehrte Stückzahlenschwankungen. Die weitgehende Stagnation der Investitionstätigkeit in den letzten Jahren signalisiert die Diskrepanz unausgelasteter Maschinerie (der Auslastungsgrad sank in der verarbeitenden Industrie von 91 % 1970 auf 77 % 1975 und stieg bis 1977 nur leicht auf 82%) bei gleichzeitiger Überalterung des Maschinen- und Anlagenparks: waren 1960 32% der Maschinen älter als 10 Jahre, so sind es heute über 50%, bei den Werkzeugmaschinen sogar über 60%. Gewünscht wird, wie es auf dem VDI-Kongreß ein Verwaltungsbeamter des nordrheinwestfälischen Wirtschaftsministeriums ausdrückte, die »Realisierung des technischen Fortschritts ohne Kapazitätserweiterungen«; anstelle starr ausgelegter, schwer umrüstbarer, überdimensionierter Maschinerie flexible, schnell umrüstbare und auf unterschiedliche Größenordnungen und Konzentrationsgrade in den verschiedenen Bereichen der gesellschaftlichen Arbeit auslegbare Technologien.

3. Solcherlei Probleme stellen sich für mittlere und kleine Betriebe verschärft. Trotz unvermindert voranschreitenden Konzentrationsprozessen – in der Industrie ist seit Anfang der sechziger Jahre etwa jedes siebte Unternehmen verschwunden – und obwohl der Marktanteil der Klein- und Mittelbetriebe ständig schrumpft – ihr Anteil am Umsatz aller Unternehmen hat sich von knapp 60% zu Anfang der sechziger Jahre auf gut 40% verringert – ist ihre Bedeutung innerhalb des ökonomischen Reproduktionsprozesses der BRD groß: noch immer zählen 90% der Betriebe zu den Klein- und Mittelbetrieben, die 60% der Arbeiter und Angestellten beschäftigen. An

dieser volkswirtschaftlichen Bedeutung gemessen ist der Forschungs- und Entwicklungsaufwand gering: auf mittelständische Unternehmen mit Umsätzen bis zu 100 Mio. DM entfielen 1975 ca. 6% der industriellen Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Die Gründe für dieses Defizit liegen auf der Hand: der für Forschung und Entwicklung erforderliche Mindestaufwand ist für ein mittelständisches Unternehmen mit ungleich mehr Belastung und Risiko verbunden als für ein Großunternehmen. Vor diesem Hintergrund wächst in der Krise für den Staat die Notwendigkeit, kleine und mittlere Betriebe zu mehr Innovation und Risiko zu mobilisieren. Staatliche Förderungspolitik ist überdies motiviert durch die produktivkrafthemmende Seite der großen monopolistischen Produktionseinheiten: das Horten von Patenten, die Inflexibilität durch lange und mühsame Entscheidungswege u. a. m. Man setzt auf ein spezifisches Innovationspotential bei kleinen und mittleren Unternehmen, das bislang nicht hinreichend genutzt und entwickelt wurde: der langwährende Konkurrenzkampf habe sie ins Aufspüren von Marktlücken eingeübt; technologische Neuerungen würden oftmals schneller in die betriebliche Praxis umgesetzt als in großen Konzernen. Gegenwärtig kommt jedes zweite Patent von Kleinfirmen; 54% der Patente stammen von Firmen oder Personen, die höchstens 10, im Durchschnitt nur 1,6 Patente im Jahr anmelden.

4. In mehreren Beiträgen des VDI-Kongresses wurde »Mittlere Technologie« als »Denkweise«, als »Philosophie« reklamiert, verknüpft mit Attributen wie »klein, einfach, billig, gewaltlos« oder »menschengemäß, umweltschonend, rohstoffsparend, energiesparend«. Unbestritten ist, daß hier, angesichts der Auseinandersetzungen um die Kernenergie und gewaltiger Umweltschädigungen, reale Bedürfnisse sich Artikulation verschaffen; der Vorstellungsrahmen jedoch, in dem dies geschieht, ist der einer alternativen Technologie. Diese Art von Technik-Kritik lenkt den Protest gegen eine als unerträglich erfahrene Gesellschaft gegen Produktivkräfte um, die doch die Entwicklung einer menschlichen Gesellschaft erst ermöglichen (vgl. R. Nemitz, Technik als Ideologie, in: Das Argument 103). Da aber die Produktionsmittel zugleich Verwertungsmittel sind und also im Kapitalinteresse überlebensnotwendig, wird die Kritik als Affekt gegen eine unbewegliche, alles verschlingende und auf großen Ausstoß ausgerichtete, »kapitalintensive Großtechnologie« kanalisiert. Jenseits dieser Schwelle, die übrigens variabel und bis zur Scheidelinie zwischen industrieller und land- bzw. gartenwirtschaftlicher Produktion verschiebbar ist, wird produktive Phantasie und Kreativität in jeder Form für neue technisch-organisatorische Lösungen mobilisiert, wird der »Schwung der Gründerjahre« beschworen, die unternehmerische »Dynamik« des »Promotors einer neuen Idee«. – Gegenüber dieser Art von Technik-Kritik wäre geltend zu machen, daß Miniaturisierung, Energieeinsparung, Rohstoffeinsparung, Verbilligung des konstanten Kapitals, Umweltschonung wesentliche Attribute der auf Halbleiterbasis entwickelten Mikroelektronik sind, daß es zu ihrer Realisierung also nicht einer ganz anderen Technik bedarf, sondern daß Möglichkeiten ihrer Realisierung auch in der Entwicklungslinie des wissenschaftlich-technischen Fortschritts selbst und seiner Schlüsselindustrie zu finden sind.

So waren denn auch die spannendsten Beiträge des VDI-Kongresses diejenigen, die »Mittlere Technologie« als »angepaßte Automatisierung« zu begreifen versuchten: Unter diesem Begriff wurde etwa ein automatisches Überwachungs- und Diagnosesystem vorgestellt, mit dem (in den Fertigungsfunktionen bereits automatisierte) Pressen, Gewindewalzmaschinen oder Kunststoffspritzmaschinen relativ einfach nachgerüstet werden können, und das das Erkennen der dominanten Störungen sowie das Abschalten der Maschinen übernimmt. Oder eine Universalfräs- und bohrmaschine mit einer auf Mikroprozessorbasis ausgeführten Positionier- und Streckensteuerung, einer fortgeschrittenen NC-Technologie also. Am Rande des Kongresses konnte man

in Gesprächen mit Fertigungsingenieuren einiges über die Auswirkungen solcher »angepaßten Automatisierung« auf Tätigkeiten und Qualifikationen der Beschäftigten erfahren: Der Einsatz von Überwachungs- und Diagnosesystemen entlaste den Maschinenbediener von monotoner Routineüberwachung und ermögliche es ihm, sich auf das zweckmäßige Reagieren bei Prozeßstörungen und ihre Beseitigung zu konzentrieren. Darüber hinaus erweitere sich die Planförmigkeit seines Arbeitshandelns: Zur Störungserkennung müsse dem Gerät als Referenz vorgegeben werden, welches Prozeßverhalten als normal zu betrachten sei. Diese Aufgabe komme dem Maschinenbediener zu, der die Maschine einstellt, den Prozeßverlauf beurteilt, den Soll-Verlauf dem Gerät meldet und, wo möglich, die zulässigen Toleranzen bei Abweichungen vom Normallauf vorgibt; dadurch werde er in die Lage versetzt, die Werkzeug- und Maschineneinstellung zu optimieren und als günstig befundene Einstellungen zu reproduzieren. Überdies verbessere sich die Möglichkeit, vorbeugende Instandhaltung zu betreiben. – Die Mikroprozessor-gesteuerte Universalfräs- und bohrmaschine verlange nach wie vor den qualifizierten Werkzeugmacher, der alles über Werkzeugverhalten, Spannmittel, Vorschübe, Drehzahlen etc. wissen muß. Die automatische Steuerung enthebe ihn bestimmter Routinen der Berechnung und der Handsteuerung; handwerkliches Erfahrungswissen verliere an Bedeutung (»wenn der Mann nach einiger Zeit an eine konventionelle Maschine gehen würde, würde er etwas mehr Zeit zur Fertigung benötigen als früher«). Stattdessen müsse er systematisches Wissen über maschinelle Steuerung und Programmherstellung sich aneignen. In der Perspektive wüchsen an NC-Maschinen Bediener und Programmierer zusammen. Trotz gesunkener Kosten der Steuerungshardware, vereinfachter Programmierbarkeit etc. wären die bei der Beschäftigung ungelerner Bedienungskräfte (was mitunter von Sozialwissenschaftlern als möglich behauptet wird) zu erwartenden Stillstandszeiten, Havarien und Fehlreaktionen in Störungsfällen nicht zu verantworten. –

Der Kongreß über »Mittlere Technologie« war dort am ergiebigsten, wo die schildernde Bedeutungsvielfalt des Wortes sich auflöste zugunsten klarerer produktivkraftgeschichtlicher Konturen.

(Die Referate des Kongresses sind mitsamt weiteren Materialien, aus denen ein großer Teil der hier zitierten Daten gezogen wurde, in broschierter Form von der VDI-Gesellschaft Produktionstechnik in Düsseldorf herausgebracht worden.)

Werner van Treeck (Berlin/West)

Medizin hinter dem Werktor

Bericht von der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin e. V., 24.–27. 5. 1978

1. Zusammenhänge:

»Vergessen wir doch nicht, meine Damen und Herren, daß Arbeitsmediziner und Fachkräfte für Arbeitssicherheit Berater des Unternehmens sind« (Beifall) . . . »Es ist an der Zeit, dem überversicherten Bürger die Verantwortung für seine eigene Gesundheit zurückzugeben« (starker Beifall); so formulierten namhafte Fachvertreter auf der Jahrestagung der »Gesellschaft für Arbeitsmedizin« in Frankfurt/Main, während einige hundert Kilometer weiter nördlich vom DGB, beinahe, aus »Versehen« fast, die Enteignung der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen gefordert worden wäre. Der Vergleich macht Perspektiven und Kriterien deutlich, unter denen das arbeitsmedizinische Treffen in der Jahrhunderthalle Hoechst und seine Ergebnisse hier bewertet werden sollen. Denn während in Hamburg der diesjährige Bundeskongreß des DGB stattfand, setzten sich in Frankfurt Vertreter von Institu-

tionen an einen Tisch, deren Erkenntnisse und Analysen die erwerbstätige Bevölkerung der BRD nicht minder existentiell angehen: 500 Teilnehmer, überwiegend aus den Reihen der gewerblichen Berufsgenossenschaften, des Verbandes Deutscher Betriebs- und Werksärzte und der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin waren zusammengekommen, um Arbeits- und Forschungsergebnisse vorzutragen, die ebenfalls Grundlage für Entscheidungen und Entwicklungen in der betrieblichen und sozialpolitischen Praxis darstellen.

2. Positionen:

Die vorgestellten Zitate sind willkürlich gewählt und aus dem Zusammenhang herausgenommen. Dennoch charakterisieren sie eindeutig und unverhohlen die in der Mehrzahl der Vorträge eingenommene Position und das in der Diskussion zum Ausdruck gekommene Selbstverständnis eines Großteils des Auditoriums. Als noch ungeübter Kongreßbesucher möchte man manchen Teilnehmern das Arbeitssicherheitsgesetz und die Paragraphen 90/91¹ des Betriebsverfassungsgesetzes zitieren. Dort ist der Arbeitsmediziner ausdrücklich in einer Beraterfunktion sowohl für den Unternehmer als auch für den Betriebsrat vorgesehen – Ergebnis jahrzehntelanger Diskussionen und Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden. Die Tatsache, daß die Entwicklung der Arbeitsmedizin zuallererst ihre Berechtigung und ihren Schwerpunkt in der Prophylaxe und der Vermeidung arbeitsplatzbedingter Erkrankungen haben sollte – damit eben nicht dem Individuum die Sorge für seine auch am Arbeitsplatz beeinträchtigte Gesundheit zugeschoben wird –, war für die Mehrzahl der Kongreßteilnehmer offensichtlich nicht wesentlicher Bestandteil ihres arbeitsmedizinischen Engagements.

Mit diesem Eindruck sollen die Ergebnisse der Arbeitsmedizin nicht an sich in Zweifel gezogen werden. Jedoch haben Forschungsvorhaben ihren sozialen Stellenwert und ihre betrieblichen Konsequenzen. Dies gilt allgemein für die Gestaltung von Arbeitsplätzen und, damit verbunden, auch für die Existenz des einzelnen Arbeiters. – Hier müssen sich auch Arbeitsmediziner nach ihrem Selbstverständnis, nach der derzeitigen Funktion ihrer Wissenschaft, befragen lassen. Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen:

Der erste Kongreßtag sollte die Möglichkeiten und Grenzen des »Biological Monitoring« (Bestimmung von Schadstoffen und deren Metaboliten in Körperflüssigkeiten) im Vergleich zu den gängigen Verfahren wie »Environmental Monitoring« (Be-

¹ § 90. Unterrichts- und Beratungsrechte. Der Arbeitgeber hat den Betriebsrat über die Planung

1. von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten von Fabrikations-, Verwaltungs- und sonstigen betrieblichen Räumen,
2. von technischen Anlagen,
3. von Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufen oder
4. der Arbeitsplätze

rechtzeitig zu unterrichten und die vorgesehenen Maßnahmen insbesondere im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Art der Arbeit und die Anforderungen an die Arbeitnehmer mit ihm zu beraten. Arbeitgeber und Betriebsrat sollen dabei die gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit berücksichtigen.

§ 91. Mitbestimmungsrecht. Werden die Arbeitnehmer durch Änderungen der Arbeitsplätze, des Arbeitsablaufs oder der Arbeitsumgebung, die den gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit offensichtlich widersprechen, in besonderer Weise belastet, so kann der Betriebsrat angemessene Maßnahmen zur Abwendung, Milderung oder zum Ausgleich der Belastung verlangen. Kommt eine Einigung nicht zustande, so entscheidet die Einigungsstelle. Der Spruch der Einigungsstelle ersetzt die Einigung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat.

stimmung von Schadstoffen am Arbeitsplatz) und der Verwendung klinischer Untersuchungsmethoden problematisieren und aufarbeiten.

Zwar wurde in der Diskussion deutlich, daß zu einer effizienten Prophylaxe arbeitsplatzbedingter Gesundheitsstörungen alle drei Möglichkeiten der Untersuchung zur Anwendung kommen müßten. Diese umfassende Überwachung der Gesundheit wurde jedoch nach den selbstformulierten Kriterien der Zumutbarkeit für den Probanden und der Wirtschaftlichkeit für den jeweiligen Betrieb als nicht »opportun« angesehen, blieb so ohne angemessene Konsequenzen naheliegender Handlungsanweisungen für Betriebsärzte.

Ein weiteres Beispiel: Eine vom Arbeitsmedizinischen Institut der Universität Essen veröffentlichte Untersuchung weist nach, daß *Lärmschwerhörigkeit* erst bei einer Dauerbelastung von mindestens 90 dB auftritt. Extraauditorische Lärmwirkungen, wie vegetative und nervöse Störungen, zeigen sich jedoch bereits bei Lärmpegeln ab 68 dB. Die naheliegende Empfehlung im Sinne einer Reduzierung des geltenden Grenzwertes von 90 dB blieb unausgesprochen.

Ein richtungsweisender, weil aktueller und praxisbezogener Beitrag kam dagegen aus dem Arbeitswissenschaftlichen Institut der Technischen Hochschule Darmstadt. In immer mehr Bereichen der Industrie und des Dienstleistungssektors sind und werden Bildschirmsysteme eingeführt. Dies ist eine Entwicklung, die den Gewerkschaften nicht nur wegen drohender Arbeitsplatzverluste im Zuge der Rationalisierung Probleme bereitet. Es geht auch um die Arbeitsbedingungen an den neuen Geräten, die in letzter Zeit Gegenstand zahlreicher Untersuchungen waren.

Das Ergebnis: Eine Dauerbeschäftigung an Bildschirmgeräten mit ihrer erheblichen visuellen und psychischen Belastung führte bei den Probanden zu objektivierbaren Sehstörungen und Ermüdungserscheinungen, zu Kopfschmerzen und Schlafstörungen. Neben einer Veränderung dieser Arbeitsplätze im Sinne einer ergonomischen Gestaltung wurde empfohlen, Bildschirmtätigkeit nicht über 4 Stunden täglich ausdehnen und – je nach Arbeitsorganisation – Kurzpausen nach 25–50 Minuten einzuführen. Dies war einer der wenigen Beiträge, die konkrete, praxisorientierte Forderungen formulierten und so unmittelbar auch in die betriebsärztliche Praxis und die gewerkschaftliche Interessenvertretung integriert zu werden vermögen.

3. Bewertungen:

Insgesamt erbrachte die Tagung wenige Beiträge, die sich in dieser Weise erklärmaßen praxisbezogen verstanden. Grund hierfür ist sicherlich nicht nur, daß die ebenfalls jährlich stattfindende Tagung der »Praktiker«, veranstaltet vom Verband der Deutschen Werks- und Betriebsärzte, solche Intention überflüssig machen würde. Immerhin wurden in Frankfurt eine Fülle von relevanten Detailproblemen referiert, Analysemethoden in extenso dargestellt und auch der Versuch gemacht, die Einzelreferate unter inhaltlichen Gesichtspunkten zusammenzufassen:

- »Arbeitsmedizinische Fallstudien anhand einzelner Gefährdungsbereiche«, wie Lärm, Staub, Lösemittel etc.;
- »Arbeitsmedizinische Probleme des Dienstleistungsgewerbes«, wie Arbeitszeitordnung im öffentlichen Dienst, Bildschirmarbeit, das Verhältnis von Nachtdienst, Schlafdauer und Leistungsvermögen bei Krankenhausärzten etc.;
- »Möglichkeiten und Grenzen des Biological Monitoring«.

Auffällig war jedoch die Unfähigkeit der einzelnen Wissenschaftler zur Kooperation und zum Austausch von Arbeitsergebnissen und die Beschränkung auf die ausschließlich medizinische »Problemhälfte« der *Arbeits-Medizin*. Das mag daran liegen, daß Auftragsforschung für die verschiedensten privaten und staatlichen Stellen

betrieben wird und damit auch verschiedenste, vom einzelnen Arbeitsmediziner nicht mehr überschaubare und kalkulierbare Interessen sein scheinbar selbständiges und unabhängiges Tätigkeitsfeld fremdbestimmen. Offensichtlich ist jedenfalls, daß solche Arbeits-Medizin bisher unfähig war, aus einem grundlegenden Wissenschaftsverständnis und -begriff ein Konzept zu entwickeln, das die spezifischen »außer«-medizinischen Komponenten der Arbeits-Medizin in ihr Selbstverständnis einbezieht.

4. Alternativen:

Vier Tage lang, fast 9 Stunden täglich, wurde in Frankfurt über Arbeitsmedizin geredet. Nicht einmal am Rande wurde ein Begriff erwähnt, der – so mißbräuchlich er in der Vergangenheit auch gehandhabt wurde – doch demonstriert, daß der Arbeitsplatz in seiner Beurteilung und Verbesserung im Sinne einer »menschengerechten Gestaltung« den Schnittpunkt vieler Problembereiche und Wissenschaften markiert: »Humanisierung der Arbeitswelt«. Hierzu gehören Erkenntnisse der Arbeitswissenschaft und des Arbeitsrechts, die technologische Entwicklung mit ihren Folgen Automation und Rationalisierung, Wissen über die soziale Gesamtsituation der Erwerbstätigen, die Möglichkeiten einer gewerkschaftlichen Interessensvertretung. Ihr Zusammenhang zu den Aufgaben der Arbeitsmedizin wird offenbar ignoriert, ihre Relevanz, ihr möglicher Nutzen für die eigene Arbeit sind nicht begriffen und (noch) nicht Grundlage arbeitsmedizinischen Engagements.

Daß Arbeitsmedizin diese Aspekte nicht ausklammern und losgelöst von den sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen agieren kann, formulierte ein Kongreßteilnehmer aus der Sicht alltäglicher Erfahrung, die eigentlich das Ethos eines jeden Arztes nachhaltig berühren müßte: »Die Beurteilung eines Arztes zur bedingten Verwendungsfähigkeit eines Probanden kann dazu führen, daß Konsequenzen von der Seite der Unternehmungsleitung erfolgen«, das heißt im Klartext: Entlassung bzw. Nichteinstellung.

Der Betriebsarzt steht vor dem Problem, die soziale Sicherheit seines Patienten gegen eine gesundheitliche Gefährdung bei Weiterbeschäftigung an einem gefährlichen Arbeitsplatz abzuwägen. Gesellschaftliche Erscheinungen wie Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit greifen, ob es dem einzelnen Betriebsarzt subjektiv »opportun« erscheint oder nicht, in seinen Handlungs- und Entscheidungsspielraum ein. In dieser Situation bleibt die Arbeitsmedizin allein hilflos, sucht sie nicht bewußt diejenigen Konsequenzen der »Problemhälfte« auf, die ihr aus der Betonung von *Arbeits-Medizin* erwachsen. Dies setzt den intensiven Dialog und die Kooperation mit denjenigen voraus, die aus sozialpolitischem Engagement tatsächlich um eine Humanisierung der Arbeitswelt bemüht sind. Marianne Engelhardt (Berlin/West)

Dokumentation

International Committee Against Racism

Erklärung gegen die Sozialbiologie

Die gefährliche Doktrin des Sozialdarwinismus ist in neuer Verkleidung wieder erschienen. Sie tritt jetzt wieder auf in Untersuchungen, die nachgewiesen zu haben behaupten, daß gesellschaftliche Probleme wie Krieg, Fremdenhaß, Rassismus, Völkermord und Unterdrückung der Frau ihre Wurzel nicht in einem gesellschaftlichen Versagen, sondern in unserer »biologischen Natur« hätten. Daraus würde natürlich folgen, daß alle Anstrengungen, diese Übel zu beseitigen, niemals gelingen könnten. Fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen werden für unmöglich erklärt, die Wissenschaft wird zum Werkzeug für die Rechtfertigung imperialistischer Kriege, Unterdrückung und Rassismus gemacht. In ihrem Selbstverständnis wird dies als »systematisches Studium der biologischen Basis allen sozialen Verhaltens« (Wilson, Sociobiolo-

gy: The New Synthesis, Harvard 1976) verkündet. Diese Theorie hat eine breite günstige Publizität in Fachliteratur, Schulbüchern und in angesehenen populären Zeitschriften erhalten. *Science*, das Organ der AAAS (American Association for the Advancement of Science) und diese einflußreiche Organisation selbst haben dieser Theorie starke Unterstützung gegeben. Wissenschaftler, die sie kritisch zu bewerten wagten, sind als »politisch motiviert« abgetan worden. (*Science*, 19. 3. 1976) Am bedrohlichsten ist, daß sie jetzt im ganzen Land in Colleges und Schulen als Tatsache gelehrt wird, wodurch eine Generation junger Leute dazu erzogen zu werden droht, diese Theorie als wissenschaftlich bewiesene Wahrheit anzusehen. Zu den Protagonisten dieser Theorie gehören E. Wilson, dem kürzlich die National Medal of Science von Präsident Carter verliehen wurde, sowie Irvn DeVore und Robert Trivers – alle aus Harvard – und David Barash und Pierre van den Berghe von der Universität Washington.

Sie gründen ihre Schlußfolgerungen ausschließlich auf spekulative Analogien zum Verhalten von Insekten und anderen Tieren. Sie behaupten, die Eigenschaften der modernen menschlichen Gesellschaft seien durch ein »humanes Biogramm« genetisch programmierter, universeller Merkmale der menschlichen Natur fixiert (Wilson, Kap. 1 und 27). Z. B. wird behauptet, daß die »summierte Darwinsche Stärke des Stammes« erkläre, warum Soldaten »für Gott und Vaterland sterben«; daß als Folge von Kriegen »die Verbreitung von Genen immer von hervorragender Wichtigkeit gewesen ist«, und daß der Krieg ein »wahres biologisches Vergnügen« sei (Wilson, Kap. 27). Es wird behauptet, daß die Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen bei den Menschen die Fortführung eines allen Primaten gemeinsamen Merkmals und also biologisch fundiert sei (Wilson, Kap. 27). Rassismus und Nationalismus seien rationalisierte Formen »nepotistischen Verhaltens«, spezifiziert und diktiert durch die »menschliche Biologie«. Wir erfahren, es sei »möglich, gesellschaftliche Arrangements zu entwerfen«, die diese Aspekte der »menschlichen Biologie« »umgehen«, »aber dies hat immer seinen Preis und Gesellschaften, die sich mit diesen Merkmalen einrichten, haben einen Wettbewerbs-Vorteil« (van den Berghe und Barash, *American Anthropologist*, Dez. 1977).

Wie ihr Gegenstück, die Lehre von der rassischen Ungleichheit, hat die Theorie des genetischen Determinismus keine wissenschaftliche Basis. Ihre Befürworter haben sich aus der Genetik Gene ausgeliehen und dann, ohne den Schatten eines Beweises, für die Bestimmung solcher menschlichen Eigenschaften wie Bosheit, Homosexualität, Unternehmungsgeist, Antrieb, geistige Belastbarkeit, Konformismus, männliche Promiskuität usw. Gene postuliert. Hier wird die Genetik mißbraucht und degradiert. In ähnlicher Weise haben die Befürworter der Sozialbiologie den Begriff des genetisch beeinflussten sozialen Verhaltens bei Insekten und anderen Tieren aus der Ethologie ausgeliehen und ihn, auch hier ohne jeden Beweis, als für komplexe menschliche Gesellschaften gültig unterstellt. Dabei haben sie die Entwicklung der höheren Gehirnzentren bei den Menschen ebenso ignoriert wie die gedanklichen Prozesse und sozialen Strukturen, die diese Entwicklung erst möglich machten. Einige Millionen Jahre der Evolution werden so außer Acht gelassen, und die Ethologie wird gleichfalls degradiert. (...)

Wie die Anhänger der Theorien von der rassischen Ungleichheit haben die Anhänger der Sozialbiologie im Begriff der akademischen Freiheit Rechtfertigung und Schutz gesucht. Das ist eine Ausflucht. Die akademische Freiheit stellt keine Lizenz dar für den Mißbrauch von Wissenschaft, um Unterdrückung zu rechtfertigen, so wie sie keine Lizenz darstellt, falsche Medizin zu lehren. Die Auswirkungen reichen in beiden Fällen weit über die akademische Sphäre hinaus (...). Beide können töten. Die erstere ist besonders beunruhigend, wenn man die heutige weltweite Wiederbelebung faschistischer Bewegungen bedenkt.

Wir fordern unsere Kollegen auf,

1. darauf zu drängen, daß ihre Berufsvereinigungen sich dem Eingriff der Human-Sozialbiologie in ihre eigenen Disziplinen widersetzen,
2. darauf zu drängen, daß Universitäten Veranstaltungen nicht zulassen, die Human-Sozialbiologie als wissenschaftliche Disziplin fördern,
3. den unwissenschaftlichen, rassistischen, sexistischen, kriegstreibenden Charakter der Sozialbiologie zu entlarven und auf diese Weise ihr die Legitimation zu verweigern, die ihr in der akademischen Sphäre verschafft wird,
4. darauf zu drängen, daß ihre Geldgeber aufhören, Human-Sozialbiologie zu finanzieren.

The International Committee Against Racism

P. O. Box 904

Brooklyn, N. Y. 11202 – U.S.A.

Besprechungen

Philosophie

Achard, Pierre, Antoinette Chauvenet, Elisabeth Lage, Françoise Lentin, Patricia Nève, Georges Vignaux: *Discours biologique et ordre social*. Ed. du Seuil, Coll. »sciences ouvertes«, Paris 1977 (283 S., br., 55 Fr.).

Der Titel verspricht Aufschlüsse über die Beziehung von biologischen Theorien und Redeweisen zu sozialen Verhältnissen und Strukturen. Die sechs Autoren, Mitarbeiter des Maison des Sciences de l'homme in Paris – alle sechs Soziologen bzw. Psychologen – unternehmen es, den Ideologiefekt der biologischen Rede (discours) in Psychologie, Ethologie, Medizin, Ökonomie und Ökologie (Biologismus) sowie der mechanistischen (besser: kybernetisch-informationstheoretischen) Rede in der biologischen Theoriebildung selber (Mechanismus) zu analysieren. Es ist ein Gemeinplatz, daß der Naturalismus in den Human- und Sozialwissenschaften heute vor allem als ein Biologismus auftritt; die Charakterisierung wird allerdings zum bloßen Wort, wenn man die in diesen Wissenschaften dominierende systemtheoretisch funktionale Betrachtungsweise umstandslos als biologistisch qualifiziert. Die wissenschaftshistorische Tatsache allein, daß die Anfänge der Systemtheorie eng mit der Konzipierung makrobiologischer Regelkreise (Uexküll) und später der mikrobiologischen Autoregulation (Molekularbiologie) verbunden sind, daß ein Biologe (Ludwig von Bertalanffy) als Begründer der General Systems Theory anzusehen ist, rechtfertigt dies nicht.

Der vorliegenden Gemeinschaftsarbeit liegt die These zugrunde, daß die Referenz der zeitgenössischen human- und sozialwissenschaftlichen Theorien auf eine derart weit gefaßte »biologische« Rede einen naturalistischen Diskurs erzeugt, der seinerseits rückwirkend eine »mechanizistische« Totalisierung biologischer Theorien zur Folge hat. Dieser These liegt eine weiter nicht explizierte These über die Verfaßtheit der »modernen Industriegesellschaft« zugrunde: Es seien die Regulierungsbedürfnisse einer Technokratie mit ihrer positivistischen Wissenschaftspraxis, die diesen an den biologischen Wissenschaften orientierten naturalisierenden Bezugsdiskurs hervorbrächten, sich in ihm ideologisch rechtfertigten und gleichzeitig rückwirkend die Erkenntnis des Wesens der lebenden Natur deformierten. Das hat nun die eigentümliche Konsequenz, daß die ideologiekritisch verstandenen Analysen die *Kritik* in ihrem Resultat zur ideologischen Verdoppelung geraten lassen: die Ideologiekritik wird zur negativen Apologie des Industriezeitalters. Ihre generelle Technik- und Planungsfeindlichkeit produziert selbst eine *ideologische* Rede: ist doch das Objekt, das sie anvisiert, diese erfahrene Realität der »Sachzwänge«, das Symptom einer sozialen Wirklichkeit, die die besondere Form ihrer Gesellschaftlichkeit verbirgt, indem sie ihre technisch-wissenschaftliche »Naturgestalt« als ihr Wesen zur Schau trägt.

In seinem Beitrag »Les arguments pour une nouvelle ›logique du vivant‹« (einer »Diskursanalyse« des gleichnamigen Buches von François Jacob) und in seinem Florilegium zu »Les machineries du vivant« versucht Georges Vignaux den Vorteil des (Text-)»Analytikers« unter Beweis zu stellen, der darin bestele, daß »der Diskurs allein ausreicht, um ans Licht zu bringen, was andere vor allem durch Bezugnahme [auf Nicht-Diskursives] und durch die Produktionsbedingungen zu erklären suchen« (23; alle Übersetzungen H.-J. R.) Es geht ihm nicht um die historische Rekonstruktion der Theorieentwicklung einer Wissenschaft im Sinne der Erkenntnisgeschichte eines Gegenstands, dessen gesellschaftliche Relevanz sich selbst historisch entwickelt; seine ideologische Analyse begreift sich als logische Untersuchung der wissenschaftlichen Redeweisen qua Transporteure der »Repräsentationen und Vorstellungen von unse-

ren Gesellschaften« (21). Heraus kommt: »So macht die Biologie gegenwärtig die Diskurse der Umwelt-Technologie zu den ihren« (23). Beweis: die Biologie wiederholt konstant diese ihre Bilder: »Maschine, System, Motor, Zyklus, Funktion« (20). Und dieser Diskurs legitimiert wiederum das »technokratische und somit ideologische Projekt der Planung des biologischen und sozialen Lebens« (88). Aus einer ähnlichen Sichtweise macht Antoinette Chauvenet in ihrem Beitrag »Biologie et gestion des corps« die Evolutionstheorie Darwins und den als ausbündig »positivistisch« empfundenen Neo-Darwinismus mit seinem »subjektlosen« Kausalitätsbegriff theoretisch dafür mitverantwortlich, daß die naturwissenschaftlich ausgerichtete Medizin unserer Tage das »Subjekt« aus ihrem Kranken-Bild eliminiert hat.

Der Bericht von Françoise Lentin über »Ecologie et biologie« hebt sich von diesem Vorgehen ab. Haeckel wird gemeinhin als der Begründer der wissenschaftlichen Ökologie angesehen. Françoise Lentin versucht, die ideologische Ambivalenz dieses Ursprungs anzudeuten, die in der Ambivalenz der monistischen Naturphilosophie Haeckels wurzelt: eine aus der Perspektive der Naturtotalität entwickelte Gesellschaftsvorstellung ist durch ihre Stoßrichtung gegen die Schöpfungsmystik nicht davor gefeit, rassistischen Vorurteilen Vorschub zu leisten, wenn dies Haeckels persönlicher politischer Haltung wohl auch nicht entspricht. (Man hätte sich die Bemerkung belegt gewünscht, Haeckel habe explizit von der Superiorität der germanischen Rasse gesprochen (208).) Im Gegensatz zur Monisten-Bewegung wird nun die Entwicklung des »mouvement écologique« in Frankreich nicht von seinem philosophischen Anspruch, sondern von seinen gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen und politischen Zielen her begriffen: »In Frankreich hat sich die ökologische Bewegung . . . in einem Kontext innerer Kolonisierung, generalisierten Ökonomismus und als Reaktion gegen diesen Kontext entfaltet, was unter anderem die qualitativen Forderungen erklärt, die sie entwickelt, ebenso wie ihre Themen der ›Dezentralisierung, ›Selbstverwaltung, ›Mitbestimmung« (216). Dabei wird die Rolle der Biologie (Ökologie) als Referenzwissenschaft für die ökologische Bewegung in ihrem Doppelcharakter gesehen: » . . . die Biologie dient zur Definition und Beschreibung von Ökosystemen als ein Organisationsmodell, dessen Kriterien man den Kriterien ökonomischer Natur (Rentabilität, Wachstum) entgegensetzt . . . Und andererseits kommt man der Humandemographie im Namen sogenannter biologischer Gesetze bei und schließt damit die gesellschaftlichen Gegebenheiten kurz« (217 f.). Dieser »Kurzschluß wird abschließend in einer Kritik an den neomalthusianischen Überlegungen Paul Ehrlichs (Die Bevölkerungsbombe) zum Problem des demographischen Wachstums verdeutlicht. Die Autorin dieses Beitrags entzieht sich dem ideologischen Zirkel, in den sich auch die übrigen einschreiben, auf die hier nicht gesondert eingegangen wird (Patricia Nève, *Apprentissage et technologie comportementale*: B. F. Skinner; Elisabeth Lage, *Le Pêché capital de l'éthologie*: K. Lorenz; Pierre Achard, *La biologie dans les représentations de l'économie. Croissance et développement*); nicht zuletzt deshalb, weil sie den »biologischen Diskurs« nicht als »Rede« analysiert, sondern als die Entwicklung einer wissenschaftlichen und die Bewegung einer sozialpolitischen Praxis.

Hans-Jörg Rheinberger (Berlin/West)

Kanitscheider, Bernulf: Philosophisch-historische Grundlagen der physikalischen Kosmologie. W. Kohlhammer, Stuttgart-Berlin/West – Köln–Mainz 1974 (207 S., br., 32,- DM).

Die Menschen haben sich nie mit der Erkenntnis ihrer unmittelbaren Umgebung begnügt, sondern stets ein Verständnis der Welt als Ganzer angestrebt. Zunächst geschah das in Form mythologischer Weltbilder, die die Entstehung und die Struktur

der Welt anthropomorph erklärten; im antiken Griechenland traten dann an die Stelle personaler Mächte anonyme Ursachen und natürliche Kräfte. Der Übergang zu wissenschaftlichem Denken erfolgte in dem Maße, wie man begann, die Welt aus ihren immanenten Gesetzmäßigkeiten heraus zu erklären. Kanitscheiders Ziel bei seiner Darstellung ist allerdings keine Geschichte der kosmologischen Theorien; ihn interessiert vor allem der epistemologische Status der Kosmologie als Wissenschaft. Wie ein roter Faden zieht sich durch seine Darstellung der ersten mythischen Weltauffassungen bis hin zu den zeitgenössischen kosmologischen Modellen die Frage: »Welche Funktion haben unsere Gedankenkonstruktionen, die wir in den faktischen Wissenschaften machen? Sind sie nur da, um ›die Phänomene zu retten‹, oder erheben wir damit einen Realanspruch? Sind die kosmologischen Hypothesen, Gesetze und Theorien Instrumente zur ökonomischen Handhabung von Daten, beliebig erfundene rechnerische Hilfsmittel zur Beschreibung der Fakten, induktiv gewonnene Verallgemeinerungen von Beobachtungen? Oder zielen wir vielmehr darauf ab, tiefliegende Strukturen der Wirklichkeit durch theoretische, invariante Beziehungen darzustellen, die zwar durch die Phänomene überprüft werden, in ihrem Aussagegehalt aber weit über diese hinausgreifen und den Anspruch erheben, die Muster der Wirklichkeit zu approximieren und wenn nicht wahr, so doch zumindest wahrheitsähnlich zu sein?« (13)

Im Gegensatz zu anderen erkenntnistheoretischen Ansichten hält Kanitscheider daran fest, daß es Ziel kosmologischer Systeme – wie wissenschaftlicher Theorien überhaupt – sein muß, adäquate Modelle der wirklichen Welt zu erarbeiten. In Anlehnung an die Position Karl Poppers (dessen Falsifikationismus er jedoch nicht teilt) vertritt Kanitscheider mithin einen wissenschaftstheoretischen Realismus, der von den Theorien über ihren prognostischen Erfolg hinaus Wahrheit verlangt. Dabei wird zugleich deutlich gemacht, daß die unterschiedlichen erkenntnistheoretischen Auffassungen der Forscher durchaus nicht folgenlos bleiben für ihre wissenschaftliche Arbeit, wie es der Positivismus behauptet. Wenn Kepler gegenüber dem Instrumentalismus eines Osiander auf der Wahrheit des kopernikanischen Weltbildes besteht, so ergab sich daraus der methodologische Grundsatz, über die bloße Beschreibung der Himmelsereignisse hinaus zu ihrer Erklärung vorzustoßen (73). Kanitscheider diskutiert eine Reihe erkenntnistheoretischer und methodologischer Probleme der Kosmologie: den Modellbegriff, das Erklärungsproblem, das Verhältnis von Theorie und Tatsachen, den Gesetzesbegriff etc. (insbesondere: 149 ff.). Mitunter hätte man sich diese Passagen etwas ausführlicher und über den Rahmen der Kosmologie hinausgehend gewünscht, da diese Fragen von generellem Interesse für die Wissenschaften sind.

Bei den stärker historisch orientierten Teilen des Buches fällt besonders auf, welche bedeutende heuristische Rolle die metaphysischen Auffassungen der einzelnen Forscher bei der Ausarbeitung ihrer kosmologischen Systeme spielte. Zugleich zeigt sich hier auch die Einseitigkeit der positivistischen Einschränkung des Wissenschaftsbegriffs auf die nackten Resultate, die fertigen theoretischen Modelle, denn Kanitscheider ist bemüht, herauszuarbeiten, »daß« selbst unzureichenden Theorien eine richtige methodische Vorgangsweise zugrundeliegen kann, welche aber entweder wegen einer nicht richtig durchgeführten Idealisierung (z. B. Aristotelische Dynamik) oder aufgrund lückenhaften Testmaterials (Aristarchs heliostatische Theorie) nicht zum Tragen kam.« (12)

Bedauerlicherweise bleiben die historischen Teile des Buches im Bereich ideengeschichtlicher Darstellung; zwar wird an einer Stelle betont: »Der Prozeß der Rationalisierung, der Vorgang der Emanzipation vom animistischen und mythopoetischen Denken muß im Zusammenhang mit einem Wechsel im ganzen sozialen Gefüge ver-

standen werden«, doch heißt es dann sofort: »Uns kann nur der Wechsel in der erkenntnistheoretischen Einstellung interessieren . . .« (27). Kurt Bayertz (Köln)

Hörz, Herbert: *Physik und Weltanschauung*. Reihe »Wissenschaft und Weltbild«. Verlag Hubert Freistühler, Schwerte/Ruhr 1971 (133 S., br., 4,50 DM).

Hörz gibt eine gedrängte Darstellung der Hauptprobleme und -ergebnisse seines Forschungsgebietes. Im ersten Kapitel wird die Problematik von Materie und Substanz aufgerollt und gezeigt, daß – im Unterschied zum mechanischen Materialismus des 19. Jahrhunderts – auf der Grundlage der modernen Theorien (Quantenmechanik, Relativitätstheorie) dem physikalischen Objekt »nicht mehr die Eigenschaften einer unveränderlichen Substanz zugeschrieben werden können, die im Wechsel der Erscheinungen gleichbleibt« (10). Der Substanzbegriff faßt den Träger der Eigenschaften und das Beharrende im Wechsel der Eigenschaften. Die Verwandlung der Elementarteilchen ineinander ergibt die Unhaltbarkeit des Substanzgedankens. Die moderne Physik sieht das materielle Geschehen in erster Linie als Veränderung, als Wechselwirkung der Teilchen und sucht nach Gesetzen dieser Veränderung.

Im zweiten Kapitel behandelt Hörz den dialektischen Determinismus als philosophische Theorie des Zusammenhangs. Er geht aus von der Auffassung der klassischen Physik als der Grundlage der klassischen, mechanistischen Determinismustheorie. Nach dieser Auffassung befindet sich das physikalische Objekt zu einem bestimmten Zeitpunkt an einem bestimmten Ort und besitzt eine bestimmte Geschwindigkeit. Die Entwicklung der Feldphysik und vor allem die Quantentheorie zeigten die Unhaltbarkeit dieser mechanisch-materialistischen Konzeption. Die Heisenbergsche Unschärferelation ergibt das wesentliche Gesetz des Elementarteilchenverhaltens: Ort und Impuls eines Teilchens existieren nicht gleichzeitig und können folglich nicht gleichzeitig scharf bestimmt werden. Die Kopenhagener Deutung der Quantentheorie, nach der Ort und Impuls gleichzeitig nicht meßbar sind, weil der Beobachter mit Hilfe des Geräts auf das Objekt einwirkt, es somit verändert, ist einseitig und daher falsch: »Die Wechselwirkung zwischen Beobachter und Objekt, vermittelt durch das Gerät, ist Ausdruck der auch objektiv real vorhandenen Wechselwirkung zwischen Quant und Elementarteilchen« (63). In der Analyse kann vom Gerät, vom Mikroskop, abgesehen werden, da auch außerhalb desselben die Wechselwirkung zwischen Lichtquant und Elektron stattfindet. Die Theorie gibt eine Widerspiegelung des objektiv realen Verhaltens der Elementarobjekte.

Die Analyse insbesondere der Ergebnisse der Quantenphysik zeigt, daß zwischen Kausalität und Gesetz unterschieden werden muß. »Im Gegensatz zu den in der Kausalität erfaßten direkten, konkreten und relativ elementaren Zusammenhängen spiegelt die Kategorie des Gesetzes einen allgemeinnotwendigen und wesentlichen Zusammenhang wider, der uns Voraussagen über die Zukunft gestattet, da aus dem konkreten Kausalzusammenhang das Einmalige ausgesondert und das Reproduzierbare hervorgehoben wird« (70). Kausalität ist die Grundlage für die Existenz der Gesetze. Der neue Kausalitätsbegriff schließt den Zufall ein; auch das Zufällige ist kausal bestimmt bzw. verursacht. Das wesentliche Ergebnis im Erkenntnisfortschritt der modernen Physik war gerade die Anerkennung der Objektivität des Zufalls. Hinsichtlich der Gesetze der klassischen und der modernen Physik muß unterschieden werden zwischen dynamischen und statistischen Gesetzen. Kritisch wäre einzuwenden, daß ein bloßer Verweis auf andere Gesetzestypen, auf Entwicklungs- und Strukturgesetze, neben den dynamischen und statistischen Gesetzen nicht genügt. Hier hätte das Verhältnis der Kausalitätskategorie und der »Bewegungsgesetze« zu den »Grundgesetzen der Dialektik« wenigstens ansatzweise bestimmt werden müssen.

Im letzten Kapitel seiner Arbeit geht Hörz auf das Verhältnis von Mensch, Gesellschaft und physikalischer Erkenntnis ein. Er stellt fest, daß der mechanische Materialismus und Determinismus das – besonders vom deutschen Idealismus ausgearbeitete – Moment der tätigen Auseinandersetzung des Menschen mit seiner Umwelt nicht berücksichtigte. Erst die moderne Physik hat nachgewiesen, »daß der auf der klassischen Physik gegründete mechanische Determinismus nicht einmal ausreichte, um das Verhalten der physikalischen Objekte zu erklären, vom menschlichen Verhalten ganz zu schweigen« (108). Am Schluß verweist Hörz auf das Verhältnis von Physik und Humanismus. Er stellt heraus, daß die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Nutzen oder Schaden der Menschheit abhängig ist von den gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Grenzen für die Forschung, die auch den Menschen als Objekt einbezieht, sind nicht aus den Erfolgen der Wissenschaft ableitbar. »Dazu bedarf es der Maßstäbe, die der Mensch aus humanistischer Verantwortung heraus setzt. Der sozialistische Humanismus erlaubt dabei die durch die Macht der Arbeiterklasse gesicherte Verwendung naturwissenschaftlicher Ergebnisse zum Nutzen des gesellschaftlichen Fortschritts« (128).

Joachim Forsche (Münster)

Weizenbaum, Joseph: *Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1977 (369 S., br., 32,- DM).

Seit der Diskussion über die »Grenzen des Wachstums« und den Auseinandersetzungen um die Atomkraftwerke ist der technologische Optimismus, der Glaube an die stete Verbesserung der Lebensbedingungen durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, bei vielen Menschen ins Wanken geraten. In die gleiche Richtung zielt Weizenbaum mit seinem Buch, in dem der Computer als Metapher für die zunehmende Destruktion der menschlichen Vernunft dient. Für Weizenbaum ist der Computer nach der Uhr die zweite epochale Erfindung, durch die nicht nur unsere Fähigkeiten erweitert, sondern auch unsere »Weltsicht« entscheidend verändert werden wird. War die Entwicklung der Uhr die Bedingung der Herrschaft der abstrakten Zeit, so ermöglicht der Computer die »abermalige Erschaffung der Welt nach dem Bild des Computers« (9), die schleichende Zurichtung der Erkenntnismöglichkeiten des menschlichen Denkens auf das Niveau »informationsverarbeitender Systeme«. Beispiele dafür sind genug vorhanden: die Übertragung der Verantwortung für mörderische Entscheidungen auf Computersysteme (etwa im Vietnamkrieg) oder die Uminterpretation gesellschaftlicher Probleme und Konflikte in technisch zu lösende Systemprobleme (etwa in Forresters Weltmodell) zeigen, wie weit verbreitet der »Imperialismus der instrumentellen Vernunft« (334) heute schon ist. Die scheinbar totale Abhängigkeit hoher politischer und militärischer Funktionäre von Computerberechnungen ist nur die Kehrseite der Tendenz, nur noch dem »Realität« zuzusprechen, was in Form von Daten und Operationen verarbeitet werden kann. Im Unterschied zu Horkheimer, dessen Kritik der instrumentellen Rationalität in vielen Argumenten durchscheint, ist Weizenbaum Fachmann, Computerwissenschaftler; der Anstoß für sein Buch war sein Erschrecken über den irrationalen Enthusiasmus, den ein von ihm entwickeltes pseudopsychotherapeutisches Computerprogramm (14 ff.) nicht nur in der »Fachwelt« auslöste. Aus seiner Einsicht in die Möglichkeiten und Grenzen von Computern, die er in den Kapiteln 2 und 3 verständlich darstellt, erwuchs seine Kritik an den Vertretern der Theorie der »künstlichen Intelligenz«, die – gleichsam als Vertreter der instrumentellen Vernunft innerhalb der Computerwissenschaft – den Menschen auf ein »informationsverarbeitendes System« reduzieren, dessen Leistungen möglichst adäquat durch Computer nachgeahmt werden sollen. Diese Kritik, vorge-

tragen aus verschiedenen Blickrichtungen, bildet den Hauptteil des Buches (Kapitel 5 bis 8). Aus der detaillierten Auseinandersetzung mit der Theorie der »künstlichen Intelligenz« und den gesellschaftlichen Folgen der Computer (Kap. 9) entwickelt Weizenbaum die Forderung, bestimmte menschliche Funktionen nicht durch Computer zu ersetzen, also die Forschung auf zwei Anwendungsgebieten einzustellen: auf dem der Koppelung von Computern mit visuellen Systemen und Gehirnen und auf dem der automatischen Erkennung menschlicher Rede (350 ff.). Der zweite Bereich sollte vor allem ausgeblendet werden, da – entgegen den emphatischen Versicherungen – die Forschungsergebnisse vor allem zwei Aufgaben dienen werden: der Vollautomatisierung des Militärapparates und der Überwachung der verbalen Kommunikation.

Das »Sollen« der Wissenschaftsethik, der Appell an die Verantwortung der Wissenschaftler erscheint schwach nicht nur gegenüber einer »wissenschaftsinternen« Entwicklung, die auf reichliche »externe« Forschungsgelder angewiesen ist, sondern auch gegenüber den gesellschaftlichen Bedingungen, in denen etwa die Berufung auf eine Computerberechnung bereits als Rechtfertigung gilt. Weizenbaum reflektiert nicht auf die gesellschaftliche Bedingtheit der Richtung von Computerforschung wie -verwendung, die es erst möglich macht, daß eine Maschine, wie »universell« sie auch immer sei, in einen irrationalen Mythos verwandelt werden kann. Ungeachtet dieser fundamentalen Begrenztheit seiner Analyse ist sein Buch wegen der Vielfalt von Argumenten und Einsichten notwendige Voraussetzung einer noch zu erarbeitenden Kritik der Technologie.

Wilfried Kunstmann (Marl/Göttingen)

Thiel, Rainer: *Mathematik – Sprache – Dialektik*. Akademie-Verlag, Berlin/DDR 1975 (302 S., Ln., 19,- M).

Seit dem Einzug der Strukturmathematik in den Schulunterricht kreist die Diskussion innerhalb der Fachdidaktik Mathematik im wesentlichen um das Problem der Ausarbeitung »praktikabler« Curriculum-Elemente. Eine fundierte Kritik an dieser Praxis, wie sie verschiedentlich geleistet wurde (Lenné 1969, Böltz 1976), bleibt weitgehend wirkungslos, obwohl sie in der Lage war, Ursachen dieser Entwicklung aufzuzeigen. Eine der Ursachen ist die Auffassung der meisten Fachdidaktiker, daß die Arbeit an einem Curriculum auch ohne eine theoretische Begründung seines Inhalts sinnvoll und möglich sei. Die Widerlegung dieses Standpunkts bedarf noch fortgesetzter Anstrengungen. Nicht zuletzt besteht die Schwierigkeit bei dieser Aufgabe in dem Problem der Formulierung einer materialistischen Alternative zu dem gängigen Konzept von dem a-priori-Charakter der mathematischen Begriffe. Dabei ist mit einer Begründung dieser Alternative aus der Geschichte allein nicht gedient, es bedarf auch und besonders einer Rückkopplung der mathematischen Wissenschaft an die Basis unter heutigen Bedingungen, dem heutigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte.

Ein wichtiger Beitrag in dieser Hinsicht könnte das Buch von Rainer Thiel sein. Thiel versucht zu belegen, daß die mathematische Formulierung eines Problemfelds die Möglichkeit bietet, die Dialektik dieses Problemfelds durchschaubar zu machen. Eine Schwierigkeit, von der Engels meinte: »den Grundgedanken der Dialektik in der Phrase anerkennen und ihn in der Wirklichkeit im einzelnen auf jedem zur Untersuchung kommenden Gebiet durchzuführen, ist zweierlei.« Thiel bemüht sich zunächst um den Nachweis, daß es falsch wäre, die Mathematik einseitig nur mit den quantitativen Aspekten der Wirklichkeit befaßt zu sehen. Dies sei schon deshalb unzulässig, weil eine Abgrenzung des Begriffspaars Quantität und Qualität, wie auf einer intuitiven Ebene üblich, einer genauen Begriffsanalyse nicht standhalte; insbesondere die »mannigfache« Weise, in der die beiden Begriffe ineinander umschlagen, sei noch un-

geklärt. Ein zweites Argument liegt für Thiel in der Unterordnung von Qualität und Quantität unter den Oberbegriff »Struktur«. Dabei ist die Bedeutung dieses Begriffs für die philosophische Gegenstandsbestimmung der Mathematik spätestens seit Bourbaki unstrittig, ob jedoch der Zusammenhang dieser drei Begriffe von Thiel richtig gefaßt ist, scheint mir unsicher. Über diese allgemeine Erörterung hinaus versucht Thiel in Beispielen konkret zu »demonstrieren, daß mathematische Beschreibungen realer Prozesse und Zusammenhänge (auch, J. F.) »qualitative« Bestimmungen sind.«

Im 2. Kapitel geht Thiel auf das Problem ein, was unter dem Schlagwort »Mathematik als Werkzeug« zu verstehen sei. Dazu greift er zurück auf die sog. Sprechtheorie, die in Analogie zur gegenständlichen Tätigkeit der Gattung Mensch auch das Sprechen als Tätigkeit begreift, wobei sie einen sprachlich vermittelten Charakter von Denken zugrundelegt, der jedoch nicht so zu verstehen sei, »daß das Denken in der Sprache lediglich seinen Ausdruck finde.« Vielmehr sei zwischen Denken und Sprache eine dialektische Wechselbeziehung zu sehen. Diese dialektische Wechselbeziehung bestehe aber auch zwischen dem gegenständlichen Handeln einerseits und Denken und Sprache andererseits. So kann Thiel davon ausgehen, daß der spezifische Charakter von Problemfeldern, der einen je davon abhängig spezifischen Charakter des gedanklichen Umgangs mit diesem Problemfeld beinhaltet, auch Auswirkungen auf das sprachliche Material hat, durch das und in dem dieses Denken erfolgt. Solche problemorientierten Sprachen sieht Thiel in den mathematischen Disziplinen und damit auf allgemeinerer Ebene auch in der Mathematik selbst. Nach den obigen Ausführungen besteht nun die besondere Problemorientiertheit der Mathematik in ihrer Eigenschaft, sich auf die spezifischen Probleme eines Untersuchungsgebietes in ihrer Dialektik von Quantität und Qualität zu beziehen. In diesem Zusammenhang erhält bei Thiel die Kurzformel »Mathematik als Werkzeug« ihren erkenntnistheoretischen und damit auch praktischen Sinn. – Welche Bedeutung hat nun dieses Buch für die Fachdidaktik Mathematik? Ansätze wie dieser versprechen, die Unsicherheit über die »gesellschaftliche Relevanz« von Mathematikunterricht zu beseitigen, d. h. die Notwendigkeit mathematischer Qualifikationen für den Produktionsprozeß einsichtig zu machen.

Jens Frommhold (Bremen)

Hacking, Jan: *The Emergence of Probability. A philosophical study of early ideas about probability, induction and statistical inference.* Cambridge University Press, London 1975 (209 S., Ln., £ 5.50).

Der Zeitraum, in dem nach Hacking Abgrenzung die Wahrscheinlichkeitstheorie aufgekomen ist, reicht vom Altertum bis zum Erscheinen von Jakob Bernoullis »Ars conjectandi« Anfang des 18. Jahrhunderts (166). In Altertum und Mittelalter waren Glücksspiele schon verbreitet, ohne daß sie allerdings eine theoretische Durchdringung herausgefordert hätten (Kap. 1). Ansätze zu einer solchen zeigen sich erstmalig in der Renaissance und dann in aller Deutlichkeit im 17. Jahrhundert mit Pascal und Fermat, die üblicherweise als Gründer der Wahrscheinlichkeitstheorie angesehen werden. Nach Hacking barg der Wahrscheinlichkeitsbegriff von diesem Anfang an immer eine Dualität in sich: zum einen bezog er sich auf Regelmäßigkeiten bei langen Wiederholungsreihen gleichartiger Vorgänge; zum anderen bezeichnete er einen Grad der Überzeugung (Kap. 2). Von diesem Standpunkt aus durchleuchtet Hacking die einschlägige Literatur von ca. 1650 bis ca. 1740, und das tut er in einer meisterhaften Darstellung. Von der Scholastik bis zur Renaissance wurde »probabilis« im Sinne von »der Zustimmung wert«, »vertrauenswürdig«, »annehmbar« zur Einschätzung einer Meinung benutzt. Eine Meinung war »probabilis«, wenn sie von einer Autorität

vertreten wurde, nicht wenn sie auf Empirie beruhte (Kap. 3). Überhaupt sei dieser Zeit fremd gewesen, von bereits erfolgten Beobachtungen auf künftige bzw. unbekannte Ereignisse Schlüsse zu ziehen, die nur unsicher sein konnten (»inductive evidence«, Kap. 4). Als empirische Beobachtungen im 16./17. Jahrhundert langsam zur Beurteilung von Aussagen herangezogen wurden, waren die Grundlagen einer mathematischen Theorie der Wahrscheinlichkeit schon gelegt, aber nicht als Zugang zur Problematik der Erkenntnis, sondern als Handlungsanweisung für Glücksspieler. Der Kalkül selbst machte dann sofort rasche Fortschritte. Umstritten war (und blieb bis heute) die Frage der Anwendbarkeit oder – anders ausgedrückt – die Klärung und Abgrenzung des Wahrscheinlichkeitsbegriffes. Hacking legt den anfänglichen allgemeinen Wirrwarr anschaulich dar, aber vielleicht ein bißchen zu geordnet, ein bißchen zu sehr aus der Warte eines Gelehrten, der die Auseinandersetzung der letzten 300 Jahre überblickt. Diese Einschränkung will keine Kritik sein: das Buch ist sehr zu empfehlen. Der einzige wesentliche Punkt, über den man keine Anregungen erhält, ist: wie konnte eine derart wichtige Theorie aus trivialem Anlaß entstehen und jahrzehntelang als eine Spielerei sich entwickeln? Es wurde zwar bald erkannt, daß Probleme des Versicherungswesens und der Demographie zur Wahrscheinlichkeitstheorie hinführten (Kap. 12–13), jedoch wurden sie in der Praxis vorzugsweise mit Faustregeln behandelt. Der Zusammenhang zwischen produktionsausgerichteter Anwendung und Theorie scheint hier noch herauszuarbeiten zu sein.

Gianfranco Accardo (Berlin/West)

Luria, Salvador E.: *Leben – das unvollendete Experiment.*

R. Piper Verlag, München – Zürich 1974 (217 S., Ln., 26,- DM).

Luria zählt zu der kleinen Gruppe der Begründer der Molekularbiologie aus den vierziger Jahren: da er weder als Marx-Töter auftritt wie Monod – stattdessen spricht er von den »bewegenden Perspektiven des Marxismus« (23) – noch der Meinung mancher Ethologen ist, »daß Krieg, Kriminalität und Rassenhaß Äußerungen eines unbezwingbaren biologischen Dranges seien«, er solche Aggressionstheorien vielmehr für »weder biologisch begründbar noch soziologisch aufgeklärt« hält (181), wird ihm auch nicht der zweifelhafte Ruhm zuteil, den andere erhielten.

Luria versucht, »von den molekularen Mechanismen, von der sogenannten Molekularbiologie her die Tatsachen der modernen Biologie einfach und übersichtlich darzustellen« (10). Evolutionsforschung und Biochemie haben die zwei grundlegenden Aspekte der lebenden Materie zum Gegenstand: ihre Entwicklung und ihre Funktionsweise. Beide Aspekte und damit auch beide Forschungsrichtungen finden ihre Verknüpfung in der molekularen Genetik. Die Funktionsweise, Biochemie der Organismen hat ihr materielles »Programm« – nicht im Sinne eines starren Ablaufschemas, sondern in Form eines elastischen, regulierbaren, in Wechselwirkung mit der Umwelt sich individuell realisierenden Systems von Reaktionsnormen – in der vererbaren genetischen Ausstattung; und deren Wandlungsfähigkeit, »ihre Veränderung ist die Grundlage der biologischen Evolution« (13). Aus dieser Grundkonzeption leitet sich der Aufbau des Buches ab. Einer Darstellung der Grundtatsachen und -mechanismen der Evolution folgt ein knapper Überblick über die Entwicklung der klassischen und molekularen Genetik. Behandelt werden u. a. Eigenschaften und chemische Natur der Gene, Struktur der DNA und RNA, genetischer Code, Proteinbiosynthese und ihre Regulation, Enzym-Funktion sowie Energiegewinnung, -speicherung und -verbrauch; Aufbau zellulärer Strukturen und Differenzierung in der embryonalen Entwicklung einschließlich Überlegungen zu ihrer Steuerung. Mit der detaillierten, aber doch verständlichen Darstellung dieser Probleme ist, was die

Biochemie der Gene angeht, ein gewisser Abschluß erreicht. Luria wendet sich nun Fragen zu, die eher im Zusammenhang mit dem historischen Charakter des Lebens, seiner Evolution stehen. Das ist zum einen die Frage nach der Entstehung des Lebens, zum anderen die Frage, inwieweit der Evolutionsprozeß durch die Existenz des Menschen verändert wird und ob der Mensch selbst der Evolution und ihren Gesetzmäßigkeiten unterworfen bleibt. Obwohl »die natürliche Auslese nicht aufgehört (hat), als bestimmender Faktor der Evolution wirksam zu sein – auch nicht für den Menschen«, haben sich doch »die Kriterien der Auslese und des unterschiedlichen Reproduktionserfolges« verändert (165). Mit der Entwicklung sprachlicher Kommunikationssysteme hatte »neben der biologischen Evolution, in der sich Genunterschiede anhäufen, . . . die kulturelle Evolution eingesetzt, die Anhäufung von Erfahrungen und Gedanken in symbolischer Gestalt«. Menschliche Erkenntnisgewinnung und -weitergabe konstituierten eine neue Form der »Daseinstauglichkeit«, da sie dem Menschen gestatteten, seine Umwelt zu verändern, statt einfach der Auslese durch die Umwelt ausgeliefert zu sein (187). Was bei Luria als »biologische und kulturelle Evolution« gefaßt wird – wobei letzterer Begriff freilich sehr unscharf, aber nicht mit der »Evolution der Kultur« im Monodschen Sinne zu verwechseln ist, die nach dem Schema einer Selektion von Ideen abrollen soll – meint im Grunde die Dialektik von Bio- und Soziogenese, ohne daß allerdings die Seite der Menschwerdung *durch* kollektive, praktische Aneignung der Natur genügend betont wird. Dieser Prozeß implizierte, daß faktisch alle früheren Anpassungen, wie sie von niederen und höheren Säugern erworben wurden, beim Menschen zugunsten der Entwicklung eines leistungsfähigen Gehirnsystems als dem materiellen Substrat seiner intellektuellen Fähigkeiten verloren gingen.

Luria enthält sich weitgehend philosophischer Überlegungen, aber das hindert ihn nicht daran, von einem zwar wenig reflektierten und spontanen, aber doch eben materialistischen Standpunkt aus gegen unwissenschaftliche und reaktionäre Positionen Stellung zu beziehen. Die Verbindung seiner systematischen Darstellungsweise mit historischen Exkursen zur Geschichte der Molekularbiologie vermittelt zudem einen recht guten Eindruck von den Veränderungen, die die Biologie in den letzten dreißig Jahren erfahren hat. Daß hierbei die mit der Entwicklung der Molekularbiologie verbundenen Möglichkeiten genetischer Manipulation »zum Guten oder zum Bösen« benutzt werden können, gerade, wenn »die Konflikte in den menschlichen Gesellschaften überwiegend in der Struktur dieser Gesellschaften und in dem damit zusammenhängenden Überbau aus Glaubensvorstellungen, Mythen und Vorurteilen ihre Ursachen haben« (182), ist Luria nicht verborgen. Für ihn resultiert daraus eine aufklärerische Verpflichtung der Wissenschaftler. André Leisewitz (Frankfurt/M.)

Von Ditfurth, Hoimar (Hrsg.): Evolution. Ein Querschnitt der Forschung. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1975 (239 S., Ln., 29,50 DM).

Die Aufsätze dieses Bandes wurden ursprünglich für die Zeitschrift »n + m« (Naturwissenschaft und Medizin) geschrieben, die zwischen 1964 und 1971 von der Boehringer Mannheim GmbH für Ärzte herausgegeben wurde. Sie dienen der im besten Sinne popularwissenschaftlichen, interdisziplinären Verständigung. So enthält der Band Beiträge von Verhaltensforschern, Ökologen, Paläontologen, Genetikern, Zoologen, Virologen usw. Konrad Lorenz stellt zusammenfassend die Darwinsche Lehre dar, die weniger anhand von Fossilien als durch Merkmalsvergleiche verschiedener Tierarten und Populationen entwickelt wurde. Dabei geht es Lorenz um die »Wahrheit der Abstammungslehre«, und es ist ein Trauerspiel für unser »rationales« Zeitalter, nach diesem Blickwinkel der Darwinismus heute noch bewiesen

werden muß. Einige Aufsätze befassen sich dann mit Gesetzmäßigkeiten der Strategie der Evolution im Allgemeinen (z. B. L. B. Slobodkin) und im Einzelnen, z. B. der Funktion von irreführenden Signalen (Mimikry) bei der Selektion (W. Wickler); den meist durch ökologische Nischen bzw. Isolation erhaltenen Pflanzen- und Tierarten («living fossils» nach Darwin) wie den Ginkgo-Baum, bestimmte Farne, die Echsen der Galapagos-Inseln etc. (E. Thénius); molekularbiologische Vergleiche der Eiweißstrukturen verschiedener Tierarten und Menschen (H. Grünewald); den Einfluß der sich ändernden Erdatmosphäre auf die Entwicklung des Lebens (E. F. Vangerow); die »Vierbeinigkeit als funktionale Anpassung« (C. Gans); die »Flugmechanik der Insekten« (W. Nachtigall).

Unter einer etwas anderen Fragestellung («Sind alle Menschen gleich erschaffen?») grenzt der amerikanische Genetiker Theodosius Dobzhansky die natur- von der gesellschaftswissenschaftlichen Fragestellung ab. Es ist keine Frage, daß biologisch *und* sozial das menschliche Individuum einmalig ist; andererseits gibt es aber sowohl biologische als auch soziale Gemeinsamkeiten. Dobzhansky unterscheidet zwischen biologischer Verschiedenheit und Gleichberechtigung als Person: »die Lehre von der Gleichberechtigung aller Menschen bedeutet, genau besehen, die *Anerkennung* der Tatsache ihrer Verschiedenheit.« (160) Gleichheit und Verschiedenheit sind von ihm nur als soziale Phänomene gemeint, denen aber eine biologisch-genetische Grundlage zugeordnet werden muß. Wichtige Schlußfolgerung: die genetischen Unterschiede der Menschen können sich sozial sinnvoll nur entfalten, wenn »die *Gleichheit der Möglichkeiten* gegeben ist.« (171) Damit setzt sich Dobzhansky eindeutig von den den Rassismus unterstützenden Thesen der Nativisten wie Jensen, Eysenck u. a. ab.

Einem interessanten Vergleich der Kulturgeschichte der Uniform und den Gesetzen der biologischen Selektion geht Otto Koenig nach. Er zeigt die Zusammenhänge zwischen Funktion und Merkmal am Beispiel von Rüstung, Helm, Mütze, Knopfloch, Schärpe, Zopf usw.: die wechselnden Anforderungen aufgrund der Entwicklung der Produktivkräfte und des Kriegshandwerks sind es letztlich gewesen, die die jedesmal allmähliche und in kleinen Schritten sich vollziehende Veränderung der Merkmale hervorbrachte. So stellt Koenig fest, »daß Uniformen keineswegs »frei« menschlichen Einfällen entstammende, willkürlich erfundene Schöpfungen sind, sondern daß sie in allen Einzelheiten die Resultate aus den Bedürfnissen des in bestimmte Situationen gestellten menschlichen Körpers und der ihm jeweils offenstehenden Umweltmöglichkeiten bilden.« (204 f.) Der Unterschied zur biologischen Selektion liegt jedoch darin, daß diese sich »nur innerhalb relativ großer Zeitspannen sehr langsam genetisch wandeln können, während der Mensch demgegenüber die Möglichkeit hat, in den Ablauf der Dinge kurzfristig und »rational« handelnd einzugreifen.« (205)

Peter M. Kaiser (Münster)

Preuß, Heinzwerner: Struktur der Materie und chemische Bindung. Eine elementare Einführung. Ferdinand Enke Verlag, Stuttgart 1976 (152 S., 58 Abb., 8 Tab., br., 15,80 DM).

Preuß, Professor für theoretische Chemie in Stuttgart, will mit seiner Einführung einerseits »die Entstehung unseres Wissens über die chemische Bindung darzulegen, zum anderen zu zeigen, was wir heute darüber wissen und wie klar und durchsichtig die Zusammenhänge derzeit formuliert werden können, die sich bei der wellenmechanischen Behandlung des Elektronenverhaltens ergeben, welches dann zu den vielfältigsten Erscheinungen in der Chemie führt und somit zu den Gesetzen, die im allgemeinsten Sinne das chemische und physikalische Verhalten der Materie beschrei-

ben.« (V) Das Buch ist für den Anfänger gedacht, der sich in das Gebiet der Wellenmechanik und der Theorie der chemischen Bindung einarbeiten will. Aus diesem Grunde steht am Anfang eine historische und begriffliche Erläuterung des »zentralen Problems«, nämlich der Modellvorstellungen über die Struktur der Materie. Im Modelldenken sieht Preuß die Funktion »stimulierend den Aufbau der Theorie« zu fördern (6), nicht aber ein Abbild der Realität zu entwickeln. Das Modell hat daher – wissenschaftstheoretisch gesprochen – mehr den Charakter einer Hypothese als einer Theorie, ist aber als Mittel der Theoriebildung oft unverzichtbar. In der Quanten- und Wellenmechanik ist die Schwierigkeit bekannt, die es mit der Entwicklung der ersten Modelle gab: es mußten für bestimmte Vorgänge und Verhaltensweisen der Materie auf der atomaren Ebene (Quantenzustände, Wahrscheinlichkeitsdichte, Resonanztheorie etc.) gänzlich neue Kategorien gebildet werden, deren Interpretation noch heute manchem Naturwissenschaftler Kopfzerbrechen bereitet. Wie Preuß sehr richtig betont, fehlt gewissermaßen die »Anschaulichkeit der Erkenntnis.« (17) Nach der Einführung der grundlegenden mathematischen Symbole und Beziehungen für die Beschreibung eines Atoms baut Preuß dann sehr systematisch, angefangen mit den Grundlagen der Wellenmechanik, die heutige Vorstellung von der chemischen Bindung auf. Preuß erwähnt dabei wiederholt, wie mathematischer Formalismus mit empirisch erfaßbarem Inhalt und schließlich auch mit praktischer Anwendung zusammenhängen. Für naturwissenschaftliche Laien dürfte diese Einführung allerdings zu schwierig sein, und es fehlt leider auch ein Literaturverzeichnis. Für Chemie- und Physiklehrer sowie selbstverständlich Studenten der Naturwissenschaften ist es jedoch hervorragend aufgebaut und dargestellt. Peter M. Kaiser (Münster)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Hörmann, Hans: *Meinen und Verstehen. Grundzüge einer psychologischen Semantik.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976 (553 S., Ln., 48,- DM).

Bei aller Vielfalt im Detail trafen und treffen sich die zukunftssträngigsten Forschungen über die menschliche Sprache stets in der Frage, unter welchen Bedingungen, auf welche Weisen und zu welchen Zwecken sich die Menschen als einzige unter den Lebewesen zielgerichtet und bewußt verständigen können. Hörmanns ambitionierter Bericht über die neueren Forschungen auf dem interdisziplinär außerordentlich fruchtbaren Grenzgebiet von Sprachpsychologie, linguistischer Semantik und bedeutungsbezogener Sprachphilosophie vermittelt eine eindrucksvolle Vorstellung davon, um wieviel genauer diese jahrtausendealte Frage dank der intensiven, vor allem auch empirischen, linguistischen und sprachpsychologischen Kleinarbeit der letzten Jahre und Jahrzehnte beantwortet werden könnte als etwa in der griechischen Antike oder zur Blütezeit des deutschen Idealismus, verfügte man nur über eine ähnlich geschlossene und dem partikularwissenschaftlichen Erkenntnisstand der jeweiligen Zeit ebenso gerecht werdende integrative Theorie.

Wie versucht Hörmann nun, das herrschende Dilemma zwischen Materialfülle und Theoriedürre zu überwinden? In seinen kenntnisreichen Forschungsreferaten – aktuell und instruktiv besonders auch für den traditionell arbeitenden Linguisten, dessen Geringschätzung sogenannter Performanzprobleme hier gründlich als Ignoranz entlarvt wird – versammelt er zahlreiche Autoren verschiedener Disziplinen und Richtungen, die sich lediglich in der Ablehnung schlicht referentieller, nicht kontext- und nicht kognitionsbezogener Ansätze treffen. In Materialauswahl und Darstellungsweise läßt sich der Verfasser dabei vorwiegend von seinem persönlichen Selbstverständigungsinteresse, von seinen »subjektiven Anmutungen« (248) und dem erst be-

absichtigten Aufbau einer eigenen theoretischen Position leiten. Von ihr erhält der Leser jedoch zum ersten Mal im siebten Kapitel (mit wichtigen Thesen zur »Sinnkonstanz«) und dann eigentlich erst wieder im zusammenfassenden Schluß (497–506) eine einigermaßen zusammenhängende Vorstellung, während er sonst, eher teilnehmend an der (manchmal recht spannenden) Erkenntnisgenese im Kopf des Verfassers, nur dessen Thesen, fast Wünsche zur neueren »semantophilen« (245) Diskussion in Linguistik und Psychologie kennenlernt.

Was man an des Autors eigener Auffassung solch zentraler Begriffe wie Kontext, Kognition und Intention aus den fünfhundert Seiten herausdestillieren kann, läßt bei aller schätzenswerten Liebe für wissenschaftliche Kleinarbeit insgesamt ein eher metaphysisch-intuitives und daher unklares als ein wissenschaftlich gefestigtes Fundament der grundlegenden Positionen aufscheinen: Hörmann vertritt eine nicht einmal interaktionistische (dem Dialog ist merkwürdigerweise kein einziges Kapitel gewidmet), doch subjektiv-idealistische »Bewußtseinspsychologie der Sprache« (242), nach der »Sinnvolles, Verstehbares (...) als Intendiertes immer schon da« ist (196) und nach der »die Tendenz zu einer sinnvollen Auffassung« (193) den Analyse- bzw. Syntheseprozess beim Verstehen steuert. Damit eröffnen sich natürlich, ähnlich wie früher schon bei Brentano und auch bei Rothacker, die beiden wichtigen verwandten Fragen nach der Genese und Funktion von Kontext, Kognition und Intention sowie nach dem Verhältnis von meinend-verstehendem Individuum (dazu besonders 197 und Kap. XIII) und doch über- oder interindividuellem »Sinnhorizont« (210, vgl. 500). Wenn, wie richtig bemerkt, die nichtlinguistischen Präsuppositionen den Sinn des Satzes in *der* Welt verankern, die Sprecher und Hörer kennen (239) – wie kommt dann diese Welt zustande und in welchem Verhältnis steht sie auch zu *der* Welt, wie sie objektiv vorhanden und den betreffenden Sprechern/Hörern vielleicht nicht völlig oder auch nur genügend bekannt ist? Gelegentliche Hinweise auf »die Handlung zwischen zwei Menschen« als Bedeutungsgenerator (503) werden nicht ausgeführt. Bedeutung bleibt bei Hörmann ein Phänomen zwar nicht der Sprache, aber des autonomen Bewußtseins, ohne daß die Verbindungen zwischen Bewußtsein und Sein thematisiert würden.

Daher werden auch, darin liegt vielleicht der größte Mangel des Buches, die kontext-, kognitions- und intentionsbezogenen Befunde nicht mehr für die Sprachwissenschaft fruchtbar gemacht, stellt doch die Sprache gerade die soziale Form, das praktische Bewußtsein dar, in dem und nur in dem die beiden erkenntnistragenden Funktionen von Verallgemeinerung und Kommunikation eine für die Menschen lebensnotwendige Einheit eingehen. Der unauflösbare Zirkel von Verstehen und Bewußtsein, in den sich Hörmann schließlich verstrickt (495 f.), ist konsequentes Resultat der anfangs (besonders Kap. I–IV) ausreichend begründeten antilinguistischen Denkweise, die im Verlauf des Buches aber fast unmerklich zunehmend antisprachliche Tendenzen annimmt, bis »das vom Sprecher Gemeinte« fast ins Jenseits der »transparenten« Sprache abgedrängt wird (495, vgl. 502). Leider konfrontiert Hörmann seine These vom Verschwinden der Sprache und der Erscheinung des Gemeinten im Bewußtsein (506) nicht mit der Interiorisationstheorie in der sowjetischen Psycholinguistik, die der Sprache eine ungleich wichtigere Rolle bei der Bedeutungsentwicklung und -übertragung zuschreibt als er. Für ihn entsteht jetzt Bedeutung, wie diffus auch immer, »aus den sozialen Akten des Meinens und Verstehens« (240), und es bleibt unklar, wie es überhaupt so etwas wie Kontinuität der einzelnen Wortbedeutungen geben kann. »Weil das Kind versteht, was der Sprecher meint, erhält die sprachliche Äußerung des Sprechers Bedeutung.« (359) Vorsprachliches Verstehen sei »älter als sprachliches Meinen.« (500) Und »letzten Endes sind wir es«, nämlich durch intentionale Akte des Bewußtseins, »die die Welt sinnvoll und informationshaltig«

(470), folglich wohl auch »intelligibel« (499) machen.

Allzu unbestimmt, ja tendenziell agnostizistisch bleibt freilich die eigene Position mitsamt ihren sicherlich ehrenwerten funktional-genetischen Absichten und Begriffen, wie erst gegen Ende, aber umso drastischer eingestanden wird (495 f.). Allzu glatt scheinen sich – deshalb – auch die unterschiedlichsten Ansätze ab Kapitel V ineinanderzufügen und »der von uns in diesem Buch vertretenen natürlich sehr kongenial« (470) zu sein. Die erheblichen Unterschiede etwa zwischen sowjetischem Sprechhandlungs- und angelsächsischem Sprechaktbegriff werden verwischt (307, 310 f., 353). Die möglicherweise doch sehr produktiven Differenzen, um nur ein weiteres Beispiel zu nennen, zwischen dem, was Wittgenstein (254; daher wohl der Titel) und was die verschiedenen Sprachpsychologen (z. B. Deese 205, Hörmann 421, Bransford, Franks, Frederiksen, Engelkamp, Hörmann 479 f., Kintsch, Frederiksen 483) unter »Meinen« und »Verstehen« verstehen, werden in glänzender Konversation allzu oberflächlich harmonisiert. Und schließlich »Sprachspiel«, »Tiefe« und manch anderer Begriff sinken, in vielerlei irgendwie verwandten Zusammenhängen unterschiedslos immer wieder verwendet, allzu sehr zur vielsagenden, doch unpräzisen Metapher hinab, derart Leitmotive durch die Kapitel hindurch setzend, ohne Erkenntnis wirklich zu entfalten.

So mag sich der Leser denn etwas getäuscht sehen, bleibt nach dem belesenen Bericht doch die gelehrte Summe aus, die der Untertitel versprach.

Ulrich Schmitz (Duisburg)

Grinin, Hannelore: *Psychologie der Sprachentwicklung*. Band I: Allgemeine Grundlagen und Entwicklung grammatischer Formen. Band II: Entwicklung der Semantik und der sprachlichen Kommunikation. Kohlhammer-Verlag, Stuttgart 1977 (95 und 70 S., br., 18,80/16,80 DM).

Die beiden Bände geben einen Überblick der Entwicklung der Spracherwerbsforschung in den letzten Jahren und versuchen die Ergebnisse systematisiert darzustellen. Dabei beginnt die Autorin mit einer Diskussion der Kontroverse zwischen empiristischen und rationalistischen theoretischen Ansätzen (z. B. Skinner vs. Chomsky), wobei sie eine vermittelnde Position einnimmt, um in der Charakterisierung der Natur des Sprachlernprozesses eher der empiristischen Variante den Vorzug zu geben, d. h. die Bedeutung des sprachlichen »Input-Materials« (durch die Erwachsenen) als relativ hoch für die kindliche Sprachentwicklung anzusehen. In den folgenden Kapiteln beschäftigt sich Grinin mit der Differenzierung syntaktischer Formen, der »semantischen Entwicklung« und der »Kommunikationsentwicklung«. In der Darstellung der semantischen Entwicklung folgt sie weitgehend jenen Untersuchungen, die auf der Merkmalssemantik basieren, und fügt einige Ergebnisse zur Begriffs- und Bedeutungsentwicklung hinzu, die im Rahmen von Untersuchungen gewonnen wurden, welche semantische Qualitäten sehr viel stärker als kognitiv-perzeptive betrachtet. Die Darstellung der Kommunikationsentwicklung schließlich lehnt sich stark an das Egozentrismus-Konzept von Piaget an und konzentriert sich auf das Moment des Dialoglernens, wobei die Bedeutung der Sprachentwicklung für die Erkenntnistätigkeit des Kindes weitgehend unberücksichtigt bleibt. Die beiden Bände dokumentieren sehr gut die Disparität und Heterogenität der bisherigen Untersuchungen zur kindlichen Sprachentwicklung. Der Versuch der Zusammenschau der verschiedenen Einzelergebnisse mußte aber mißlingen, weil die Autorin über kein theoretisches Konzept zur Interpretation der verschiedenen Ergebnisse verfügte. Konziser wäre die Arbeit sicherlich gewesen, wenn sie zunächst die Auseinandersetzung um die Kommunikationsentwicklung geführt hätte, um auf diesem Hintergrund die verschiede-

nen Ansätze und Ergebnisse zu befragen. Dann hätte ein »Studientext« entstehen können, der den aktuellen Forschungsstand durchleuchtet hätte.

Heinz W. Giese (Oldenburg)

Chafe, Wallace: Bedeutung und Sprachstruktur. Gekürzte Studienausgabe. Max Hueber Verlag, München 1976 (266 S., br., 28,- DM).

Chafe versucht in seinem 1970 erstmals erschienenen (und jetzt sorgfältig ins Deutsche übersetzten) Buch »Meaning and the Structure of Language«, seine »Unzufriedenheit (...) mit früheren und jetzigen Theorien zur Sprachstruktur« (9) positiv zu wenden, indem er besonders in Abgrenzung zur generativ-transformationellen Sprachauffassung eine Konzeption entwickelt, in der nicht die Syntax wichtigste Komponente der Sprachbeschreibung ist, sondern die semantische Struktur als »Ausgangspunkt für die Umwandlung von Bedeutung in Lautgestalt« (72). Als zentrales Element bei der Beschreibung von Sätzen bestimmt er das Verb (vgl. 96 f.), von dem die anderen Teile des Satzes, insbesondere die Nomina, abhängen. Das Ansetzen an semantischen Einheiten, die im Verlauf der Satzerzeugung regelhaft kombiniert werden, läuft auf eine Unterscheidung von Oberflächen- und Tiefenstrukturen hinaus, wie sie ähnlich auch in der generativen Transformationsgrammatik konzipiert worden ist.

Chafe argumentiert nun, diese semantischen Einheiten seien Bestandteile des menschlichen Begriffsapparates, mittels Sprache würden Konfigurationen von Begriffen erst kommunikabel, und: die semantischen Einheiten seien beobachtbare »harte« Fakten (19). »Die Beobachtung semantischer Fakten ist ohne Aufwand an Hirnenergie unmöglich.« (ebda.) Diese Hirnenergie aber wird benötigt zur Introspektion, der für Chafe verlässlichsten Methode zur Gewinnung und Erhellung semantischer Daten, kurz: zum Zugang zum »semantischen Herz der Sprache« (87). An diesem Punkt zeigt sich die Grenze der Chafeschen Sprachtheorie. Jeder Sprecher ist Linguist insofern, als er durch systematisches Training dazu gebracht werden kann, sich das, was er tut, wenn er spricht, bis zu einem gewissen Grad bewußt zu machen. Die Übereinstimmung, die verschiedene Sprecher dabei erzielen können, erklärt für Chafe letztlich das Funktionieren von Kommunikation; jedes weitere Suchen nach Erklärungssträngen erübrigt sich damit und kann mit einem pauschalen Hinweis auf Gemeinsamkeiten in Anlage und Umwelt der Menschen (vgl. 85) erledigt werden. Immerhin bleibt Chafe unbestreitbar das Verdienst, gegen die Vorherrschaft syntaktisch orientierter Konzepte in der Linguistik nachdrücklich und überzeugend betont zu haben, daß sich ein angemessener Sprachbegriff um die Bedeutungshaftigkeit der Sprache zentrieren muß.

Jürgen Ellerbrock (Bremen)

Konjetzky, Klaus: Was interessiert mich Goethes Geliebte? Tendenziöse Gedanken und Gespräche über Literatur und Wirklichkeit. C. Bertelsmann Verlag, München 1977 (254 S., br., 24,- DM).

Das Buch ist unmittelbar Teil der Bestrebungen um eine realistische Literatur, die die täglichen Erfahrungen – auch und gerade der Arbeiter – aufgreift, Beschädigungen und Sehnsüchte auf konkrete historische Prozesse bezieht; um eine Literatur, in der sich die Menschen auch deshalb wiedererkennen können, weil sie *anregend* auf ihre Lesebedürfnisse *eingeht*. Die Absage an Eskapismus und Innerlichkeit wirft – und dies ist der Gegenstand – Probleme auf: In welchen Vermittlungen geht aus der Abbildung des Bestehenden und der Aufarbeitung des Vergangenen ein Organ der Zukunftsöffnung hervor? Wie verhält sich Parteilichkeit zur Wahrhaftigkeit der Gesinnung und zur Treue dem Ganzen wie dem Detail der Wirklichkeit gegenüber? Kann

realistische Literatur überhaupt ihren Adressaten erreichen, kann sie sich gegen das eingängige triviale Realitätsersetztes behaupten? Oder muß etwa der Zugewinn an Wirklichkeit mit Einbußen an ästhetischer Qualität bezahlt werden?

Dies ist bloß eine grobe Auswahl der Fragen, die sich durch die Gespräche Konjetzky mit – um nur einige zu nennen – Gerd Fuchs, Max von der Grün, Günter Herburger, Friedrich Hitzer, August Kühn und Martin Walser ziehen – Gespräche, die sich im übrigen im ganzen Horizont des Problemfeldes »Literatur und Wirklichkeit« bewegen. Die einzelnen theoretischen Aussagen und Standpunkte sind meist nicht neu; von Interesse aber doch der dokumentierte Prozeß der produktiven Verarbeitung literaturtheoretischer Probleme durch linke Schriftsteller, ihrer Zuspitzung auf Schreibprobleme; vor allem auch interessant die Differenzen, die dieser Prozeß hervorbringt, und sicher produktiv für die Hervorbringung realistischer Literatur, daß sie anerkannt und ausgegagen werden.

So weist Kühn für sich auf die Notwendigkeit hin, nicht nur literarisch Auseinandersetzungen zu gestalten, sondern ungeteilt – also auch praktisch – einzugreifen, nicht zuletzt wohl deshalb, um für das eigene Schreiben herauszubekommen, »wo es einen juckt und wo man kratzen muß«. Walser zieht demgegenüber eben aus der engen Verknüpfung von individueller Erfahrung und literarischer Gestaltungsmöglichkeit den Schluß, das literarische Engagement des kleinbürgerlichen Schriftstellers für die Sache der Arbeiterklasse auch mit Fragezeichen zu versehen: Schriftstellerei als Aufarbeitung von Erfahrungen und Leiden des schreibenden Subjekts und seiner Schicht, wobei die gewissenhafte Radikalität des Nachvollzugs historisch-politische Konsequenz ermöglicht, ohne daß je Parteinahme dem literarischen Prozeß vorausginge. – Während Hitzer die wissenschaftliche Durchdringung des Gegenstands als Voraussetzung für den modernen Schriftsteller betont, beharrt Konjetzky auf dem hohen Stellenwert der spezifisch ästhetischen Erkenntnis, auf dichterischer Kühnheit.

Diese Widersprüche reichen indessen nicht hin, das Buch als ganzes zu einer spannenden oder vergnüglichen Lektüre zu machen – worauf es ankäme, denn der Adressat ist ja weniger der an Furztrockenes gewöhnte Wissenschaftler, sondern der an Literaturproblemen interessierte Leser. Den Gesprächen geht zu oft – eine Ausnahme vielleicht das in Gegensätzen sich bewegende Rasonnement Walsers – das Lebendige, Dialogische ab. Das liegt einmal daran, daß es bei uns die Kultur des für Dritte bestimmten Gesprächs kaum gibt, zum anderen aber daran, daß Konjetzky weitgehend auf die Durchsetzung von geplanten Strukturen verzichtet, was allenfalls gangbar gewesen wäre, hätte er stattdessen ständig und beharrlich auf Verdeutlichungen gedrungen und, wo immer möglich, mit Einreden die Zuspitzung auf den jeweiligen Punkt erzwungen. So aber ermüden oft seitenlange Monologe, die gegenüber der Systematik vorformulierter Statements den Nachteil der Unvollständigkeit und Sprunghaftigkeit haben, ohne für diese Mängel durch die potentiellen Vorzüge der Gesprächssituation zu entschädigen.

Ungünstig die zu geringe Strukturierung der Gespräche durch Zwischentitel, welche – wo vorhanden – zudem zwar schön und pathetisch, aber wenig funktional sind. Vermißt wird die zeitliche und örtliche Lokalisierung der Gespräche und die Rechen-schaft über die Prinzipien des Zusammenschnitts und der Überarbeitung. Unzureichend die Zwischenessays von Konjetzky, die oft nicht nur oberflächlich bleiben, sondern sich dem Gesprächston anschmiegen, statt in Distanz zu dem Gewirr der Gespräche dem Leser Wegmarken anzubieten.

Es lohnt kaum, näher auf den ersten Teil einzugehen, der dem bürgerlichen Betrieb in Literaturwissenschaft und Literaturkritik gewidmet ist. Die auf Kontroverse und Provokation – wenn nicht gar auf »Vorführen« – angelegten Gespräche mit Müller-

Seidel, J. Kaiser und M. Reich-Ranicki leisten eine Erhellung des Problems durchaus nicht: Konjetzky wird hier von seinen Partnern – vor allem von Reich-Ranicki – mehr oder weniger überfahren: während er noch darüber nachzudenken scheint, wie mit gefälligen Worten aus Reich-Ranicki das Geständnis der Bürgerlichkeit herauszulocken wäre – womit man auch noch nicht viel gewonnen hätte –, sieht er sich schon selbst aufs Glatteis geführt, fliegen ihm links und rechts gewitzte Unartigkeiten und gönnerhafte Unverschämtheiten um die Ohren. Es bleibt ihm dann das immer unerprißliche Geschäft, ein wenig von dem nachzutragen, was mit dem Gespräch gemeint war: »Nachtarocken«, wie es Konjetzky selbstkritisch nennt.

Ist der erste Teil eine Katastrophe, so kann doch der zweite Teil Anspruch auf kritisches Interesse erheben: bedauerlich nur, daß die Chance vertan worden ist, für die Erarbeitung des Problems eine Form zu gewinnen, die die Aufmerksamkeit eines breiteren Publikums gewährleisten könnte.

Rainer Kawa (Dortmund)

Paul, Ulrike: Vom Geschichtsdrama zur politischen Diskussion.

Über die Desintegration von Individuum und Geschichte bei Georg Büchner und Peter Weiss. Fink Verlag, München 1974 (228 S., br., 36,- DM).

Das »historische Drama« – ein poetisches Genre, dessen Thema meistens reale geschichtliche Auseinandersetzungen um politische Macht sind – erlebt seine Blütezeit im 19. Jahrhundert. Die epigonale Endgeschichte der Gattung sucht Paul anhand zweier stofflich aus der Französischen Revolution schöpfenden Theaterstücke – des Büchnerschen »Danton« und des »Marat/Sade« von Peter Weiss – mit der Hypothese zu reflektieren, daß die nach Schiller beginnende »Zerstörung« des historischen Dramas sich heute im formalen Anachronismus der (dramatisierten) »politischen Diskussion« vollende. Die beträchtliche Schwierigkeit einer entsprechenden Beweisführung besteht nicht nur darin, daß hier vier komplexe Größen – Realgeschichte, Gattung Drama, Dramengegenstand Geschichte und Verkehrsform Theater – miteinander zu vermitteln sind; prekär ist auch, daß dabei die Genese aller vier über ein Jahrhundert hinweg, das zwischen den beiden dramatischen Exempeln liegt, analytisch unanschaulich oder sogar ausgeblendet bleiben muß. Unter diesen Umständen erscheint dann die Wahl von zwei Stück-Beispielen, in denen die geschichtstheoretische Reflexion der Machtfrage (durch die Dramenfiguren) auch noch in den Mittelpunkt rückt, zwar einleuchtend, aber zusätzlich komplizierend: die Neigung der beiden behandelten Dichter zu einem Geschichtsbild, wonach die Menschen ihre Geschichte nicht selbst machen, sondern von ihr mechanisch-marionettenhaft bewegt werden, läßt dramatische Form und Aussage vielfältig mit einer reflexiven Theatralik changieren und macht alle aus dem Werk destillierbare gedankliche Essenz doppelt relativ.

Paul geht von der bekannten Formel Dürrenmatts aus, daß sich die »heutige politische Welt« dem »Zugriff der Bühne« verschlossen habe, und präzisiert diese Feststellung durch eine indirekte Konfrontation des Schillerschen dramatischen Geschichtsbilds einerseits und der Resultate einer vor allem von Lukács und Szondi entwickelten Geschichtstheorie des modernen Dramas zum andern. Deutlich auf Szondis Bestimmung der Krisensymptome dieser Gattung fußend – daß sie die geschichtsbewegenden Kräfte von Ökonomie und Massen bzw. die von ihnen hervorgerufene intersubjektive Entfremdung dennoch konstitutiv in »zwischenmenschliche Aktualität« umsetzen müsse – spürt Paul die Anzeichen der daraus generell erwachsenden Krise der Kunst bei Büchner mit häufig eindrucksvoller Klarheit auf und stellt sie anschaulich dar. So kennzeichnet sie beispielsweise den im »Danton« unternommenen widersprüchlichen Versuch Büchners, die vermeintlich naturwüchsige Mechanik der Französischen Revolution durch die zutiefst individualistische Meditation charakteristi-

scher »dramatis personae« über Geschichte als Verhängnis beschwören zu lassen, indem sie sich von allem »zwischenmenschlichen« Handeln dispensieren: »Hätte Bühnen also wirklich gleichsam der historiographische Kameramann der Französischen Revolution sein wollen, so hätte er sein Objektiv falsch eingestellt. Es steht auf ›Unendlich‹ und die Nähe verschwimmt darin, wo immer die zentrale Frage des Überlebens durchbricht.« (S. 47) Solche »Entstofflichung« als »Reduktion auf die vorgeschichtliche Wahrheit« (also vermeintlicher geschichtlicher Invarianten wie »Trieb«, »Macht« usw.) stellt Paul in ursächlichen Zusammenhang mit dem »Historismus« des 19. Jahrhunderts, der »alle Dinge in ihrer geschichtlichen, nationalen, ökonomischen, politischen, sozialen und psychologischen Bedingtheit« sehe (S. 49) und mit solchem in »Determinismus« pervertierten »Idealismus« konsequenterweise schnell allgemeinem »Relativismus«, ja totalem »Fatalismus« verfallende.

Was die Autorin so mit -ismen beklagt, schreit nach Alternativen – zumindest aber nach der Offenlegung und methodischen Einbeziehung eines Standorts, von dem aus solche Kritik möglich ist, ohne selbst völlig beliebig zu bleiben. Aber bis zur Analyse der bürgerlichen Klassenbestimmtheit von Kunstform und -inhalt kann eine deklarierte »werkimmanente« Untersuchung nicht fortschreiten, weil auch sie nur die verschiedenartige Interpretation der Welt (durchs Drama), nicht ihre Veränderung ins Auge faßt – und sich von der notwendigen wissenschaftlichen Reflexion solcher Praxis dadurch dispensiert, daß sie die Gegenwart von dem »Fluch« getroffen nennt, ihr »Eigentliches« nur noch als »Rätsel« sichtbar werden zu lassen. Mit der bekannten verbohrtten Apolitizität vieler Hermeneutiker baut sie sich eine »ideologieverpflichtete Richtung des Marxismus« als antikommunistischen Buhmann auf, der Historie und Drama ihre jeweilige Eigenständigkeit dogmatisch verweigere. Dem »Eigentlichen« des »Marat/Sade« kommt sie in ihrer lesenswerten Analyse damit vollends nicht mehr bei.

Jürgen Hofmann (Berlin/West)

Hamann, Richard, und Jost Hermand: Expressionismus. Reihe: Epochen deutscher Kultur von 1870 bis zur Gegenwart, Bd. 5. Nymphenburger Verlagsanstalt, München 1976 (244 S., 50 Abb., br., 32,- DM).

Der »ideellen Zielrichtung« des 1961 verstorbenen Kunsthistorikers Richard Hamann verpflichtet und gestützt auf dessen Arbeiten zum Expressionismus und dessen literatur- und kunstgeschichtlichem Umfeld (vgl. S. 236 f.), versucht sich Jost Hermand im vorliegenden Band an eben dieser komplexen kulturhistorischen »Epoche«, erklärtermaßen ohne »ins Spezialistische und damit Undialektische« (7) zu verfallen und »das im hegelschen oder gesellschaftswissenschaftlichen Sinne ›Ganze‹ aus dem Auge zu verlieren« (8). So meldet das Vorwort – obschon recht zaghaft – die Absicht des Verfassers an, »die Frage nach dem spezifisch »Expressionistischen« ruhig einmal etwas konkreter und gesellschaftsbezogener zu stellen« (8), nachdem ja alle Urteile über Expressionismus »auf irgendeine Weise zu(treffen)« (7). Unübersehbar seinem literaturwissenschaftlichen Methoden-Kompendium »Synthetisches Interpretieren« (München 1968) entsprechend, entwickelt Hermand also via »methodischer Re-integration« und Festhalten am »Epochalen« auch in der Moderne sein universalistisches Interpretationskonzept gegen die »chaotische Pluralität der Meinungen« (8), das hier nicht allein am literarischen Expressionismus, sondern auch am Expressionismus der Bildenden Künste, der Musik und zudem der Architektur und des Industriedesigns für Gebrauchsgegenstände exemplifiziert werden soll. Der Totalitätsanspruch – prophylaktisch relativiert durch das Eingeständnis, daß sich »notwendig einige Vergrößerungen einstellen« (16) – erweist sich allerdings sehr schnell und in dem Maße als voluntaristisch, wie die eindeutig dominierende literaturwissenschaftliche

Perspektive die Berücksichtigung der Bildenden Künste und Musik durchweg nur nachfolgend und in bestätigender Funktion zuläßt und den eingestreuten Äußerungen zu Architektur und Industriedesign oftmals bloß ornamentalistische Bedeutung zuzumessen ist; die das »Epochale« konstituierende, nachzuweisende gemeinsame Struktur (nicht nur konkurrierender Individualstile, sondern der verschiedenen Kulturbereiche, Künste und Gattungen schlechthin) ist also a priori definiert durch die Präferenz literaturwissenschaftlicher Quellen, Betrachtungsweisen und Erkenntnisse, die sich zudem allzu feiner Differenzierung enthalten müssen, um ihnen Beobachtungen in nichtliterarischen Bereichen desto müheloser anverwandeln zu können.

Von Anfang an bequemt sich denn auch einer solchen Anlage und Gewichtung bei Hermand die Tendenz zu mehr oder weniger kursorisch-propädeutischer Ausbreitung literaturhistorischer Faktenfülle und Zitatenswildwuchs: die bekannte und beklagte Statik summarischen Überblickens eines weit Zurückliegenden, bis dahin selbst, wo »Expressionismus-Debatte« und -Rezeption – flüchtig und aufgepflöpft – abgehandelt werden (200–215). Das Eingangskapitel referiert Themen, Stoffe, Motive und Ausdrucksmittel aus dem expressionistischen Streufeld als »Totalaufstand gegen die bestehende Ordnung« (17), wobei die Vermittlungsversuche sozialer und politischer Historizität mit der künstlerischen und literarischen Produktion im Stadium bloßer Oberflächen-Skizzierung verbleiben, oder grundsätzliche, bis heute umstrittene Probleme mit dem Gestus müheloser Erledigung übergangen werden, etwa wenn Hermand die tendenzielle Verselbständigung der Form gegenüber Inhalt und ideologischem Gehalt lediglich als Ausdruck der Absicht begreift, um jeden Preis »revolutionär an sich« erscheinen zu wollen (32, 43). Die »Zielutopien der expressionistischen Revolution« (83) – so die Überschrift des nachfolgenden Kapitels – parzelliert Hermand nach eingängig mechanistischer Manier in »vordergründige Ziele« (darunter: Intensität, Natur, Erotik; vgl. S. 84 ff.) und »verdeckte Ziele« (115 ff.), ohne deren tiefreichender Vermittlung inne zu werden. Insistierend auf dem »spezifisch Expressionistischen«, das zunächst für ihn »meist nur in der Schärfe oder extremen Tonlage« (85) bestehen konnte, mit der verschiedene, durchaus als widersprüchlich und uneinheitlich konstatierte »Konzepte oder Erregungsimpulse aufgegriffen und ästhetisch vermittelt werden« (85), reklamiert Hermand schließlich wesentliche Aspekte und Intentionen der »Neuen Sachlichkeit« kurzerhand als »verdeckte Ziele« des Expressionismus: »Das positive Endziel (!) der expressionistischen Revolution, selbst wenn es nur wenigen Vertretern dieser Bewegung wirklich bewußt wurde, ist daher die Forderung »Sachkultur statt Personenkult.« (158; vgl. auch 155) Hier nun ist endlich das vorgeführte Tohuwaboju des Expressionismus seiner Zielbestimmung zugeleitet: einer über weite Passagen völlig unkritischen Hypostasierung neusachlichen Technik- und Fabrikults (vgl. 139 f.), dessen industriekapitalistische, utilitaristische Züge vor allem unbeachtet bleiben müssen, um zur Verteidigung des Epochenbegriffs (vgl. zuletzt S. 159) ein expressionistisches (»verdecktes«) Kontinuum des »Totalaufstands gegen die bestehende Ordnung« präsentieren zu können. Hermand führt dann auch »das Scheitern der expressionistischen Revolution« (161), das Scheitern des Expressionismus insgesamt besonders darauf zurück, »daß seine »konstruktivistischen« Konzepte nur von gewissen Randgruppen vertreten wurden, während sie dem Gros seiner Anhänger entweder unbewußt oder fremd blieben« (162). Daß nach Hermand dennoch nur vom »vorgebliche(n) Tod des Expressionismus« (200) gesprochen werden kann, gründe sich eben auf das »Richtungsweisende« (203) jener im Expressionismus schon verborgenen Sachkultur, auf das, »was man seinen konstruktiven Beitrag zum Prozeß der »positiven Entmenschung« nennen könnte« (203) in Richtung auf eine »positive Versachlichung« (203) und eine »positive Leistungsgesellschaft«

(203). Nicht zuletzt indizieren solche Leerformeln, denen in diesem Buch ein ganzes Register gewidmet sein könnte, eine Art modisch flotter Expressionismus-Durchquerung: an der Oberfläche und ohne besonderen wissenschaftlichen Ehrgeiz nonchalent.

Wilfried Meyer (Osnabrück)

Schütz, Erhard: Kritik der literarischen Reportage. Fink Verlag, München 1977 (218 S., br., 38,- DM).

Was ist Reportage, was literarische Reportage? Der Verfasser macht sich die Antwort nicht leicht. Statt vordergründige Definitionen, an denen es nicht mangelt, wiederzukäuen, steigt er, mit Walter Benjamin als Mentor, in kritische, ja philosophische Tiefen, um einige zum Teil überraschende Einsichten ans Licht der Literaturwissenschaft zu fördern. Es geht »in historischer Perspektive« um Aspekte der literarischen Produktion in der Weimarer Republik. Die Reportage gerät ihm hierbei »in die Nähe der Reklame« (14), sie ist ihm »Naturgeschichtsschreibung des Bestehenden«.

Die monopolkapitalistische Produktion als Produktion für große Massen setze eine neue Sparte von illusionistischer Individualitätsproduktion frei, die Reklame. Der Individualismus als Produktionsideologie werde abgelöst und verdrängt zur Konsumideologie. »Die Reportage markiert diesen Prozeß. Es läßt sich in ihr verfolgen, wie sie direkt zur Reklame gebender Zustände übergeht.« Beispiel: Propaganda für den Fordismus in der Amerika-Reportage. Sie wird als »Sachlichkeit« verkauft, aber ihr Kern ist Reklame.

Für das warenästhetisierte Bewußtsein »wird die Welt identisch mit ihrer Kulisse – wie die Ware mit dem Bild über sie, der Reklame.« (67) Erhard Schütz verweist in diesem Zusammenhang auf die Erkenntnisse in Wolfgang Fritz Haugs »Warenästhetik«. (Man könnte auch auf Günter Anders: »Die Antiquiertheit des Menschen« verweisen). Im Vergleich Hauser–Kisch erweisen sich die amerikanischen Stereotypen als Pole zweier Weltanschauungen: der eine (Hauser) sieht das Individuum Ford, der andere (Kisch) sieht in Ford den Ausdruck eines Systems – als »Charaktermaske« im Marxschen Sinne (58). In dem Abschnitt, der sich mit der Sowjetunion beschäftigt, weist der Verfasser nicht ohne Spitze auf Stalin (1924): das Eigenartige in der Praxis des Leninismus seien zwei Besonderheiten: a) der russische revolutionäre Schwung und b) die amerikanische Sachlichkeit.

Daß Kisch-Texte einer wissenschaftlichen Exegese unterworfen werden, hätte der »rasende Reporter« in seinen kühnsten Träumen nicht erwartet. Aber dem Verfasser geht es nicht um das Individuum Egon Erwin Kisch, sondern um die gesellschaftliche Funktion seiner Reportage. In »Paradies Amerika« »werden mit den Mitteln der Sensationsreportage deren Wirkungen desillusioniert« (101), bemerkt Schütz.

Die Hollywood-Reportagen von Kisch seien »Ideologiekritik am Medium der Ideologieproduktion« (106). Ansätze einer Umkehr der Werte: »Gelingt es in der Reportageform, Prozesse der Veränderung der Gesellschaft darzustellen, ... kann sie ein wichtiges Instrument auf dem Wege zur Humanisierung der Welt sein.« (160).

Das Beispiel für eine solche positive Wendung der von Schütz stark negativ aufgela denen Reportage ist der Russe Sergej Tretjakow. In ihm sieht er das Modell des »operierenden Schriftstellers«, des Reporters, der schreibt und berichtet mit der »gesellschaftlichen Gesamttendenz« im Auge. Aber der Verfasser vergißt nicht darauf hinzuweisen, daß sich Vertrauen in die Gesamttendenz auch dort katastrophal auswirken kann, wo mit einigem Recht das Mitgehen mit dem historischen Prozeß zunächst angenommen werden konnte« (181). Tretjakow wurde ein Opfer stalinistischer Unge setzlichkeit.

Doch bleibt der Reporter als »operierender Schriftsteller« die Hoffungsfigur. Er

soll bewerkstelligen, daß die Zeitung (die Reportage) zur Lösung nicht-antagonistischer Konflikte (in beiden Gesellschaftssystemen) beiträgt.

Es versteht sich, daß in diesem ebenso umfangreichen wie gründlichen Buch über Reportage der Zusammenhang mit der Lukácsschen Reportage-Diskussion nicht verloren geht. Das Anliegen des Verfassers: eine Neuaufnahme der Diskussion mit Benutzung seinerzeit nicht bekannter Lukács-Texte.

Zusammenfassend muß dieses Buch als wertvoller Beitrag zur Einordnung der Reportage in die Literaturwissenschaft eingeschätzt werden. Was den Rezensenten ganz erheblich stört, ist die komplizierte Sprache, überflüssigerweise aufgeladen mit Wortungetümen wie etwa »organizistisch« oder »momentanisiert«. Man kann auch in gutem Deutsch Philosophie betreiben.

Bruno Frei (Wien)

Lück, Hartmut: *Fantastik, Science Fiction, Utopie. Das Realismusproblem der utopisch-fantastischen Literatur.* focus Verlag, Lahn-Gießen 1977 (355 S., br., 24,80 DM).

Es schien ein lohnendes Unterfangen, in den gegenwärtigen Science Fiction Boom Positionen der Realismustheorie einzubringen und am konkreten Material Kategorien wie »realistisch« und »phantastisch« aufeinander zu beziehen. Daß Lück beides nicht gelungen ist, liegt zunächst daran, daß er sich selbst aus dem Diskussionszusammenhang um die Realismustheorie herausnimmt. Seine Position charakterisiert er folgendermaßen: »keine Anlehnung an vorfindliche bzw. noch im Diskussionsstadium befindliche Theoreme, sondern zurück ad fontes – zurück zum »Kapital« von Karl Marx, dessen Ausführungen über das Verhältnis des Bewußtseins zu Oberfläche und Wesen der Gesellschaft alle Bestimmungen enthalten, die zu einer wissenschaftlichen Ableitung des Realismus zu treffen sind.« (18) Aus diesem Kurzschluß folgt bei Lück die ausschließlich einseitige gnoseologische Ausrichtung des Realismusbegriffs. Erwartet Lück allgemein von der Literatur die Bestätigung seines marxistischen Wissens, so ist sein spezielles Interesse an utopisch-fantastischer Literatur durch deren mögliche »gesellschaftsprognostischen Aspekte und Inhalte« (11) bedingt, deren sich Marx wohlweislich weitgehend enthielt. Entsprechend dieses Erkenntnisinteresses teilt Lück die utopische Literatur »nach Marx« – denn vorher ist aufgrund des Fehlens der Kapitalanalyse Realismus nicht möglich – in drei Bereiche ein: unter »utopisch-fantastischer Literatur« analysiert er »bürgerliche Arbeiterliteratur«, in der er »Defizite einer Gesellschaftsprognose« (204) bei Bellamy, eine idyllische Zeichnung des Kommunismus bei Morris und Technikgläubigkeit bei Ulling feststellen muß, welche die »bürgerliche Distanz des Autors zu den arbeitenden Massen« (216) offenbare; unter »Science Fiction« versteht Lück die kulturindustrielle Verwertung dieses Genres im imperialistischen Stadium des Kapitalismus. In dieser »antirealistischen« (222) Literatur findet Lück vor allem sozialdarwinistische, theologische (Lem!) und apokalyptische Momente bedingt durch die Perspektivlosigkeit der Bourgeoisie. Den positiven Gegenpol bildet die »wissenschaftliche Fantastik«, d. h. Literatur, die mit materialistischem Wissen um die Triebkräfte der Gesellschaft einen positiven Bezug zur Zukunft herstellt, sich also auf eine gesellschaftspolitische Prognose einläßt. Entsprechende Romane findet Lück in der UdSSR (v. a. Strugacikij, Efremov), als deren durchgehenden Mangel er jedoch »das Aussparen der allernächsten Zukunft« (324) konstatiert. – Lücks Einengung des Realismusbegriffs auf seine erkenntnistheoretischen Momente, die alle Gattungs- und Formfragen zur quantität negligible erklärt, seine entsprechend engstirnig ideologiekritische Literaturinterpretation wie das Aussparen der grundsätzlichen Fragestellung, ob ein so gearterter Realismusbegriff überhaupt an fantastischer Literatur verifiziert werden kann, lassen diese Arbeit, deren in-

haltliche Widersprüche noch den überaus laxen Formulierungen ihres Autors zugute gehalten wurden, ihr Ziel verfehlen. Josef Schültke (Berlin/West)

Mannack, Eberhard: Zwei deutsche Literaturen? Zu G. Grass, U. Johnson, H. Kant., U. Plenzdorf und Ch. Wolf. Mit einer Bibliographie der schönen Literatur in der DDR (1968–1974). Athenäum Verlag, Kronberg/Ts. 1977 (142 S., br., 12,80 DM).

Mannacks Ausgangspunkt, die Frage nach der Existenz zweier deutscher Literaturen, die gründlich nur durch genaue Einzelanalysen beantwortet werden könne (2), ist interessant und verspricht Einsichten in die Charakteristika zweier zeitlich parallel in verschiedenen Gesellschaftssystemen entstehender Literaturen. Der Ausführung mangelt es jedoch an wesentlichen Einsichten in die Dialektik von Form und Stoff, von gesellschaftlichem System und Literaturproduktion. Dies kann nur zum Teil der Kürze des Buches, das immerhin auf 100 Seiten 6 wichtige literarische Werke und eine Fülle von Theorieansätzen ausbreitet, angelastet werden. So erscheint die Darstellung der Grundprinzipien des sozialistischen Realismus ebenso wie die Stellungnahme zum kulturellen Erbe geradezu karikaturhaft.

Der Haupteinwand liegt jedoch darin, daß der Autor aus ähnlichen Gestaltungsprinzipien in BRD- und DDR-Literatur direkt auf eine Annäherung der beiden deutschen Literaturen schließt – eine Konvergenztheorie im literarischen Gewande also. Dies wird besonders deutlich bei der Konfrontation der Romane und theoretischen Ansätze Christa Wolfs mit den Vertretern des modernen westlichen Romans wie Robbe-Grillet und Johnson. Grundtenor dieser Beiträge ist – und hier hat Mannack auf der phänomenologischen Ebene durchaus recht – die Frage nach der Erzählbarkeit und Darstellbarkeit der Welt, der »Protest gegen die Pose der Allwissenheit« (26). Während diese Frage bei Johnson jedoch offen bleibt und nicht zu weiterweisenden Fragestellungen führt, sind die Romane Christa Wolfs immer von vornherein auf die sie umgebende gesellschaftliche Realität bezogen und gipfeln in der Frage des »Zu-Sich-Selbst-Kommens des Menschen« (28), das für sie trotz Mannacks suggestiver Andeutungen nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung möglich ist. So bietet auch die zusammenfassende Feststellung, »daß auch die Erzähler in der DDR sich zunehmend Problemen konfrontiert sehen, die sie mit den Schriftstellern der nicht-sozialistischen Staaten gemeinsam haben und eine Adaption von literarischen Elementen – u. a. aus den in der Bundesrepublik veröffentlichten Werken – plausibel erscheinen lassen« (33), keiner Erkenntnisfortschritt, weil sie nicht auf die unterschiedlichen gesellschaftlichen Ursachen dieser »Probleme« eingeht.

Die Frage nach der Verwendung literarischer Formen soll auch das Bindeglied zwischen Goethes »Wanderjahren« als erstem Beispiel des »neuen Romans« und Grass' »Blechtrommel« bilden. Auch hier bleibt die Fragestellung mangels historischer Konkretion unproduktiv, wie man generell der gesamten Untersuchung den Charakter des Zufälligen, Beliebigen nicht absprechen kann. Die am Schluß stehende Analyse der »Neuen Leiden des jungen W.« wird schon von der Stoffwahl her als Kritik an »einem schlechten Weltzustand« (94), als »Decouvrierung dieses gesellschaftlichen Seins« (93) interpretiert, obwohl andererseits der Autor zuzugeben gezwungen ist, daß »die Autoren der DDR sich kritisch mit den Problemen einer Gesellschaftsordnung auseinanderzusetzen entschlossen sind, deren Wert für sie grundsätzlich außer Frage steht«. (95)

Insgesamt also ein Buch, das jede Diskussion über literarische Fragen dem sozialistischen System als Schwäche anlastet und seine produktive Fragestellung bei weitem nicht ausschöpft, weil es dort, wo genau zu differenzieren wäre, vorschnell Parallelen zieht.

Claudia Albert (Berlin/West)

Soziologie

Brede, Helmut, Barbara Dietrich u. Bernhard Kohaupt: Politische Ökonomie des Bodens und Wohnungsfrage. edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1976 (354 S., br., 10,- DM).

Die Nachfrage nach qualitativ und quantitativ hinreichendem Wohnraum stößt bei großen Nachfragegruppen in der BRD der 70er Jahre weniger auf Schranken eines mangelnden Wohnraumangebots als auf die beschränkte Zahlungsfähigkeit der Nachfrage, wovon zahlreiche leerstehende, unvermietbare Wohnungen selbst im sozialen Wohnungsbau zeugen. Die Wohnungsfrage besitzt somit noch immer Aktualität. Die vorliegende Untersuchung der gegenwärtigen Wohnungsfrage konzentriert sich darauf, die Bedeutung der städtischen Grundrente und somit der Kapitalform des Bodens für die Wohnungsversorgung breiter Schichten abhängig Arbeitender theoretisch und empirisch herauszuarbeiten. Darüber hinaus erfolgt eine Auseinandersetzung mit den in der Diskussion befindlichen Bodenreformkonzeptionen, die in die Novellierung des Bundesbaugesetzes eingehen sollten.

Bei der Erarbeitung der theoretisch-begrifflichen Grundlagen der Untersuchung werden zunächst marxistische und bürgerliche Theoreme der Grundrententheorie gegenübergestellt, um den Erklärungswert der verschiedenen Ansätze zu verdeutlichen. Ausgehend von den dabei skizzierten grundlegenden Marxschen Erkenntnissen (Kap. 2) über die ökonomische Bestimmtheit der kapitalistischen Grundrente wird ein marxistischer Ansatz zur Erklärung der städtischen Formen der Grundrentenbildung und -abschöpfung entwickelt (Kap. 3). In Anwendung der Marxschen Erkenntnis, wonach sich der »Preis des Bodens daran bemißt, wie hoch die Grundrente ist, die aus einem bestimmten Grundstück erwirtschaftet werden kann« (48), wird weiter geschlossen, daß »für die Bildung des Bodenpreises bzw. für die Höhe der Grundrente . . . die Art der Nutzung, die der jeweilige städtische Boden zuläßt bzw. zuzulassen verspricht« (48), entscheidend ist.

Nach der begrifflichen Bestimmung der Formen, in denen die städtische Grundrente realisiert wird, erfolgt eine Erörterung ihrer Auswirkungen auf die Wohnungsversorgung, wobei betont wird, daß die Bodenfrage in dieser Beziehung immer wieder seit Beginn der Bodenreformbewegung im vorigen Jahrhundert nicht nur überschätzt worden ist und wird, sondern sogar mit der Wohnungsfrage an sich identifiziert wurde. Um diesen Fehler zu vermeiden, werden eingehend die Beziehungen zwischen Grundrente und Wohnungsversorgung erörtert. Dabei zeigt sich, »daß die Grundrente einerseits als bestimmendes Element in den Mietpreis eingeht, daß die Höhe der erzielbaren Grundrente andererseits ausschlaggebend dafür ist, welcher Art der Nutzung Grund und Boden zugeführt wird. Für den sozialen Wohnungsbau bedeutet dies, daß er zunehmend an die Peripherie der Städte abgedrängt wird. Nur dort hat der Boden einen Preis, der von den Mietern über die Mietpreiszahlung noch aufgebracht werden kann.« (151)

Diese theoretischen Erkenntnisse über Zusammenhänge zwischen dem Grundrentenmechanismus einerseits und den Bodenpreisen, der Miehöhe, der Nutzungs- und Verdrängungskonkurrenz in den Innenstadtbereichen und den bauplanungsrechtlichen Steuerkapazitäten der Kommunen andererseits werden im folgenden Teil (Kap. 5) am Beispiel des sozialen Wohnungsbaus in Hessen empirisch zu belegen versucht. Dabei wird u. a. festgestellt, daß der Grundrentenmechanismus für die räumliche Allokation des Wohnungsbaus von erheblich größerer Bedeutung ist als für die Höhe der Mietpreise. Der Anteil der Grundrente am Mietpreis wirkt sich jedoch mittelbar auf die Qualität der Wohnungsversorgung durch die Intensivierung der Bebauungsdichte aus, wodurch die aus einer relativ hohen Grundrente resultierende finan-

zielle Belastung auf eine größere Anzahl von Mietparteien verteilt wird. Im weiteren wird untersucht, »ob die von der Kommission für Bodenrechtsreform beim Parteivorstand der SPD im Juli 1972 vorgelegten Vorschläge zur Reform der Bodenordnung geeignet sind, eine Verbesserung der Wohnungsversorgung vor allem für Mieter von Sozialwohnungen zu bewirken« (151). Zu diesem Zweck werden Bodenwertzuwachssteuer, Planungswertausgleich sowie Verfügungs- und Nutzungseigentum thematisiert. Nach einem Überblick über die von verschiedenen Parteien und Interessengruppen angestrebten Konzeptionen zur Neuordnung des Bodenrechts wird ein Abriss über die Geschichte der Bodenreformbewegung in Deutschland (157–173) gegeben, um zu verdeutlichen, in welcher historischen Tradition die SPD-Vorschläge stehen. Zur besseren Einschätzung und Beurteilung der Bodenreformvorschläge erfolgt ferner eine Übersicht über das bisher geltende Steuer- und Abgabenrecht in bezug auf den Grund und Boden.

Bei der Diskussion um die Konzeption der Bodenwertzuwachssteuer ist umstritten, ob deren Abschöpfung eine Steigerung oder eine Dämpfung der Bodenpreisentwicklung bewirken würde. Zur Entscheidung dieser Frage untersuchen die Autoren, welche Wirkungen von alternativen Realisierungsformen dieser Besteuerung (Abschöpfung in kapitalisierter oder in Rentenform, d. h. einmalig oder periodisch) ausgehen würden und ob für den besteuerten Grundeigentümer die Möglichkeit einer Steuerüberwälzung auf den Käufer, Mieter oder Pächter besteht. Die Autoren können hier u. a. nachweisen, daß die Bodenwertzuwachssteuer Entstehung und Höhe der Grundrente zwar nicht modifiziert, durch eine *rentenförmige* Abschöpfung der periodisch ermittelten Wertzuwächse aber dennoch eine Dämpfung der Bodenpreissteigerungen zu erreichen ist. Bei der Einschätzung der vorgeschlagenen Trennung von Verfügungs- und Nutzungseigentum an städtischem Boden machen die Autoren insbesondere den Einwand geltend, daß diese Konzeption der Aufspaltung des Bodens in öffentliche Verfügungs- und private Nutzungsrechte sich erst dann positiv für die Wohnungsversorgung bzw. Allokation der Wohnungen auswirken könne, wenn die Kommunen nicht mehr aufgrund ihrer permanenten Finanznot gezwungen seien, den städtischen Boden nach dem Prinzip des höchstgebotenen Nutzungsentgelts an die Privaten zur Nutzungsüberlassung zu vergeben. (Vgl. 242–261) Im abschließenden Kapitel wird endlich versucht, den sozialpolitischen, ökonomischen und politisch-ideologischen Hintergrund von Bodenreformdiskussionen und -konzepten zu beleuchten. Im Gegensatz zu der bisher geleisteten sehr differenzierten und begrifflich exakten Analyse nehmen die Autoren hier nun leider eine »Alles-oder-Nichts-Haltung« ein, indem sie die Reformvorschläge der SPD-Kommission als Reformen im Interesse des Gesamtkapitals entlarven, weil »die Grundrente nur *eine* Form des Mehrwerts sei, und (. . .) es darum gehe, die private Aneignung des Mehrwerts in all seinen Erscheinungsformen zu verurteilen und abzuschaffen.« (273) Der Verweis auf die Marxsche Einsicht in die Notwendigkeit der historischen Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die anzustrebende Überwindung im Detail, d. h. mit entsprechenden perspektivischen Programmen in allen gesellschaftspolitischen Bereichen vorbereitet werden muß. Die seitens der Autoren suggerierte »Erkenntnis«, daß erst unter gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen eine endgültige Lösung der Boden- und der Wohnungsfrage möglich sei, ist höchst problematisch, wenn sie an die Stelle einer tendenziell systemüberwindenden Politikstrategie im städtischen Bodenrecht tritt, die aufbauend auf den von den Autoren gewonnenen Einsichten in die Funktionszusammenhänge von Grundrente und Wohnungsversorgung durchaus zu entwickeln wäre. Dies hätte der Leser von einer Arbeit erwartet, die den bisher fortgeschrittensten marxistischen Ansatz zu einer Theorie der politischen Ökonomie des städtischen Bodens darstellt.

Die Arbeit ist für alle notwendig und gewinnbringend, die sich in den Bereichen der Stadt- und Regionalplanung, des Bodenrechts und der Bodenpolitik sowie in der Kommunal- und Wohnungspolitik für eine Entwicklung einsetzen, die den objektiven Reproduktionsbedürfnissen der lohnabhängigen Bevölkerung entspricht. Besonders wertvoll sind die zahlreichen Literaturhinweise sowie ein Tabellenanhang, der den empirischen Teil der Arbeit dokumentiert. Beate Guthke (Berlin/West)

Behnke, Hans, Klaus G. Evers und Karl F. Möller: Grundrente und Bodenspekulation. Fallstudien zum städtischen Veränderungsprozeß in Hamburg 1948–1975. Analysen zum Planen und Bauen 7. VSA, Berlin/West 1976 (155 S., 36 Abb., br., 14,80 DM).

Die drei Verfasser hatten das Bedürfnis, grundsätzliche Einsicht in den Prozeß der Umwälzung speziell der städtischen Mietshausbebauung zu gewinnen, der gegenwärtig überall im Gange ist und sich hierzu vor Ort informiert: zwei Hamburger Stadtgebiete, eines, Winterhude, dessen Mietshausbebauung aus der Jahrhundertwende bestehen bleibt, obwohl der Stadtteil zum Sanierungserwartungsgebiet erklärt ist, und eines, Hohenfelde, dessen ältere gemischte Bebauung mit vielen Reihenvillen darin Zug um Zug abgerissen wird, obwohl es nicht als Sanierungsgebiet ausgewiesen ist. Von diesen beiden Stadt-Stücken haben sie jeweils für einen festumgrenzten Block von Grundstücken – 6 Häuserblocks dort, der Großteil eines Häuserblocks hier – die Grundbücher, Grundakten, Feuerkassen- und Bauakten einsehen können. Die zuständigen Behörden haben ihnen Einsicht gegeben – korrekterweise angesichts des öffentlichen Interesses, das Hochschulforschung für sich hat; leider nur ist solche Korrektheit nicht überall mehr selbstverständlich. So konnte es gelingen, die Grundstücksbewegungen, die Kaufpreis-Entwicklung sowie die baulichen Veränderungen auf den Grundstücken tabellarisch zu erfassen und darzustellen, und sich sodann aus sicherer Empirie ein wohlbegründetes Urteil zu bilden. Das Ergebnis: der Bodenpreis und damit die Form der Bebauung werden von der zu erwartenden Grundrente bestimmt. Oder anders gesagt: die aus dem Grundstück herausholbare Grundrente bestimmt die Nutzung. Wenn die Nutzung weniger erbringt, wird sie geändert; wenn die vorhandene Bebauung die rentierliche Nutzung nicht ermöglicht, wird abgerissen und neugebaut. Das Lamento über die Bodenspekulation, die nach noch immer verbreiteter Auffassung die Bodenpreise willkürlich in die Höhe treiben soll, ist Unsinn. Den bösen Spekulanten gibt es nicht. Grundstückshandel und Bauspekulation sind Geschäfte mit gewissen Sonderbedingungen wie jedes andere Geschäft auch – jedes Geschäft hat seine speziellen Bedingungen. Die erreichbare Grundrente ist es, was unseren ganzen Städtebau steuert.

Die inhaltlichen Grenzen des Buches: dargestellt werden Teile der Stadtentwicklung, bei denen die herkömmliche, konkurrenzkapitalistische Ökonomie noch weitgehend in Kraft ist, also die Grundlage der ganzen Entwicklung bildet. Diese klargestellt zu haben, ist das Verdienst und die Rechtfertigung des Buches. Auf die Veränderungen dieser Ökonomie durch zunehmende staatliche Eingriffe, auf das Dickicht von sozialem Wohnungsbau, Mietbegrenzung und -subventionierung, auf die Sanierungen, auf die Verquickung der Interessen von Gemeinden und Wohnungsbau-gesellschaften, also auf die überwiegend und damit typisch und normal gewordenen Verhältnisse des heutigen großen Geschäftes im Wohnungsbau erstreckt sich diese Arbeit nicht, abgesehen von einigen Hinweisen. Diese Verhältnisse wären auch so kurz gar nicht darstellbar, und es mangelt auch an theoretischem Werkzeug dazu. Eine inhaltlich-methodische Grenze ist die der ökonomischen Diskussion. Bei etwas mehr allgemeinem, auch soziologischem Überblick hätten die Autoren aus dem Mate-

rial über das, was die Grundrente eigentlich ist, mehr herausholen können. Wenn die realisierbare Grundrente die bestimmende Einflußgröße für die Struktur unserer Städte ist, wird sie besonders interessant. Zwar zeigen die Autoren die Entwicklung der Grundrente an ihren Beispielen während ihres Beobachtungszeitraumes, aber über diesen Nachweis gehen sie kaum hinaus. Die Grundrente aufzuschlüsseln in absolute, Differential- und Monopolrente, hierzu machen sie nur einen schüchternen Ansatz. Die theoretischen Darlegungen außerhalb der Interpretation der Fallbeispiele wirken befangen und bleiben unergiebig.

Leider hat das Buch auch stilistische und redaktionelle Mängel. In der Anlage aber erscheint mir dieses Buch geradezu als Modell für die Weise, wie Wissenschaft angefangen werden sollte: vom handfest sinnlich Erfahrenen (Vertreibung der bisherigen Bewohner, Aufmöbelung oder Abbruch und Neubau der Häuser) ausgehen, die unsichtbaren, aber sehr realen Ursachen erweisen und dadurch seine Hypothesen für richtig oder falsch erkennen. Daraus kann dann ein Urteil in der Theorie erwachsen.

Goerd Peschken (Berlin/West und Hamburg)

Atteslander, Peter, und Bernd Hamm (Hrsg.): Materialien zur Siedlungssoziologie. Neue Wissenschaftliche Bibliothek, Kiepenheuer und Witsch, Köln 1974 (400 S., br., 28,- DM).

Pehnt, Wolfgang (Hrsg.): Die Stadt in der Bundesrepublik Deutschland. Lebensbedingungen, Aufgaben, Planung. Reclam-Verlag, Stuttgart 1974 (506 S., br., 36,80 DM).

Petsch, Joachim (Hrsg.): Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert. 2 Bände. VSA, Westberlin 1974 (253 u. 248 S., br., je Band 18,- DM).

transfer 3: Stadtforschung und Stadtplanung. Westdeutscher Verlag, Opladen 1977 (213 S., br., 18,- DM).

Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik. Hoffmann und Campe, Hamburg 1975 (305 S., br., 29,50 DM).

Der von Atteslander/Hamm herausgegebene Band ist in die Reihe der Reader einzuordnen, mit denen ein bestimmter Forschungsansatz propagiert wird, welcher noch nicht so weit entwickelt ist, daß er schon monographisch aufbereitet präsentiert werden könnte. Die Herausgeber wollen eine eigenständige »Siedlungssoziologie« entwickeln, deren Thema die Raumbezogenheit der Gesellschaft sein soll. Diese »Theorie des räumlichen Sozialverhaltens« sei »umfassender als die traditionale Gemeinde- oder Stadtsoziologie« (14), weil sie die allgemeinere Frage verfolgt, inwieweit die Raumgestalt auf das Sozialverhalten determinierend wirkt. Einsichtig ist die Kritik an der Gemeindeforschung, die bisher zu keiner Theoriebildung gelangen konnte. Dies allerdings in der Tatsache begründet zu sehen, daß die bisherigen Ansätze die Gemeinde lediglich als Paradigma und nicht als Objekt untersucht haben, ist unverständlich: der wirkliche Grund ist, daß »Stadt« oder »Gemeinde« keine Gegenstände sind, die einen theoretisch formulierbaren Zusammenhang konstituieren; es sind geographisch oder verwaltungsmäßig abgegrenzte Gebilde, die prinzipiell alle Elemente und Probleme enthalten, die sich in der Gesellschaft an anderen Orten auch aufspüren lassen.

Der Untersuchungsgegenstand wird in der Einleitung genauer als die Beziehung zwischen Raum und Verhalten beschrieben – und diese Beziehung ist ja überall zu untersuchen, wo es »Raum« gibt: »Offenbar geht es im weitesten Sinn um die Beziehungen des Menschen zu seiner Umwelt« (24). Und das ist ein weites Feld! Die Autoren gehen sogar so weit, einen theoretischen Rahmen zu fordern, in dem die Wohnung

ebenso analysiert werden kann »wie das Haus, eine Straße, ein Quartier, eine Stadt oder ein nationaler Siedlungsraum« (30).

In der Einleitung der Herausgeber wird zwar immer wieder darauf hingewiesen, daß im von ihnen kreierte siedlungssoziologischen Ansatz die »wechselwirkenden Abhängigkeiten« (23) zwischen Raum und Verhalten »geprüft« werden sollen; tatsächlich aber drängt sich der Eindruck auf, daß die *verhaltensdeterminierende* Macht der räumlichen Verhältnisse im Vordergrund des Interesses steht, wohingegen die *raumprägenden* sozialen Prozesse vernachlässigt werden. Diese Einseitigkeit scheint ihren Grund in der Vorstellung zu haben, daß die Soziologie, wenn sie erst eine umfassende Theorie der räumlichen Bedingung sozialen Verhaltens (Raum als verursachende Variable) anbieten könnte, auch planungspraktisch und gesellschaftsverändernd wirksam werden könne. Diese optimistische Sicht wurde aber durch die Untersuchung der Faktoren getrübt, die den Raum, »unsere Welt«, gestalten: der Zustand unserer räumlichen Umwelt ist nämlich nicht allein mit verhaltenstheoretischen Aussagen hinreichend erklärbar; für dessen Erklärung wären historische, politische und ökonomische Erklärungsansätze notwendig, die den subjektivistisch verkürzten handlungstheoretischen Ansatz überschreiten.

Der Band ist in fünf Abteilungen gegliedert, von denen die *erste* methodologischen Problemen gewidmet ist. Diese Beiträge stützen insgesamt die Auffassung, daß es »Gemeinde« als eigenständiges Erkenntnisobjekt nicht gibt. In der *zweiten* Abteilung sind einige klassische Texte der stadtökologischen Schule versammelt, die in den 20er Jahren in Chicago zum ersten Mal mit quantitativen Methoden die Gesetzmäßigkeiten der Stadtentwicklung exakt zu erfassen suchte. Dieser Teil ist (z. B. für den Gebrauch im Studium) sehr nützlich, weil die z. T. schwer zugänglichen Texte eine vorurteilslosere Auseinandersetzung mit dieser Schule ermöglichen. Der *dritte* Teil enthält Texte zu umweltspsychologischen Ansätzen: Sozialpsychologie des Wohnens, Wirkungen der physischen Umwelt, symbolische Ortsbezogenheit. Die Umweltpsychologie hat sich mit der zunehmenden »Krise der Städte«, ausgehend vor allem von den USA, zu einem inzwischen so umfangreichen Forschungsgebiet entwickelt, daß ihre Repräsentanz durch 6 kurze Aufsätze nur einen allerersten und groben Einblick vermitteln kann. Im *vierten* Teil werden in drei Beiträgen Verstärkerungsprozesse dargestellt und deren soziale Folgen analysiert, wobei die grundsätzliche Problematik des »siedlungssoziologischen« Ansatzes in den Beiträgen von A. Kaufmann und S. M. Lipset sehr gut zum Ausdruck kommt; z. B. wenn Kaufmann schreibt: »Viele Verhaltensweisen, Werte und Normen . . . werden vielfach fälschlicherweise nur deshalb als Produkte und Charakteristika der Urbanisierung oder der städtischen Lebensformen angesehen, weil sie sich in städtischen Siedlungsformen zuerst durchsetzen« (274); oder wenn Lipset sich »mit der Frage beschäftigt, wie die relative Größe der Orientierungsgemeinde Ausbildung, Möglichkeit, Wahrnehmung der Berufsstruktur und das berufliche Streben der Individuen beeinflusst« (298). In beiden Fällen wird auf die (nicht genau bestimmbare) Marginalität der räumlichen Determinanten für das soziale Verhalten hingewiesen, was das Programm einer »Theorie des räumlichen Sozialverhaltens«, das die Herausgeber verfolgen, erheblich relativiert.

Unverständlich ist die Aufnahme des Problembereichs »Kommunale Machtstrukturen« im *fünften* Teil, dessen Bezug zum Thema des gesamten Bandes unklar ist: da werden Themen angerissen, die allein umfangreichere Reader verdient hätten (und die in englischer Sprache auch mannigfaltig vorliegen). Es wäre besser gewesen, die engere Thematik mehr auszubreiten und dort auch Ansätze anderer wissenschaftstheoretischer Richtungen zu präsentieren, oder vielleicht die Aufsätze von Wirth, Sly, Barker und Wright zu bringen, denen in der Einleitung so große Bedeutung zugesprochen wird.

Der von Peht herausgegebene Sammelband mit dem lapidaren Titel »Die Stadt in der Bundesrepublik Deutschland« ist in der Überzeugung zusammengestellt worden, daß die wirkungsvollere Kritik diejenige ist, die sich auf Kenntnisse stützt« (7). So mager dies als Konzept ist, so diffus und anscheinend zufällig ist die Auswahl der Beiträge. Das Buch ist eher als Kompendium zum Thema »Stadt« konzipiert. Die Autoren sind z. T. wissenschaftlich, z. T. planungspraktisch tätig; entsprechend sind ihre Ausführungen problem- bzw. theorieorientiert oder an technischen Fragen der Praxis ausgerichtet: einerseits rollt z. B. H. P. Bahrdt in einem sehr informativen Artikel die Problematik der Bestimmung von Wohnbedürfnissen auf und ordnet dabei auch die Infrastruktur als gesellschaftspolitisches Problem ein, andererseits handelt E. Gassner die Infrastrukturpolitik im Stile militärischer Strategieplanung ab.

Hier sind fortschrittliche und konservative Autoren vertreten. Die Artikel bieten einführende Überblicke oder vertreten engagiert bestimmte Konzepte, ohne alternative Ansätze überhaupt zu würdigen. Letzteres geschieht z. B. in einem Artikel von Mielke und Brügelmann über Denkmalpflege, in dem die Restaurierung von Altstadtteilen nach dem Rezept von Brinkama in Pöseldorf als vorbildlich und einzige Möglichkeit herausgestellt wird, ohne auch nur einen Gedanken darauf zu verschwenden, daß mit der geschmäckerlichen Aufbereitung alter Stadtquartiere für zahlungskräftige Romantiker eine vollständige Umkrepelung der Sozialstruktur verbunden ist. Oder: in dem Artikel von Mäcke über »Verkehr« wird unverdrossen die »Anpassung der Stadtstruktur an die verkehrsstädtebaulichen Anforderungen« (267) gefordert, wo doch heute jeder weiß, daß gerade diese Ideologie eine Fortsetzung der Zerstörungswirkungen des 2. Weltkriegs mit anderen Mitteln darstellt.

Der Band vermittelt keineswegs vollständige Informationen darüber, was in der Stadt vorgeht; darum z. B. kein Artikel über den bedeutsamen Vorgang der Sanierung, mit dem sich heute fast jede Stadtverwaltung und viele Bürgerinitiativen herumschlagen, enthalten ist, bleibt unbegründet.

Die heterogenste aller hier besprochenen Sammlungen ist die von J. Petsch herausgegebene mit dem machtvollen Titel »Architektur und Städtebau im 20. Jahrhundert«. Der Herausgeber selbst spricht von einem »bunten Mosaik« (7), das von einem umfassenden Projekt übriggeblieben sei. Als Konzeption für einen Sammelband reicht die »Übereinstimmung in der Intention, von dem materialistischen Ansatz aus die Themen anzugehen« (7), nicht aus, denn vom materialistischen Ansatz aus kann man alles angehen, wie die Bände beweisen: Architekturgeschichte, Transportwesen, Städtebaukonzeptionen, moderne Stadtentwicklung, Kaufhausbau, Sanierung, Stadtbau, Berufspraxis, Ästhetische Theorie, Arbeiterwohnungsbau, Wohnungsbaugenossenschaften und bürgerliche Wohnkultur. Im Niveau sind die Beiträge unterschiedlich: lesenswert z. B. die Analyse von Helms zum Transportwesen und der Aufsatz von Michael Weisser über den Arbeiterwohnungsbau. Ganz und gar ärgerlich ist der Beitrag des Kunsthistorikers Olbrich, der von den »günstigen Bedingungen sozialistischen Städtebaus« (240) in der DDR und von der »sozialistischen Synthesekonzeption« redet, ohne auch nur eine Zeile der architektonischen Neubau-Realität zu widmen, die doch gerade in ihrer städtebaulichen Qualität auch in der DDR katastrophal ist! Bei mehreren Beiträgen fragt man sich, weswegen sie überhaupt in einem Sammelband auftauchen, der vom Titel her den Eindruck erweckt, als ob er sich an ein nicht allzu sehr spezialisiertes Publikum wenden wolle. Sie haben z. T. so spezielle Probleme zum Gegenstand, wie die Aufdeckung der Beziehungen zwischen einem Städtebauentwurf eines Herrn Granier und einem Roman von Zola, daß sie besser in einem ihnen sinnvoller entsprechenden Rahmen veröffentlicht worden wären. Zum Teil handelt es sich um Einzelfallstudien, denen der einordnende Rahmen fehlt; andere Beiträge repräsentieren so vorläufige Erkenntnis, daß sie schon

heute nicht mehr dem Diskussionsstand angemessen sind.

In der Reihe »transfer« ist eine Aufsatzsammlung mit dem Titel »Stadtforschung und Stadtplanung« erschienen. Im Klappentext heißt es zu den Zielen dieser Reihe: »Transfer will die Aufmerksamkeit auf sozialwissenschaftliche Daten und Konzepte lenken, die den Politikern und Planern bei der Bestimmung von Reformzielen und deren Begründung helfen können. Dabei soll es vor allem auch darum gehen, die umfangreichen Erfahrungen zu verwerten, die bislang in der Auftragsforschung für die öffentliche Hand gesammelt werden konnten«. Letzteres ist eine löbliche Absicht, denn in der – in der Regel unveröffentlichten – Auftragsforschung werden eine Menge von Daten angehäuft, die nur dürtig ausgewertet sind; und außerdem bleibt mit der Geheimhaltung von Forschungsberichten ein großer Teil der Wissenschaft außerhalb der Reichweite fachlicher Kritik, was gerade bei den beratenden Sozialwissenschaftlern, die politische Strategien unmittelbar beeinflussen sollen, höchst bedenklich ist. Die Auftragsforscher, die hier berichten, arbeiten zumeist im Institut für angewandte Sozialwissenschaft (Infas), dem von sozialdemokratischen Reformern bevorzugten Demoskopie-Institut.

Im ersten Teil äußert sich der Bremer Bürgermeister Koschnick zu den Rahmendaaten und Hemmnissen der Städteplanung heute. Er umreißt im Stil einer Regierungserklärung (apodiktisch, trocken und undifferenziert) die Hauptprobleme, die sich aus der Sicht der Regierung stellen: Bevölkerungsrückgang, Infrastrukturproblem und Finanzprobleme. Die Frage, welche Spielräume den Gemeinden angesichts ihrer Finanzsituation bleiben, wird in einem Projekt der Fraunhofer gestellt; die Autoren versuchen der Behauptung entgegenzutreten, die Handlungsspielräume der Gemeinden seien durch die starke Bedeutungszunahme der Zweckzuweisungen seitens der Länder so geschrumpft, daß sie faktisch über keinerlei Autonomie mehr verfügen. Sie referieren ihren rein quantitativen Ansatz und überlassen dem Leser einige Seiten Korrelationstabellen, die das Gegenteil von dem, was bisher herrschende Meinung war, beweisen sollen: nämlich, daß die Gemeinden durchaus eigene Finanzierungsstrategien verfolgen. So interessant dies sein mag, das hier ausgebreitete Material läßt keine ernsthafte Diskussion zu, da die Argumentation nicht durchsichtig wird; daß damit schon, wie die Herausgeberin meint, eine »unerwartete Korrektur gängiger Vorstellungen« (11) gegeben sei, ist ziemlich übertrieben.

Der zweite Teil enthält die leenswertesten Aufsätze: von E. Spiegel über das Problem der Infrastrukturplanung bei Bevölkerungsrückgang, in dem sie aufzeigt, daß den bisher üblichen Orientierungswerten bei der Planung die Basis entzogen ist; von U. Pfeiffer, Thesen zur Entwicklung der Wohnungsmärkte; K. Zapf entwickelt die These, daß den Stadtbewohnern die Infrastrukturausstattung nicht besonders wichtig sei, wie ihre Abwanderung in die unterversorgten Randbereiche zeige – da sie aber keine schichtspezifischen Differenzierungen vornimmt, bleiben ihre Ausführungen oberflächlich. Mit den Beiträgen von P. Deckert und J. Münstermann über Wandermotive und über Ausländer beginnt eine Reihe von Beiträgen, die das Elend angewandter Sozialforschung recht deutlich offenbaren. Diese und die folgenden Beiträge zeichnen sich aus durch die Übernahme der administrativen Problemperspektive, die keineswegs immer unmittelbar in eine wissenschaftliche Fragestellung umsetzbar ist. Beispiel Wandermotive: für die Stadtverwaltung ist dies ein Problem der Abwanderung von Steuerzahlern, also stehen deren Motive im Mittelpunkt des Interesses; hier werden die Wohnmöglichkeiten einer kleinen ökonomisch gut situierten Gruppe zur Grundlage stadtplanerischer Strategien gemacht – eine Tatsache, die eine kritische Wissenschaft schon durch die Anlage ihrer Untersuchungen (Einbeziehung auch derer, die nicht wandern können, zum Beispiel) verhindern helfen müßte. Oder: wenn die Untersuchung der Wohnsituation von ausländischen Arbeitern er-

gibt, daß sie in der Regel in schlechten und billigen Wohnungen hausen, dann zieht der angewandte Sozialforscher den Schluß: »Aus den genannten Zahlen folgt, daß Wohnen in den Konsumwünschen der Ausländer ein geringerwertiges Gut ist« (113), also ergebe sich »durch den Ausländerzuzug keine zusätzliche Belastung des Wohnungsmarkts« (113)! Man kann angesichts solcher methodischer Katastrophen nur hoffen, daß der erstrebte »Transfer« weiterhin schwierig bleibt. Dies gilt auch für die Beiträge, die sich mit der Öffentlichkeitsarbeit der Städte befassen: sie lesen sich in weiten Passagen so, als ob in zynischer Weise aus dem Verlangen nach Partizipation an Planungsentscheidungen eine Werbeaktion für die Umfrageforschung gedreht werden solle. Dies gipfelt in der Feststellung, daß Umfrageforschung eine wichtige Voraussetzung dafür sei, »daß der Informationsfluß von den Entscheidungsträgern zu den Bürgern gewährleistet ist« (186)! Und wenn dann noch als Erfolgsmaßstab für das Gelingen der Bürgerberatung die »positiven Erfahrungen« (179) *der Verwaltung* angeführt werden, dann wundert man sich über gar nichts mehr.

In dem lesenswerten Beitrag über die Konkurrenz zwischen öffentlichem Nah- und privatem Individualverkehr zeigt W. Hartenstein, daß eine Verlagerung des Verkehrs auf die öffentlichen Verkehrsmittel nur durch eine Behinderung bei der Benutzung des privaten Pkws im Berufsverkehr erreichbar sein dürfte. Ich weiß nicht, ob die Tatsache, daß dieser Beitrag schon vor 10 Jahren verfaßt worden ist, während die übrigen alle jüngsten Datums sind, symptomatisch für einen Niveauverlust in diesen Forschungsbereichen ist; sicher dagegen ist, daß heute, wo der Absatz von Pkws unsere Wirtschaftskonjunktur im wesentlichen trägt, niemand mehr bereit wäre, irgendjemanden bei Infaz dafür zu bezahlen, daß er über derartige Fragen nachdenkt.

Der Sammelband »Kommunalpolitik« soll »Orientierung über die zentralen Problembereiche und einen Einblick in die Handlungsbedingungen lokaler und kommunaler Politik geben, einen Überblick über die Fragestellungen lokaler Politikforschung vermitteln, wichtige Ergebnisse bisheriger Forschung darstellen«. Das »Studienbuch« diene dazu, »dem noch-nicht-Experten oder dem wissenschaftlichen Laien auf einem bestimmten Einzelgebiet Einführung, Überblick und Orientierung zu geben« (9).

Der Herausgeber grenzt in seiner Einleitung »Kommunalpolitik« von »Lokalpolitik« so ab: Lokalpolitik sei Politik, »die sich im Rahmen einer Gemeinde abspielt«, während kommunalpolitik »in erster Linie ein inhaltlicher Begriff« (8) sei, Politik, »die die Folgeprobleme von Industrialisierung und Verstädterung zu bewältigen versucht . . . Danach ist Kommunalpolitik ihrem Wesen nach Gesellschaftspolitik« (8). Was immer man von dieser Abgrenzung halten mag (»letztlich« geht der Herausgeber selbst von einer Synonymität aus!), die wenigsten Beiträge dieses Sammelbandes behandeln Probleme von Industrialisierung und Verstädterung; vielmehr befassen sich alle mit den institutionellen und politischen *Bedingungen* solcher Politik. Der im Sprachgebrauch des Herausgebers richtige Titel wäre also »Lokalpolitik« gewesen.

Im ersten Beitrag schildern R. und H.-G. Wehling Anlässe, Ziele, Verlauf und Ergebnis der Gemeinderreform im Bundesgebiet. Nach einer oberflächlichen Darstellung der Ursachen und Ziele und einem informativen Überblick über den Verlauf kommen sie zu dem widersprüchlichen Ergebnis, daß die Beteiligungschancen für die Bürger an der Kommunalpolitik zwar durch die Vergrößerung der Verwaltungseinheiten reduziert seien (30 f.), daß aber durch die neugewonnene Identität von Problem-, Handlungs- und Entscheidungsgrenzen die Chance vergrößert worden sei, »Entscheidungsprozesse (!) . . . wieder zum Entscheidungsgegenstand demokratisch legitimierter und von der Bevölkerung kontrollierbarer Gremien zu bringen« (34).

H.-J. Siewert berichtet über »Ansätze und Konzepte der Gemeinsoziologie«; dabei unternimmt er den unglücklichen »Versuch einer wissenschaftssoziologischen

Betrachtung«, indem er eine knappe Explikation der Kuhnschen Paradigmtheorie voranschickt und sich so eine verblasene Darstellung der Gemeindeforschung einhandelt, deren eigentliche Problematik nicht in der Wechselfolge von Paradigmen, sondern im Verfehlen ihres Gegenstands liegt. Da der Autor zudem die deutsche Gemeindeforschung fast vollständig ignoriert, hat der Beitrag für die Zielgruppe des Herausgebers weder orientierende noch einführende, sondern nur verwirrende Wirkung. Klare und vollständige Überblicke über ihre jeweiligen Gegenstände geben hingegen J. Ueltzhöffer («Die kommunale Machtelite und der politische Willensbildungsprozeß in der Gemeinde») und H. Boldt («Kommunale Finanzen im Rahmen der Finanzverfassung der Bundesrepublik»). Allerdings ist die Art der Darstellung sehr unterschiedlich: während Ueltzhöffer einen Überblick über den Stand der *wissenschaftlichen* Forschung bezüglich seines Themas gibt, orientiert sich Boldt an einem nicht explizierten Standpunkt von praktischer »Notwendigkeit« bzw. »allgemeiner Entwicklung«, der die Darstellung unkritisch pragmatisch werden läßt. Daher bleibt auch offen, welche politischen Folgen möglicherweise der vom Autor vorgetragene Vorschlag haben würde, die gemeindliche Finanzhoheit gänzlich abzuschaffen.

Der Beitrag von G. Lang über die Typen kommunaler Verfassung in der Bundesrepublik nimmt sich in seiner formalen Trockenheit, mit der hier die Kompetenzen von Räten, Ausschüssen, Bürgermeistern etc. abgespult werden, etwas kurios aus, nachdem in dem Aufsatz über den Willensbildungsprozeß der Gemeinde ausführlich dargestellt worden ist, welche marginale Bedeutung solche institutionellen Regeln für das, was in der Gemeinde geschieht, tatsächlich haben.

Wie anders hat demgegenüber H. Wollmann sein Thema »Städtebaurecht und privates Grundeigentum – Zur politischen Ökonomie der Gemeinde« angegangen! Rechtliche Regeln sind für ihn kein Thema »für sich«, vielmehr sieht er in ihnen »geronnene soziale Machtverhältnisse« (183). In einem historischen Rückblick auf die Entstehung des Bauplanungsrechts und im Verfolg der weiteren Gesetzgebung sowie der Rechtsprechung in Weimar und der BRD zeigt er die Entwicklungslinien des Städtebaurechts auf: eine zunehmende »Planungsunterworfenheit« des privaten Verfügungsrechts über Grund und Boden (Ausdehnung der formalrechtlichen Zugriffsmöglichkeiten durch die Gemeinden) »ist begleitet von einer schrittweisen Ausweitung des Entschädigungsschutzes« (228). Dies führte dazu, »daß eine Gemeinde, die die vom Städtebaurecht *formell* ermöglichte »Steuerkapazität«, sei es durch *Umplanungen*, sei es durch *Plangebote*, tatsächlich ausschöpfen wollte, sich dies vielfach buchstäblich *erkaufen* mußte«. (234) Dieser sehr lesenswerte Beitrag gibt Anschauungsunterricht dafür, auf welch vielfältige Weisen sich herrschende Interessen immer wieder durchsetzen können, selbst wenn die gesetzlichen Instrumente scheinbar ihre Domestizierung zunehmend ermöglichen. Einzig in diesem Beitrag wird auch der Anspruch des Herausgebers eingelöst, Kommunalpolitik als inhaltlichen Begriff zu verstehen.

Hartmut Häußermann (Bremen)

Erziehungswissenschaften

Arbeitsgruppe Methodenlehre: Didaktik sozialwissenschaftlicher Methodenlehre. Erfahrung, Analyse, Modell. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1977 (279 S., br., 28,- DM).

Der Einsatz wissenschaftlicher Methoden und insbesondere solcher der empirischen Sozialforschung kennzeichnet in zunehmendem Maße die Tätigkeitsfelder im sozialen Bereich. In einem an der Berufspraxis orientierten sozialwissenschaftlichen Studium müssen sie den entsprechend breiten Raum einnehmen. Hier stellt jedoch die

Trennung der Methoden von Untersuchungsgegenstand und Forschungsinteresse eine stete Gefahr dar, die auch von der Berliner »Arbeitsgruppe Methodenlehre« gesehen wird. Um so wichtiger erscheint es ihr, eine den Gesamtbereich Empirie, Statistik und Wissenschaftstheorie einschließende Didaktik zu erarbeiten – womit sie sich einer im Hochschulbereich bisher weitgehend vernachlässigten Aufgabe zuwendet. In der vorliegenden Arbeit werden daher Erfahrungen aus der Methodenausbildung zusammengetragen und synthetisiert, um vornehmlich für Dozenten eine »didaktische Orientierungshilfe zur Vermittlung des Stoffes« (8) zu geben. Dabei ist in der Konzeption der Arbeitsgruppe zentraler Gedanke, Methodenlehre nicht in positivistischer Manier als Anhäufung isolierter Techniken zu betrachten, sondern die Logik und den Ablauf des *Forschungsprozesses* selbst der Vermittlung von Methoden zugrunde zu legen: »So wie die Forschungsvorhaben als Ganzes zu betrachten sind, müssen auch die Untersuchungsmethoden im Zusammenhang mit Forschungsgegenstand und -intention vermittelt werden. . . . Der adäquate Rahmen der Vermittlung der Methoden in den Kursen ist daher der Forschungsprozess selbst, da er sich als Einheit von theoretischen Konzepten und praktischen Schritten darstellt.« (39 f.) Die Orientierung am Forschungsprozeß impliziert zugleich die Aufhebung der Trennung von Erhebungs- und Auswertungsverfahren in der Methodenausbildung – also der klassischen Trennung in Empirie- und Statistiklehrveranstaltungen –, verlangt angesichts der vielfältigen Rückwirkungen zwischen empirischen und statistischen Arbeitsschritten vielmehr deren Integration. Eine weitere, organisatorische Konsequenz der inhaltlichen Ausrichtung an den Stadien des Forschungsprozesses ist die Vermittlungsform des *Projekts*.

Der Hauptteil des Buchs enthält eine ausführliche Dokumentation und Analyse von vier erprobten *Modellkursen* in Methodenlehre, die alle dem genannten Grundprinzip der Forschungsprozessorientierung folgen, sich aber im Grad ihrer Projektorientierung, also der Hereinnahme empirisch-praktischer Tätigkeit in die Ausbildung, unterscheiden: 1. Modellkurs »Literaturrezeption«: Nachvollzug und kritische Analyse bereits veröffentlichter empirischer Studien; 2. Modellkurs »Sekundäranalyse«: Nachvollzug einer Studie anhand des Primärmaterials, Entwicklung alternativer Forschungsstrategien, Auswertung des vorliegenden Erhebungsmaterials hinsichtlich einzelner in der Originalarbeit nicht enthaltener Forschungsfragen; 3. Modellkurs »Empirisch-praktische Einzelbeispiele«: Theoretische Erarbeitung und praktische Durchführung einzelner Teilerhebungen, meist bei den Kursteilnehmern selbst, aus einem einheitlichen Themenbereich; 4. Modellkurs »Lehrprojekt«: Planung und Durchführung eines exemplarischen Forschungsprozesses unter möglichst realen Forschungsbedingungen, aber ohne den Anspruch wissenschaftlicher Innovation. Diese Aufbereitungen der Modellkurse enthalten jeweils eine Charakterisierung der Kurskonzeption und der Lernziele, eine Erläuterung der Voraussetzungen für die Kursdurchführung, eine detaillierte Darstellung des Kursaufbaus sowie eine umfangreiche Beschreibung der einzelnen Lehreinheiten.

Daß die Konzeption der Arbeitsgruppe nicht mit den Studieninhalten in aller Breite verklammert werden kann, sie sich vielmehr mit äußerlichen, aufgelisteten »Stadien des Forschungsprozesses« behelfen muß, ist wohl eine nur schwer vermeidbare Crux. Gleichwohl hat das materialreiche und sehr sorgfältig gemachte Buch – in seiner Art m. W. ein erstmaliger Versuch – zwei wesentliche Vorzüge: Einmal das ganzheitliche, forschungsorientierte Methodenverständnis, das es auch erlaubt, erkenntnistheoretische Fragestellungen und Probleme des Instrumentariums integriert zu behandeln – im Gegensatz etwa zum »Positivismusstreit«, der die erkenntnistheoretische Problematik verabsolutierte und sich gerade deswegen auf die Praxis empirischer Sozialforschung kaum auswirkte. Zum anderen wird in Didaktik nicht eine »Trickki-

ste« zur Erzeugung von Aufmerksamkeit und Lernbereitschaft gesehen, sondern abgestellt auf die Unterstützung studentischen Kooperations- und Partizipationspotentials, die Entwicklung eines methodenkritischen Bewußtseins und vor allem den Bezug der Lehrmethoden zu den Studieninhalten und zur gesellschaftlichen Praxis.

Eberhard Sens (Berlin/West)

Kepplinger, Hans Mathias, Rolf Kienzle, Klaus Marel, Werner Theis und Jürgen Wilke: Informationen suchen und finden. Leitfaden

zum Studium der Politologie – Psychologie – Publizistik – Soziologie.

Karl Alber Verlag, Freiburg/Br.–München 1976 (216 S., br., 19,- DM).

Koppitz, Hans-Joachim: Grundzüge der Bibliographie.

Dokumentation Saur KG., München 1977 (327 S., br., 28,- DM).

Im ersten Text überwiegt die Sicht z. B. der Literaturrecherche von und durch Studierende, der Literaturbearbeitung bis hin zum Referateschreiben. Schwerpunkte liegen auf einer systematischen Darstellung des Vorgehens bei Literatursuche (mit schematischen Arbeitsplänen zur Orientierung), einer Auflistung von bibliographischen Hilfsmitteln (von Bibliographien der Bibliographien bis hin zu jeweiligen Fachbibliographien der vier untertütig angezeigten Einzeldisziplinen), jeweils knapp gehaltenen Kennzeichnungen spezieller Nachschlagewerke und Fachzeitschriften der Politikwissenschaft, Psychologie, Publizistik und Soziologie. Der Anhang umfaßt eine Liste von grundlegenden statistischen und Adressenverzeichnissen (z. B. der BRD-Dokumentationseinrichtungen), »Ratschläge zum Lesen wissenschaftlicher Literatur und zum Verfassen wissenschaftlicher Arbeiten«, einige Kontrollübungen zum Informationsbeschaffungshandeln und Bibliographieren sowie eine etwa 40 Titel umfassende Literaturliste.

Positiv ist die Arbeitssicht der Lernenden: berücksichtigt wird z. B. genügend Platz für eigene Notizen, Ergänzungen, z. T. auch Übungen gelassen. Negativ dagegen wert ich – bei aller Anerkennung des berechtigten Anliegen des Autorenkollektivs – jedoch den unhinterfragten Pragmatismus (z. B. 185–188 bei der Darstellung der SQ3R-Lesemethode von Robinson, die rezeptähnlich vorgestellt wird) oder den nicht mehr bloß heimlichen Konservatismus, z. B. bei der Aufreihung von Nachschlagewerken. Etwa, wenn »Spezielle Nachschlagewerke: Soziologie« (117 ff.) allen voran R. Königs »Handbuch der empirischen Sozialforschung« aufweisen, gefolgt von W. Ziegenfuß' Handbuch der (Gesellungs-) Soziologie von 1956. Oder H. Schoecks lächerliches »Kleines soziologisches Wörterbuch« (1969). Ähnliche Akzente finden sich in der Rubrik »Fachzeitschriften: Publizistik« (151 ff.): wohl ist das Verlegerblatt ZV+ZV vorgestellt. Dagegen fehlt – z. B. – das seit 1971 vom Gemeinschaftswerk der Ev. Publizistik herausgegebene »Medium«, aber auch die seit 1963 bestehende, von der Arbeitsgemeinschaft Werbefernsehen herausgegebene Zeitschrift »Media Perspektiven«. Letztgenannte Zeitschrift ist gewiß nicht fortschrittsverdächtig, aber wegen der dort veröffentlichten empirischen Daten unentbehrlich. Dagegen werden bei »Fachzeitschriften: Politologie« (126 ff.) wohl die linken Zeitschriften »Leviathan« und »Sozialistische Politik« vorgestellt, »Das Argument« z. B. nicht.

Koppitz' »Bibliographie« ist durchaus auch für Studierende, freilich der Bibliothekswissenschaft, konzipiert. Darüberhinaus ist diese Arbeit sicherlich auch für wissenschaftlich arbeitende Wissenschaftler von Nutzen. Teilweise schon ins einzelne, fachspezialistische gehend, teilweise als bibliothekswissenschaftlich fundierte allgemeine Einführung aufzufassen, werden nach einer knappen Einführung und einem einführenden Apparat (Benutzeranleitung, Abkürzungsverzeichnis) in den Hauptab-

schnitten jeweils mit einleitenden Bemerkungen vorangestellt: 30 Nationalbibliographien von »Deutschland« (gemeint: BRD und DDR) über »Rußland« (gemeint: UdSSR) bis »Indien«. Dabei wird bei kleineren Bereichen, z. B. Luxemburg, kommentarlos die jeweilige Nationalbibliographie erfaßt, bei größeren werden Nationalbibliographien knapp kommentiert und durch weitere Verzeichnisse angereichert. Im nächsten Abschnitt des 1. Hauptteils (»Teil- und Sonderverzeichnisse«) finden sich einzelne Verzeichnisse z. B. für Zeitschriften, z. B. – als informative Einzelheit – für indizierte Veröffentlichungen im deutschsprachigen Raum im 20. Jh. Dieser Teil wird abgeschlossen mit einer Liste der »nicht primär bibliographischen« Nachschlagewerke wie z. B. Konversationslexika, Enzyklopädien, nationaler Wer-ist-Wer. Der 2. Part der »Bibliographie« enthält spezielle Bibliographien aus 16 Fachbereichen von z. B. Philosophie über Theaterwissenschaft / Film / Fernsehen / Publizistik und Technik bis zu Buch- und Bibliothekswissenschaft / Informationswissenschaft. Im angehängten Apparat finden sich neben einem etwa 35 Titel umfassenden Literaturverzeichnis ein vierseitiger Anhang (»bibliographische Fachtermini«), der wichtige Begriffe kurzfaßt. Entsprechend dem Handbuchcharakter dieser Einführung ist am Schluß ein Verweis-Register erarbeitet, das gut 2500 Stichworte (Begriffe und Namen) zum Text nachweist. –

Beide – zugegeben: durchschlagend traditionalistisch in ihrer wissenschaftstheoretischen und praktischen Substanz ausgelegten – Einführungen und Leitfäden bieten gleichwohl erste Einführungen. Kritische Ansprüche freilich, etwa in Form von Hinterfragen nach dem Warum bibliographisch ausgewiesener Arbeit in Studium und Wissenschaft, können nicht eingelöst werden. Wenn man trotzdem auf diese Arbeiten derzeit zurückgreifen muß, dann vor allem deshalb, weil es keine gerade auch diese Ansprüche aufnehmende Pendants gibt. Insofern enthalten beide Bücher durchaus auch eine Aufforderung.

Richard Albrecht (Mannheim)

Lukas, Helmut, u. a. (Hrsg.): Sozialpädagogik / Sozialarbeit. Eine Einführung. Zur Praxis, Forschung und Theorie. Verlag Volker Spiess, Berlin/West 1977 (269 S., br., 20,- DM).

Eine Aufsatzsammlung von Mitarbeitern des Bereichs Sozialpädagogik an der FU Berlin mit weitgesteckten Zielen: Sie will »eine einführende Übersicht über spezifische Frage- und Problemstellungen der Sozialpädagogik und Sozialarbeit« geben sowie »die Diskussion über den Stand der Theoriebildung und den der Forschung . . . an()regen und Aufgabenstellungen . . . formulieren, die aufgrund der bisherigen wissenschaftlichen Arbeit . . . von der Sozialpädagogik und Sozialarbeit vordringlich geklärt werden müssen« (8 f.). Die Beiträge sind nach drei Schwerpunkten geordnet: Handlungsfelder, Handlungsformen und Theorie der Sozialpädagogik/Sozialarbeit. Bei allen Aufsätzen (allerdings mehr oder weniger deutlich) ist der Hinweis auf Problembereiche zu erkennen, die sich am ehesten für eine »weiterführende Diskussion durch die Vorlage von Forschungsarbeiten« (9) eignen.

Im Teil »Sozialpädagogische Handlungsfelder« wird die Jugendamtsarbeit diskutiert, mit Schwerpunkt auf der Frage nach den Zielen des Jugendamtes (Recht des Kindes auf Erziehung), wobei besonders auf die bis heute fehlende sozialwissenschaftliche Fundierung hingewiesen wird. Nach Beiträgen zur Sozialarbeit in der Psychiatrie (H. Holm) und im Strafvollzug (G. Ziob) wird im Teil »Handlungsformen« problematisiert, inwieweit Methoden der Sozialarbeit (hier Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit) als wissenschaftlich fundiert und systematisch anwendbar bezeichnet werden können. Dabei verwendet E. Guski einen Kriterienkatalog, der nach der Analyse sozialer Bedingungen, unter denen methodisches Handeln erfolgt, nach der Re-

flexion der in die Ziele einfließenden Normen, nach der Offenlegung theoretischer Grundprämissen und der Möglichkeit der Lehr- und Lernbarkeit der jeweiligen Methode fragt. Weiter werden unterschiedliche Beratungskonzepte vorgestellt und dabei die Notwendigkeit einer eigenen Beratungskonzeption für die Sozialarbeit hervorgehoben (J. Mees-Jacobi). G. Herrmann kommt bei der Darstellung des gegenwärtigen Standes der Diskussion über Supervision zu der Einschätzung, daß trotz eines gut entwickelten Images in manchen Bereichen der Sozialarbeit für die Supervision bislang keine gesicherten Erkenntnisse über Bedarf und Effizienz vorliegen, ebenso die Theoriebildung noch am Anfang steht. H. Wendisch konstatiert das Dilemma sozialpädagogischer Forschung bezüglich Wissenschaftlichkeit, Umfang, einheitlicher Begriffsbildung, etc., ohne allerdings den Versuch zu unternehmen, Ansatzpunkte zur Weiterentwicklung ausfindig zu machen. Schade ist auch, daß der Leser sowohl über die gegenwärtigen Gegenstandsbereiche sozialpädagogischer Forschung als auch über deren methodischen Stand nichts erfährt.

In den »theoretischen Orientierungen« wird ein Überblick über vorhandene theoretische Ansätze in der Sozialpädagogik/Sozialarbeit gegeben. H. Lukas stellt die Frage nach der Notwendigkeit bzw. den Voraussetzungen für die Entwicklung einer grundlegenden Theorie (Zentraltheorie) für diese Bereiche. In diesem Zusammenhang nennt der Autor die bekannten wissenschaftstheoretischen Anforderungen, wobei er die gesellschaftliche Einbindung von Wissenschaft und deren Gegenstandsbereich betont. Dabei bleibt die Begrifflichkeit »Gesellschaft« abstrakt und unspezifisch. Sie wird nur andeutungsweise in Beziehung zu den herrschenden *kapitalistischen* Verhältnissen gesetzt. Gleiches ist für die meisten anderen Aufsätze festzustellen. Einen umfassenden Überblick (auch literaturmäßig) über die gegenwärtige Diskussion zur Gemeinwesenarbeit gibt G. Buck. Es wird der Versuch unternommen, den Stellenwert von Gemeinwesenarbeit innerhalb der kommunalen Sozialplanung zu bestimmen, um daraus abgeleitet eine Funktionsbestimmung der Sozialarbeit vorzunehmen. Das Anwachsen von Gemeinwesenarbeit wird abgeleitet aus der Verschlechterung der »kollektiven Reproduktionsbedingungen immer größerer Gruppen von Lohnabhängigen«. (204) Eine u. E. etwas verkürzte Sichtweise, da der Autor keine Vergleichsgröße angibt und der Eindruck entsteht, als seien die Reproduktionsbedingungen zu irgendeinem Zeitpunkt besser gewesen. D. Krause gibt einen Überblick über die Diskussion um Funktion und Funktionsveränderungen des Staates in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. Die Diskussion greife in die Sozialarbeit ein, da diese selbst primär »Staatsfunktion« geworden sei. Sie sieht sich unter neuen Bedingungen mit der alten »sozialen Frage« konfrontiert: Wie sind die Produzenten aller Werte, deren Interessen sich aber unter den bestehenden Bedingungen nicht als allgemeine durchsetzen können, in die Gesellschaft zu integrieren? Zunehmende Kapitalkonzentration, damit zunehmende Vergesellschaftung der Produktion, begründen heute die Forderung nach einer demokratischen Staatsverfassung und machen umfassende Demokratie notwendig. Krause grenzt sich von Theorien ab, die die Sozialarbeit dahingehend überbewerten, daß sie in der Lage sei, allein ausgehend vom Reproduktionsbereich grundlegende gesellschaftliche Veränderungen in Gang zu setzen. Stattdessen wird der Vorschlag aufgegriffen, bei den gemeinsamen Existenzbedingungen von Sozialarbeitern und ihren Klienten anzusetzen und gemeinsam für die »Forderungen der Vernunft«, die alle »Staatsfunktionen enthalten« (82) einzutreten. Mit einer ähnlichen Fragestellung befaßt sich L. Böhnisch, wenn auch von einer anderen Position aus. Er untersucht das »Sozialstaatsprinzip« auf seine Brauchbarkeit als Bezugsrahmen für eine gesellschaftspolitische Orientierung der Sozialarbeit. Möglichkeiten für eine alternative Sozialstaatsinterpretation, die »verfassungskonform und damit legitim« (95) ist, sind nach Böhnisch ohne weiteres gegeben. Bei der Frage

nach der praktischen Realisierung entdeckt der Autor »nicht ökonomisch definierte Handlungsspielräume« bzw. geht von der »Annahme aus, daß Gesellschaftspolitik den Bedingungen und Erfordernissen des Kapitalverwertungsprozesses *nicht eindeutig* unterworfen sein muß« (95). Eine Begründung erfolgt nicht. Hier gerät die »gesellschaftspolitische Orientierung« der Sozialarbeit eher in die Nähe einer »Spielwiesenorientierung«, die sowohl ein kapitulierendes als auch ein Illusionen förderndes Moment enthält und daher u. E. eine um Orientierung an den kapitalistischen Realitäten bemühte Theorieentwicklung und Praxis der Sozialarbeit eher auf Irrwege leitet.

Ein Mangel des Buches ist die Ausblendung wichtiger Problembereiche wie die Diskussion um die Ausbildungssituation und deren Veränderung seit 1969 durch Ansätze des Projektstudiums. Gerade im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um das rückschrittliche HRG ist die Frage nach den studentischen Interessen aktuell und müßte in einer »Einführung« (Titel) Berücksichtigung finden. Ebenso fehlt eine kurze Übersicht über den Stand der sog. »Professionalisierungsdebatte« in der Sozialpädagogik/Sozialarbeit, wenn auch Teildimensionen verschiedentlich angesprochen werden. Im Bereich der Handlungsfelder wird für die gewählte Schwerpunktsetzung keine inhaltliche Begründung gegeben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das Buch zwar über den Stand der Diskussion am Institut für Sozialpädagogik/Sozialarbeit an der FU Berlin informiert und damit durchaus einen Beitrag leisten kann, die Diskussion und Forschungsarbeit auch über das Institut hinaus anzuregen, daß insgesamt aber die Autoren zu wenig über den Institutszaun hinwegsehen und der oben genannte Anspruch einer generellen Einführung in die z. Z. wesentlichen Probleme der Sozialarbeit noch wenig befriedigend eingelöst wird. Dies gilt besonders für die Darstellung der sozialpädagogischen Forschung.

Gabriele v. Siebert u. Doris Sneed (Berlin/West)

Blinkert, Baldo, u. a.: Berufskrisen in der Sozialarbeit. Eine empirische Untersuchung über Verunsicherung, Anpassung und Professionalisierung von Sozialarbeitern. Beltz Verlag, Weinheim und Basel 1976 (21977) (183 S., br., 17,- DM).

Die von 1971 bis 1973 an der Universität Freiburg von Blinkert und Norbert Hupertz in Zusammenarbeit mit Studenten unternommene Befragung von 137 Sozialarbeitern hilft mit ihren Resultaten Illusionen vermeiden, beschreibt Wirklichkeit und bereichert die Diskussion über Reformansätze. Untersucht werden Probleme, die sich jedem Sozialarbeiter stellen.

Das auf eine helfend-erziehende Perspektive ausgerichtete berufliche Selbstverständnis von Sozialarbeitern entspricht nicht den Gegebenheiten der Praxis. Blinkert folgert aufgrund seiner empirischen Untersuchung, daß dreiviertel aller Sozialarbeiter mit einer Arbeit betraut sind, die den zentralen Berufsvorstellungen vom Erziehen und Helfen widerspricht (91). Bestimmend für die Berufswirklichkeit sind Aufgabengebiete mit bürokratischem und kontrollierendem Charakter. Nur wenige haben eine Chance, die im Verlauf der Ausbildung vermittelte Berufsperspektive: Beratung, Erziehung, Behandlung zu realisieren. Den Berufsanfänger erwartet nicht die erhoffte und geforderte Kontrolle seiner Arbeit durch Legitimierung, d. h. durch Kritik und Argumentation. Vielmehr wird mit Androhung oder Einsatz von Gratifikations- und Deprivationsmöglichkeiten bürokratisch wie eh und je kontrolliert. Macht-, Norm- und Sinnlosigkeit, bei Blinkert unter dem Begriff Plausibilitätsverlust zusammengefaßt, sind umso stärker, je eindeutiger die Berufsanforderungen durch administrative Aufgaben und bürokratische Kontrolle gekennzeichnet sind. Dieser Plausibilitätsverlust ist dagegen kaum zu beobachten bei Sozialarbeitern, die eine helfende Arbeit und

eine Kontrolle durch Legitimierung haben. Fallen die Berufsvorstellung und das tatsächliche Aufgabengebiet auseinander und ist die Veränderung der Situation nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten möglich, überwinden Sozialarbeiter ihre Verunsicherung mit großer Wahrscheinlichkeit »... durch Anpassung der Ansprüche an die restriktiven Möglichkeiten der Praxis« (152). Die Möglichkeit, die Verunsicherung durch Veränderung der Praxis zu überwinden, wird erwähnt, aber nicht untersucht.

Die empirische Aussagekraft der Arbeit ist begrenzt. Das untersuchte Phänomen, die Einstellungsveränderung von Sozialarbeitern, hätte eine Panel-Untersuchung erfordern.

Blinkerts Aufbau der Untersuchung begünstigt die Gefahr, Verunsicherung und Anpassung lediglich als institutionell bedingt zu begreifen; die rollentheoretische Konstruktion schneidet den Zusammenhang zu gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen ab. Fragen nach Herrschaftsverhältnissen, die Formen der Anpassung begünstigen, »die zu einer Abkehr von den im Verlauf der Ausbildung vermittelten Ansprüchen führen« (153), werden nicht untersucht. Die durch die politische Diskussion seit Ende der sechziger Jahre beeinflussten Intentionen werden nicht erfaßt. Hierzu hätte es einer Untersuchung über die inhaltlichen Merkmale der Vorstellungen von Sozialarbeitern bedurft. Blinkert betont demgegenüber die gleichbleibende Art der Vermittlung in der Sozialarbeiterausbildung. Ein Mangel stellt auch die ausschließlich negative Fassung des Begriffs der Anpassung dar. Nicht jedes Scheitern von illusionären Ansprüchen an der Praxis ist zu bedauern!

Überaus zweifelhaft erscheint Blinkerts Lösungsvorschlag: »Der zu Beginn der Berufskarriere zu erwartende Plausibilitätsverlust müßte durch eine kritische und realistische Darstellung der Berufspraxis in die Zeit der Ausbildung hineinverlegt werden« (156). Solange noch überwiegend unter praxisnaher Ausbildung das kritiklose Einüben tradierter Berufsvollzüge verstanden wird, bietet sich dieser Vorschlag an, die Fleminierung kritischer Inhalte und Zielprojektionen in der Ausbildung und die Entlastung der Praxis von kritischen Diskussionen voranzutreiben.

Dagmar u. Wilfried Hosemann (Berlin/West)

Geschichte

Henning, Hansjoachim: Sozialgeschichtliche Entwicklungen in Deutschland von 1815 bis 1860. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 1977 (208 S., br., 16,60 DM).

Henning, Hansjoachim: Quellen zur sozialgeschichtlichen Entwicklung in Deutschland von 1815 bis 1860. Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 1977 (160 S., br., 14,80 DM).

Die Beschreibung der verschiedenen sozialen Gruppen in der Zeit der frühen Industrialisierung in Deutschland (1815–1860) soll Studenten und Schülern der Oberstufe einen summarischen Überblick über den sozialgeschichtlichen Forschungsstand geben. Der Autor beansprucht das soziale Verhalten des Adels und der verschiedenen bürgerlichen Gruppen einschließlich der gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeiter so zu beschreiben, daß ihre sich verändernde ökonomische Lage, ihre sich wandelnden politischen Interessen und ihre soziale Stellung im Staat und zu den anderen sozialen Gruppen deutlich und vergleichbar werden. Der Untersuchungszeitraum ist bewußt auf die Anfangsphase der Industrialisierung gelegt und endet um 1860 zu einem Zeitpunkt, an dem die Industrialisierung sich in Preußen für alle sichtbar durchgesetzt hatte. Im wesentlichen stützt sich die Darstellung auf die Beschreibung preu-

ßischer Verhältnisse, wo immer es möglich ist, werden unterschiedliche Verhältnisse in Süddeutschland mitreferiert.

Vor die Darstellung der einzelnen Schichten ist ein kurzer Überblick über die Gesamtentwicklung der Epoche und der sie kennzeichnenden Prinzipien gestellt. Henning beschreibt vor allem den staatlichen Versuch, das Individuum durch die Gewährung von Freiheitsrechten und Bildungschancen aus der ständischen Abhängigkeit zu befreien und damit den Weg zur Herausbildung einer »Staatsbürgergesellschaft« zu eröffnen. Gleichzeitig seien drei zentrale Gruppen, der Adel, das Militär und die Beamtschaft durch enge Bindung an die Monarchie bewußt aus diesem Prozeß herausgehalten worden, um den Kern der feudalistischen Herrschaftsordnung vor dem gesellschaftlichen Wandlungsprozeß zu bewahren. Die isolierte Beschreibung der Herkunft, der Bildungswege, der wirtschaftlichen und der sozialen Lage der einzelnen Schichten informiert kenntnisreich über die jeweilige Gruppe, ohne daß daraus ein Gesamtbild der sich industrialisierenden Gesellschaft entsteht. Die politische Rolle der jeweilig beschriebenen Gruppe im Gesamtprozeß bleibt bis auf wenige Andeutungen undeutlich, ihre politischen Forderungen werden nicht genannt. Die Verwendung eines quasi neutralen Schichtenbegriffs, der Klassenbegriff wird nicht einmal diskutiert, führt zu einer positivistischen Beschreibung, die die Kosten der kapitalistischen Industrialisierung unter Beibehaltung einer feudalistischen Herrschaftsordnung zwar gelegentlich nennt, etwa bei der Beschreibung der Lage der Arbeiter, aber nicht weiter kommentiert. Ohne nach Alternativen zu fragen, wird die historische Form der kapitalistischen Industrialisierung in Deutschland als eine sich ausbildende Leistungsgesellschaft beschrieben, in der leider die sozial Schwachen zunächst nicht die generell gegebenen Chancen nützen konnten. Die gesellschaftliche Positionszuweisung durch Bildungsangebote und Examina wird dementsprechend als »demokratische Auslese« beschrieben und der Gesamtprozeß als Ziel gerichtet auf die Herausbildung einer »Staatsbürgergesellschaft« verstanden. Das Defizit an Demokratisierung und die Kosten dieses Defizits, die bis heute spürbar sind, werden nicht diskutiert. Der preiswerte Quellenband ermöglicht die Überprüfung des Urteils des Verfassers und veranschaulicht den Wandlungsprozeß der sich industrialisierenden deutschen Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Die summarische Beschreibung der sozialen Schichten setzt Kenntnisse über die politische und soziale Geschichte Deutschlands voraus, der Quellenband kann auch ohne diese und unabhängig von der Darstellung mit Gewinn benutzt werden.

Thomas Berger (Göttingen)

Winkler, Dörte: Frauenarbeit im »Dritten Reich«. Hoffmann und Campe, Hamburg 1977 (253 S., br., 36,- DM).

Diese erste Monographie zur Frauenerwerbstätigkeit 1933–1945 ist eine in mindestens zweifacher Hinsicht bemerkenswerte Untersuchung: Das zahlreiche, auch bisher unveröffentlichte Quellen-Material und die daraus gezogenen Schlußfolgerungen. In der Phase 1933–1939 stehen arbeitsmarktpolitische Fragen im Vordergrund. Die Antwort der politischen Führung auf die Arbeitslosigkeit bestand im Abbau der weiblichen Erwerbstätigkeit, der forciert wurde durch den Kampf gegen die sog. »Doppelverdiener«, die Ausschüttung von Ehestandsdarlehen und die Intensivierung einer »Zurück an den Herd«-Propaganda. Der Umschwung zur Wiedereingliederung der aus dem Erwerbsleben zurückgedrängten Frauen, verursacht durch den ab 1936 infolge der raschen Expansion der Rüstungsindustrien aufkommenden Arbeitskräftemangel, veränderte auch die Stellung der NSDAP zur Frauenarbeit und führte zu Einschränkungen in der Freiheit der Berufswahl. Die mit dem bis hierher skizzierten Prozeß zusammenhängenden Probleme ökonomischer, politischer und sozialer Art, die partei- und regierungsinternen Erwägungen, Zielsetzungen und Diskussionen

stellt Winkler durchaus erschöpfend und schlüssig dar. Schärfsten Widerspruch muß jedoch ihre Abhandlung über die »Löhne und Arbeitsbedingungen für Frauen 1933–1939« (66 ff.) hervorrufen. Winkler verfällt hier in eine Faschismus-Apologie. Diese gipfelt in der Behauptung, es lasse sich »bis 1939 im Hinblick auf die arbeitenden Frauen nicht von einer größeren Ausbeutung oder von verstärktem Zwang . . . sprechen, sondern im Gegenteil von einer gewissen Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen« (81). Eine solche These kann man aber nicht allein darauf stützen, daß 1933–1939 eine »Fülle von Einzelverordnungen die Schutzbestimmungen . . . erweiter(te)en« (67) – was übrigens, betrachtet man sich die entsprechenden Vorschriften genauer, nur für einen Teil von ihnen zutrifft –, oder daß in einigen Branchen »für Frauen, die Männerarbeit verrichteten, auch die Löhne von Männern bezahlt wurden« (74 f.). Ebenso wenig kann ein beschränktes »soziales Engagement der Betriebe und der DAF« (77) die These stützen. Winkler hätte sich einmal die Frage vorlegen sollen, weshalb einige Unternehmer der Arbeiterschaft gegenüber als »wohlwollende Hausväter« (Mason) auftraten, weil sie nämlich mit der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen ihre Machtstellung behaupten konnten und weil es ihnen ab 1933 wieder möglich war, ihre Profite zu maximieren. Die sozialen »Geschenke« waren da nicht mehr als Brosamen. Zudem kann Winkler neben der Lektüre der Gewerbeaufsichtsberichte 1933–1939 die Akte R 43 II/528 aus dem Bundesarchiv anempfohlen werden; sie enthält die im RAM zusammengestellten Berichte der »Reichstreuhänder der Arbeit« 1936–1939. Und um nur ein Beispiel daraus zu zitieren, das Winklers These gegenstandslos werden läßt, sei der Bericht für Mai/Juni 1938 angeführt: »Im Waldenburger Gebiet (gehen) leider viele Arbeiterinnen der gewerbsmäßigen Unzucht nach . . . , weil die Löhne zum Lebensunterhalt nicht ausreichen . . . Die Lage wird dadurch verschärft, daß die Wohnverhältnisse außerordentlich schlecht sind.«

Mit dem größeren Teil der Untersuchung zum 2. Weltkrieg arbeitet Winkler die für ihr Thema wichtigste Problematik heraus mit der Frage nach der Einführung einer allgemeinen Arbeitspflicht für Frauen. Aufgrund der Darstellung der Planung des »Arbeitseinsatzes«, der Probleme der mangelnden Arbeitsdisziplin und der dadurch verursachten Produktionsstockungen, der Behandlung der Arbeitsvertragsbrüchigen, der Stimmung im Volke, der Facharbeiterinnenausbildungsfragen, von Löhnen, Arbeitszeit und -schutz kommt Winkler allerdings zum Ergebnis, eine allgemeine Frauendarbeitspflicht sei deshalb nicht zustande gekommen, weil »der Befehl Hitlers« die »bereits von Wehrmacht, Bürokratie und den zuständigen Parteistellen gebilligte Frauendienstpflicht« unterband (188). Die Ideologie habe sich also gegen die materielle Notwendigkeit – ähnlich wie bei der Judenvernichtung – durchgesetzt (187). So sehr man einerseits aufgrund der Aktenlage geneigt sein mag, diese These zu akzeptieren, so sehr weckt sie andererseits doch erhebliche Zweifel. Es drängt sich m. E. eher die Hypothese auf, daß sehr wohl eine Arbeitspflicht für Frauen aus dem Proletariat bestand, denn die Drohung mit dem Entzug des Familienunterhalts und der Zwang zur Arbeitsaufnahme für solche Frauen, die vor Kriegsbeginn bereits gearbeitet hatten (dies waren in der Regel Frauen aus den unteren Schichten), stellten für diese Frauen sehr wohl eine allgemeine Arbeitspflicht dar. Die Frauen der Bourgeoisie dagegen wurden – in ganz anderem Ausmaß als z. B. in England unter Labour-Arbeitsminister Bevin – vor der Arbeitspflicht geschützt. Gerade hier erweist sich die unumschränkte Klassenherrschaft der Bourgeoisie im deutschen Faschismus.

Erstaunlich bleibt, daß Winkler den nach Deutschland verschleppten Sklavenarbeiterinnen keine Beachtung schenkt. Es waren 1944 immerhin 1,7 Mill. Ausländerinnen im »3. Reich« – meist unter unmenschlichsten Verhältnissen – tätig. Auch dies war ein Teil der »Frauenarbeit im »Dritten Reich««, und sicher nicht der unwesentlichste.

Stefan Bajohr (Marburg)

Faßbinder, Horant: Berliner Arbeiterviertel 1800–1918. Mit einem Beitrag von Ingrid Krau. Analysen zu Planen und Bauen 2. VSA, 1975 (202 S., br., 16,80 DM).

Die schätzungsweise 6 bis 8 Jahre Arbeit am Thema haben sich gelohnt. Die Fragen, die den Autor zu der Untersuchung veranlaßt haben, lauten: »Welche Ursache hat die enorme Beschleunigung des Wachstums der großen Städte seit dem Beginn der industriellen Revolution? Welche Ursache haben die elenden Wohnverhältnisse des entstehenden Industrieproletariats und die Konzentration der Arbeiterwohnungen in bestimmten Vierteln der Städte? Welche Kräfte lenken die Entwicklung der räumlichen Struktur dieser Agglomerationen? Welche Funktion hat staatliche bzw. kommunale Planung bei der Entwicklung der Flächennutzungsstruktur der Agglomerationen und bei der Bestimmung der Wohnbedingungen der Lohnarbeiter in ihnen?« »Alle diese Fragen drängen sich auch für die Gegenwart auf.« Diesen Fragen geht Faßbinder mit der methodischen Annahme nach, daß die realen Erscheinungen sich in letzter Instanz auf das Wertverhältnis zurückführen lassen«. Er will »die Leistungsfähigkeit der Arbeits-Werttheorie zur Erklärung des Prozesses der Stadtentwicklung aufzeigen«. Daraus ergibt sich die Gliederung zunächst nach Epochen der Wirtschaftsentwicklung. Teil 1 umfaßt »die Agglomeration der Produktionsmittel und des Proletariats in Berlin während der Industriellen Revolution«, d. h. von ca. 1830–1870, Teil 2 (von Ingrid Krau) betrifft »die Entwicklung des Industriestandortes Berlin 1870–1914«. Diese beiden Teile sind in dem vorliegenden Band enthalten; ein dritter Teil soll noch folgen.

Die Rückführung der Stadtentwicklungsgeschichte Berlins auf ökonomische Faktoren ist selbstverständlich einseitig, was der Verfasser selbst sehr genau weiß und mehrfach sagt. Er behandelt die Rahmenbedingungen: Industrielle Revolution in Preußen im Agrar- und gewerblichen Sektor, Transportverbindungen, Berliner Gewerbeentwicklung, Herkunft und Herausbildung des Berliner Proletariats, Berliner Standortstruktur. Die ökonomischen Aspekte stellt er präzise und so kurz dar, daß der Text den Charakter und das Gewicht eines Handbuch-Artikels gewinnt. Da die Methode strikt durchgeführt wird, bleiben einige Irrtümer rechts- und verfassungsgeschichtlicher Art u. ä. peripher, ebenso vergrößernde historische Einschätzungen (wie »die Bourgeoisie brach die Klassenherrschaft der feudalen Großgrundbesitzer und wurde selbst zur herrschenden Klasse«). An dies Fehlurteil über den Juniorpartner in Preußen lassen sich Hinweise nicht so sehr auf Mängel als vielmehr auf Gefahren der Methode des Buches knüpfen.

Die Gefahr liegt darin, dies mit der ganzen Geschichte zu verwechseln und es für eine zureichende Abstraktion von Geschichte zu halten. Die herrschenden Klassen kommen fast nicht vor; die Bürgerlichen speziell treten fast nur als »die Kapitale« auf. Berlin ist nur eine Karte mit verschiedenen Schraffuren wie die Arbeiterviertel selber. Der Autor sagt, Stadt und Zeit seien ihm bloß ein Laboratorium, um seine Methodik auszuprobieren. (Ich glaube nicht, daß diese Methodik auf jede andere Periode mit gleichem Erfolge angewendet werden könnte.) Die Berliner Arbeiterviertel bestanden aber auch um 1860 darüber hinaus aus z. T. noch zu besichtigenden Straßen, Häusern, Kirchen, Schulen usw., aus schwer arbeitenden Leuten mit ihrem sinnlichen Erleben und Erleiden, mit politischen Selbstbehauptungs- und Widerstandsorganisationen etwa, aus Kindern, Kranken, aus viel Polizei usw. Der Beitrag von Krau ist so kurz, daß er leider fast nur noch aus lapidaren Behauptungen besteht.

Goerd Peschken (Berlin/West)

Nörnberg, Hans-Jürgen, und Dirk Schubert: Massenwohnungsbau in Hamburg. Materialien zur Entstehung und Veränderung Hamburger Arbeiterwohnungen und -siedlungen 1800–1967. VSA, Berlin/West 1975 (304 S., br., 22,- DM).

Das Buch ist aus einer Diplomarbeit an der Hochschule für bildende Künste Hamburg entwickelt worden zu einem weitgespannten Thema, das Augenmaß und Überblick fordert und bisher gar nicht oder nur in höchst unvollständiger und unbefriedigender Weise bearbeitet worden ist. Der Charakter ist weniger der einer Diplomarbeit als mehr der einer Habilitationsschrift, die einen Überblick über ein ganzes Fachgebiet gibt und auf umfassender Literaturlarbeit beruht. Im Zusammentragen und der Auswertung einer breiten, z. T. weit verstreuten Literatur liegt denn auch ein großer Wert des Buches. Die Darstellung der einzelnen Epochen beginnt jeweils mit den politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und wendet sich dann zur Lage der Arbeiterklasse. Dann folgen in lockerer, durch die Besonderheiten der Epochen mehr oder weniger begründeter Reihe die verschiedenen Aspekte des Arbeiterwohnungsbauens, von der Wohnungsbaupolitik und der Baurechtsentwicklung über die Wohnungsstatistik bis zu Standards der Wohnungen und ihrer städtebaulichen Lage. Die Anlage einer solchen Arbeit ist in zwei Punkten notwendig unbefriedigend und dadurch im höchsten Grade anregend. Erstens werden sämtliche Einzelheiten, die geschichtlichen Sachen und Ereignisse als Einzelfälle nur summarisch und kursorisch gewissermaßen gestreift; es findet keine gründliche Auseinandersetzung mit ihnen statt. Zweitens aber hängt die Fragestellung und Gliederung selbstverständlich vom gegenwärtigen Stand der Gesellschaftstheorie ab; es mangelt der Arbeit aber an der Möglichkeit, sich mit dieser Theorie auseinanderzusetzen, sie zu berichtigen und weiterzuentwickeln. Denn dies könnte wiederum nur durch Vertiefung in die einzelnen Sachen und Ereignisse geschehen. So macht das Buch gewissermaßen doppelten Hunger: auf Vertiefung in die Details und auf Kritik der theoretischen Ansätze. Beispiel für Bedarf an Entwicklung der Theorie (unter mehreren): die Periodengliederung des Buches ist, im Gegensatz mit den ökonomisch-materialistischen Vorsätzen, die im Vorwort geäußert werden, nach den politischen Epochen eingeteilt: bis 1871, 2. Kaiserreich usw. bis zur Bundesrepublik. Wir müssen ja wohl, wenn wir weiterkommen wollen, eine Gliederung nach Wirtschaftsweisen finden: Konkurrenzkapitalismus, Monopolkapitalismus. Bei den nachzuarbeitenden Details ist es die Diskussion des Wohnungselends des 18. Jahrhunderts, die kommentarlos als Bäckerbreitergang abgebildet wird, Witwenwohnungen einer wohlhabenden Innung von für damalige Verhältnisse geradezu opulenter Ausstattung. Oder: Die Anfänge des öffentlichen Nahverkehrs, die Pferdeisenbahnen (späteren Straßenbahnen) werden als Massenverkehrsmittel angesehen, als ob diese privaten Unternehmen von dem Berufsverkehr 2 x am Tag hätten existieren, und als ob Arbeiter die Fahrpreise hätten zahlen können. Außer solchen Problemen hat das Buch leider auch vermeidliche Mängel. Infolge zu eiligen Schreibens gibt es begriffliche Schlampigkeiten – wenn z. B. Hamburg unter die absolutistischen Staaten subsumiert wird (S. 20) oder das »Wirtschaftswunder« als zyklisches Wirtschaftswachstum bezeichnet wird (S. 231). Ein Rezensent (Bauwelt 1976, S. 1283) hat den Autoren größte Platitude bei der Darstellung der politischen Rahmenbedingungen vorgeworfen. Offenbar hat ihm die Parteinahme der Autoren für die Bewohnermassen nicht zugesagt. Mir ging die kritische und parteiliche Grundeinstellung eher bei den Sachdarlegungen zu weit: man hat beim Lesen den Eindruck, als ob sich die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft 1800–1967 permanent verschlechtert hätten. Dagegen habe ich den grundsätzlichen Einwand, daß die Arbeiter selbst diese Ansicht nicht teilen, und daß man sich durch eine solche Optik die Einsicht in die heute wichtigste soziale Entwicklung der Massen versteift, in ihre

zunehmende Verkleinbürgerlichung, die ja wohl u. a. auch Ergebnis einer wie immer beschränkten Satttheit und Wohlaufgehobenheit ist. Goerd Peschken (Berlin/West)

Geschichtsdidaktik. Probleme, Projekte, Perspektiven. Schwann Verlag, Düsseldorf 1976 ff.

(42,- DM pro Jahrgang, Einzelheft 12,- DM; Studentenabonnement 36,- DM).

Heft 1/76: Warum sollen Schüler Geschichte lernen?

Heft 2/76: Wie sollen Schüler Geschichte lernen I?

Heft 1/77: Wie sollen Schüler Geschichte lernen II?

Heft 2/77: Geschichtsunterricht auf der Primarstufe.

26 Jahre hat die konservative Verbandszeitschrift des Verbandes der Geschichtslehrer »Geschichte in Wissenschaft und Unterricht« allein das Feld der geschichtsdidaktischen Information beherrscht. Erst zum Mannheimer Historikertag 1976 erschien eine neue von Bergmann, Boldt, Kuhn, Rösen, Steintach und Schneider herausgegebene Zeitschrift »Geschichtsdidaktik«, deren Ziel es ist, Forum für die geschichtsdidaktische Diskussion zu sein, wobei bewußt die Fachgrenzen überschritten werden sollen. In Aufsätzen, Berichten aus der Praxis und durch den Abdruck von Unterrichtsmaterialien soll eine Geschichtsdidaktik gefördert werden, die mehr sein will als eine »Meisterlehre«, nämlich eine kritische selbständige Wissenschaft der Vermittlung und Reproduktion von Geschichte. Ziel soll es sein, den »Prozeß der historisch-politischen Bewußtseinsbildung in seinen gesellschaftlichen Zusammenhängen und seinen inhaltlichen Dimensionen als kommunikativen Lernprozeß zu organisieren . . .« (1/76, 1).

Die ersten vier Hefte zeigen, wie schwer es ist, neue Wege in der Geschichtsdidaktik zu gehen, aber auch wie nötig dieses Unternehmen war. In den ersten beiden Heften werden überwiegend theoretische Fragen diskutiert, die bisher in der geschichtsdidaktischen Diskussion zu wenig Raum fanden. Vor allem die Beiträge von Bergmann (Warum sollen Schüler Geschichte lernen?) und von Kuhn (Wozu Geschichtsunterricht?) versuchen das Programm der Zeitschrift zu verdeutlichen und Geschichtsdidaktik als wissenschaftliche Disziplin zu legitimieren. Der schulische Zwang, Geschichte zu lernen, der die Pflicht enthält, »diszipliniertes historisches Fragen und Denken zu erlernen«, ist für Bergmann zugleich ein » . . . Prozeß der individuellen Emanzipation mit sozialen Folgewirkungen.« (1/76, 9). Der Geschichtsunterricht ermöglicht Emanzipationsprozesse bei Schülern, indem sie die wissenschaftlichen Methoden der Geschichtswissenschaft vermittelt durch den Geschichtsunterricht »rational und systematisch erlernen«. Ziel des Unterrichts müsse es sein, »Anfragen an das Sinnpotential von Geschichte« zu richten, die dem Schüler die Ausbildung einer eigenen historischen Identität ermöglichen. Kuhn versucht am Beispiel der industriellen Revolution den Begriff des »Schülerinteresses« zu verdeutlichen. Geschichtsunterricht, der einen Beitrag zur Identitätsgewinnung der Schüler leisten will, hat »am Schnittpunkt von individuellen Erfahrungen aus dem Lebensbereich des Schülers einerseits, von sozialen Erfahrungen der Gattungsgeschichte andererseits . . .« nach ihrer Meinung anzusetzen. (1/76, 45) Ziel eines Geschichtsunterrichts, der das Schülerinteresse berücksichtigt, müsse es sein, unbegriffene Schülerinteressen durch historisch-politische Lernprozesse in bewußte Interessen zu verwandeln.

Während die beiden ersten Hefte durch theoretische Beiträge gekennzeichnet sind, bringen die weiteren Hefte verstärkt Unterrichtsbeispiele und Erfahrungsberichte aus der Praxis. Hervorzuheben ist ein plastisches Beispiel über den Geschichtsunterricht auf Quellenbasis in einer 7. Hauptschulklasse (Eroberung des Inkareiches), das die

Skepsis gegen den Geschichtsunterricht auf Quellenbasis widerlegt. Das Themenheft zum »Geschichtsunterricht auf der Primarstufe« bringt ein lang verdrängtes Problem der Geschichtsdidaktik wieder in die Diskussion und macht die bisherigen Versäumnisse besonders deutlich.

Der Besprechungsteil der neuen Zeitschrift enttäuscht, hier herrscht ein wohlwollendes gegenseitiges Besprechen der Arbeiten nahestehender Autoren vor, nur fremde Autoren trifft der Bannstrahl scharfer Kritik. Bisher fehlt auch der Blick über die Grenzen der BRD, die didaktische Diskussion in anderen Ländern, etwa der DDR, wird nicht rezipiert. Zu wünschen wäre auch ein Überblick über die laufende Curriculumsdiskussion in der BRD und eine ständige Schulbuchkritik.

Wenn es den Herausgebern der »Geschichtsdidaktik« gelingt, die Interessen der Lehrer bei der Konzeption der nächsten Hefte stärker zu berücksichtigen (bisher überwiegen die Beiträge aus der Hochschule), wird diese Zeitschrift zu dem entscheidenden Diskussionsforum geschichtsdidaktischer Fragen werden.

Thomas Berger (Göttingen)

Soziale Bewegung und Politik

Kosthorst, Erich, Klaus Gotto und Harmut Soell: Deutschlandpolitik der Nachkriegsjahre. Zeitgeschichtliche und didaktische Ortsbestimmung. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1976 (87 S., br., 10,40 DM). –zit. (KGS)

Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1976

1. Lehrerheft (69 S., br., 5,60 DM). –zit. (KT/L) 2. Materialheft (111 S., br., 5,80 DM). –zit. (KT/M) 3. Arbeitsheft (72 S., br., 4,40 DM). –zit. (KT/A)

Weiß, Anne, und Gerhard Weiß: Geschichte der deutschen Spaltung 1945–1955. Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1975 (48 S., br., 3,- DM). –zit. (WW)

Im »Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik«, den der Deutsche Bundestag am 11. Mai 1973 ratifizierte, heißt es: »Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen von dem Grundsatz aus, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten« (KT/M, 8). Mit dieser Übereinkunft scheint die Diskussion über die deutsche Wiedervereinigung ein Ende gefunden zu haben. Aber in dem »Brief zur deutschen Einheit«, den die Bundesregierung nach der Unterzeichnung der Verträge mit der UdSSR und der DDR den Außenministerien beider Staaten zugestellt hatte (KT/M, 8), und in der deutschlandpolitischen Debatte im Bundestag am 30. Januar 1975 aktualisierte die westdeutsche Politik wieder die gesamtdeutsche Option. Daran knüpfen Geschichtsdidaktiker nun mit dem Aufruf an, »zu klären . . ., ob wir noch eine Nation sind und sein wollen« (KGS, 18). Wie läßt sich diese Frage bejahen, wenn doch die deutsche Zweistaatlichkeit und mithin auch die Teilung der Nation de facto (Existenz zweier souveräner Staaten) und de jure (Grundvertrag) nunmehr irreversibel scheint? Gewiß nicht in dem abenteuerlichen machtpolitischen Stil, den Rudolf Buchner, Deutsche Geschichte im europäischen Rahmen, Darmstadt und Göttingen 1975, S. 475, folgendermaßen suggeriert: ». . . kann man sich vorstel-

len, daß die Franzosen sich längs einer Linie LeHavre–Toulouse, die Engländer längs einer Linie Dover–Liverpool, die Russen längs einer Linie Leningrad–Odessa, jeweils mit der Zweiteilung der Hauptstadt, hätten auseinanderreißen lassen, ohne mit allen Mitteln, notfalls mit Gewalt *résistance* zu leisten?» (KT/M, 111).

Die Autoren der ersten geschichtsdidaktischen Schriften, die hier anzuzeigen sind, versuchen den Verlust der staatlichen Einheit im Unterschied zu dieser militanten Intention so weit wie möglich politisch-moralisch zu kompensieren. Die Historie als Medium der Identifikation, als spezifische »Identifikationshilfe für unsere Gesellschaft und unseren Staat« (KGS, 13) zu aktivieren, lautet die Devise, die Erich Kosthorst in seinem einleitenden Vortrag bei der Tagung des Landesverbandes Nordrhein-Westfälischer Geschichtslehrer zum Thema »Zeitgeschichte im Geschichtsunterricht« am 10. März 1975 in Münster für eine neue Rezeption der Deutschland-Politik ausgab (KGS gibt die Vorträge und die Podiumsdiskussion dieser Tagung wieder). Ist schon diese programmatische Umkehr von der Suche nach der deutschen Identität zur Apologie der Bundesrepublik aufschlußreich genug, so offenbaren die zeitgeschichtstheoretischen Gedanken, die dahin führen, darüber hinaus, daß auch an der Geschichtsdidaktik die Tendenzwende nicht spurlos vorüberging. Kosthorst erklärt die »gegenwärtige Misere« (KGS, 12), die durch Geschichtsvergessenheit und mangelnde Staatstreue gekennzeichnet sei, mit den verderblichen sozialpathologischen Oszillationen zwischen nostalgischer und progressivem Überschwang. Da er das Sehnen nach der guten alten Zeit letztlich wiederum auf die »strapaziose Inanspruchnahme von rapiden Veränderungsprozessen und . . . Überflutung von einer verbalen Fortschrittskampagne« (KGS, 12) zurückführt, inkriminiert er genaugenommen nur die fortschrittliche Bewegung, nicht aber gleichermaßen auch den Konservatismus. Und er macht auch gar keinen Hehl daraus, daß er die Studentenbewegung meint, wenn er mit dem Fortschrittspathos und derlei krankhaften Erscheinungen ins Gericht geht. Fatalerweise beginnt Kosthorst seine geschichtsdidaktische Offensive just mit einem Akt historischer Verdrängung, die er der Linken zum Vorwurf macht. Statt für eine konsequente sozialgeschichtliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der Schule zu plädieren, gerade weil er ihn für eine Quelle der deutschen Identitätskrise hält, wirbt er für die didaktische »Loslösung von der Singularität der deutschen Geschichte in ihrer negativen Thematisierung«. Soll dies auf deutsch vielleicht heißen: man möge den Nationalsozialismus endlich als einmaligen Irrtum der deutschen Geschichte vergessen? Erst wenn dies geschehen sei, können wir uns, meint Kosthorst, auf die Suche nach dem dynamischen »Zentrum des mit sich ins reine gekommenen Volkes und seines Staates bzw. seiner Staaten« (KGS, 18) begeben. Was das im zeitgeschichtlichen Zusammenhang der »deutschen Frage« didaktisch heißt, ist diesem Bändchen trotz seines Titels kaum zu entnehmen. Darin bietet Klaus Gotto nur einen neuen Aufguß seiner bekannten These, daß Adenauer und die CDU sehr wohl eine aktive Wiedervereinigungspolitik getrieben hätten, damit jedoch an der Intransigenz der sowjetischen Politik gescheitert seien. Und Hartmut Soell wartet auch nicht mit neuen Erkenntnissen auf, wenn er die deutschlandpolitischen Konzeptionen der SPD-Opposition 1949–1961 vorstellt. Und die dokumentierte Podiumsdiskussion trägt zur Didaktik der »deutschen Frage« gar nichts bei, obwohl dies ihr Aufhänger war.

Anders die drei Hefte von Kosthorst und Teppe. Sie bieten ein komplettes Unterrichtsmodell für die Abschlußklassen der Sekundarstufe I an. Als Ziel der Unterrichtseinheit nennen die Autoren noch relativ klar: »die Ermöglichung einer rational-kritischen Identifikation mit der Bundesrepublik, bei der zugleich die gesamt-nationalen und die supranationalen Komponenten mit im Bewußtsein bleiben« (KT/L, 15). Diffuser heißt es dann aber weiter, daß dieses didaktische Unternehmen nicht zu

verwechseln sei »mit einer pädagogischen Veranstaltung zur Herstellung einer Status-quo-Loyalität, die nichts weiter wäre als die Übertragung der Anerkennung eines erfolgreichen gesellschaftlich-ökonomischen Lenkungssystems auf die staatlichen Institutionen – der Habitus des Wohlstands- oder Schönwetterdemokraten« (KT/L, 15). Da das didaktische Programm in den wichtigsten Punkten mit Kosthorsts zeitgeschichtlichen Überlegungen (KGS, 9–24) identisch ist, kann es nicht verblüffen, daß dieser Akzent als bloße Rhetorik auf der Strecke bleibt. Tatsächlich entspricht der unterrichtspraktische Teil nur sehr bedingt dem Vorsatz, die Schüler zu kritisch-rationalem Begreifen ihrer politisch-gesellschaftlichen Umwelt, der Bundesrepublik Deutschland in ihrem historischen Werdegang also, zu befähigen. Denn dazu wäre zumindestens eine einigermaßen ausgewogene Präsentation unterschiedlicher geschichtswissenschaftlicher Deutungen vonnöten. Kosthorst und Teppe aber gehen so konsequent von einer längst als fragwürdig erachteten konventionellen Version aus, daß für einen kontroversen Fortgang des didaktischen Prozesses kaum noch Spielraum bleibt. Vor allem ist zu kritisieren, daß sie Erklärungen für die disparate staatliche und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland nach 1945 fast nur im Osten suchen. Wollte man ihnen glauben, dann gerieten die USA mit ihren deutschlandpolitischen Entscheidungen regelmäßig unter dem Druck des sowjetischen Expansionismus in Zugzwang, womit sie schon für ihre Politik entschuldigt wären (z. B. KT/L, 24). Den formalen Widerspruch, daß sie im folgenden die Politik der USA zuerst – somit implizit auch als aktiven Part im kalten Krieg – und dann »die Reaktion der UdSSR« abhandeln, lösen sie inhaltlich mit dem Axiom, daß hierdurch nur ohnehin schon längst in Gang gekommene Entwicklungen beschleunigt worden seien. Auf die Akte, die zur Gründung der beiden deutschen Staaten führten, übertragen, heißt dies, daß die sozialökonomische und staatliche Eigenentwicklung Westdeutschlands derjenigen in der vormaligen SBZ nur formal vorauseilte. Am Beispiel der Währungsreform und der Staatsgründung unterstreichen die Autoren, daß die jeweiligen Präjudizien dafür in der SBZ lange vor dem Termin geschaffen waren, als diese Prozesse in den Westzonen formell zum Abschluß kamen. Wie sich diese weiter nicht an neueren Forschungsergebnissen überprüfte inhaltliche Vorentscheidung auf das unterrichtspraktische Konzept auswirkt, ist hier nur an einigen Beispielen zu illustrieren. Das Materialheft enthält zweifellos eine recht breite Auswahl von Dokumenten. Aber u. a. fällt auf, daß wichtigen authentischen Texten zur SED-Gründung, zur Henneke-Bewegung, zur SED als »Partei neuen Typs« entsprechende Kommentare von Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln/Berlin 1955*, passim, voranstehen oder folgen (KT/M, 24 f., 51 f., 64, 67). Auf Texte zur Entwicklung in den Westzonen wenden die Autoren dieses Verfahren nicht an, obwohl es vice versa eben auch dazu genug kritische Anmerkungen aus der geschichtswissenschaftlichen oder Memoirliteratur zu zitieren gäbe.

Im Arbeitsheft erfährt der Schüler, wie wenig der amerikanische Diplomat George F. Kennan vom Potsdamer Abkommen hielt (KT/A, 15). Daß und warum DDR-Historiker z. B. dieses Abkommen positiv beurteilen, erfährt er hingegen nicht. Ansonsten geht auch dieses Heft von der sowjetischen Expansion als einer unumstößlichen Tatsache aus (KT/A, 17). Oder anders herum: über die Gründe der Konflikte zwischen den Alliierten, die Deutschlands Weg in die Zweistaatlichkeit und in zwei verschiedene sozialökonomische Systeme präjudizierten, sagen die Autoren darin nur so viel, daß die USA mit ihrer Politik im kalten Krieg »dem kommunistischen Druck« begegneten (KT/A, 28). Anspielungen darauf, daß durchaus eigenständige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Interessen in das »Machtvakuum« Westdeutschland einfließen, finden sich im Lehrer- und im Arbeitsheft genug. Sie reichen aber in ihrer unsystematischen Form nicht aus, Lehrern und Schülern gleichermaßen die in-

neren Strukturen und äußeren Beziehungen der BRD historisch wirklich plausibel zu machen. Didaktisch besonders problematisch ist die vom Machtvakuum-Theorem bestimmte Konzentration des Unterrichtsmodells auf die besatzungspolitische Komponente der bundesrepublikanischen Vor- und Frühgeschichte deshalb, weil sie vergessen macht, daß die Westintegration und die Wiederbewaffnung Westdeutschlands nur gegen den erbitterten Widerstand großer Teile der westdeutschen Bevölkerung zustandekamen.

In diesem Punkt ist das Heft zur »Geschichte der deutschen Spaltung 1945–1955« aufschlußreicher. Denn die Autoren zeigen erst einmal auf, wie weit in der »Stunde Null« in Deutschland die Erkenntnis über den Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus mit der Folge verbreitet war (WW, 7), daß eine Restauration der eben zusammengebrochenen Gesellschaftsordnung ausgeschlossen schien. Daß die Autoren in ihrer mit vielen authentischen Texten durchsetzten Darstellung knapp rekonstruieren, wie diese dennoch vollzogene Restauration Westdeutschland auch politisch-staatlich immer weiter separierte und schließlich die deutsche Spaltung vollendete, ist die Stärke dieser Schrift. Als Alternative zum oben besprochenen Unterrichtsmodell kann sie jedoch nicht empfohlen werden. Dafür ist sie zunächst einfach inhaltlich viel zu cursorisch. Sodann fehlt ihr der didaktische Zuschnitt, der im Hinblick auf die Praxis des Geschichts- und Sozialkundeunterrichts gefragt ist. Und schließlich ist den Autoren vorzuwerfen, daß sie offenbar politischer Präferenzen wegen methodisch auch nicht immer ganz korrekt verfahren. Vor allem fällt auf, daß sie die Dokumente zur westdeutschen Entwicklung mit entsprechenden Fakten gewissermaßen kommentieren, während sie Texte zur sowjetzonalen Entwicklung so vorstellen, als sprächen daraus die Fakten selbst. Dieses Verfahren ist deshalb problematisch, weil es unter umgekehrten Vorzeichen wie das oben kritisierte (KT/M) das Verständnis dafür erschwert, wo denn die in der heutigen DDR-Gesellschaft sichtbaren Widersprüche historisch herrühren. Die Erkenntnis, daß die Autoren aller hier besprochenen Unterrichtshilfen in der einen oder anderen geschichtsdidaktischen Hinsicht etwas blind sind, legt die Empfehlung nahe, den dokumentarischen Teil der erstgenannten und die inhaltliche Darstellung der letzteren zusammen als Unterrichtshilfen zu benutzen. Allerdings wird der Lehrer dabei nicht umhin kommen, weitere Materialien heranzuziehen.

Frank Niess (Heidelberg)

Latour, Conrad F., u. Thilo Vogelsang: Okkupation und Wiederaufbau. Die Tätigkeit der Militärregierung in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands 1944–1947. Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart 1973 (227 S., br., 25,- DM).

Als die amerikanischen Truppen während des Rheinland-Feldzuges (September 1944 – März 1945) zunächst regional und dann nach der deutschen Kapitulation in ihrer gesamten Besatzungszone die oberste Regierungsgewalt übernahmen, waren zwar längst politische und organisatorische Vorkehrungen für die Rekonstruktion der deutschen Verwaltung getroffen worden. Doch die Tätigkeit der eigens für diesen Zweck gebildeten und in Großbritannien trainierten Militärregierungs-Detachments (ausführlich 40 ff.) und auch die anfängliche organisatorische Konfusion zwischen den obersten Besatzungsbehörden bewiesen, wie unzureichend und auch widersprüchlich die Kontrollmaßnahmen geplant worden waren. Dieses Manko hatte zwei Gründe. Einerseits hatte sich die Roosevelt-Administration bis zum Herbst 1944 in ihren Planungen auf die militär-strategischen Probleme konzentriert, und andererseits waren die deutschlandpolitischen Konzeptionen der zuständigen Ressorts unterschiedlich ausgefallen (10 ff.). Während das Schatzministerium unter Morgenthau die

Entindustrialisierung Deutschlands propagierte, war dessen wirtschaftliche Rehabilitation und Einbeziehung in die Weltmarktrekonstruktion im Kriegs- und Außenministerium schon vor Kriegsende beschlossene Sache. Zwar vermerken die Autoren diese Kontroverse. Doch verzichten sie darauf, den politischen und ökonomischen Konsequenzen des Umstands nachzuspüren, daß der Morgenthau-Plan bald wieder ad acta gelegt wurde und das Programm des Außenministeriums zum Zuge kam. Wenn sie in aller Breite den Prozeß der »Parlamentarisierung« (Lizensierung der Parteien, Kommunalwahlen, Verfassungen, Landtagswahlen, Länderrat) und die amerikanische Wirtschaftspolitik (Industrieniveau, Entflechtung, Bizone) rekonstruieren, erfährt der Leser nur indirekt oder nebenbei, wie damit – im Falle der dezenten Entnazifizierungs- und Entflechtungspolitik eindeutig gegen die Potsdamer Beschlüsse – sukzessive die sozialökonomische Restauration einherging. Der symptomatische Fakt zum Beispiel, daß die amerikanische Besatzungsmacht Sozialisierungsbestrebungen zu hintertreiben versuchte, ist den Verfassern nur einige Marginalien wert (117, 119). Da sie aus der Besatzungspolitik – wie gehabt – historiographisch nur den institutionellen Komplex herauschälen, können sie resümieren, »daß sich die amerikanische Militärregierungspolitik in Deutschland in den kritischen Jahren nach Kriegsende trotz höchst ungünstiger Umstände und gelegentlicher Entgleisungen alles in allem bewährt hat« (181). Ein Fazit, das zwar auf den funktionellen Aspekt dieser Politik abhebt, aber unweigerlich eben auch ihre Folgen sanktioniert.

Frank Niess (Heidelberg)

Lipgens, Walter: Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950, Erster Teil: 1945–1947. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1977 (XV, 674 S., br., 88,- DM).

Mit dem Anspruch, »Gesamtgeschichte« zu schreiben (VI), will Lipgens »die Gesamtheit des Niedergangs Europas und des antwortenden politischen Rettungskonzepts in reflektierter Darstellung« erfassen und damit den »Provinzialismus« des Faches Geschichte überwinden helfen (VIII). Seine »methodisch wichtigste Entscheidung« sieht er deshalb darin, »Archivmaterial und Erfahrungshorizont« der bedeutendsten nationalen Europa-Verbände Westeuropas sowie aller übernationalen Dachverbände zugrunde zu legen (89). In seiner Darstellung unterscheidet er drei Ebenen: eine obere der beiden Hegemonialmächte USA und UdSSR, eine mittlere der westeuropäischen Regierungen und eine untere der »pressure groups«, der Europa-Verbände (V/VI), auf der das Schergewicht liegt. Zur Umsetzung seines Vorhabens erscheint ihm ein Pluralismus verbands- und parteisozilogischer, politisch-ideengeschichtlicher, klassisch-diplomatiesgeschichtlicher u. a. Arbeitsmethoden erforderlich (91). Die Krise und Neuformation der Föderationsidee 1945–1947 behandelt dieser Band in drei Abschnitten: »Europäische Resignation unter dem Schein russisch-amerikanischer Friedensorganisation« (Mai 1945–Mai 1946); »Wiederaufbruch der Föderationspläne, »dritte Kraft« als Teilstück globaler Friedenssicherung« (Juni 1946–Mai 1947); »Begrenzung auf Westeuropa und Formation der Bewegung im beginnenden Ost-West-Konflikt« (Mai–Dezember 1947). Lipgens geht aus von zwei bestimmenden Entwicklungslinien im Jahre 1945, einer »machtpolitisch vorerst allein bestimmende(n) . . . des Aufstiegs der neuen Weltmächte« USA und Sowjetunion, und einer »vorerst nur politisch-ideengeschichtliche(n) . . . der europäischen Besinnung, (des Versuchs) eines europäischen Antwortentwurfs . . . auf den Niedergang Europas« (81). Die Realisierungschancen des europäischen Zusammenschlusses, so die Grundthese, hingen fortan von der Haltung der beiden Weltmächte ab; dennoch sei die europäische Einigungsbewegung kein Produkt des späteren Ost-West-Kon-

fliktes: die Einigungskonzeption habe »mit allen wesentlichen Begründungen und Elementen« bereits am Kriegsende vorgelegen (639). Nach einer deprimierend negativen Bilanz am Ende des ersten Nachkriegsjahres (263) habe sich ab Mitte 1946 aufgrund beginnender Differenzen zwischen den USA und der UdSSR die Möglichkeit geboten, das Konzept der europäischen Föderation »als Beitrag zur Lösung mancher der Probleme« vorzuschlagen, »mit denen die Weltmächte anscheinend nicht zu Rande kamen« (292). Diese Entwicklung habe das rasche Anwachsen und die ersten internationalen Kontakte der Europa-Verbände gewährleistet. Eine wesentliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Aktivitäten der Europa-Organisationen konstatiert Lippens allerdings erst mit der Wende der amerikanischen Außenpolitik zu einer neuen, »konstruktiven« Konzeption in Gestalt des Marshallplanes (479 ff.), die auch die bis dahin zögernden westeuropäischen Regierungen ihre Zurückhaltung habe aufgeben lassen. Die europäische Einigungsbewegung habe sich notgedrungen mit demjenigen Teil Europas bescheiden müssen, der unter amerikanischer Hegemonie stand. Ende 1947 sieht Lippens den Zeitpunkt gekommen, an dem die Einigungsbewegung »zu Anfängen politischer Realisierungen gelangen konnte« (642).

Lippens' voluminöses Buch beruht auf einer beachtlichen Quellengrundlage, viele Quellen sind im Originaltext bzw. in Übersetzung dargeboten. Aufgrund der Verständlichkeit und der übersichtlichen Gliederung läßt sich mit dem Buch hervorragend arbeiten. Z. B. versucht Lippens – ideal für einen Vergleich – für jeden behandelten Verband, dessen Zielbild von Europa, dessen Einschätzung der Stellung Europas in der Welt, Strategie-Konzept, Organisation und Arbeitsmethoden anzugeben. Hinsichtlich der Aufarbeitung von organisatorischer und konzeptioneller Entwicklung der verschiedenen Europa-Verbände hat Lippens sicherlich Pionierarbeit geleistet. Zwei gravierende Einwände sind jedoch zu machen: Erstens speist Lippens die ökonomische Entwicklung Europas, ökonomische Erfordernisse und Rahmenbedingungen nur als Daten ein, ökonomische Interessen im Prozeß der europäischen Integration streift er allenfalls am Rande; den Anspruch einer »Gesamtgeschichte« kann er somit nicht einlösen. Auf Verbandsebene wäre z. B. zu untersuchen, ob nicht auch bereits in diesem frühen Stadium der Einigungsbewegung von den nationalen Kapitalen der Versuch unternommen wurde, die Europa-Ideologie bzw. die Europa-Verbände für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Ein politökonomischer Ansatz zur Untersuchung der europäischen Einigungsbestrebungen, wie er z. B. von Deppe u. a. versucht worden ist, würde – anders als Lippens' Methodenpluralismus – einen Beitrag zur Aufhellung der historischen Realität im Nachkriegseuropa leisten. Zweitens repetiert Lippens die bekannte »westliche« Apologetik, gepaart mit den alten Totalitarismusvorwürfen in Richtung Sowjetunion. Da tauchen all die Klischees von der Wesensgleichheit des faschistischen Deutschland und der »Stalinschen Sowjetunion« auf, vom »sowjetischen Expansionsstreben« etc. Schuld an der Teilung Europas hat allein die Sowjetunion. Dagegen werden die USA zumindest seit Truman vorbehaltlos als aufrichtige Helfer Europas verklärt. Daß Rolle und Intention der USA selbst in der nichtmarxistischen Geschichtsschreibung sehr umstritten sind – die Diskussionen um die Thesen der amerikanischen »Revisionisten« zur US-Außenpolitik seien als Beleg genannt – erwähnt Lippens mit keiner Silbe, ebenso die Arbeiten von DDR-Historikern zu dieser Thematik. – Fazit: ein wichtiger Forschungsbeitrag zur Geschichte der Europa-Verbände, im übrigen aber die bekannte und die historische Realität verfälschende »westliche« Apologetik.

Werner Bühner (Hamburg)

Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949. Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1976 (203 S., br., 16,80 DM).

In der Begründung dieser Anthologie wird zu Recht die bisherige Historiographie zur Vorgeschichte der Bundesrepublik kritisiert, daß die politische und internationale Dimension zu sehr vor den internen gesellschaftlichen Determinanten Vorrang hatten (7 ff.). Dieses Versäumnis nachzuholen, hieße Antworten auf die Frage suchen, ob es in Westdeutschland zur »Stunde Null« das Potential für eine soziale Neuordnung gab und wenn ja, welche Faktoren den Weg dahin verbauten. Daß sie hierzu nur punktuelle Auskünfte zu geben vermögen, stellen die Autoren, die sichtlich um eine »Revision« historischer Legenden aus der Zeit des kalten Kriegs bemüht sind, im Vorwort klar. Eine Geschichtsschreibung, die heute schon mehr versuchte, als Stückwerk zu einer Analyse der Entstehung der Bundesrepublik im Sinne historischer Sozialwissenschaft zu liefern, wäre angesichts des nach wie vor immensen Forschungsdefizits noch vermessen. Nach allem, was in den letzten Jahren an Vorarbeiten hierzu geleistet wurde, wirken die Thesen allerdings nicht besonders innovatorisch. Aber die Redundanz ist um so eher zu entschuldigen, als sich die antikommunistischen Vorurteile, die das zeitgeschichtliche Bewußtsein noch immer trüben, nur durch beharrliche historische Aufklärung korrigieren lassen.

Die ersten Beiträge sind von konventionellem Zuschnitt. Ohne eine klare Fragestellung erkennen zu lassen, ergehen sich ihre Autoren etwas ratlos in Reminiszenzen an die »schlechte Zeit« nach 1945, mischen dabei zu impressionistisch Persönliches mit Statistischem und amtlich Dokumentarischem. Die Arbeiten von Benz, Plum und Wiesemann gehen konkret der Frage nach, wie sich die Restauration der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, die Graml (42) als Resultat der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik ansieht, im einzelnen vollzog. Daß die in Westdeutschland nach 1945 bis in die CDU hinein weit verbreiteten Sozialisierungsbestrebungen dem amerikanischen Interesse an der Implantation des »Free Enterprise« zum Opfer fielen, haben auch Ernst-Ulrich Huster u. a., Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt am Main 1972, schon herausgearbeitet. Ebenso, daß der Marshall-Plan in diesem Zusammenhang die ganz praktische Funktion hatte, Westdeutschlands Wirtschaft soweit zu restaurieren, daß sie in möglichst großem Umfang Waren- und Kapitalexporte aus der amerikanischen Surplusproduktion aufnehmen konnte. Mit welcher Entschiedenheit Benz die Währungsreform von 1948, weil sie die Sachwertbesitzer begünstigte und die Lohnabhängigen schädigte, als Präjudiz der »sozialen Marktwirtschaft« bezeichnet (81, 83), und Wiesemann die alliierten »Londoner Empfehlungen«, die »Frankfurter Dokumente« und die deutschen Vorarbeiten zum Grundgesetz im Herrenchiemseer Verfassungskonvent und im Parlamentarischen Rat als Vorentscheidungen für die deutsche Teilung wertet (118 ff.), ist beachtlich. Denn bislang galt es außerhalb der dezidiert linken Historiographie als anstößig, zu bezweifeln, daß die Entwicklung Westdeutschlands zum bundesrepublikanischen Staat auf privatwirtschaftlicher Basis die unfreiwillige geschichtliche Replik auf den sowjetischen Expansionsdrang in Gestalt der sowjetzonalen Entwicklung gewesen sei. Wichtig ist schließlich, daß der von Gerhard Beier schon einmal ausführlicher beschriebene Generalstreik vom 12. November 1948 gegen die von der Währungsreform verschlechterten und im Konzept der Marktwirtschaft fremdbestimmten Lebensverhältnisse der Lohnabhängigen Erwähnung findet.

All diese Informationen machen mit den daraus entwickelten Hypothesen das Buch gerade auch für denjenigen lesenswert, der sich in diesem historischen Umkreis noch nicht so gut auskennt. Hier werden allerdings auch die Grenzen deutlich, die künftige Arbeiten zur Vorgeschichte der BRD überschreiten sollten: nämlich so weit in die Kausalverhältnisse zwischen internationaler Politik, Sozialstruktur und wirtschaftlichem Wiederaufbau einzudringen, daß die politische Ökonomie des Besatzungsregimes und mit ihr die Gründe für die »verhinderte Neuordnung« (Eberhard Schmidt) vollständig sichtbar werden.

Frank Niess (Heidelberg)

Souchy, Augustin: »Vorsicht: Anarchist!« Ein Leben für die Freiheit. Politische Erinnerungen. Luchterhand, Darmstadt und Neuwied 1977 (286 S., br., 16,80 DM).

Der kurzbeschlossenen Synonymität der Wörter »anarchistisch« und »verbrecherisch« in bürgerlicher Presse und »öffentlich-rechtlichen« Medien – eine hierzulande also halbamtliche Sprachregelung – scheinen sich zumindest Reste historischen Bedenkens zu widersetzen. Die »Politischen Erinnerungen« Souchys verdienen besondere Beachtung nicht allein wegen ihrer biographischen Authentizität, sondern auch aufgrund ihres bilanzierenden, Lehren vermittelnden Anspruchs. Zwar ist das Buch durchsetzt mit zahllosen banalen Sinnsprüchen (»Hüte dich vor Verallgemeinerungen.«, 61), manchmal aufdringlichen Altersweisheiten und Stoßseufzern des Typs: »Homosapiens, wo ist deine Menschlichkeit geblieben?« (164), dort jedoch, wo Souchy seine konkreten Erfahrungen und Begegnungen um ihren historischen Hintergrund dokumentiert, vermitteln sich jene politischen Auffassungen Souchys, die seine Entwicklung erklärbar machen und zur Auseinandersetzung auffordern.

Souchy, proletarischer Herkunft und unter sozialdemokratischem Einfluß aufgewachsen, stieß um 1911 zu dem Kreis um Gustav Landauer (Mitbegründer des »Sozialistischen Bundes«, 1908) und wurde dessen Schüler. Die hier angenommenen anarchistischen Vorstellungen in der Nachfolge Proudhons, Bakunins und Kropotkins, getragen von radikaler pazifistischer Grundhaltung, brachten ihn sehr rasch in Opposition zur Sozialdemokratie und deren Zustimmung zur Kriegspolitik. Nach der Rückkehr aus skandinavischem Exil (1914–1919) bereist Souchy im Auftrag der »Freien Arbeiter Union Deutschlands / Anarchosyndikalisten« (FAUD) das nachrevolutionäre Rußland. Besonders die hier gewonnenen Eindrücke und Erfahrungen (darunter Begegnungen mit Lenin und Kropotkin) verfestigten – und begründeten ihm bis heute – seine anarchosyndikalistische Kritik am Kommunismus (Syndikalismus / Föderalismus versus Partei, Parlamentarismus / Staat). Bereits 1920 ist für Souchy die russische Revolution zu einer Art Staatskapitalismus »degeneriert« (33), und schon Lenin gilt ihm als »Vater des Massenterrors« (46).

So berechtigt Souchys Kritik der leninistisch-kommunistischen Politik in einigen Punkten auch ist (etwa im Zusammenhang mit der brutalen Niederschlagung des Kronstädter Aufstands 1921), offenbart jedoch seine Kommunismus-Kritik sowohl am Beispiel der nachrevolutionären Politik Rußlands wie auch z. B. im Zusammenhang mit dem Spanischen Bürgerkrieg, an dem Souchy als Korrespondent anarchistischer Zeitschriften teilnahm, idealistisch bornierte Züge, die widrige, aber konkrete politische Bedingungen nicht wahrhaben wollen bzw. ignorieren. Dies drückt sich u. a. in der völligen Unterschätzung der ökonomischen Schwierigkeiten Sowjet-Rußlands aus oder auch darin, daß Souchy den politischen Verfolgungen auch anarchistischer Gruppierungen unter Lenin entgegenhält, im Deutschen Reich sei freie politische Betätigung (1920 !!) möglich gewesen (36). Im Zusammenhang mit den Schilderungen der kommunistisch-anarchistischen Auseinandersetzungen während des Spanischen Bürgerkrieges (Barcelona, Mai 1937) muß Souchy schließlich im Nachhinein das starre Festhalten am anarchistischen Grundprinzip des radikalen Antiparlamentarismus zumindest beiläufig bedauern, demzufolge die spanischen Anarchosyndikalisten (C.N.T./F.A.I.) sich nicht an der republikanischen Regierung beteiligten und z. B. bei der Verteilung russischer Waffenlieferungen übergangen wurden (119).

Die Mai-Ereignisse in Barcelona sind für Souchy einmal mehr bloß gesteigerter Ausdruck »kommunistischen Machtstrebens«, das den Freiheitskampf zugunsten der Autorität von Partei und Staat unterdrückt. Der idealistische und daneben reichlich unscharfe »Antagonismus zwischen Autorität und Freiheit« (262) ist in Souchys Kommunismus-Kritik als zentrale Kategorie installiert. Zunehmend angewandt auf

die Gesellschaftssysteme, die Souchy auf vielen Vortrags- und Studienreisen besonders nach dem Zweiten Weltkrieg kennenlernt (Kuba, Israel, Jugoslawien, Mittel- und Südamerika, Madagaskar, Portugal u. a.), hypostasiert Souchy diesen Widerspruch schließlich als gesellschaftliche Triebkraft welthistorischer Dimension (vgl. 187, 262). Der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital dagegen, der Souchy etwa während des Ersten Weltkriegs wenigstens andeutungsweise als Grundlage seiner antimilitaristischen Kapitalismus-Kritik diente (vgl. Flugblatt von 1917, 22 ff.), scheint aus dem politischen Denken Souchys suspendiert, was fragwürdigste Überlegungen zur Folge hat: Nach dem Besuch einer privatwirtschaftlichen Hühnerfarm in Mexico (1976) resümiert er, daß nur noch die Hühner, nicht etwa die Farmarbeiter die Ausgebeuteten seien (164); und als Ergebnis seiner Jugoslawien-Aufenthalte (1951, 1961, 1971) konstatiert Souchy, daß der Mehrwert (!) auch hier noch nicht habe abgeschafft werden können (!) (211). Die bürgerlich-idealistische Verlagerung des politischen Analyseinstrumentariums entschärft den gesellschaftskritischen Anspruch der Reise- und Erfahrungsberichte Souchys deutlich zugunsten nur mittelstimm subjektiver Schilderung von Einzelbegegnungen, anekdotischen Randerlebnissen, Kuriosa und exotischen Kulturvölkerbräuchen.

Das Ziel der klassenlosen Gesellschaft schließlich ist einem Geschichtsbegriff geopfert, der sich mit wahllosem und unvorhersehbarem Auftreten und Enden von Revolutionen als Wechselfälle der Geschichte bescheidet (vgl. zu Portugal 247–258; auch 259 f.) und eher auf den »Generationsunterschied von alt und jung« (262) rekurriert als auf ökonomische Widersprüche, weil ja »bei Ausbleiben einer apokalyptischen Katastrophe – Ende des 21. Jahrhunderts das Massenelend verschwunden und die sozialen Gegensätze erheblich geringer sein werden« (262). So bleibt vom Anarchismus – wie Souchy ihn begreift – der freiheitlich humanistische Impuls vielleicht und die politisch strategisch nach wie vor unvermittelte soziale Utopie.

Wilfried Meyer (Osnabrück)

Ökonomie

Bender, Dieter: Makroökonomik des Umweltschutzes.

Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976 (312 S., br., 42,- DM).

Die Arbeit will eine Lücke der bürgerlichen Umweltökonomik ausfüllen: während die Zahl der in der Tradition von Marshall, Pigou, Coase u. a. verhafteten Arbeiten vom Typ mikroökonomischer Gleichgewichtskalküle kaum noch übersehbar ist, fehlt es an Ansätzen, welche die Auswirkungen einer Umweltpolitik auf die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht untersuchen. Die Arbeit gliedert sich in fünf Teile: Zunächst wird die ökonomische Fragestellung und das Verständnis des Autors über die physische Natur des Umweltproblems expliziert. Sodann erfolgt eine kurze Beschreibung der beiden traditionellen Interpretationen externer Effekte, des sog. Pigou-Theorems und des Coase-Theorems: Pigou leitete aus externen Effekten die Notwendigkeit von Staatseingriffen ab, die Coase bestritt; nach ihm sind auch diese Lenkungsdefizite des Marktes dezentral zu beheben. Beide seien in makroökonomischer Sicht zu kurz greifend. Zum Dritten führt der Autor die konzeptionellen Grundlagen einer makroökonomischen Theorie des Umweltschutzes ein in Gestalt einer »kreislauftheoretischen Synthese von ökonomischem und ökologischem System«, einer Diskussion der Input-Output-Analyse sowie einer Erweiterung des volkswirtschaftlichen Rechnungswesens. Im vierten und fünften Kapitel wird schließlich die makroökonomische Analyse in Hinblick auf die oben genannten Fragestellungen einmal für eine stationäre und einmal für eine wachsende Wirtschaft

auf mathematisch-modelltheoretischer Basis durchgeführt. Als Ergebnis folgt, daß das Ziel der Vollbeschäftigung bei einer umweltbezogenen Wirtschaftspolitik keineswegs negativ tangiert zu werden braucht, daß das individuelle Konsumniveau infolge der Notwendigkeit, Arbeitskraft und Produktionsmittel zum Aufbau der Umweltschutztechnologie bereitzustellen, relativ sinken muß und daß infolge der als schwach angesehenen wirtschaftlichen Mechanismen zur Erzwingung dieser Verzicht eine erhöhte Geldentwertungsrate befürchtet werden muß.

Die Problematik der Arbeit liegt zum einen darin, daß sie wie nahezu alle bürgerlichen Ansätze von überaus naiven Vorstellungen über die physische Seite des Umweltproblems ausgeht. Das äußert sich nicht nur in der üblichen Verkürzung des Komplexes menschlicher Umweltzerstörung auf einen mechanistischen »Schadstoffzusammenhang«, sondern darüber hinaus in peinlichen Schnitzern (Prinzip der Erhaltung der Materie als »erstes Gesetz der Thermodynamik«, 62) und in einer ebenso schmalen wie kuriosen ökologischen Literaturbasis (10, Anm. 3). Ökonomisch teilt sie die Charakteristik vieler »makroökonomischer« Ansätze, nämlich hohen formal-analytischen Aufwand mit der Unterlassung jeglicher qualitativer Reflexion über die verwendete Begriffswelt zu kombinieren. So werden einmal mehr unpräzise Begriffe wie »Wirtschaftswachstum«, »Geldwertstabilität« u. a. präzisen mathematischen Kalkülen unterworfen. – So dokumentiert die Arbeit lediglich, welche Auffassungen ein bestimmter Typ konzeptionell und ideologisch naiver, allein technokratisch orientierter Ökonomen vom Problem der Umweltzerstörung hat. Die bürgerliche mikroökonomisch orientierte Theorie wird der verwendeten Methodik und besonders der Abwertung zentraler ideologischer Postulate wie des Coase-Theorems aus ihrer Sicht zu Recht kaum folgen. Der praktische Wirtschaftspolitiker erfährt nach 200 Seiten Formelchinesisch, was er eigentlich wissen mußte, nämlich daß die Zusammenhänge zwischen Umweltpolitik und wirtschaftspolitischen Zielvariablen komplexer sind, als es in mancher Agitationsrede für oder wider den Umweltschutz heißt. Dies und mehr hätte man durch »ganz einfaches Denken« (A. Marshall) auch leisten können.

Ulrich Hampicke (Essen)

Achleitner, Friedrich (Hrsg.): Die Ware Landschaft. Eine kritische Analyse des Landschaftsbegriffs. Residenz Verlag, Salzburg 1977 (156 S., Ln., 48,50 DM).

In diesem Band, der mit 100 Textabbildungen und mit einer Dokumentation von Gesetzestexten zum Ortsbildschutz im Lande Salzburg sowie zur Erhaltung der Salzburger Altstadt versehen ist, hat der Herausgeber, selber Architekt und Schriftsteller, zusammen mit eigenen Beiträgen insgesamt 13 Artikel von Architekten, Kunsthistorikern und Sozialwissenschaftlern teils zu den sich wandelnden Auffassungen von Landschaft, teils zu landschaftlich diagnostizierten Realentwicklungen versammelt. Es ging ihm dabei »nicht um eine wissenschaftliche Analyse unseres Lebensraumes... (aber doch, RC-D) um Begriffe, Anschauungen, Deutungen, Vorurteile und Reaktionen« (7).

In einem einleitenden Aufsatz über »Landschaftsentwicklung und Gesellschaftsstruktur« geht der Soziologe Lucius Burckhardt verschiedenen Wendungen in Landschafts- und Naturauffassung seit dem klassischen Altertum nach. Abschließend formuliert er ein spezifisches sozio-deterministisches Prinzip, das ersichtlich der gesamten Aufsatzsammlung ihre Einheit verleihen soll: »Das Bild der Landschaft als historisches Konstrukt im Kopf des Menschen bestimmt sein Verhalten und seine Maßnahmen« (15).

Diese Auffassung erklärt auch die eigenwillige Reihenfolge der übrigen Beiträge: Der kunsthistorischen Darstellung der Bausubstanz der Stadt Salzburg von Franz

Fuhrmann, der Erörterung der Siedlungsstrukturen des Landes Salzburg durch den Architekten Gunther Wawrik und der kritischen Sichtung von neuen Bauten in diesen Bereichen durch den Architekten Dietmar Steiner sind vorangestellt eine semantische Analyse des Wortes Landschaft (Gerhard Hard und Adelheid Gliedner), literatur- und kunstgeschichtliche Darstellungen (Reinhard Priessnitz und Renate Trnek) sowie architekturtheoretische Überlegungen über das Verhältnis von Architektur, Bauen und Landschaft (Bruno Reichlin, Martin Steinmann und F. Achleitner). Erst der auf die Fallstudie folgende dritte Teil bringt – der Herausgeber sagt verdeutlich: noch – eine Vertiefung in Richtung Wirtschaft, Politik, Technologie und Gesetzgebung.

Dabei steht die Methodologie des agrar- und gesellschaftswissenschaftlichen Beitrages von Josef Krammer und Günter Scheer »Die Veränderung der Landschaft durch Wirtschaft, Technik und Politik« eher quer zur geistes- und kulturgeschichtlichen Komposition des gesamten Bandes. Krammer und Scheer gehen von Tendenzen der Kapitalisierung der österreichischen Agrarökonomie aus, die die arbeitsteilige Einheit kleiner Landwirtschaft mit Produktionsmittelherstellung, Veredelung und Lokalabsatz auflösten und die auskonkurrierten Kleinproduzenten auch zum Verlassen des Landes zwangen. Als Folgen solcher Entleerung des stadtfernen Landes und städtischer Ballung der industriellen Produktion beschreiben die Autoren daraufhin die anarchische Zersiedlung in stadtnahem Land; die möglichst großflächige und kapitalintensive Ausbreitung landwirtschaftlicher Monokulturen, die das ökologische Gleichgewicht gefährden; sowie Aufforstung und Verwilderung in landwirtschaftlich unrentablen Gebieten früherer Bergbauernbetriebe. In dieser thesenhaften Komprimierung ihrer ausführlicheren Veröffentlichungen geben sie eine treffende Charakteristik von Verzerrungen der Territorialstruktur aufgrund produktionsstruktureller Veränderungen und von deren bedrohlichen Folgen für Erscheinungsbild wie Funktionsweise von Landschaften. Von diesem Angriffswinkel her läßt sich offensichtlich Triftigeres über den Zusammenhang von Landschaftsentwicklung und Gesellschaftsstruktur aussagen als etwa aus der von dem Geographen Hard untersuchten geistigen Schaukelbewegung von Versuchspersonen im Polaritätenprofil mit seinen oktroyierten Begriffsgegensätzen.

Im übrigen läßt auch die Darstellung von Veränderungen der Wohnbau- und Siedlungsplanung in Südtirol, die der Architekt Othmar Barth aus gesetzgeberischen Leitvorstellungen (»Das Hausdenken wird abgelöst vom Siedlungsdenken«) herzuleiten versucht, eine gesellschaftstheoretisch angeleitete Erklärung vermissen.

Da fast alle Beiträge des Bandes die Analyse kapitalistischer Warenproduktion ignorieren und sich nur peripher auf die Ökologie der Landschaft beziehen, bleibt der im Titel des Bandes angemeldete Anspruch wesentlich uneingelöst. Reale Widersprüche – etwa darin gesehen, daß »die sogenannten allgemeinen Interessen oft die größten Schäden anrichten« (Achleitner, 133) – bleiben so unbegriffen, und es erscheint fraglich, ob die kritischen Analytiker wirklich für verallgemeinerbare Interessen eintreten. Dennoch ist der Band reich an kulturhistorischem Material, dessen Verarbeitung vom Standpunkt historisch-materialistischer Wissenschaft wünschenswert wäre.

Rolf Czeskleba-Dupont (Kopenhagen)

Grauhan, Rolf-Richard: Grenzen des Fortschritts? Widersprüche der gesellschaftlichen Rationalisierung. C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1975 (114 S., br., 12,80 DM).

Aus Anlaß der andauernden ökonomischen, politischen und ideologischen Krise der bundesrepublikanischen Gesellschaft, die sich in der gescheiterten Reformpolitik der sozial-liberalen Koalition wie in der zunehmenden Aktivität und dem verstärkten Ausbau des staatlichen Gewaltapparats widerspiegelt, wagt Grauhan eine »Flucht

nach vorn«: er geht zurück auf den revolutionären Anspruch der Aufklärung, die menschliche Gesellschaft zu »rationalisieren« und fragt in historischer und struktureller Analyse nach den bisherigen Triebkräften einer derartigen Rationalisierung ebenso wie nach den aktuellen Hemmnissen. Mit »Rationalisierung« meint Grauhan in der Tradition deutscher Aufklärung den Prozeß des gesellschaftlichen Fortschritts im Sinne einer allseitigen Entwicklung der Gattung Mensch. Dieser Prozeß impliziert einerseits die *Ökonomisierung* der menschlichen Arbeit bzw. die rationelle Güterproduktion als Voraussetzung für die sukzessive Befreiung aus dem Zwang der Not, andererseits die fortschreitende Demokratisierung der Gesellschaft als sukzessive Befreiung von Herrschaftsverhältnissen. *Ökonomisierung* und *Demokratisierung*, so betont der Autor, bedingen einander, weil gesellschaftlicher Fortschritt nur möglich wird, wenn die Frage, wie und wozu Arbeit ökonomisiert werden soll, demokratisch entschieden wird. Da die ökonomische Rationalisierung sich aber historisch und gesellschaftlich-strukturell in Form sich herausbildender neuer Herrschaftsverhältnisse (Kapitalverhältnis, Staatsbürokratie, Betriebshierarchie) durchsetzt, kann »die auf Steigerung der materiellen Produktion zielende oder an ihr orientierte Rationalisierung« (17) nicht mit gesellschaftlichem Fortschritt identifiziert werden. In diesem Sinne können – nach Grauhan – Horkheimer und Adorno nämlich ihre These von der »Dialektik der Aufklärung« belegen, wonach »die Rationalisierung mitnichten der Weg des Fortschritts zum ›Reich der Freiheit‹, sondern der Weg in das ›Reich der Knechtschaft‹, das ›Gehäuse der Hörigkeit‹ ist« (16). Grauhan will diese These überprüfen, indem er die widersprüchlichen Tendenzen und historischen Bestrebungen, die der Begriff Rationalisierung deckt, genauer untersucht, in der Absicht, der kulturkritischen Resignation zu widersprechen, daß das System bereits so fest gezimmert sei, daß es Fortschritt über sich selbst hinaus nicht mehr zulasse (vgl. 19). Vermittels einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Weberschen Bürokratiemodell als Konzept rationaler Herrschaft in Form des bürgerlichen Staates arbeitet er zwei unterschiedliche, ja gegensätzliche Rationalisierungsstrategien heraus: die private kapitalistische Warenproduktion auf der einen Seite und die Produktion von infrastrukturellen Leistungen durch den Staat auf der anderen Seite.

In einer modell-analytischen Auseinandersetzung mit der herrschenden Ideologie (vgl. 33), wonach freie Marktwirtschaft und politische Demokratie einander bedingen, zeigt Grauhan, daß die Rationalisierung im Bereich der privaten kapitalistischen Warenproduktion aufgrund des strukturimmanenten Verwertungszwanges allein ökonomische Zwecksetzung zuläßt, während die Rationalisierung im Bereich der öffentlichen Dienstleistungsproduktion über demokratische Entscheidung (mit dem Ziel einer Verbesserung der »Lebensqualität«) steuerbar ist. Jedoch sei die Möglichkeit, gesellschaftlichen Fortschritt mittels politisch-programmatischer Einflußnahme auf die öffentliche Dienstleistungsproduktion durchzusetzen, beschränkt durch die Abhängigkeit der öffentlichen Haushalte von der Prosperität der privaten kapitalistischen Warenproduktion. Da sich diese Politik zugunsten der ökonomischen Rationalisierung der Privatwirtschaft aber vor den grundgesetzlichen Zielnormen der Freiheit und Gleichheit legitimieren muß, ist der Konflikt vorprogrammiert. Mit der Erkenntnis der prinzipiellen Vorrangigkeit der fiskalischen, administrativen Rationalisierungsstrategie des Staates vor der politisch-programmatischen ist Grauhan auf den Kern der *Grenzen des Fortschritts* gestoßen. Als »sicheres Zeichen einer herrschaftlichen Politik, die mit Gewalt aufrechterhalten will, was gegenüber politischer Kritik rational nicht zu rechtfertigen ist« (73), wird auf die gefährliche Tendenz hingewiesen, »... die institutionelle Gewaltsamkeit des Staates ... einzusetzen ... , um radikale politische Kritik auszuschließen« (73). Sein Buch fordert dazu auf, den außerparlamentarischen Kampf zu führen und gleichzeitig Parteien zu wählen, um Infrastruk-

turmaßnahmen mit demokratischen Kräften in den Parteien durchzusetzen (vgl. 105 ff.).
Eberhard Göbel (Berlin/West)

Amery, Carl, P. C. Mayer-Tasch und Klaus M. Meyer-Abich: *Energiepolitik ohne Basis. Vom bürgerlichen Ungehorsam zu einer neuen Energiepolitik.* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1978 (110 S., br., 5,80 DM).

Aus Vorträgen im Süddeutschen Rundfunk vom Frühjahr 1977 hervorgegangen, sollen die Beiträge massenwirksam die Auffassungen der Verf. zu politisch-sozialen, ökonomischen und ökologischen Aspekten der herrschenden Energiepolitik und zur hiergegen gerichteten Praxis der Bürgerinitiativbewegung präsentieren. Um die durch letztere demonstrierte Erosion der politischen Basis der Energiepolitik drehen sich zunächst die beiden Beiträge des Politik- und Rechtstheoretikers Mayer-Tasch. Der Massenprotest von Bürgern in der Kontroverse um AKWs richte sich gegen ein institutionalisiertes Wachstumsdenken, das einerseits kollektive Selbstmordtendenzen heraufbeschwöre und andererseits dem Bürger verfassungsrechtlich zuerkannte Entfaltungsräume einenge (21). Daher sei eine »integrative statt repressive Rezeption des Protests« (35) geboten, die die rechtsschöpferische Kraft des Konflikts ausnutzt. Er argumentiert u. a. gegen den »Versuch, den verwaltungsgerichtlichen Individualschutz gegen den Bau von AKWs drastisch einzuschränken«, indem Länderparlamente anstelle von -ministerien per Maßnahmegesetz über Standort und Art von AKWs entschieden, was typische Verwaltungsfunktion sei (25 ff.). Er stützt stattdessen Forderungen aufgeklärter Juristen wie die nach Bürger-, Verbandsklage und regionalen Volksentscheiden, um demokratische Rückkoppelungsprozesse zu ermöglichen.

In einem weiteren Artikel leitet Mayer-Tasch das Recht auf bürgerlichen Ungehorsam, so wie J. Locke es auf dem Hintergrund von Hobbes Auffassung über das Recht zur Rebellion formuliert hatte, von einer Verletzung der konstitutiven Korrelation von Schutz und Gehorsam ab. Aufgrund schädlicher Begleiterscheinungen der Kernenergiegewinnung mache diese Verletzung eine Inanspruchnahme des Widerstandsrechtes verständlich.

Die gemeinsame These der Verf., der Energiepolitik in der BRD fehle überhaupt eine »hinreichende rationale Basis, weil sie weder im Hinblick auf . . . Bedürfnis- und Bedarfsstrukturen noch auch im Hinblick auf ihre ökonomischen und ökologischen Implikationen und Konsequenzen mit der gebotenen Sorgfalt durchdacht wurde« (5), erläutert und begründet der Naturphilosoph Meyer-Abich. Er präsentiert ein bedarfs-orientiertes Untersuchungsschema, das anhand wirtschaftlicher, außen-, umwelt- und gesellschaftspolitischer Kriterien eine Sozialkosten-Nutzen-Analyse alternativer Energieversorgungssysteme ermöglichen soll. Die Durchführung dieser Analyse erscheint jedoch nicht nur schwierig, indem Meyer-Abich den Produktionsbereich wegen mangelnder stoff- und energiewirtschaftlicher Transparenz aussparen muß (51). Die Bedarfs-Orientierung dürfte auch kaum den in Aussicht gestellten Ertrag bringen, solange man daran festhält, widersprüchliche Anforderungen in ein – und zwar das primäre – Kriterium zusammenzuziehen, nämlich *den* Beitrag »zur Verbesserung der allgemeinen *Lebensbedingungen*, zur Erhaltung oder (wenn nötig) Vermehrung der *Arbeitsplätze* und zu den *Kapitalverwertungsbedingungen*« (66, kursiv im Orig.). Wegen der Langfristigkeit von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten rechnet der Verf. selbst mit mittelfristig relativ großer Bedeutung von Kernenergie, die internationale Kontrollen erfordere, langfristig aber mit Vorzügen dezentralisierter Ausnutzung von Sonnenenergie mit einem Wasserstoff- oder Methanol-Verteilungssystem. Er wirft daher Befürwortern wie Gegnern der Kernenergie vor, ein Mangel an Differenzierungen habe zu unzureichenden Entscheidungen der ei-

gentlichen Probleme geführt (80). Ob er selbst die wirklichen Probleme (Arbeits- und Lebensbedingungen versus Kapitalverwertung) richtig differenziert, dürfte allerdings auch für die Bedeutung seines Ansatzes entscheidend sein.

Haben die genannten Verf. ihre Diagnose der fehlenden Begründung und sozialen Basis der Energiepolitik durch mangelnde Differenzierung der kapitalistischen Form der Produktion gewonnen, so erlaubt dasselbe Amery, mit einem Therapie-»Vorschlag in die Energielücke« zu springen: Zwecks Erringung geistiger Freiheit und privater Selbstbestimmung ruft er auf zur Bildung von Assoziationen der unmittelbaren Energieproduzenten in einem eigenen Netz der Energieversorgung neben dem Netz der »zentralisierten Monopolsonne, in (dessen) Mitte eine gefräßige Kapitalspinne sitzt« (101). Mit einem auf solche Metaphorik abgestimmten Gegenzauber eines Allerwelts-Energieproduzenten wird u. a. den AKW-Gegnern die Möglichkeit einer »legalen Revolution« im Bündnis mit Industriefraktionen in Aussicht gestellt. Hierbei bleiben allerdings die stofflich-gegenständlichen Bedingungen gesellschaftlicher Reproduktion vom bloß energetischen Aspekt her verflüchtigt, ausgeblendet.

Rolf Czeskleba-Dupont (Kopenhagen)

ARGUMENT- SONDERBÄNDE AS

AS 21

Schule und Erziehung (VI)

Reformpädagogik: Versuch einer Orientierung

- *A. Rang, B. Rang-Dudzik*: Elemente einer historischen Kritik der gegenwärtigen Reformpädagogik
- *G. Rückriem*: Zur Kritik der Gegenschulbewegung
- *B. Rang-Dudzik*: Pädagogischer Subjektivismus und objektive Notwendigkeit. Zur Kritik an der Reformpädagogik in der SBZ und in der frühen DDR
- *A. Hopf*: Zum ambivalenten Charakter situationsorientierter Ansätze in der neueren Curriculum-Entwicklung
- *J. Held*: Visuelle Kommunikation und Kunstgeschichte
- *J. Hoffmann*: Visuelle Kommunikation
- *H. Karl, K. Wanner*: Anmerkungen zum bedürfnis- und erfahrungsorientierten Ansatz in der außerschulischen Jugendbildungsarbeit

Berufspädagogik: Einführung und Überblick

- *M. Ehrke*: Berufspädagogik als arbeitsorientierte Sozialwissenschaft
- *P. Faulstich*: Das Persönlichkeitsproblem und die Berufspädagogik
- *J. Dikau*: Berufliche Weiterbildung als arbeitsorientierte Erwachsenenbildung
- *M. Mende, W. Quitzow*: Die Verbindung von Technik und Naturwissenschaft im Unterricht als schulpolitisches und didaktisches Problem
- *M. Kipp, G. Miller*: Theorie und Praxis der Berufserziehung im Nationalsozialismus

Einzelpreis: 15,50 DM, im Abo 13,- DM · Schüler und Studenten 12,- DM, im Abo 10,- DM
Umfang: 269 S.

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65



6 '78

Argentinien: WM-Kommentar und BRD-Geschäfte

D. Boris/P. Hiedl: Unter den Stiefeln der Generäle

I. Ljubetic: Pinochets Watergate
Erklärung der arabischen KPs

Serie Frontstaaten Afrikas: Sambia-Analyse von H. Mayer

W. Ritter: Philippinen nach den Wahlen

R. Falk: 2. Weltentwicklungskonferenz

G. Corea: Entwicklungskonzeption der kollektiven Eigenständigkeit

7/8 '78

G. Attar: Afghanistan – das Volk an der Macht

Programm der volksdemokratischen Partei Afghanistans

Boris/Busch/Falk: Dritte Welt-Expansion der BRD (I)

J. Rodriguez: Lateinamerikanische US-Militärpolitik

J. Ostrowsky: Basler Antirassismus-Konferenz

Rede Fidel Castros: Kubanische Hilfe für Äthiopien

9. Jg. 1978

9 '78

Enno Schmitz/Lothar Böhnisch: Jugend ohne Illusionen. Wie Arbeitslosigkeit erfahren wird

Klaus Fritzsche: Dokument der Kapitulation. Die »Grundlegung« zu den hessischen Rahmenrichtlinien

Carl-Heinz Evers: Die Dialektik des Mißtrauens. Wahlverhalten Jugendlicher

Michael Mende: Fachdidaktische Trendberichte. Arbeitslehre

10 '78

Henning Haft/Margarete Bülow: Studienberatung

Horst Brück: Hilfen im Seminar. Statt Vorurteilen neues Selbstverständnis

Fachdidaktischer Trendbericht

Lehrerarbeitsmarkt

11. Jg. 1978

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, W. Bröner, J. v. Freyberg, W. Gehrke, M. Jansen, G. Kwiatowski, B. Landefeld, H. Lederer, E. Rudolf, P. Tanzmeier, F. Werkmeister, E. Wulff. – Erscheint monatlich. – Einzelheft 1,50 DM; Jahresabo 15,- DM. – AIB, Liebigstr. 46, 3350 Marburg/L.

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120, 6400 Weinheim – Einzelheft DM 5,-; Jahresabo DM 48,-; Studentenabo DM 38,-; Probeabo (4 Hefte) DM 10,-

BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

5 '78

BRD

Heinrich Hannover, Interview
Lebenslage der Rentner
Frauen und Gewerkschaften
Kritik des Memorandums

Ökonomisch-politische Reviews

Italien: Terrorismus und Krise (Minucci-Interview, 2. Teil)
USA: Dollarausverkauf – Hintergründe
Frankreich: CERES – Perspektiven nach der Wahl; Tendenzen in der Linksunion
Rassismus in Großbritannien

Internationalismus

Selbstkritik der KP Chiles
M. Azcarate: Leninismus heute

Marxistische Theorie

Die Konkurrenz im »Kapital«
Kommentare
Bücher + Zeitschriften

5. Jg. 1978

Blätter für deutsche und internationale Politik

7 '78

Kommentare und Berichte

K. D. Bredthauer: Zur Kritik des Sperrklausel-Parlamentarismus
H. G. Schumacher: Bürgerinitiativen im Visier des Staatsschutzes

Hauptaufsätze

G. Kade: Die Sondertagung der UNO-Generalversammlung zur Abrüstung
N. Poljanow: Aktuelle Entwicklungstendenzen der internationalen Beziehungen
W. Pfaffenberger/M. Meyer-Renschhausen: Möglichkeiten und Grenzen der Einsparung von Energie in der BRD
K. Gossweiler: Hitler und das Kapital. 1925–1928
J. Ostrowsky: NATO-Politik in Afrika
K. Bayertz: Zur Funktion der gegenwärtigen Grundwerte-Diskussion

Bücher

W. Albrecht: Die konservative Kritik an der Entnazifizierung. Eine Übersicht über die publizistische Auseinandersetzung

Tagungsbericht

K. v. Soden/G. Zipfel: Frauen als Subjekt und Objekt der Wissenschaft. Kongreß des VDS-Projektbereichs Frauen in Bielefeld

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Zur Entwicklung der Sozialhilfe

23. Jg. 1978

Redaktion: J. Bisenoff, W. Bieum, A. Zieher – Erscheint zweimonatlich – Einzelheft DM 9,-, Jahresabo DM 44,- VSA Verlag, Postfach 262 230, 2500 Hamburg 26

Hg.: Frhr. v. Bredow, H. Deppe-Wolffinger, J. Hüffschmid, U. Jaeggi, G. Kade, R. Kühnl, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Ridder, F. Straßmann, G. Stuby, – Red.: K. Bayertz, K. D. Bredthauer, P. Neuhöfner, J. Weidenheim, – Erscheint monatlich, – Einzelheft 5,30 DM, im Jahresabo 3,80 DM, für Studenten 3,50 DM, – Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

Demokratische Erziehung

5 '78

Politische Bildung

K. Priester: Thesen zur Geschichtsdidaktik

J. Kagelmann: Brutalisierung und Neofaschismus in der Trivalliteratur für Jugendliche

A. Kuhn: Zur Situation der Friedenspädagogik

K. Siegfried: Schulbücher im Faschismus

A. Bömer-Wulff: Sammelbesprechung aktueller Sozialkundebücher

K.-H. Heinemann: Fritz Helling, Portrait eines politischen Pädagogen

P. Adamsky: Pädagogik der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert

R. Köster: Erfahrung mit selbstorganisierten Lerngruppen in der Hauptschule

4. Jg. 1978

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rügemeier. – Alle zwei Monate. – Einzelheft 5,- DM, im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten 3,- DM. – Pahl-Rugenstein-Verlag, Gottesweg 54, 5200 Köln 51.

Demokratie und Recht

3 '78

voraussichtlich u. a.:

U. Günther: Zum Entwicklungsstand des Arbeitsrechts, Anmerkungen zu W. Däubler

W. Däubler: Antwort auf die Kritik von U. Günther

B. Gsell: Staatswerdung als Prozeß neuerer Entkolonialisierung – Der neue schweizer Kanton Jura

L. Zechlin: Die Rechtsprechung zum »Politischen Mandat« der verfaßten Studentenschaft

Entscheidungen:

Schadensersatz und Berufsverbote; »Politisches Mandat« der Studentenschaft

6. Jg. 1978

Redaktion: Prof. Dr. Helmut Ridder. – Vierteljährlich – Einzelheft 7,- DM, im Jahresabo 6,- DM, für Studenten 5,- DM. Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5200 Köln 51.

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

5 '78

Novemberrevolution 1918 und die
Gründung der KPD

J. Schleifstein: Lehren der Novemberre-
volution 1918

F. Krause: Novemberrevolution 1918

B. v. Mutius: Die Gründung der KPD

F. Hervé: Die Novemberrevolution und
die Frauen

G. Judick: Die KPD als revolutionäre
Massenpartei

J. Harrer: Novemberrevolution in der so-
zialdemokratischen Geschichtsschrei-
bung

K. Bachmann: Wer hat die Weimarer Re-
publik zugrunde gerichtet?

H. Pingel: Die Politik der SPD 1933

F. Schneider: Faschismus gestern – Neo-
faschismus heute

L. Peter: Erwerbslosenpolitik der KPD in
der Weimarer Zeit

F. Pospiech: Sozialistengesetz Bis-
marcks

B. Lejbson: Revolution und bürgerlicher
Staatsapparat

F. Rische: Hintergründe einer Steuerdis-
kussion

H. Geil/U. Günther: Wie und wozu soll
das Recht auf Arbeit verfassungsrechtlich
abgesichert werden?

16. Jg. 1978

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Oreyzkowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner. – Red.: F. Krause – Alle zwei Monate. – Einzelpreis 4.– DM. Jahresabo 18.– DM. Studenten 20% Ermäßigung. – Vlg. Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 67 a, 6000 Frankfurt/M. 50.

NEUES FORUM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

295/296

Dokumentation des Club 2-Gesprächs
zwischen Cohn-Bendit, Dutschke, Nen-
ning, Sontheimer, Walden

F. Geyrhofer: Das Ende der FDP

B. Kreisky: Brief an junge Sozialisten

H. Heimann/F. Vilmar: Bernstein und die
Jusos

H. Mahler: Briefe aus dem Kerker III

K.-H. Roth: Automationsarbeiter und
Repression in der BRD

W. Wessler: Die Bunten kommen

Neue Literatur von W. Kappacher und F.
Bayer

J. Dvorak: Die Wiederentdeckung von
Otto Groß (1877–1920)

O. Groß: Ungedruckte und verschollene
Texte

F. Jung: Anekdotische Betrachtungen zu
Otto Groß

Rezensionen

Herausgeber: Günther Nening. – Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki. – 12 Hefte im Jahr. – Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS. Jahresabo 48.– DM, 320 ÖS. Studenten-Abo 36.– DM, 240 ÖS. – Neues Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien

MATERIALES

Revista de información y crítica cultural

9

B. Commoner: El plan energético de Carter: nuestro sombrío futuro

M. Candel: La otra impaciencia revolucionaria

L. Barca: Ocupación juvenil y part-time. Cómo recomponer trabajo manual e intelectual

P. A. Ibáñez: La izquierda judicial italiana

E. Leacock: La evolución de la familia y Levi Strauss

10

E. Balibar: La responsabilidad de los comunistas

A. Heller: Las «necesidades radicales»

E. Pérez-Nadal: Agnes Heller — hacia una fundamentación de la subjetividad revolucionaria

R. Argullol: De lo kafkiano y lo kakánico

Documentos

R. Bahro: Contribución a la crítica del socialismo real

Bibliografía

O'Connor: La crisis fiscal del Estado

2. Jg. 1978

Extraordinario 3

Rosa Luxemburg hoy

L. Basso: Rosa Luxemburg y la ambigüedad de la historia

O. Negt: De la dialéctica materialista entre espontaneidad y organización

G. Haupt: Rosa Luxemburg y la cuestión nacional

P. Mattick: Rosa Luxemburg: un examen retrospectivo

G. Badia: Rosa Luxemburg, Marx y el problema de las alianzas

M. Löwy: La dialéctica entre ciencia social e ideología en Rosa Luxemburg

A. Jost: Rosa Luxemburg y su crítica de Lenin

N. Geras: Rosa Luxemburg: la huelga de masas

J. Schleifstein: Rosa Luxemburg y el problema del partido

1978

Redacción: R. Argullol, M.-J. Añter, J. Clavera, A. Domenech, P. F. Buey, R. Garrabou, J. Muñoz, M. Sacristán. — Sección en Jg. — Einzelheft 180 Pts., Jahressabo: 1000 Pts. — Materiales. Escipión 21 ático, Barcelona 6, Spain. Auslieferung für BRD und Westberlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65. Einzelheft: 9,80 DM, Studenten 8,— DM.

positionen

THEORETISCHES MAGAZIN

17

N. Scherr: Spaniens schwieriger Weg zur Demokratie. Zur Politik von PCE und PSOE

Marxismus-Leninismus-Diskussion

T. Heilmann: Lenin in der Zwangsjacke

L. Schmid: Marxismus-Leninismus contra Marx und Lenin?

T. Heilmann: Marxismus-Leninismus im Programm der POCH?

Dokumentation: Was heißt Leninismus heute? Diskussion in der PCE über die Streichung des Begriffs »Marxismus-Leninismus«

Programm-Debatte

F. Witschi: Antimperialistische Front – Blockfreienbewegung – antimonopolistische Politik in der Schweiz. Zur Stellung der POCH im antimperialistischen Bündnis

Diskussion

I. Andersch: Bemerkungen zu Rudolf Bahro's »Alternative«

Juli 1978

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH). – 6 Nummern pro Jahr – Einzelheft Fr. 2.50, Doppelheft Fr. 3.50 – Abo: Schweiz Fr. 13. – Ausland Fr. 16. – Redaktion positionen, Postfach 1927, CH-4001 Basel

PROBLEMI DEL SOCIALISMO

9

Marxismo e democrazia nei paesi dell'Europa occidentale

L. B.: Introduzione

L. Basso: Marxismo e democrazia

L. Basso: Democrazia e socialismo in Europa occidentale

A. Emmanuel: Conquista del potere e Stato della »transizione«

R. Guastini: Comunismo e Stato. Un invito a discutere fuori dell'ortodossia

A. Heller: Passato, presente e futuro della democrazia

D. Zolo: Democrazia corporativa, produzione del consenso, socialismo

E. Galli della Loggia: Marx e il problema della maggioranza nei regimi democratici

L. Z.: Ricordo di Georges Haupt

Recensioni

S. Amato: »Dal capitalismo alla società di transizione« di Gianfranco La Grassa e Maria Turchetto

C. Finamore: »Austromarxismo e socialismo di sinistra fra le due guerre« di Giacomo Marramao

19. Jg. 1978

Herausgeber: Lelio Basso. – Vierteljahresschrift. – Einzelheft 3.500 L., Jahresabo 15.600 L. – Via della Dogana Vecchia 5, I-00186 Roma

psychologie heute

RADICAL PHILOSOPHY

8 '78

M. Stein-Hilbers: Emanzipation durch Kriminalität?

M. S. Buchsbaum: Wenn die Sicherung durchbrennt

H. Wendt: Die neuen Mythen der Sexualität

G. Vagt: Fragebogen als psychologisches Forschungsinstrument

H. J. Eysenck/W. Langenheder: Intelligenz-Debatte

Berufsverbote: Die Angst sitzt tief

D. Tortora: Psycho-Therapie

Sonderteil: Das Ulmer Modell psychosomatischer Versorgung

9 '78

D. McClelland: Erziehung – Weniger Technik, mehr Liebe

H. J. Schneider: Im Zweifel für die Freiheit

Im Gespräch: Giovanni Jervis

Gesprächsprotokolle mit Herbert Marcuse

5. Jg. 1978

19 '78

C. v. Braunmühl: The attack on civil rights in West Germany

P. Batton: Althusser's epistemology: the limits of the theory of theoretical practice

R. Edgley: Education for industry

M. Barker: Kant as a problem for Marxism

Reviews

20 '78

T. Skillen: Post-Marxist Modes of Production

A. Collier: In Defence of Epistemology

R. Waterhouse: A Critique of Authenticity

K. Scoper: Note on the Scientificity of Freud's Interpretation of Dreams

N. Parker: Regis Debray in Prison: On his Class and his Commitment

Reviews

Redaktion: S. Brockert, H. Ernst, M. Mochius, B. Nitzschke, A. Roethe. – Monatlich. – Einzelheft 5,- DM. Jahresabo 45,- DM. – Beltz Verlag, Postfach 1122, 6942 Weinheim

Hrsg.: The Radical Philosophy Group. – Dreimal im Jahr. – Einzelheft: 80p, Jahresabo: £2.50 – Radical Philosophy, 40 Langdon Park Road, London N6 5QG. – Editorial correspondence to Kate Scoper, 37 Gladstone Place, Brighton, Sussex.

SOCIALISM IN THE WORLD

3 '77

Socialist Society and Role of Working Class

u. a.:

M. Johnstone: Socialism and the Democratic Exercise of Political Power

W. F. Haug / E. Wulff: A Contribution to the Understanding of Scientific Socialism Today

V. Ruml: The Historic Role of Socialism, the Society of a New Type

G. N. Volkov: The Working Class in the Advanced Socialist Society and the Scientific-Technological Revolution

Discussions

4 '77

General Debate on Socialism in the World and Revolutionary Today

u. a.:

P. G. Casanova: The Development of Socialist Thought in Latin America

A. Abdel-Malek: The Thrust of Socialist Thought

M. Filipović: The Strategy for Socialism in the Present-Day World

S. Lakos: Integration of Socialist Society

Discussions

Editor: International Conference „Socialism in the World“, Cavtat, and IC „Komunist“, NIP Komunist, Beograd, Yugoslavia. Auslieferung für BRD und Westberlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65. Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 300 S.).

SOPO

SOZIALISTISCHE POLITIK

45

Editorial

Dokumentation: Erklärung des BdWi

K. Maass: Kulturbedürfnisse und demokratische Kulturarbeit

H. Müller: Gewerkschaftliche Kulturarbeit in der Diskussion

H. Preiss/ E. Schöfer: Im Stadium des Experimentierens

R. Bayreuther: Monopolbegriff bei Altwater und Katzenstein

M. Paetau: Inflationsdiskussion

M. Ellwardt: Monopolpreis und Inflation

W. Roth: US-Stahlindustrie

A. Neustüss: Die Bürger und der Staat

F. Tomberg: Studentenstreiks

A. Mazzone: Der schwarze Kern der roten Brigaden

J. Brockmeier: Renaissance (I)

A. Mazzone: Kapitalfetischismus (III)

Diskussion & Kritik

E. Hültenschmidt/G. Schubring: Reduktionistische Wissenschaftsauffassungen

Rezensionen

10. Jg. 1978

Redaktion: H.-W. Franz, P. Franzen, B. Heidtmann, R. Katzenstein, H. Stern, H.-J. Weißbach. Erscheint vierteljährlich. Einzelheft 9,80 DM. Abo (4 Hefte incl. Porto) 36,- DM – verlag das europäische buch, Thielfeldee 34, 1000 Berlin 33

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

TEXT+KRITIK

118

VIII. Kunstausstellung der DDR

U. Krempel: Neues Menschenbild in Bildern von Menschen

Interview mit Willi Sitte

Interview mit Arno Rink

J. Weber: Was ist realistische Kunst?

R. Hiepe: Clément Moreau zum Fünfundsiebzigsten

R. Bergmann: Zu Bildern von Ingeborg Weigand

Realisten in Österreich

Noch einmal: documenta 1977

119

Kunststudium

Berichte von Akademien und Hochschulen in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt, Bremen, Kassel, Essen, Stuttgart

Demokratische Ausbildungsziele aus einem studentischen Aktionsprogramm

R. Hiepe: Über die Kunst Alfred Hrdlickas

H. Platschek: Jean Hélion

W. Grape: Die »Lumpensammlerinnen« des Henri Coeylas

K. Kuberzig: Arbeiterjugend und Kultur

19. Jg. 1978

59

Wolfgang Bauer

W. Bauer: Schreibbeginn

W. Bauer/G. Falk: 1. Manifest der HAPPY ART & ATTITUDE

M. Mixner: Gespräch mit W. Bauer

G. Melzer: »I bin ja auch net »echt«...«. Absurde Wirklichkeitserfahrung im Werk W. Bauers

M. Mixner: Rollenspiel und Identitätsverlust. Anmerkungen zu 6 Theaterstücken

B. Nichols: Die politische Heimat des Wolfi Bauer

D. Baacke: Notizen zu einer Aufführung von »Magic Afternoon«

O. F. Riewoldt: Magic Wolfi oder »They never come back«. Mutmaßungen über den Verbrauchswert von Stücken

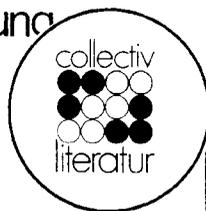
G. Melzer: Auswahlbibliographie zu W. Bauer

Juli 1978

Redaktion: H. v. Damnitz, H. Erhardt, R. Hiepe, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellermann, J. Scherkamp, G. Sprigath, G. Zingerl. – Erscheint alle zwei Monate. – Einzelheft 6,50 DM. Jahresabo 35,- DM. (Stud. 27,- DM) – Damnitz Verlag, Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40

Herausgeber: H. L. Arnold; redaktionelle Mitarbeit: I. Laurien, U. Voskamp. – Erscheint jährlich in 4 Heften. – Preis 6,50 DM. – edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

Aus der collectiv-Buchhandlung



Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie

Dietz Verlag, Berlin 1977,
758 Seiten, Leinen, DM
15,00
Bestell-Nr. 171/7361081

Das Herausgeberkollektiv stellte sich die Aufgabe, den gegenwärtig erreichten Erkenntnisstand in der Entwicklung der Theorie und der Definition der Begriffe zu erfassen und zu fixieren.

Autorenkollektiv

Die sozialistische Internationale Ihre Geschichte und Politik

Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin
304 Seiten, Leinen,
DM 15,80
Bestell-Nr. 030/5705469

Fachbücher aus der DDR

Wörterbuch der Kybernetik

Dietz Verlag, Berlin, 4., überarb.
Aufl., 1044 S., Leinen, DM 38,70
Bestell-Nr. 171/7354957

Mehr als 300 Tabellen, Strichzeichnungen und Fotografien tragen zur Veranschaulichung der Begriffserläuterungen bei. Ein ausführliches Sachregister ermöglicht dem Benutzer, sich schnell und umfassend zu orientieren.

Deutsche Zeitschrift für Philosophie

Registerband 1.-25.
Jahrgang 1953-77

Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin, 400 Seiten, Pappband,
DM 47,70
Bestell-Nr. 30/5706497

Das dreiteilige Register gliedert sich in: Systematisches Register, Autorenregister und einem Verzeichnis der literaturkritischen Arbeiten.

Coupon

Ich möchte über künftige Angebote kostenlos und unverbindlich informiert werden. Meine Interessengebiete sind (zutreffendes ankreuzen):

- Politik/Zeitgeschichte
- Bücher zur Wirtschafts-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik
- Marxistische gesellschaftswissenschaftliche Literatur
- Jugendliteratur/Kinderbücher
- Romane/Erzählungen/Lyrik
- Fachbücher/Sachbücher
- originalsprachige Bücher aus der UdSSR
- progressive Zeitschriften
- Schallplatten
- Reisen

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Bitte einsenden an Ihre collectiv-Buchhandlung oder an collectiv-Versand, Postfach 1928, 4000 Düsseldorf 1

Hans Albert

Traktat über rationale Praxis

1978. XI, 193 Seiten. (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften 22). Kr. DM 24,-, Ln. DM 39,-.

Das Buch behandelt die Problematik einer rationalen Praxis unter Gesichtspunkten des kritischen Rationalismus und sucht zu zeigen, daß es allgemeine Züge einer solchen Praxis gibt, die nicht an einen bestimmten Bereich gebunden sind. Diese Züge werden herausgearbeitet und zunächst als bedeutsam für die Wissenschaft – und damit für die Steuerung der Erkenntnis – aufgewiesen. Dann wird im Zusammenhang mit der Rechtsproblematik das Problem der sozialen Steuerung in allgemeiner Form aufgeworfen. Unter Kritik an der hermeneutischen Auffassung der Rechtswissenschaft wird die Idee einer rationalen Jurisprudenz entwickelt, die als sozialtechnologische Grundlage der Politik geeignet ist. Dann werden auf diesem Hintergrund Probleme der politischen Philosophie behandelt – und zwar die Problematik der Friedens-, der Wohlstands- und der Freiheitssicherung –, wobei gezeigt wird, daß eine an regulativen Ideen orientierte sozialtechnologische Behandlung dieser Probleme möglich ist, und zwar im Einklang mit der vorher entwickelten Idee rationaler Praxis. Im Schlußkapitel wird im Zusammenhang mit einer Analyse des Revolutionsproblems für eine dieser Ideen entsprechende revisionistische Methodologie der Politik plädiert.



J.C.B. Mohr (Paul Siebeck)
Tübingen

Mensch, Gesellschaft und Umwelt

Geographische Aspekte der Nutzung der Naturressourcen und des Umweltschutzes

(Übersetzung aus dem Russischen) · 336 Seiten, 46 Abbildungen
Pappband, 18,00 M · Bestell-Nr. 7068723, Kurzwort: 042156, Mensch
Gesell. Umw.

Diesem Grundlagenwerk zu Fragen der Umweltproblematik liegen neueste und weitreichende Forschungen namhafter sowjetischer Autoren zu Grunde. Die Verfasser – ein Autorenkollektiv der Akademie der Wissenschaften der UdSSR – geben eine klare und partielle Darstellung aller Probleme, die mit der Umgestaltung der Natur durch den Menschen und mit dem Umweltschutz zusammenhängen. Die Ausführungen werden jeweils durch wissenschaftliche Arbeiten und ausführliche Literaturangaben belegt, sie entsprechen dem neuesten Stand der Forschung. Dabei ist hervorzuheben, daß die Autoren sich mit bürgerlichen Auffassungen offensiv auseinandersetzen und die Perspektiven unter den Bedingungen der sozialistischen Gesellschaft in den Vordergrund stellen.

Ihre Bestellungen richten Sie bitte an eine internationale Buchhandlung oder direkt an den Verlag.



Volk und Wissen Volkseigener Verlag Berlin

DDR – 108 Berlin, Lindenstraße 54a

edition suhrkamp

Ernst Kris

Die ästhetische Illusion

Phänomene der Kunst in der Sicht
der Psychoanalyse

es 867, DM 9,-

Umwälzung einer Gesellschaft

Zur Sozialgeschichte der chinesischen
Revolution (1911–1949). Heraus-
gegeben von Richard Lorenz

es 870, DM 14,-

Frances F. Piven

Richard A. Cloward

Regulierung der Armut

Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt

es 872, DM 12,-

Starnberger Studien 1:

**Die gesellschaftliche Orientierung
des wissenschaftlichen**

Fortschritts

es 877, DM 14,-

Franz L. Neumann

Wirtschaft, Staat, Demokratie

Aufsätze 1930–1954. Herausgegeben
von Alfons Söllner

es 892, DM 14,-

Georges Politzer

**Kritik der Grundlagen der
Psychologie**

Nachwort von Alfred Lorenzer

es 893, DM 7,-

Klaus-Martin Groth

Die Krise der Staatsfinanzen

Systematische Überlegungen zur
Krise des Steuerstaats

es 918 DM 9,-

Ute Gerhard

Verhältnisse und Verhinderungen

Frauenarbeit, Familie und Rechte der
Frauen im 19. Jahrhundert. Mit

Dokumenten

es 933, DM 14,-



ARGUMENT- STUDIENHEFTE SH

Mit dieser neuen Reihe im Taschenbuchformat wollen wir die Weiterentwicklung eines Diskussionszusammenhanges fördern. Grundlegende Beiträge aus vergriffenen Argument-Heften und Argument-Sonderbänden, an denen sich bereits ganze „Generationen“ von Studenten und Schülern geschult haben, sollen in dieser Form für Arbeitskreise, Seminare und Schulungsgruppen greifbar gehalten werden.

Argument-Studienhefte (SH) Frühjahr 1978:

SH 1 E. Altvater, W. F. Haug, S. Herkommer, K. Holzkamp, L. Kofler, H. Wagner
Wozu „Kapital“-Studium? 48 Seiten, 3,50 DM

SH 2 Friedrich Tomberg

Was heißt bürgerliche Wissenschaft?

Was heißt bürgerliche Wissenschaft? (aus: Argument 66/1971). Das Kriterium der Praxis im Streit zwischen Glaube und Wissenschaft (aus: Basis und Überbau, 1969). 30 S., 2,50 DM

SH 3 Margherita von Brentano

Philosophie, Theoriestreit und Wissenschaftspluralismus

Bemerkungen zum Topos „Ende der Philosophie“ (1975). Die unbescheidene Philosophie. Der Streit um die Theorie der Sozialwissenschaften (aus: Argument 43/1967). Wissenschaftspluralismus. Zur Funktion, Genese und Kritik eines Kampfbegriffs (aus: Argument 66/1971). 47 Seiten, 3,50 DM

SH 4 W. F. Haug

Kampagnen-Analysen (I)

Der sexuell-politische Skandal als Instrument anti-demokratischer Kampagnen (aus: Schülerladen Rote Freiheit, 1971). Die Kampagne um das Zentralinstitut für Soziale Medizin vor dem Hintergrund eines neuen McCarthyismus (aus: Argument 71/1972). 89 Seiten, 5,- DM

SH 5 Wolfgang Abendroth

Faschismus und Antikommunismus

Soziale Funktion und soziale Voraussetzungen des Faschismus (aus: Argument 58/1970). Zur Rolle des Antikommunismus heute (aus: Argument 87/1974). 19 Seiten, 2,50 DM

SH 6 T. W. Mason, E. Czichon, D. Eichholtz, K. Gossweiler

Faschismus-Diskussion

Tim Mason: Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus (aus: Argument 41/1966). Eberhard Czichon: Der Primat der Industrie im Kartell der nationalsozialistischen Macht (aus: Argument 47/1968). Tim Mason: Primat der Industrie? Eine Erwiderung (aus: Argument 47/1968). Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler: Noch einmal: Politik und Wirtschaft 1933–1945 (aus: Argument 47/1968). 75 Seiten, 4,50 DM

SH 7 Heinz Jung

Strukturveränderungen der westdeutschen Arbeiterklasse

Zur Diskussion um den Inhalt des Begriffs „Arbeiterklasse“ und zu Strukturveränderungen in der westdeutschen Arbeiterklasse (aus: Argument 61/1970). 34 Seiten, 3,50 DM

SH 8 W. F. Haug, Klaus Völker, Wilhelm Zobl

Der Streit um Hanns Eislers „Faustus“

Wilhelm Zobl: Die Auseinandersetzung um Eislers revolutionäre Umfunktionierung des Dr. Faustus. Klaus Völker: Der positive und der negative Faust. W. F. Haug: Hans Faust und Hans Wurst in Eislers Version der Faust-Sage (alles aus: AS 5/1975). 42 Seiten, 3,50 DM

SH 9 Thomas Metscher

Zur Kritik des literaturwissenschaftlichen Idealismus

Dialektik und Formalismus. Kritik des literaturwissenschaftlichen Idealismus am Beispiel Peter Szondis (aus: Argument 49/1968). 27 Seiten, 2,50 DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65



ARGUMENT- STUDIENHEFTE SH

SH 10 Hans Peter Dreitzel, Peter Furth, Frigga Haug

Diskussion über die Rollentheorie

Peter Furth: Nachträgliche Warnung vor dem Rollenbegriff (aus Argument 66/1971). Hans Peter Dreitzel: Soziale Rolle und politische Emanzipation. Sechs Thesen gegen Peter Furths melancholische Kritik am Rollenbegriff (aus: Argument 71/1972). Frigga Haug: Eine Rollentheorie im revolutionären Kostüm. Erwiderung auf H. P. Dreitzel (aus: Argument 71/1972) 56 Seiten, 4.– DM

SH 11 Erich Wulff

Der Arzt und das Geld

Der Einfluß von Bezahlungssystemen auf die Arzt-Patient-Beziehung (aus: Argument 69/1971). 16 Seiten, 2,50 DM

SH 12 Volkmar Sigusch

Medizinische Experimente am Menschen

(aus: AS 17/1977) 31 Seiten, 2,50 DM

Herbst 1978

SH 13 Peter Fürstenau

Zur Psychoanalyse der Schule als Institution 20 Seiten, 2,50 DM

SH 14 Heinz-Joachim Heydorn und Gernot Konneffke

Zur Funktion des Bildungswesens in der spätkapitalistischen Gesellschaft 70 S., 4,50 DM

SH 15 Frigga Haug

Für eine sozialistische Frauenbewegung ca. 48 Seiten, 3,50 DM

SH 16 Friedrich Tomberg

Basis und Überbau im historischen Materialismus 80 Seiten, 4,50 DM

SH 17 Thomas Metscher

Ästhetik als Abbildtheorie 58 Seiten, 4.– DM

SH 18 Michael Nerlich

Romanistik und Antikommunismus

mit einer Stellungnahme des Deutschen Romanisten-Verbandes 46 Seiten, 3,50 DM

SH 19 Bernd Jürgen Warneken und Klaus Dieter Lenzen

Diskussion zur Theorie literarischer Produktion 47 Seiten, 3,50 DM

SH 20 W. F. Haug

Die Einübung bürgerlicher Verkehrsformen bei Eulenspiegel 24 Seiten, 2,50 DM

SH 21 Axel Hauff

Die einverständigen Katastrophen des Karl Valentin 66 Seiten, 4,50 DM

Mindestbestellung: zwei Hefte. Versandkosten: 1,50 DM. Bei Bestellungen für mehr als 20.– DM berechnen wir keine Versandkosten. Bestellung: Bitte den errechneten Betrag auf das Postscheckkonto des Argument-Verlags, Postscheckkonto Berlin-West 5745-108 überweisen mit dem Vermerk: „Bestellung SH“ und unter Angabe der gewünschten Nummern. Bitte nicht vergessen: Name und Adresse in Druckbuchstaben!

<i>Hacking, Jan</i> : The Emergence of Probability (<i>G. Accardo</i>)	736
<i>Luria, Salvador E.</i> : Leben – das unvollendete Experiment (<i>A. Leisewitz</i>)	737
<i>Ditfurth, Hoimar</i> (Hrsg.): Evolution (<i>P. Kaiser</i>)	738
<i>Preuß, Heinzwerner</i> : Struktur der Materie und Chemische Bindung (<i>P. Kaiser</i>)	739

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Hörmann, Hans</i> : Meinen und Verstehen (<i>U. Schmitz</i>)	740
<i>Grimm, Hannelore</i> : Psychologie der Sprachentwicklung. Bd. I und II (<i>H. W. Giese</i>)	742
<i>Chafe, Wallace</i> : Bedeutung und Sprachstruktur (<i>J. Ellerbrock</i>)	743
<i>Konjetzky, Klaus</i> : Was interessiert mich Goethes Geliebte? (<i>R. Kawa</i>)	743
<i>Paul, Ulrike</i> : Vom Geschichtsdrama zur politischen Diskussion (<i>J. Hofmann</i>)	745
<i>Hamann, Richard, und Jost Hermand</i> : Expressionismus (<i>W. Meyer</i>)	746
<i>Schütz, Erhard</i> : Kritik der literarischen Reportage (<i>B. Frei</i>)	748
<i>Lück, Hartmut</i> : Fantastik, Science Fiction, Utopie (<i>J. Schülke</i>)	749
<i>Mannack, Eberhard</i> : Zwei deutsche Literaturen? (<i>C. Albert</i>)	750

Soziologie

<i>Brede, Helmut, u. a.</i> : Politische Ökonomie des Bodens und der Wohnungsfrage (<i>B. Guthke</i>)	751
<i>Behnke, Evers, Möller</i> : Grundrente und Bodenspekulation (<i>G. Peschken</i>)	753
<i>Atteslander, Peter, u. Bernd Hamm</i> (Hrsg.): Materialien zur Siedlungs- soziologie (<i>H. Häußermann</i>)	754
<i>Pehnt, Wolfgang</i> (Hrsg.): Die Stadt in der BRD (<i>H. Häußermann</i>)	754
<i>Petsch, Joachim</i> (Hrsg.): Architektur und Städtebau im 20. Jh. (<i>H. Häußermann</i>)	754
<i>transfer 3</i> : Stadtforschung und Stadtplanung (<i>H. Häußermann</i>)	754
<i>Wehling, Hans-Georg</i> (Hrsg.): Kommunalpolitik (<i>H. Häußermann</i>)	754

Erziehungswissenschaften

<i>Arbeitsgruppe Methodenlehre</i> : Didaktik sozialwissenschaftlicher Methoden- lehre (<i>E. Sens</i>)	759
<i>Kepplinger, Hans Mathias, u. a.</i> : Informationen suchen und finden (<i>R. Albrecht</i>)	761
<i>Koppitz, Hans-Joachim</i> : Grundzüge der Bibliographie (<i>R. Albrecht</i>)	761
<i>Lukas, H., u. a.</i> (Hrsg.): Sozialpädagogik/Sozialarbeit. Eine Einführung (<i>G. v. Siebert u. D. Sneed</i>)	762
<i>Blinkert, Baldo, u. a.</i> : Berufskrisen in der Sozialarbeit (<i>D. u. W. Hosemann</i>)	764

<i>Hayman, J. L.</i> : Praktische Erziehungsforschung (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Nicklis, W., und H. Wehrmeyer</i> : Erziehungswissenschaftliche Forschungsmethoden (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Petersen, J., und H. W. Erdmann</i> : Strukturen empirischer Forschungsprozesse. 2 Bde. (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Roberts, K. H., und D. H. Rost</i> : Analyse und Bewertung empirischer Untersuchungen (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Skowronek, H., und D. Schmied</i> : Forschungstypen und Forschungsstrategien in der Erziehungswissenschaft (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Stukat, K.-G.</i> : Pädagogische Forschungsmethodik (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Heller, K., B. Rosemann, A.-K. Gaedike</i> : Planung und Auswertung empirischer Untersuchungen (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Ruprecht, H.</i> : Einführung in die pädagogische Forschung (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Lewis, D. G.</i> : Experimentelle Planung in der Erziehungswissenschaft (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Simon, H.</i> : Computer-Unterstützter Unterricht an der Hochschule (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Bartel, H.</i> : Statistik I, Statistik II. (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Walker, H. M., und J. Lev</i> : Statistische Methoden für Psychologen, Soziologen und Pädagogen (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Heinrich, H., und I. Langosch</i> : Statistik. Ein Kurs für Pädagogen (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Brown, F. L., J. Amos, und O. G. Mink</i> : Grundinhalte der Statistik (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Lohnes, P. R., und W. W. Cooley</i> : Einführung in die Statistik mit EDV-Übungen (<i>H. R. Koch</i>)	657
<i>Roeder, B.</i> : Einführung in die elektronische Datenverarbeitung für Erziehungswissenschaftler (<i>H. R. Koch</i>)	657

Geschichte

<i>Henning, Hansjoachim</i> : Sozialgeschichtliche Entwicklungen in Deutschland von 1815 bis 1860 (<i>Th. Berger</i>)	765
<i>Henning, Hansjoachim</i> : Quellen zur sozialgeschichtlichen Entwicklung in Deutschland von 1815 bis 1860 (<i>Th. Berger</i>)	765
<i>Winkler, Dörte</i> : Frauenarbeit im »Dritten Reich« (<i>S. Bajobr</i>)	766
<i>Faßbinder, Horant</i> : Berliner Arbeiterviertel 1800–1918 (<i>G. Peschken</i>)	768
<i>Nörnberg, Hans-Jürgen, und Dirk Schubert</i> : Massenwohnungsbau in Hamburg (<i>G. Peschken</i>)	769
<i>Geschichtsdidaktik</i> (<i>Th. Berger</i>)	770
<i>Bettelheim, Charles</i> : Die Klassenkämpfe in der UdSSR. Bd. I (<i>G. Meyer</i>)	703
<i>Döring, Falk</i> : Organisationsprobleme der russischen Wirtschaft in Revolution und Bürgerkrieg (1918–1920) (<i>G. Meyer</i>)	703

<i>Erlich, Alexander</i> : Die Industrialisierungsdebatte in der Sowjetunion 1924–1928 (<i>G. Meyer</i>)	703
<i>Grosskopf, Sigrid</i> : I. 'Alliance ouvrière et paysanne en U.R.S.S. 1921–1928 (<i>G. Meyer</i>)	703
<i>Hauermann, Heiko</i> : Beginn der Planwirtschaft (<i>G. Meyer</i>)	703
<i>Kritzman, Leo N.</i> : Die heroische Periode der großen russischen Revolution (<i>G. Meyer</i>)	703
<i>Pankratova, A. M.</i> : Fabrikräte in Rußland (<i>G. Meyer</i>)	703
<i>Pollock, Friedrich</i> : Die planwirtschaftlichen Versuche in der Sowjetunion 1917–1927 (<i>G. Meyer</i>)	703
<i>Zänker, Uwe</i> : Industrialisierung und Qualifizierung (<i>G. Meyer</i>)	703

Soziale Bewegung und Politik

<i>Kosthorst, Erich, Klaus Gotto und Hartmut Soell</i> : Deutschlandpolitik der Nachkriegsjahre (<i>F. Niess</i>)	771
<i>Kosthorst, Erich, und Karl Teppe</i> : Die Teilung Deutschlands und die Ent- stehung zweier deutscher Staaten (<i>F. Niess</i>)	771
<i>Weiß, Anne, und Gerhard Weiß</i> : Geschichte der deutschen Spaltung (<i>F. Niess</i>)	771
<i>Latour, Conrad F., und Thilo Vogelsang</i> : Okkupation und Wiederaufbau (<i>F. Niess</i>)	774
<i>Lipgens, Walter</i> : Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik. Teil I (<i>W. Bühner</i>)	775
Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik (<i>F. Niess</i>)	776
<i>Souchy, Augustin</i> : »Vorsicht: Anarchist!« Ein Leben für die Freiheit (<i>W. Meyer</i>)	778

Ökonomie

<i>Bender, Dieter</i> : Makroökonomik des Umweltschutzes (<i>U. Hampicke</i>)	779
<i>Achleitner, Friedrich (Hrsg.)</i> : Die Ware Landschaft (<i>R. Czeskleba-Dupont</i>)	780
<i>Grauhan, Rolf-Richard</i> : Grenzen des Fortschritts? (<i>E. Göbel</i>)	781
<i>Amery, Carl, P. C. Mayer-Tasch und Klaus M. Meyer-Abich</i> : Energie- politik ohne Basis (<i>R. Czeskleba-Dupont</i>)	783

Über die Autoren

Abendroth, Wolfgang, vgl. Argument 107.

Accardo, Gianfranco, vgl. Argument 109.

Albert, Claudia, geb. 1953; Studienreferendarin Deutsch und Französisch.

Albrecht, Richard, Dr. phil., geb. 1945; Angestellter. Wichtigste Veröffentlichungen: *Marxismus – bürgerliche Ideologie – Linksradikalismus* (1975); *Buch und Leser in der BRD* (1977). Mitglied von DKP und ÖTV.

Bajohr, Stefan, geb. 1950; früher Journalist, jetzt Doktorand im Fach Geschichte in Marburg. Arbeitsgebiete: Frauenarbeit, historische Familienforschung, Geschichte der KPD.

Bayertz, Kurt, vgl. Argument 110.

Berger, Thomas, Dr. phil, geb. 1944; Wiss. Ass. für Didaktik der Geschichte an der PH Göttingen.

Czeskeba-Dupont, Rolf, geb. 1944; Studium der Kulturgeographie an der Universität Kopenhagen: mag. scient. 1976, 1976 – Frühjahr 1978 Lehrassistent Geographie Roskilde Universitätscenter, z. Zt. erwerbslos. Mitherausgeber und Redakteur der Textsammlung *»Sanierung – für wen?«* (21971). Arbeitsgebiete: Regionalforschung, Humanökologie.

Ellerbrock, Jürgen, vgl. Argument 109.

Engelhardt, Marianne, geb. 1953; Studium der Medizin an der FU Berlin als Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

Frei, Bruno, Dr. phil., geb. 1897; 1922 Berliner Korrespondent des »Abend« und Mitarbeiter der »Weltbühne«, 1925 außenpolitischer Redakteur des »Abend« in Wien, 1929 von Münzenberg als Chefredakteur des neugegründeten »Berlin am Morgen« nach Berlin berufen, 1933 Emigration nach Prag, 1934–1936 Chefredakteur des »Gegenangriff«, 1936 Mitherausgeber der »Deutschen Informationen« – Organ des Ausschusses für eine deutsche Volksfront in Paris, 1939 verhaftet, Gefängnis und Lager Vernet bis 1941, danach Emigration nach Mexiko, Gründung der Zeitschrift »Freies Deutschland«, 1947 Rückkehr nach Österreich, 1948 Chefredakteur des neugegründeten »Abend«, gleichzeitig Mitherausgeber des »Tagebuch« (zusammen mit Ernst Fischer und Viktor Matejka), 1957 Korrespondent der »Volksstimme« in Peking, 1959–1966 Chefredakteur des »Tagebuch« (Wien). Wichtigste Veröffentlichungen: *Die anarchistische Utopie* (1971); *Der Papiersäbel. Autobiographie* (1972); *Zur Kritik der Sozialutopie* (1973); Parteizugehörigkeit: 1925 Eintritt in die SPÖ, 1934 Aufnahme in die KPD, seit 1946 KPÖ. 1966: Heinrich-Heine-Preis (DDR).

Frommhold, Jens, Dipl.-Math., geb. 1948; Lehrer an der Integrierten Gesamtschule Bremen-West. Arbeitsgebiet: Mathematik-Didaktik.

Giese, Heinz, Dr. phil., geb. 1949; Wiss. Ass. für Germanistik: Sprachdidaktik an der Universität Oldenburg, Lehrbeauftragter an der Universität Bremen, Mitarbeit im Forschungsprojekt »Schriftspracherwerb«, Mitglied der Redaktion der »Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie – OBST«.

Göbel, Eberhard, vgl. Argument 110.

Guthke, Beate, Dipl.-Soz., geb. 1953; Studium der Informatik an der TU Berlin.

Hampicke, Ulrich, geb. 1944; Studium der Agrarwissenschaften, seit 1974 Wiss. Ass. an der Universität Essen. Zeitschriftenveröffentlichungen zu Umweltproblemen.

Haug, Frigga, vgl. Argument 109.

Häußermann, Hartmut, Prof. Dr. phil., geb. 1943; Prof. an der Universität Bremen. Wichtigste Veröffentlichung: *Die Politik der Bürokratie* (1977). Arbeitsgebiete: Stadt- und Organisationssoziologie.

Hofmann, Jürgen, Dr. phil., geb. 1941; 1971–1977 Ass. Prof. an der FU Berlin, z. Zt. erwerbslos. Wichtigste Veröffentlichungen: *Die Versachlichung der Personen als Personifizierung der Sachen* (1974); *Kritik des klembürgerlichen Theaters* (1978).

Hosemann, Dagmar, vgl. Argument 109.

Hosemann, Wilfried, vgl. Argument 109.

Kaiser, Peter M., Dr. rer. nat., geb. 1944; Wiss. Ass. am Biochemischen Institut der Universität Münster. Stellvertretender Vorsitzender des Konvents der Universität, Lehraufträge in Oldenburg und Bremen. Wichtigste Veröffentlichungen: Artikel in *Blätter* (priv), *Argument*, *SOPO*; *Hochschulrahmengesetz* (Mitherausgeber, 1977); *Biologie und Materialismus* (mit Thoma-Herterich, in: *Theorie und Labor*, 1978). Arbeitsgebiete: Enzymologie, Struktur von Nucleinsäuren, Wissenschaftspolitik, Geschichte der chemischen Industrie, Philosophie der Naturwissenschaften. Mitglied des BdWi-Bundesvorstands, der ÖTV, Vorstandsmitglied des Regionalverbands Rhein/Ruhr der Ges. BRD-UdSSR; Präsidiumsmitglied der Forschungsgemeinschaft 20. Juli.

Kawa, Rainer, vgl. Argument 107.

Koch, H. Reinhard, Dipl. Päd., geb. 1944; Wiss. Ass. an der PH Berlin. Wichtigste Veröffentlichungen: *Wirkungen von Filmen zum Thema »Frauen in unserer Gesellschaft«* (in: *Materialien zur Politischen Bildung 1974 u. 1975*); *Diplompädagogen im Beruf* (Sonderheft der Zeitschrift *Neue Praxis* 1977). Mitglied der GEW.

Kunstmann, Wilfried, vgl. Argument 110.

Meyer, Gert, vgl. Argument 107.

Meyer, Wilfried, geb. 1950; Doktorand. Arbeitsgebiete: Literarischer Expressionismus, politische Avantgarde und Nationalsozialismus; Militarisierung des Erziehungs- und Bildungswesens in der BRD.

Niess, Frank, vgl. Argument 110.

Peschken, Goerd, Prof. Dr.-Ing. habil.; Prof. f. Baugeschichte an der HbK Hamburg. Wichtigste Veröffentlichung: *Schinkels Architektonisches Lehrbuch* (im Druck).

Rheinberger, Hans Jörg, geb. 1946; M. A. (Philosophie) 1973, seither Studium der Biologie an der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Molekularbiologie, Wissenschaftsgeschichte.

Schmitz, Ulrich, Dr. phil, geb. 1948; Akad. Rat für Germanistik/Linguistik an der GH Duisburg. Wichtigste Veröffentlichung: *Gesellschaftliche Bedeutung und sprachliches Lernen* (1978).

Schülke, Josef, vgl. Argument 110.

Siebert, Gabriele von, geb. 1954; Studium der Sozialpädagogik an der FU Berlin. Mitglied der ADS.

Sneed, Doris, geb. 1952; Studium der Sozialpädagogik an der FU Berlin.

Treeck, Werner van, M.A., geb. 1943; 1973–1978 Wiss. Ass. am Institut für Soziologie der FU Berlin, z. Zt. erwerbslos, Mitglied der Projektgruppe Automation und Qualifikation (jetzt Institut für Automationsforschung), Wichtigste Veröffentlichungen: *Automation in der BRD* (Koautor, AS 7, 21976); *Entwicklung der Arbeit* (Koautor, AS 19, 1978); *Medienjahrbuch* (Mitherausgeber, 1975); Aufsätze zur Bildungsplanung. Arbeitsgebiete: Industrie- und Verwaltungssoziologie, Bildungsplanung, Mobilitätsforschung.

Wulff, Erich, vgl. Argument 110.

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

- 70 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (I)
- 71 Argumente für eine soziale Medizin (III)
- 72 Probleme der Ästhetik (IV) / Literatur- und Sprachwissenschaft
- 73 Probleme der Produktivkraftentwicklung (I)
- 74 Fragen der marxistischen Theorie (IV)
- 75 Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft (II)
- 76 Entwicklungstendenzen der politischen Ökonomie in der DDR
- 77 Widerspiegelungstheorie und Ideologiekritik / Fragen der marxistischen Theorie (V)
- 78 Argumente für eine soziale Medizin (IV)
- 79 Kapitalistische Entwicklung und koloniale Unterentwicklung – Genese und Perspektive / Probleme der Entwicklungsländer (VII)
- 80 Schule und Erziehung (V)
- 81 Widerspiegelungs-Diskussion / Streitfragen materialistischer Dialektik (I)
- 82 Beiträge zu Theorie und Praxis des Sozialismus
- 83 Zur Kritik sozialwissenschaftlicher Theorien
- 84 Zum Verhältnis von Logischem und Historischem / Streitfragen materialistischer Dialektik (II)
- 85 Widerspiegelungs-Diskussion / Streitfragen materialistischer Dialektik (III)
- 86 Klassenkämpfe in der BRD / Die Arbeiterklasse im Spätkapitalismus
- 87 Faschismus – Entstehung/Verhinderung, Faschismus-Theorien (VII)
- 88 Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen (I)
- 89 Anti-Psychiatrie – Konservative Gehalte radikaler Entwürfe / Argumente für eine soziale Medizin (VI)
- 90 Widerspiegelungs-Diskussion: Literatur- und Kunsttheorie / Streitfragen materialistischer Dialektik (IV)
- 91 Diskussion von Verhaltenstherapie und Gruppendynamik / Kritische Psychologie (I)
- 92 Widerspiegelungs-Diskussion: Praxis / Streitfragen materialistischer Dialektik (V)
- 93 Umwelt – Zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur
- 94 Antworten auf Althusser
- 95 Sprachwissenschaft und Sprachunterricht
- 96 Naturwissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Interessen
- 97 Marxismus und Kritische Theorie
- 98 Sozialismus-Diskussion (I)
- 99 Faust-Diskussion
- 100 Ideologischer Klassenkampf / Sozialismus-Diskussion (II)
- 101 Beiträge zur materialistischen Soziologie
- 102 Sozialismus-Diskussion (III)
- 103 Ideologischer Klassenkampf (II)
- 104 Staat und Krise
- 105 Sozialismus-Diskussion (IV)
- 106 Staat und Ideologie
- 107 Gewerkschafts-Diskussion (I)
- 108 Sozialismus-Diskussion (V)
- 109 Gewerkschafts-Diskussion (II) / Hochschulpolitik und Rechtsentwicklung
- 110 Psychiatrie und Herrschaft / Fragen der Philosophie (I)

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65